Mittwoch, 12. Juni 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 134 - 24.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Agenten: Zwischen Ost und West hat gestern in Berlin ein umfangreicher Agentenaustausch stattgefunden. Nach dpa-Informationen wurden auf der Glienicker Brücke 23 Mitarbeiter amerikanischer Nachrichtendienste gegen vier Spione, die in den USA verurteilt worden waren, ausgetauscht.

Schmude-Nachfolger: SPD-Bundestagsfraktionschef Vogel will nächste Woche Vorschläge für einen Nachfolger seines Stellvertreters Schmude machen, der neuer Präses der EKD-Synode wurde. Favoriten sind der derzeitige Vorsitzende des Flick-Untersuchungsausschusses, Penner, und *der ehemalige Hamburger* Bürgermeister Klose.

Niedersachsen: Die CDU-Landtagsfraktion hat sich auf den bisherigen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Edzard Blanke als Nachfolger für Landtagspräsident Brandes geeinigt.

Anreiz: In enger Zusammenarbeit mit Banken und Börse arbeitet der Berliner Senat an einem Konzept, das kleinen und mittleren Firmen einen besseren Zugang zu den Kapitalmärkten ermöglicht, teilte Finanzsenator Rexrodt in einem WELT-Gespräch mit. (S. 8)

Flucht: An unverminter Stelle gelang zwei Männern aus der „DDR" die Flucht über die Grenze nach Niedersachsen.

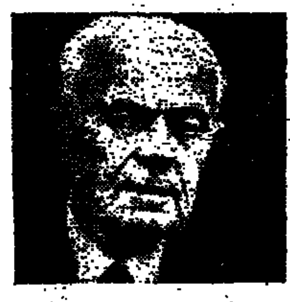
Rüstung: Mit Skepsis wurde in Moskau die Erklärung Präsident Reagans aufgenommen, die USA würden sich weiterhin an den SALT-2-Vertrag halten. Das Außenministerium erklärte, Reagans Mitteilung werde überprüft. Die Nachrichtenagentur Tass warf den USA dagegen vor, kein Interesse an der Beendigung des „tödlichen nuklearen Rüstungswettlaufs" zu haben. (S. 2)

Entmachtung? Der unterlegene Rivale Gorbatschows um die Führung der KPdSU, ZK-Sekretär und Politbüromitglied Romanow, hat gestern entgegen protokollarischen Verpflichtungen nicht an *einer wichtigen Wirtschaftskonferenz* des ZK teilgenommen. Er ist zudem seit über einem Monat nicht mehr in der Öffentlichkeit gesehen worden.

„Scala mobile": Das System der gleitenden Lohnskala in Italien ist nach der Volksabstimmung umstrittener denn je. Zwischen den Tarifpartnern werden harte Verhandlungen erwartet. (S. 8)

Papst-Attentat: Sowjetische Diplomaten haben nach Angaben des türkischen Papst-Attentäters Mehmet Ali Agca den Anschlag von 1981 angeordnet und finanziert. Bei dem Prozeß in Rom um die Hintergründe des Mordversuchs sagte er: „Der Befehl, den Papst zu töten, kam von der sowjetischen Botschaft in Sofia."

ZITAT DES TAGES



99 Das geteilte Deutschland ist das geteilte Europa. Sein Drama ist auch unseres 99

Der italienische Staatspräsident Sandro Pertini vor dem Europäischen Parlament in Straßburg (S. 8) FOTO: ZOLTAN NAGY

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Trotz des Wachstumseinbruchs zu Jahresbeginn rechnet das Bundeswirtschaftsministerium mit einer Fortsetzung des Aufschwungs. Vor allem die Entwicklung von Auftragseingang und Geschäftsklima in der Industrie ließen eine weiterhin aufwärtsgerichtete Tendenz erkennen. (S. 9)

Energie: Eine Umsatzsteigerung um ein Prozent auf 2,8 Milliarden DM verbuchte die STEAG 1984. Der Jahresüberschuß des Konzerns erhöhte sich auf 57,8 Millionen DM (Vorjahr 45,4). (S. 12)

Wettbewerb: Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels hat den Abhol-Großhändler Metro vor fünf Landgerichten wegen fortgesetzter Rechtsverstöße verklagt. Im einzelnen werden der Metro Verstöße gegen die neue Preisangabenverordnung, das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb und das Ladenschlußgesetz vorgeworfen. (S. 9)

Börse: Gestern setzte sich die Hausse an den Aktienmärkten weiter fort. Die Rentenmärkte schlossen gut behauptet. WELT-Aktienindex 194,4 (192,9). BHF-Rentenindex 102,805 (102,793). Performance Index 103,139 (103,181). Dollarmittelkurs 3,0898 (3,0972) Mark. Goldpreis je Feinunze 313,25 (312,00) Dollar.

KULTUR

Jiddische Filme: Diese Geschichten mit viel Herzeleid und einem Happy-End wurden für ein *spezielles Publikum gedreht,* für die Juden in Polen und Rußland und für die ostjüdischen Emigranten in den USA. Hamburg erinnert jetzt an dieses vergessene Filmgenre. (S. 19)

Oper konzertant: Als Antwort auf die jahrzehntelange Verschlafenheit der Wiener Operninstitute *präsentiert der neue Konzert*haus-Chef Pereira jetzt Oper konzertant. Bei den Festwochen wartete er mit Schrekers „Schatzgräber" und Johann Christian Bachs „Lucio Silla" auf. (S. 19)

SPORT

Tennis: Profi-Schiedsrichter sollen bei internationalen Turnieren künftig eingesetzt werden, um das Regelwerk besser auszulegen und aufmüpfigen Stars besser zu begegnen. (S. 7).

Reiten: Mit dem Sieg des Engländers David Bowen auf Hawk begann das 49. offizielle Internationale Reitturnier der Bundesrepublik in Aachen. Bester Deutscher war Sloothaak als Sechster.

AUS ALLER WELT

Angriff: Ein deutsches Hospital in Ost-Afghanistan ist von Sowjettruppen total zerstört worden. Es gab zahlreiche Tote. (S. 20)

Bachmeier: Nach mehreren vergeblichen Gnadengesuchen soll die wegen Totschlags an dem mutmaßlichen Mörder ihrer Tochter Anna zu sechs Jahren Haft verurteilte Marianne Bachmeier jetzt doch freigelassen werden. Sie hat etwas mehr als die Hälfte der Strafe verbüßt. (S. 20)

Wetter: Regnerisch. Um 13 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Genscher: Richtungsbestimmung durch den Bundespräsidenten

Außenminister nimmt für seine Politik die Weizsäcker-Reden in Anspruch

DW. Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP), dessen jüngster Kurs in der Deutschland- und Ostpolitik, aber auch in Sicherheitsfragen von großen Teilen der Union mit Besorgnis verfolgt wird, hat jetzt für seine Vorstellungen ausdrücklich Bundespräsident Richard von Weizsäcker in Anspruch genommen. Im Deutschlandfunk beschrieb Genscher gestern die Reden des Bundespräsidenten zum 8. Mai und auf dem Evangelischen Kirchentag in Düsseldorf mit ihren Aussagen zur Standortbestimmung der Bundesrepublik Deutschland als „Richtungsbestimmung auch für unsere Außenpolitik". Damit setzte er der „Richtlinienkompetenz" des Bundeskanzlers offensichtlich einen Konkurrenzbegriff entgegen.

Der Minister, der auch in der SPD/FDP-Koalition das Auswärtige Amt leitete, beschwor die „Kontinuität der deutschen Außenpolitik" und fügte hinzu: „Wir dürfen hier nicht unseren Nachbarn in West und Ost ständig neue Fragen aufgeben, sondern wir müssen eine politische Kraft sein, die im Westen die Einigung Europas betreibt und von West nach Ost Gegensätze überwindet, wie wir das mit unserer Vertragspolitik getan haben und wie wir es jetzt tun durch die aktive Mitwirkung im KSZE-Prozeß durch die Verbesserung unserer Beziehungen zur DDR und zu anderen Staaten des Warschauer Pakts."

An diesem Punkt stellte der Interviewer dem Bundesaußenminister die Frage: „Es ist ja schon auffallend, wie häufig Sie die Reden des Bundespräsidenten loben. Das hat wohl seine Gründe. Meine Frage: Wer bestimmt die Bonner Außenpolitik? Bundeskanzler Kohl hat ja durchaus außenpolitische Ambitionen?" Gen*scher antwortete, er halte es für ganz* normal, daß ein Kanzler in der Außenpolitik in klarer Weise die Positionen seines Landes vertrete. Es gebe eine Regierungserklärung und eine gemeinsam formulierte Politik, „die wir auch gemeinsam vertreten, denn Klarheit, ich sage es noch einmal, und Berechenbarkeit sind in der Außenpolitik besonders wichtig". Das *schließe ja nicht* aus, *daß* außenpolitische Fragen in einer Demokratie diskutiert würden. „Und ein Konsens im Lande kann ja nur erreicht werden, wenn er ein Konsens nach Diskussion ist und nicht, wenn Sie so wollen, von oben verordnete, in der Öffentlichkeit nicht akzeptierte Politik." Man habe aus der Nachrüstungsdiskussion Erhebliches lernen können. „Ich finde, daß am Ende unserer Diskussion die Kraft unserer Politik größer und stärker geworden ist, weil aufgrund eines breiten Diskussionsprozesses letztlich doch ein sehr starker Konsens über die Ziele unserer Politik erzielt wurde." Und dann ging Genscher auf die Weizsäcker-Reden ein: „Das, was der Bundespräsident über die Standortbestimmung der Bundesrepublik Deutschland gesagt hat, über unsere Verantwortung aus Geschichte, geographischer Lage in Europa, das ist etwas, was eine Richtungsbestimmung auch für unsere Außenpolitik ist."

Der Journalist hakte nach: „Kann man sagen, daß der Bundespräsident ganz auf der Linie Genschers, Kohls, ja man kann sogar sagen, auf der sozialliberalen Ebene liegt und daß die aktiven *Außenpolitiker Dregger,* ja man kann auch Hupka und Czaja dazu zählen, daß sie eher störend wirken?" – Genscher: „Ich würde jetzt

● Fortsetzung Seite 8

SPD lobt Genschers „Kontinuität"

Der Außenminister spricht wieder häufiger mit Brandt / Vogels Strategie gegen Kohl

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen einem großen Teil der CDU/CSU und Außenminister Genscher haben zu einer Reaktivierung alter Kontakte zwischen dem FDP-Politiker und der SPD-Spitze geführt. Seit längerem spricht der nach der Bonner „Wende" von den Sozialdemokraten Geschmähte wieder häufiger und ausführlich mit SPD-Chef Willy Brandt. Und auch Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel lobte gestern, daß „der Gesprächskontakt wieder erfreulich dicht" sei. Man spreche „zur Sache" und „nicht nur am Rande miteinander", was bei*spielsweise „mit der Deutschland-* und Ostpolitik möglich" sei.

Vogel wiegelte allerdings „alle Spekulationen" über eine weitergehende Zusammenarbeit ab: „Wir respektieren", daß Genscher im deutschland- und außenpolitischen Bereich „zu erhalten sucht", was während der sozialliberalen Koalition angelegt worden sei, und die SPD gewähre ihm dafür auch „unsere Unterstützung", doch bei alledem sei „natürlich nicht vergessen, was Genscher und andere" im Zusammenhang mit dem Ende der Kanzlerschaft Helmut Schmidts „zu verantworten" hätten. Im Bereich der Innen- und „vor allem der Wirtschaftspolitik" sei ohnehin die „Kluft" zur FDP in den vergangenen Monaten „immer noch tiefer geworden".

Wie Vogel sagte, „haben wir es auch Genscher, nicht Kohl, zu verdanken", daß US-Präsident Reagan an Salt 2 festhalten will. Und nicht ohne Bewunderung beobachtet Vogel, wie „Genscher sich jetzt dafür schadlos hält, daß der Kanzler versuchte, sein Auswärtiges Amt in die Gruppe Teltschik im Kanzleramt zu *integrieren*", wie *„genüßlich"* Genscher mit seinem Amt unter anderem den Pannen beim Reagan-Besuch „zugewartet hat und jetzt die Früchte der Fehldüngung im Kanzleramt erntet".

Generell richtet sich die SPD angesichts der „andauernden Kohl-, Kanzler- und Regierungskrise" nach den Worten Vogels darauf ein, daß es „eine Lage" ähnlich wie vor Erhards Rücktritt geben könne, in der zwar angesichts der Mehrheitsverhältnisse kein konstruktives Mißtrauensvotum eingebracht werde, aber „wir den Kanzler zwingen, die Vertrauensfrage zu stellen".

Die Opposition will jedenfalls auf mehreren Feldern ihre Präsenz zeigen:

● Nachdem der Kanzler ein Gespräch über die SPD-Vorschläge zur Beschäftigungspolitik „abgelehnt" habe, werde die SPD „noch vor Monatsende das von den Gewerkschaften und dem BDI dazu angebotene" Gespräch führen.

● In 22 Anfragen soll versucht werden, „Licht in das Dunkel" der Weltraumforschung zu bringen, „heraus*zubringen", ob Kohl zu Genschers* oder Dreggers Vorstellungen steht.

● Das „Desaster der Katalysator-Politik" soll ebenfalls in dieser Woche debattiert werden mit dem Vogel-Vorschlag der sofortigen Geschwindigkeitsbegrenzung. Am 21. Juni soll das Parlament im Hinblick auf den Mailänder EG-Gipfel vorwärtsweisende Wegmarken setzen, nachdem „die Bundesregierung z. B. durch die Veto-Androhung jede Glaubwürdigkeit verloren" habe.

Rolf Mengele: Mein Vater ist sicher tot

Sohn des KZ-Arztes gibt Erklärung ab / São Paulos Polizeichef spricht von Nazi-Netz

DW. Frankfurt/São Paulo

Der in Deutschland lebende Sohn des weltweit gesuchten ehemaligen KZ-Arztes Josef Mengele, der Freiburger Rechtsanwalt Rolf Mengele, ist vom Tod seines Vaters überzeugt. Eine Erklärung, die Rolf Mengele gestern der Frankfurter Staatsanwaltschaft abgab und zugleich über ein Büro in München veröffentlichen ließ, lautet:

„Ich habe keine Zweifel daran, daß es sich bei dem am 5. Juni 1985 auf dem Friedhof in Embu/Brasilien exhumierten Leichnam um die sterblichen Überreste meines Vaters Josef Mengele handelt. Ich bin sicher, daß die gerichtsmedizinische Untersuchung dies in Kürze bestätigen wird. Die Familie ist bereit, weitere sachdienliche Hinweise zur Verfügung zu stellen. Ich habe mich im Jahr 1979 an Ort und Stelle persönlich über die Umstände seines Todes vergewissert. Ich habe mit Rücksicht auf die Menschen, die mit meinem Vater in den letzten 30 Jahren in Beziehung standen, bisher geschwiegen. Allen Opfern und ihren Angehörigen gilt mein und unser tiefstes Mitgefühl."

In São Paulo sagte Polizeichef Romeo Tuma, er versuche die finanziellen Verhältnisse der Familien Stammer und Bossert zu durchleuchten, bei denen Josef Mengele angeblich Unterschlupf gefunden hatte.

Von anderer Seite wurde der Verdacht geäußert, daß sich diese beiden Familien ihre *Dienste* für den meistgesuchten *Naziverbrecher* bezahlen ließen. Tuma vermutet ein internationales Nazinetz hinter Mengeles Brasilien-Aufenthalte, etwa das „Kameradenwerk".

Bei den Vernehmungen der Bosserts fiel der Name des Fliegergenerals Rudel. Die Bosserts erzählten, Rudel habe ihnen verraten, daß *sich hinter der Maske ihres deutschen* Gastes Josef Mengele verberge. Geza Stammer kann nicht vernommen werden, da er sich nach Angaben seiner Frau Gitta mit den beiden Söhnen – Matrosen der brasilianischen Handelsmarine – gerade auf einem Schiff befindet, das Singapur ansteuert.

Aus den Ermittlungen ergibt sich mit immer größerer Deutlichkeit, daß der 1975 nach Österreich zurückgekehrte und 1978 dort gestorbene Wolfgang Gerhard, dessen Identität Josef Mengele angenommen haben soll, dabei geholfen haben müsse, Mengele im Jahre 1961 oder noch früher aus Paraguay nach Brasilien zu bringen.

Im Haus des echten Wolfgang Gerhard in der Ortschaft Itapecerica da Serra bei São Paulo – das Anwesen gehört heute den Bosserts – entdeckte die Polizei Bücher über Mengele und den Nationalsozialismus sowie die Memoiren des ehemaligen KZ-Häftlings Ben Abraham, zwei Hitlerfotos und die Zeitschrift „Waffenrevue". Wolfram Bossert sagte aus, diese Dinge stammten von Mengele, der hier oft Wochenendgast gewesen sei.

Österreichs Konsul in São Paulo, Otto Heller, unterrichtete den Polizeichef über unbestätigte Informationen, wonach der echte Gerhard 1978 nicht bei einem Verkehrsunfall, sondern durch Mord ums Leben gekommen sei. Gerhards Sohn Adolf dementierte dies aus Graz: „Mein Vater erlag einem Herzinfarkt."

Fabius mahnt Freizügigkeit an

hrk. Berlin

Der französische Premierminister Laurent Fabius hat in Ost-Berlin das Recht auf Freizügigkeit angemahnt. Bei einem Essen erklärte Fabius, daß ihm das „Recht aller Menschen, sich frei zu bewegen" besonders am Herzen liege. Damit erinnerte er seine Gastgeber daran, daß alle Teile der Schlußakte von Helsinki gleichermaßen praktiziert werden müßten.

Nach dem Essen zeigten sich die französischen Gäste verärgert über einen Affront ihrer Gastgeber: Armeegeneral Heinz Hoffmann nahm – in Uniform – als SED-Politbüromitglied am Bankett teil, obgleich Frankreich dem entmilitarisierten Status ganz Berlins weiterhin größte Bedeutung beimißt.

Seite 2: In der Vier-Mächte-Stadt

SPD und Grüne noch nicht einig

DW. Wiesbaden

Die hessische SPD und die Grünen wollen ihre Zusammenarbeit wiederaufnehmen. Allerdings sind sich die beiden Parteien über Form und Bedingungen der künftigen Kooperation nicht einig. Der SPD-Landesvorstand bekräftigte zwar das Koalitionsangebot an die Grünen, lehnte die darüber hinausgehenden Forderungen der Umweltpartei jedoch ab. SPD-Landesgeschäftsführer Giani wertete die Bedingungen der Grünen als Ablehnung der Koalitionsofferte.

Demgegenüber sagte der Sprecher der grünen Landtagsgruppe, Dick, die Grünen hätten das Angebot mit ihren zusätzlichen Forderungen nicht zurückgewiesen, sondern dem „ultimativen Angebot" Börners lediglich eigene Bedingungen hinzugefügt.

Seite 4: Weitere Berichte

Volkszählung doch noch 1986?

ms. Bonn

Die Innenpolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben sich gestern dafür ausgesprochen, daß die Volkszählung am 23. April 1986 stattfindet, gleich, ob die Sozialdemokraten diesem Vorhaben zustimmen oder nicht. Damit nehmen sie einen anderen Standpunkt ein als Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU). Dieser hat wiederholt erklärt, daß er keinen Sinn in einer Volkszählung sehe, die von den Sozialdemokraten bekämpft werde und somit bei einem Teil der Bevölkerung auf Ablehnung stieße. Die Innenpolitiker hingegen sind der Auffassung, daß der bereits eingebrachte Gesetzentwurf binnen zwei Wochen vom Parlament verabschiedet werden könnte. Dabei gehen sie von der Zustimmung der FDP aus.

DER KOMMENTAR

Neue Koalition?

HERBERT KREMP

Hans-Dietrich Genscher sucht für seine Außenpolitik eine neue Koalition. Sie soll jenen Teil der Union neutralisieren, der mit der Fortführung der Ostpolitik im sozial-liberalen Sinne und mit dem Minister-Nein zur Defensiv-Strategie der Amerikaner nicht einverstanden ist. Für diesen tagespolitischen Zweck bringt er den Bundespräsidenten in Stellung. Er lockt durch wolkig formulierte, in der Intention jedoch glasklare Äußerungen die Zustimmung der sozialdemokratischen Opposition hervor. Und er verwäscht einen *Ordnungsbegriff* des Grundgesetzes: Die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers. Helmut Kohl soll nikken dürfen.

Alle diese Elemente sind in einem Interview enthalten, das der Außenminister am Dienstagmorgen im Deutschlandfunk gab und unverzüglich als Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes verteilen ließ. Darin ernennt sich Genscher zum Garanten für die Kontinuität der deutschen Außenpolitik, „die im Westen die Einigung Europas betreibt und von West nach Ost Gegensätze überwindet, wie wir das mit unserer Vertragspolitik getan haben ..." Fragen und Antworten zusammen lassen die Distanz erkennen, die das Kabinettsmitglied zur amerikanischen Sicherheitspolitik herstellt. Um sie zu vergrößern, erfindet der Minister der repräsentativen Demokratie die plebiszitäre Außenpolitik. Nach seiner Lesart dürften Fragen wie die militärische Nutzung des Weltraums nicht „von oben verordnet" werden (Regierungsentscheidung), sondern bedürften eines Konsens, der einen öffentlichen „Diskussionsprozeß" voraussetze. Genscher begrüßt solche Diskussionen.

Die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers (Art. 65 Grundgesetz) läßt Genscher konsequent außer acht, obwohl die Frage gestellt wird. Der Kanzler bestimmt nicht, er „vertritt" eine „gemeinsam formulierte Politik". Statt dessen nimmt der Minister den Bundespräsidenten in Dienst, dessen große, über jeder Tagespolitik stehende Rede vor dem Kirchentag er wortwendisch zur „Richtungsbestimmung auch für unsere Außenpolitik" erklärt. Weizsäcker habe nicht nur eine Verantwortung, sondern auch eine Außenpolitik artikuliert, die weit über das Regierungslager hinaus Zustimmung finde. Er ist also der Oberrichtlinienrichter. Dies ist der Lockton für Vogel, der daraufhin sofort ein Loblied singt. Genschers neue Koalition schwächt den Kanzler. Wann wird Helmut Kohl den Außenminister zur Ordnung rufen?

Verriet SPD-Abgeordneter geheime Bundeswehrplanung?

Ermittlungen gegen Mitglied des Verteidigungsausschusses

ms. Bonn

Generalbundesanwalt Rebmann hat gegen den stellvertretenden Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses des Bundestags, den SPD-Abgeordneten Walter Kolbow (41), ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Geheimnisverrats eingeleitet. Bundestagspräsident Jenninger ist von diesem Schritt der Ermittlungsbehörden gegen den Parlamentarier unterrichtet worden. Es geht dabei um den Verdacht, Kolbow habe Teile des als „geheim" eingestuften Textbandes B des Bundeswehrplanes 1985 bis 1997 Journalisten zugänglich gemacht. Kolbow hat gestern die Weitergabe von Geheimmaterial bestritten. Zugleich hat er angekündigt, er werde für die Dauer der Ermittlungen sein Amt als stellvertretender Ausschußvorsitzender niederlegen.

In Kreisen der Sicherheitsbehörden hieß es gestern, noch für diese Woche habe die Bundesanwaltschaft eine Vernehmung des SPD-Politikers angesetzt. Die Bundesanwaltschaft sei bei seit längerem laufenden Recherchen auf die Spur von Kolbow gestoßen, wobei offenkundig auch dessen Mitarbeiter in Betracht gezogen werden. Es seien „kriminaltechnische Untersuchungen" angestellt worden.

Der Fall hat dem Vernehmen nach folgenden Hintergrund: Am 3. Mai 1984 hatte der Verteidigungsausschuß auf der Hardthöhe den Bundeswehrplan erörtert. Danach fehlte ein Exemplar der Studie, was die SPD zum Anlaß genommen hatte, Vorwürfe gegen Minister Wörner zu erheben. Drei Tage später, am 8. Mai, hatte das Fernsehmagazin „Report" aus dem Bundeswehrplan zitiert. Dabei sollen drei Seiten veröffentlicht *worden sein,* die, *für sich genommen,* nicht als geheimhaltungswürdig einzuschätzen sind. Allerdings seien diese Seiten Teil der umfassenden Gesamtstudie gewesen, die als geheim klassifiziert sei. Da Unklarheit über die Person bestanden habe, sei zunächst gegen „Unbekannt" ermittelt worden.

Vertreter der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe und des Bundeskriminalamtes hatten dann im Dezember 1984 eine Durchsuchung beim Bayerischen Rundfunk in München vorgenommen, der „Report" ausstrahlt. Dabei war eine als geheim ausgewiesene Bundeswehr-Unterlage beschlagnahmt worden. Nach Angaben des Senders hatte die Bundesanwaltschaft nicht behauptet, daß in der „Report"-Sendung Geheimnisse verraten worden seien.

Der Generalbundesanwalt beruft sich bei seinen Ermittlungen offenkundig auf eine Stellungnahme der Gutachter in Landesverratsverfahren im Bundesverteidigungsministerium. Danach würde ein potentieller Gegner aus der Kenntnis des gesamten Textteils B des Bundeswehrplanes Vorteile erzielen können. Daraus könne sich eine Gefahr für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland ergeben. Durch welche weitergehenden Erkenntnisse schließlich der 1980 in den Bundestag gekommene Abgeordnete Kolbow in Verdacht geraten ist, wurde gestern noch geheimgehalten.

Im Film rückt Gorbatschow Andropow an seine Seite

AFP, Moskau

Andropow mit seiner Frau, mit Michail Gorbatschow und mit Janos Kadar, Andropow in seiner Datscha oder in seiner Moskauer Wohnung. Diese Bilder sind in einem 70minütigen Dokumentarfilm über Leben und Werk des Breschnew-Nachfolgers zu sehen, der jetzt erstmals in einer Sondervorstellung in Moskau gezeigt wurde. An der Premiere im „Oktober"-Kino nahm auch Jurij Andropows Sohn Igor teil.

Der Film, in dem Andropow mit ausgesprochen menschlichen Zügen präsentiert wird, steht ganz und gar nicht in der Kreml-Tradition. Zwar ist es nicht ungewöhnlich, daß über einen verstorbenen Parteichef ein Dokumentarfilm gedreht wird, doch waren bisher stets kurze Montagen ohne politische Bedeutung zu sehen, die auch nur vom jeweiligen Nachfolger an die Öffentlichkeit gebracht wurden.

Seinen Vorgänger Konstantin Tschernenko hat Michail Gorbatschow bisher nicht auf diese Weise gewürdigt. Mit dem Streifen über Andropow stellt er dafür umso deutlicher seine politische und geistige Verbindung mit dem einstigen KGB-Chef heraus. Mit dem Film wird der sowjetischen Bevölkerung erstmals seit der Stalin-Ära wieder ein Staatsführer mit menschlichem Antlitz gezeigt. Bisher unbekannte Aufnahmen aus Andropows Wohnung in einem Parteigebäude an der Kutusow-Straße in Moskau zeigen vor allem eine beeindruckende Fülle von Büchern im Arbeitszimmer und im nüchtern möblierten Salon.

Auf politischer Ebene liegt die Bedeutung des Streifens in der engen Verbindung von Andropow mit seinem geistigen Erben Gorbatschow. Weder Breschnew noch Tschernenko werden bis auf zwei Einstellungen an Andropows Seite gezeigt, wohl aber der neue Kreml-Chef. Gorbatschow *nimmt mit diesem Film unübersehbar* die Rolle von Andropows geistigem Erbe in Anspruch. Er hat dies zwar schon in mehreren Reden getan, aber die weite Verbreitung des Dokumentarfilms wird voraussichtlich die Schlagkraft seiner im Andropow-Geist lancierten Reformen – zur „Disziplinierung", gegen Trunksucht und für wirtschaftliche Erneuerung – noch mehr Gewicht verleihen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

In der Vier-Mächte-Stadt

Von August Graf Kageneck

Die Ostberliner Medien haben den Passus aus der Tischrede des französischen Premierministers Fabius im Staatsratsgebäude, der sich mit den Menschenrechten und der Freizügigkeit befaßte, ihren Lesern und Hörern vorenthalten. Die Erinnerung an den „dritten Korb" der KSZE-Vereinbarungen paßt den Machthabern in Ost-Berlin auch zehn Jahre nach Honeckers Unterschrift noch nicht. Was Fabius hingegen zur Abrüstung in Europa und zur Gefahr eines neuen Wettrüstens im Weltall sagte, wurde ausführlich wiedergegeben. Hier nämlich gibt es, wie Fabius selbst sagte, „im Ton" eine Konvergenz zwischen Frankreich und der „DDR".

Aber eben nur im Ton. Frankreich ist, wie Fabius ferner sagte, für die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts des Schreckens als die zur Zeit einzig mögliche Garantie der Sicherheit Europas. Wenn er gegen SDI ist, dann, weil er fürchtet, daß dieses Gleichgewicht verlorengehen könnte. Das aber ist nicht Honeckers Sorge. Er ist schlicht gegen alles, was den Westen stärken könnte.

Die Positionen der beiden Staaten, die sich zum ersten Mal auf protokollarisch so hohem Niveau trafen, haben sich also keineswegs verändert. Das aber war auch nicht zu erwarten. Frankreich ist eine der vier Siegermächte juristisch, politisch und moralisch auf seine Haltung gegenüber dem anderen deutschen Staat festgelegt. Die Franzosen sind zu genaue Staatsrechtsexperten, um daran die geringsten Abstriche zuzulassen. Die Gegenwart des Verteidigungsministers *Hoffmann* in Generals-Uniform am Bankettisch war eine Verletzung des Berlin-Status, und sie wurde *nur hingenommen, weil die Franzosen* einen Eklat wegen eines Ministers vermeiden wollten.

Der Wert des Besuches liegt für Fabius im Atmosphärischen. Er kann die Lage in Europa besser beurteilen, wenn er die Akteure kennt. Auch ist Frankreichs Verantwortung für ganz Deutschland leichter zu tragen, wenn es das innerdeutsche Verhältnis besser zu beurteilen vermag. Auch dieses ändert sich. Und das ist für Frankreich immer Quelle von Genugtuung und Zweifel zugleich.

Teststrecke in Genf

Von Fritz Wirth

Die Reaktionen auf den SALT-Beschluß Ronald Reagans schwanken zwischen Euphorie und Schock. Die Befürworter dieses Vertrages, der offiziell nie einer war, weil er in seinem Geburtsjahr 1979 dem US-Senat unter dem Schock der sowjetischen Afghanistan-Invasion niemals zur Ratifizierung vorgelegt wurde, sind verblüfft.

Sie hatten nicht erwartet, daß der Präsident, der in seinem ersten Wahlkampf vor fünf Jahren diesen Vertrag so scharf *verurteilt hatte, ihn nun so wortgetreu einhält und darauf* verzichtet, für ein modernes U-Boot mit Trident-Raketen ein veraltetes der Poseidon-Klasse nur aufs Trockendock zu legen, sondern es abrüstet, um das laut Vertragstext festgelegte Limit an *Raketen einzuhalten. Mit anderen Worten:* daß sich jener Partner, der offiziell diesen Vertrag niemals akzeptiert hat, strikter an seine Bestimmungen hält als die Sowjets, die sich zum Wächter dieses Vertrages aufspielen und ihn dennoch durch Verletzungen unterminieren oder sich in seinen Grauzonen bewegen.

Von den Kritikern dieses SALT-Beschlusses des Präsidenten sind denn auch Vokabeln wie „Ausverkauf", „einseitige Abrüstung" und „Appeasement" zu vernehmen. Zu diesen Kritikern zählt auch Henry Kissinger. „Ich glaube nicht, daß dies ein Weg ist, die Sowjets zu beeindrucken. Sie reagieren auf harte Realitäten, nicht auf Gesten des Goodwill", erklärte er.

Der Goodwill, den Reagan demonstriert, ist allerdings zeitlich und in der Sache deutlich abgegrenzt. Sein SALT-Beschluß ist eine Bewährungsprobe für den sowjetischen Goodwill. Und die Teststrecke dieses Goodwills sind die gegenwärtigen Abrüstungsverhandlungen in Genf. Seine abwartende Geduld im Umgang mit dem SALT-Vertrag muß im Zusammenhang mit diesen Verhandlungen gesehen werden.

Reagan hat im Vorfeld dieser Verhandlungen, denen die Sowjets mit ihrer starren Defensivtaktik bisher den Stempel aufdrückten, stets die Flexibilität der amerikanischen Position betont. Seine SALT-Entscheidung ist ein deutlicher Beleg dafür, daß dies nicht nur eine leere Phrase war. Der Ball liegt jetzt im Hof der Sowjets.

Demokratischer Ansatz

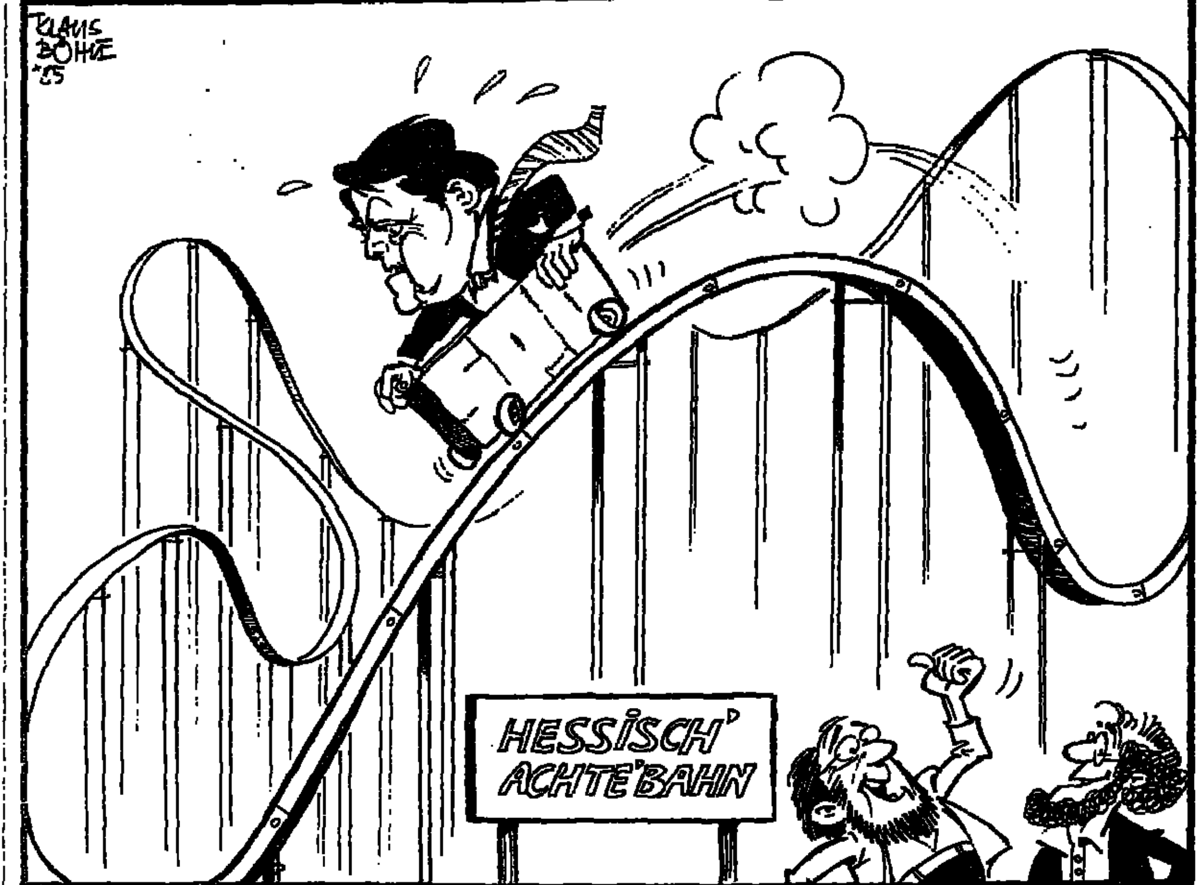
Von Rudolf Ströbinger

Imre Pozsgay, Generalsekretär der ungarischen „Patriotischen Volksfront", war zufrieden: Das neue, 1983 angenommene Wahlgesetz hat am Wochenende bei den Parlaments- und Kommunalwahlen seine Feuerprobe bestanden. Ob allerdings die Verbündeten des Warschauer Pakts diese Zufriedenheit teilen, ist fraglich. Denn schon die Tatsache, daß lediglich 94 und nicht wie im real existierenden Sozialismus üblich 99,99 Prozent zur Wahlurne gingen, wird sie stutzig machen.

Nicht nur die relativ niedrig Wahlbeteiligung, die 5,4 Prozent ungültigen Stimmen, die 1,4 Prozent der Wähler, die alle vorgeschlagenen Kandidaten gestrichen haben, und die Notwendigkeit, in 45 Kreisen am 22. Juni eine Stichwahl durchzuführen, läßt bei Ungarns Bündnispartnern die Alarmglocken schrillen. Überhaupt zum ersten Mal hatten in einem kommunistischen Land nämlich die Wähler zwar nicht die Möglichkeit zwischen verschiedenen Programmen, aber unter zwei bis vier Kandidaten die Auswahl. Und die Ungarn haben davon Gebrauch gemacht. Bereits bei der Kandidatenaufstellung setzten sie 75 Bewerber durch, die nicht von der „Patriotischen Volksfront" vorgeschlagen worden waren. Ein Drittel von ihnen, so der ehemalige Außenminister Frigyel Puja und der als „Vater der ungarischen Wirtschaftsreform" gefeierte Ex-Politbüromitglied Rezsö Nyers – der auf Druck des Kremls aus der Führung ausscheiden mußte – wurden ins Parlament gewählt.

So weit, daß man auch die wichtigsten Persönlichkeiten der Partei und des Staates zum Ausscheideverfahren stellen würde, ging man aber auch in Ungarn nicht. Parteichef Janos Kadar und weitere 34 Kandidaten sicherte man auf einer Landesliste ab. Trotzdem bekam einer der Prominenten, der Gewerkschaftsvorsitzende Sandor Gaspar, einen Denkzettel. Als einziger auf der Landesliste erhielt er deutlich weniger als 99 Prozent der Stimmen.

Frei und demokratisch kann man die Wahlen kaum nennen. Selbst Pozsgay verkündete, daß alle Kandidaten fest auf der Plattform des Sozialismus stehen. Solche, die Kritik an ihr üben – wie etwa Lazlo Rajk, der Sohn des 1949 hingerichteten Außenministers –, ließ man nicht kandidieren. Aber trotzdem: Ein kleiner demokratischer Ansatz waren diese Wahlen doch.



Schon ganz grün im Gesicht, der Holger! KLAUS BÖHLE

Craxis großer Sieg

Von Friedrich Meichsner

Weitblick, Zielstrebigkeit, Klugheit und Geduld sind Voraussetzungen für den politischen Erfolg in einer Demokratie. Den Politiker von Format zeichnet darüber hinaus noch anderes aus: Eine über allem notwendigen Lavieren stehende Gradlinigkeit. Italiens sozialistischer Ministerpräsident Bettino Craxi hat das eine wie das andere bewiesen. Gegen den Rat seiner christdemokratischen, republikanischen und liberalen Koalitionspartner, die eher für das schlaue, untergründige Taktieren plädierten, setzte er bei dem Referendum über die gleitende Lohnskala alles auf eine offene Karte – und gewann.

Er werde sofort zurücktreten, verkündete er, wenn sich die kommunistisch-neofaschistische Oppositionsallianz bei dem von ihr erzwungenen Volksentscheid mit der Forderung nach voller Reaktivierung der im vorigen Jahr gedrosselten Lohngleitautomatik durchsetzen sollte. Das Ergebnis: 54,3 Prozent der Abstimmenden sprachen Craxi das Vertrauen aus und *billigten seine antiinflationäre Wirtschaftspolitik. Sie widerstanden* der Versuchung, für 43 Mark mehr *in der Lohntüte* eine ungewisse weitere Inflationsdämpfung einzukaufen.

Soviel Immunität gegen Demagogie hatten die Kommunisten, hatte aber auch so mancher Politologe den Italienern nicht zugetraut. Aber Craxi. Das ist überzeugender Führungsstil, dem im allgemeinen dann auch die notwendige Fortüne nicht versagt bleibt.

Mit Craxi siegte bei dieser Abstimmung auch die Koalition der fünf Regierungsparteien (Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikaner, Liberale), die schon bei den administrativen Wahlen am 12. Mai einen klaren Erfolg errang. Sie steht heute besser da als je zuvor. Mindestens zwei neue schwere Belastungsproben stehen ihr aber bevor: die Staatspräsidenten-Neuwahl in knapp zwei Wochen und die neue Regelung des Lohngleitmechanismus nach der vorgestern von den Unternehmern vollzogenen Kündigung des Abkommens über die „scala mobile", die Lohn-„Rolltreppe".

Für die Regierungsparteien geht es zunächst darum, sich auf einen gemeinsamen Präsidentenkandidaten zu einigen und die Sozialpartner nach der Aufkündigung der „scala mobile" wieder an den Verhandlungstisch zu bringen.

Scheitern kann die Regierung dabei *nur durch eigenes Versagen* – dann nämlich, wenn sie sich durch interne Streitigkeiten selbst wieder neutralisiert. Daß diese Gefahr besteht, ist nicht zu leugnen. Kaum je hat der italienische Parteienorganismus mit den in ihm wirkenden zentrifugalen Kräften für längere Zeit eine starke Persönlichkeit ertragen. So muß befürchtet werden, daß Craxis unbestreitbarer persönlicher Erfolg Eifersucht und den heimlichen Wunsch weckt, ihn in *seine Grenzen zu weisen.*

Die erste Gelegenheit dazu könnte die Staatspräsidenten-Neuwahl bieten. Das Vorschlagsrecht für einen Kandidaten der Koalition liegt – inoffiziell, aber eindeutig – bei den Christdemokraten als der mit Abstand stärksten Regierungspartei. Es wird sich bald zeigen, wie die DC davon Gebrauch macht. Sie *kann einen Kandidaten vorschlagen*, der für alle fünf Parteien akzeptabel ist und dann mit ziemlicher Sicherheit gewählt werden würde. Sie kann aber auch der Versuchung verfallen, Craxi einen Denkzettel zu verpassen, indem sie Politiker nominiert, die sich als Erben der nationalen Solidaritätspolitik Aldo Moros fühlen und mehr auf die kommunistische als auf die sozialistische Wahlhilfe spekulieren.

In diesem letzten Fall wäre die *Regierungskrise für den Sommer* programmiert. Und den Kommunisten böte sich die Gelegenheit, nach ihren Schlappen bei den administrativen Wahlen und beim Referendum wieder ins Licht zu kommen.

Gewiß, die fünf Koalitionsparteien, die bei den Wahlen vom 12. Mai gemeinsam auf 58,1 Prozent der Stimmen kamen, erreichten beim Referendum – mit zusätzlicher Hilfe der Radikalenpartei – nur einen Stimmenanteil von 54,3 Prozent, und die kommunistisch-neofaschistische Opposition konnte sich von 37,2 auf 45,7 Prozent verbessern. Aber die Wahlbeteiligung lag diesmal mit nur 78 Prozent um 12 Prozentpunkte niedriger als im Mai. Prozentuale Gewinne erzielte die Opposition fast nur dort, wo – wie in den Südregionen Calabrien, Basilicata, Campanien und Sardinien – die Wahlbeteiligung am niedrigsten war, wo also viele Wähler der Regierungsparteien den Urnen *fern blieben.*

Und im übrigen ging es ja diesmal nicht wie bei den administrativen Wahlen um Parteien, sondern vordergründig um mehr Geld in der Lohntüte. Daß es den vereinigten *Kommunisten und Neofaschisten* nicht einmal mit dieser demagogischen Verlockung gelungen ist, die Mehrheit der Wähler auf ihre Seite zu ziehen, verdeutlicht das Ausmaß ihrer Niederlage.

Gerade dieser Aspekt hat freilich auch eine konstitutionelle Schwäche der speziell italienischen Form von Direktdemokratie bloßgelegt. *Zum ersten Mal ging* es bei diesem 9. Referendum direkt um Geld. Craxi hatte die Entscheidung des Verfassungsgerichts, diesen Volksentscheid für zulässig zu erklären, auf das entschiedenste angegriffen – juristisch mit vielleicht diskutablen, politisch aber dafür mit um so überzeugenderen Argumenten.

Schließlich kann die parlamentarische Demokratie sehr leicht ad absurdum geführt werden, wennn es möglich ist, die von der Parlamentsmehrheit gebilligte Wirtschaftspolitik durch einen Volksentscheid zu unterlaufen. Die Reaktivierung der im vergangenen Jahr gestrichenen vier Punkte der gleitenden Lohnskala hätte unweigerlich das Bemühen der Regierung, Italiens Inflationsrate von gegenwärtig *etwa zehn Prozent auf* das europäische Mittelmaß zu senken, durchkreuzt und eine Trendwende nach oben bewirkt. Eine konstitutionelle Reform, die derartige Fragen aus dem Referendumskatalog herausnimmt, wäre geboten.



Beginnen die Koalitionspartner nun mit seiner Demontage? Craxi FOTO: SVEN SIMON

IM GESPRÄCH Franz Xaver Kroetz

Brechen, nicht Brecht

Von Günter Zehm

„Ich will aufs Titelblatt und nicht ins Feuilleton", fordert Franz Xaver Kroetz im Prolog seines neuen Stücks „Bauern sterben". Und seine Rechnung geht auf: „Größte Schweinerei auf deutscher Bühne", verkündet „Bild" am Tag nach der Uraufführung in riesigen Lettern auf Seite eins. Der Münchner Theatermann hat es wieder einmal geschafft. Skandal wird's freilich nicht geben, denn die Premierentiger sind Schweinereien in Kroetz-Stücken längst gewöhnt. Abtreibung auf offener Bühne, Damenringkämpfe im Plumpsklo, gestorbene *Omas, die niemand* wegbringt und die allmählich im Ohrensessel verfaulen, während die Enkel um sie herum Haschmich spielen – dergleichen regt längst niemand mehr auf. Es ist ja „große Kunst". Wer mag sich da schon als Banause zu erkennen geben?



Kroetz, der erfolgreichste deutsche Dramatiker FOTO: PETER PEITSCH

Kroetz ist seit Jahren der erfolgreichste deutsche Dramatiker, hat sich von den Tantiemen seiner Stükke einen schönen Bauernhof im bayerischen Kirchberg kaufen können, wo er *Pferde züchtet und einen eigenen* Bühnenverlag betreibt. Das Fernsehen überträgt viele seiner Inszenierungen, er ist mit Auszeichnungen überhäuft: Fontanepreis, deutscher Kritikerpreis, Hannoverscher Dramatikerpreis, sogar – in den siebziger Jahren, als Kroetz gerade auf der DKP-Liste für den Bundestag kandidierte – einen sogenannten *Wilhelmine-Lübke-Preis.*

Der 39jährige Junggeselle aus alteingesessener Münchner Beamtenfamilie ist der Liebling der Isar-Schikkeria, seit dem Kokaintod von Faßbinder sogar die unbestrittene Nummer eins in Schwabing. Zur Zeit mimt der gelernte Schauspieler gerade die Hauptrolle in einer Schicki-Micki-Serie des Fernsehens. Aus der DKP ist er vor einiger Zeit wieder ausgetreten, was ihn allerdings nicht daran hindert, in öffentlichen Umfragen weiter unverdrossen von Lenin, Fidel Castro und dem „Kampf der Arbeiterklasse gegen den US-Imperialismus" zu schwärmen.

Als künstlerisches Vorbild nennt er immer wieder Brecht, *obwohl sein* eigener Stil so unbrechtisch wie möglich ist. Statt Verfremdungseffekt liefert er totalen Naturalismus, statt intellektuellen Kalküls plane Identifizierung *mit dem Bodensatz* der Bildungsreform. Halbirre Einödbauern und debile Mägde, Sonderschüler und geistige Kleinrentner jeglicher Couleur bevölkern seine Stücke. Insofern ist er eher ein Abkömmling des Bayerischen Bauerntheaters, ein Nachfahre Karl Schönherrs und der Lena Christ, deren Intensität er jedoch bei weitem nicht erreicht. Sind die Figuren Schönherrs ausgespannt *zwischen Himmel und Hölle, so gibt* es bei Kroetz nur die Hölle, ein Labyrinth *aus dumpfen Trieben* und ungeklärten Ahnungen, aus dem niemand entrinnen kann.

Angeblich geht es darum zu zeigen, wie der „*Imperialismus*" die Menschen niederhält. Aber die Mechanismen der Herrschaft geraten kaum je ins Bild, geschweige denn in den Dialog. Die mit epischer Breite vorgeführte verschissene Debilität kommt nirgends über sich hinaus, ihre dramaturgisch aufbereitete Zustandsbeschreibung wird zum Selbstzweck. So gibt es zweifellos gute Gründe, sich von den Produktionen des Franz Xaver Kroetz achselzuckend abzuwenden. Aber der Schickeria gefällt's, den *Kritikern gefällt's*, und den Fernsehgewaltigen gefällt's auch. *Jede Gesellschaft hat eben die* (Theater-)Kultur, die sie verdient.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WESTFALENPOST

Die Hagener Zeitung kommentiert Raus Regierungserklärung:

Ob der neue Landesorden und eine Stiftungsinflation die wirtschaftlichen Nöte des Landes beheben, muß *bezweifelt werden ... Aber es bleibt* ein Phänomen, wie Johannes Rau innerhalb *weniger Jahre ein Heimatgefühl* ins künstlich geschaffene Bindestrichland *Nordrhein-Westfalen* eingepflanzt hat. In der 84seitigen Regierungserklärung gerade vier Sätze um die in der SPD heftig umstrittene Zulassung neuer Fernseh- und Rundfunkkanäle, kein Wort zur heißumkämpften Kernenergie. Die zitierte solidarische Gesellschaft scheint für solche Brocken in den Augen des Harmoniebewußten noch nicht reif.

TAGESZEITUNG

Die Berliner Zeitung meint zu Rau:

Warum gelingt ihm, was andere vergebens versuchen? Warum bleiben Rau und die nordrhein-westfälische Regierung glaubwürdig, wo andere mit den gleichen Floskeln scheitern? Rau will nicht hinnehmen, „daß *junge Menschen* von der Schule in die Hoffnungslosigkeit entlassen werden". Das *will Blüm* und wollte Schmidt auch nicht. Aber Rau glauben die Leute, daß er besorgt ist. Was er denn wirklich tun will oder kann, danach fragt keiner mehr.

Süddeutsche Zeitung

Sie schreibt zur Diskussion über ein Tempolimit:

So wäre die rasche Entscheidung für ein Tempolimit aller Autos ohne Katalysator noch das geringste Übel. Sie gäbe einen starken Anreiz, den Katalysator zu kaufen: für die Tempofans, aber auch für jene, die dann demonstrieren dürften, daß sie könnten, wenn sie wollen. Die Politiker mit dem Kat-Dienstwagen auf Kosten des Steuerzahlers dürften schließlich ebenfalls weiter Gas geben. Für die *konzessionierten Raser* wünscht sich der FDP-Verkehrsexperte Hoffie ein K *im Nummernschild*, K wie Katalysator oder Könner oder vielleicht Kanzler Kohls kleiner Kraftakt.

Frankfurter Allgemeine

Sie geht auf die Frage ein, ob der Umweltschutz im Grundgesetz verankert werden soll:

In einer auf Arbeitsteilung beruhenden, *ein gewisses Maß von Luxus* fordernden Gesellschaft wie der unseren kann ein „Grundrecht *auf Umwelt*" nur entweder eine leere Forderung sein oder ein Anlaß für einen endlosen, die Gerichte einbeziehenden und überfordernden Streit, welches Grundrecht hier vorgehe, innerhalb des Umweltschutzes oder im Verhältnis zu anderen Grundrechten, etwa dem auf Eigentum oder dem auf Berufsfreiheit. Aber auch eine Bestimmung, die den „Schutz der natürlichen *Lebensgrundlagen*" des Menschen als Aufgabe des Staates in *Verfassungsrang* hebt, wäre eine schwieriges Unterfangen. Wer anders sollte solchem „*Staatsziel*" zur *Geltung* verhelfen als die Gerichte je im Einzelfall? Damit würde wieder ein Stück Gestaltungsmacht von den dazu vom Bürger beauftragten Politikern hinüberwandern zu den Richtern.

Wollen wir eine starke oder eine Euro-Währung?

Die Ecu: Eine Hoffnung vieler Politiker / Von Claus Dertinger

Europa macht Integrationsfortschritte, wenn überhaupt, nur im Schneckentempo. Die Erweiterung der EG um Spanien und Portugal und der Beitritt Griechenlands zum Europäischen Währungssystem (EWS) als Meilensteine zu bejubeln hieße Quantität mit Qualität verwechseln. Enttäuschung macht sich breit, daß sich die Gemeinschaft in Detailfragen verbeißt, so *daß Visionen vom großen Wurf* nur Deklamationen sind.

Aber die Europapolitiker geben nicht auf. Sie wollen den Hebel bei der Währungspolitik ansetzen. Die Ecu (European Currency Unit), die aus einem Korb der Mitgliedswährungen des EWS zusammengesetzte Kunstwährung, soll zum Motor der Integration werden. Hinter dieser Vorstellung steht die Überlegung, ein währungspolitischer Schulterschluß werde die EWS-Partner zwingen, die Gegensätze zu überwinden, die Ausdruck unterschiedlicher nationaler Prioritä*ten und Reflex der Wünsche von* Interessengruppen sind.

Nach den bisherigen Erfahrungen muß das wohl eine Illusion bleiben, was freilich die Politiker nicht davon abhält, sich vor Begeisterung zu überschlagen. Gewiß, einer gemeinsamen Europawährung ist eine Symbolkraft nicht abzusprechen. Aber Symbole ändern nun einmal nichts an den Fakten.

Die Schwärmerei für die Ecu, die sich an der zunehmenden Verwendung der privaten Variante dieser Kunstwährung vor allem in Schwachwährungsländern wie Italien und Frankreich als Kreditwährung entzündet, hat allerdings einen handfesten Hintergrund. Da die Ecu als offiziell anerkanntes europäisches Zahlungsmittel wie jede andere Währung von einer Notenbank ausgegeben werden müßte, sehen viele Europapolitiker, die ob der Abhängigkeit von den mehr national als europäisch denkenden und handelnden Regierungen frustriert sind, die Chance, mit der *Schaffung einer eigenständigen* europäischen notenbankähnlichen Währungsinstitution ein neues Machtzentrum zu schaffen. Auf sie müßten die nationalen Notenbanken einige ihrer Befugnisse übertragen.

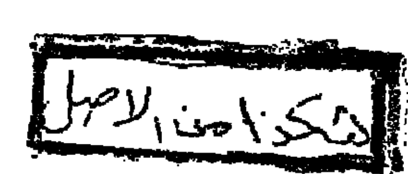
Das ist der eigentliche Dollpunkt der Diskussion um die Ecu. Sinn *machte eine solche Veranstaltung* freilich nur, wenn sich alle Beteiligten *über eine gemeinsame Linie* einig wären, und zwar nicht nur in den engeren währungspolitischen Fragen, sondern vor allem auch in allen anderen Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik im weitesten Sinne, die alle von höchster währungspolitischer Relevanz sind. Aber hier hapert es trotz einiger Angleichungsfortschritte immer noch ganz erheblich, was sich zum Beispiel an den unterschiedlichen Inflationsraten ablesen läßt.

Genau das ist schließlich das Motiv, aus dem heraus sich die für die deutsche Währungspolitik Verantwortlichen, *die Bundesbank* und der Bundesfinanzminister, dagegen wehren, daß über die Ecu der Einstieg in eine europäische Notenbank programmiert wird. Die deutsche Einstellung wird verständlich, wenn die Überlegungen auf eine Kernfrage reduziert werden. Was ist für die Deutschen wichtiger: *Daß wir* in der Bundesrepublik eine gute stabile Währung *behalten oder daß wir eine gemeinsame* Europawährung bekommen?

Das eine *schließt das andere aus*, wenn die Bundesbank Teile ihrer Autonomie und ihrer Einflußmöglichkeiten auf eine von divergierenden nationalen Interessen geprägten europäischen Geldzentrale übertragen müßte, von der auf absehbare Zeit nicht zu erwarten ist, daß sie sich dem gleichen stabilitätspolitischen Standard verpflichtet fühlt wie die Bundesbank. Mit dem Eingehen auf die Forderungen der Europabegeisterten gäbe die Bundesrepublik preis, worum sie von ihren Partnern beneidet wird: *die Chance, die Qualität ihrer Währung zu erhalten.*

Die Zeit für eine Europawährung ist noch nicht gekommen. Die Tatsache, daß sich die private Ecu – in einem allerdings häufig überschätzten Umfang – ausbreitet, spricht nicht dagegen. Im Gegenteil. Die private Ecu verdankt ihre Existenz vor allem dem Umstand, daß man ein Medium suchte, um den aus unzureichenden Harmonisierungserfolgen resultierenden Wechselkursschwankungen *zu entgehen.*

Als Kunstwährung kann die Ecu zwar nicht besser sein als der Duchschnitt der Währungen in diesem Korb, aber immerhin besser als die schlechtesten. Das erklärt ihre Beliebtheit in Schwachwährungsländern. Damit taugt die Ecu freilich noch lange nicht als Alternative zum Dollar, wie manche Politiker glauben, die sich der Illusion hingeben, Europa könne auf diese Weise zu einem Gegengewicht zu den USA werden.





Gegengeschäfte – Handel wie in alten Zeiten

China will das Handelsvolumen mit der Bundesrepublik bis zum Ende des Jahrzehnts verdoppeln. Dabei strebt Peking an, Importe nicht nur mit Geld, sondern auch mit Waren zu bezahlen. Derartige Gegengeschäfte machen schon 20 bis 30 Prozent des Welthandels aus. Wie funktionieren sie?

Von KAREN SÖHLER

Zwei Schiffsladungen Fliesen schippern über den Indischen Ozean den Vereinigten Arabischen Emiraten entgegen. Sie stammen aus der Volksrepublik China und sind Teil eines Gegengeschäftes, das eine Provinz aus dem Reich der Mitte vor Monaten mit einem Unternehmen aus der Bundesrepublik abgeschlossen hatte: Der deutsche Hersteller exportierte zunächst Baustoffmaschinen für ein Fliesenwerk nach China. Eingeschlossen in den Liefervertrag war, allerdings die Verpflichtung, in dieser Fabrik produzierte Fliesen – mit deutschem Design – im Wert der Maschinen abzunehmen.

Selbst konnte der Maschinenhersteller mit der Ware nichts anfangen. Aber ein Bauunternehmen, das gerade ein Kongreßzentrum in den Vereinigten Arabischen Emiraten errichtete, übernahm die Verpflichtung. Daher sind die Fliesen nun auf dem Weg nach Abu Dhabi. In diesem Fall hat die Volksrepublik China die Maschinen umgehend bezahlt. Die verbrauchten Devisen nimmt das Land wieder ein durch die Ausfuhr der auf den *neuen Maschinen hergestellten* Produkte.

Oder: Lastwagen sind auf dem Weg nach Iran. Auftraggeber ist die Regierung in Teheran. Im üblichen Sinn wird sie diese Ware jedoch nicht bezahlen: Der deutsche Hersteller erhält im Gegenzug Rohöl. Unerfahren in diesem Metier, hat der Automobilproduzent seinen Anspruch auf das schwarze Gold allerdings an ein deutsches Mineralölunternehmen abgetreten. Dieses wiederum nimmt Iran sogar die dreifache Ölmenge ab.

Sechzig Prozent des Kaufpreises überweist der Rohölabnehmer auf ein Konto Irans in der Bundesrepublik, das der Golfstaat für die Bezahlung deutscher Importe hält. Von diesem Konto fließt auch das Geld an den Hersteller der Lastwagen. Die verbleibenden 40 Prozent der Ölrechnung werden beglichen durch einen Transfer nach Iran.

Vorteile ergeben sich für beide Seiten

Der Vorteil für den Ölkonzern liegt darin, daß Waren, die einem Exporteur als Gegenlieferung aufgedrängt werden, mit einem sogenannten Stützungsbetrag belegt werden: Zwischen einem und zwölf Prozent des Warenwertes erhält der Händler oder der direkte Abnehmer als eine Art Provision. Der Öleinkauf hat sich also verbilligt. Für Iran ist günstig, daß durch Kompensationsgeschäfte verkauftes Öl nicht auf die Ausfuhrquote angerechnet wird, die die Opec festgelegt hat.

Die beiden Beispiele schildern die wesentlichen Grundformen des Gegengeschäfts. Selten kommen reine Kompensationsgeschäfte vor, in denen gleichwertige Warenlieferungen ausgetauscht werden, aber kein Zahlungsverkehr entsteht. Denn für solche Geschäfte werden keine Exportkreditversicherungen angenommen. Bei der Hermes Kreditversicherungs-AG, Hamburg, lautet die Begründung, daß die Forderungssumme, die sich aus dem Geschäft ergibt, nicht genau beziffert werden kann. In dem Vertrag steht eben nur, wieviel Fische oder Kupfer im Gegenzug geliefert werden müssen – ohne Kaufpreisangabe.

Das reine Tauschgeschäft wird also im wesentlichen – wenn überhaupt – angewandt in Staaten, für die beispielsweise Hermes nahezu jede Versicherung ablehnt. Dazu zählen Länder wie Nigeria, Polen, Kuba oder *Madagaskar*. In *vielen* lateinamerikanischen Staaten ist die Deckung, die Hermes bereit ist zu übernehmen, sehr eingeschränkt. Peru ist nur ein Beispiel.

Zwei Waren- und zwei Kapitalströme

Um dem Deckungsproblem zu entgehen, werden normalerweise zwei Lieferverträge abgeschlossen. Das gesamte Geschäft setzt sich dann aus zwei Waren- und zwei Kapitalströmen zusammen. Es ist weder notwendig noch möglich, die Verträge jeweils zeitgleich zu erfüllen. Es kommt auch vor, daß ein Land nur auf einer teilweisen Kompensation besteht. Dann nimmt der Exporteur beispielsweise nur für 30 Prozent seines Lieferwertes Waren ab; 70 Prozent begleicht der Importeur in der üblichen Zahlungsweise.

Diese verfeinerte Form des Kompensationsgeschäfts wenden vor allem die Ostblockstaaten häufig an. Im Osthandel sind Gegengeschäfte ohnehin schon seit Jahren verbreitet. Die Länder, die dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW oder Comecon) angehören, verfolgen damit eine Art Wirtschaftsstrategie: Wer in den Ostblock exportieren will, muß für den Absatz osteuropäischer Produkte auf Auslandsmärkten sorgen. Kurzfristig mag die Rechnung aufgehen; aber langfristig drückten die RGW-Staaten den eigenen Artikeln das Image auf, dem freien Markt nicht gewachsen zu sein, meinen Sprecher der Hermes Kreditversicherungs-AG und des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) gleichermaßen.

Anders liegt der Fall bei Entwicklungsländern. Sie greifen zunehmend auf dieses Handelsgebaren, das in seiner ursprünglichen Form eher vergangenen Jahrhunderten angehört, zurück, weil die wirtschaftliche Situation es gebietet: In den meisten lateinamerikanischen und afrikanischen Staaten herrscht Devisenmangel. Verzehrt wurde der Fremdwährungsbestand vielfach durch einen steigenden Schuldendienst auf die zunehmenden Auslandsverbindlichkeiten und durch eine überhöhte Einfuhr im Vergleich zur Ausfuhr. Dieses Mißverhältnis können sich die Länder nicht mehr leisten. Sie versuchen Gegengeschäfte, wie sie anfangs beschrieben sind, abzuschließen; der Devisenverbrauch ist verknüpft mit einer Deviseneinnahme.

Aber es gibt noch eine weitere Überlegung, die ein Land zu Gegengeschäften treibt: Vorsicht. Die Volksrepublik China blickt zwar zum Westen und möchte von ihm lernen; aber ausländische Waren sollen das Land auch nicht überfluten. Bislang werden im China-Handel rund 20 Prozent als Gegengeschäfte abgewickelt. Etwa in 80 von 100 Fällen wurden Rückkaufverträge geschlossen, schätzt das Institut für Asienkunde in Hamburg. China kauft also die Anlagen und das Know-how, die in den Fabriken produzierten Waren verlassen aber das Land wieder. Die Absatzchancen auf anderen Märkten sind nicht schlecht. Denn aufgrund relativ billiger Arbeitskräfte können die Produkte zu einem günstigen Preis hergestellt werden.

Bei 20 Prozent der Gegengeschäfte mit China verpflichtet sich der deutsche Exporteur, Produkte aus einer bestimmten Region abzunehmen. Einer Liste kann er entnehmen, welche verschiedenen Artikel zur Verfügung stehen. Häufig handelt es sich um Nicht-Eisen-Metalle wie Wolfram oder um Därme, Borsten, Felle, Pelze oder auch um simple Werkzeugmaschinen. Daß die Volksrepublik den Kompensationshandel verstärken will, zeigen auch die über 30 Ausschreibungen im Bereich Maschinen- und Anlagenbau, die an ein Gegengeschäft geknüpft sind.

Da sich in anderen Ländern der Dritten Welt ähnliche Entwicklungen abzeichnen, rechnen Experten mit einem weiteren Anstieg des Kompensationshandels. Denn westliche Exporteure müssen sich dem Trend anschließen, wollen sie ihre Produkte *absetzen. Schon jetzt, schätzt die* OECD, werden zwischen 20 und 30 Prozent des Welthandels – das entspricht einem Volumen von 330 bis 500 Milliarden Dollar – im Rahmen solcher Gegengeschäfte abgewickelt.

324 Firmen als Kontaktadressen

Dies erkennend, versuchen deutsche Unternehmen sich zunehmend auf diese Handelsform einzustellen. In einer Broschüre des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels und des Bundesverbandes des Deutschen Exporthandels sind 324 Firmen aufgelistet, die als Kontaktadressen für den Kompensationshandel gelten.

Firmen, die sich ausschließlich mit Gegengeschäften befassen, sind in der Bundesrepublik jedoch noch eine *Rarität. In diesem Punkt hinken die* Deutschen hinter den Amerikanern her. Per Computer gleichen in den USA schon über 400 „Tauschzentralen" Angebot und Nachfrage aus. Mehr als 100 000 Unternehmen nutzen diese Möglichkeiten.

Auch die deutschen Banken müßten nach Meinung zahlreicher Handelshäuser aufgerüttelt werden. Schließlich verlange allein das komplizierte Vertragswerk mit dem daraus entstehenden kurzfristigen Finanzierungsbedarf wirkliche Fachleute. Banken könnten bei diesem Handel eine Koordinatorfunktion übernehmen. Verwiesen wird auf die österreichischen und die französischen Kreditinstitute, die auf diesem Gebiet schon wahre Experten aufzuweisen hätten.





Chinas Wandel im Bild zweier Ministerpräsidenten: Zhao Ziyang bei seinem gegenwärtigen Bonn-Besuch und Hua Guofeng im Herbst 1979 bei seiner Deutschland-Visite. Der „Mao-Look" Huas ist dem westlichen Anzug gewichen. Auch in China ist er auf dem Rückzug.

FOTOS: JUPP DARCHINGER/WOLFGANG STECHE

Lachen aus dem Land des Lächelns

Als moderner Politiker – ungezwungen, heiter und aufgeschlossen – präsentiert sich der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang in Deutschland. Schon jetzt kann er als Erfolg verbuchen, das Interesse an wirtschaftlicher Zusammenarbeit vertieft zu haben.

Von BERNT CONRAD

„Das deutsche Volk ist ein großes Volk." So sprach einst Charles de Gaulle. Jetzt sagte es Zhao Ziyang, Ministerpräsident der Volksrepublik China, vor deutschen Industriellen in Bonn.

Doch diesmal klingt es ganz anders – nicht nur, weil sich der hohe Singsang des Chinesischen sehr von der Melodie des Französischen unterscheidet. Vielmehr spürt jeder Zuhörer: Dieser moderne Kommunist Deng'scher Prägung ist weder ein gaullistischer Rhetor noch eine maoistische Sprechmaschine. Er denkt rationell und sagt, was er denkt.

Die Mitglieder des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft mußten tief in die Tasche greifen, um mit *diesem* Mann im Rahmen eines Symposiums über China als „Zukunftsmarkt der deutschen Wirtschaft" zusammenzutreffen. 480 Mark betrug die Teilnahmegebühr. Trotzdem war der Andrang so groß, daß 200 Interessenten abgewiesen wurden. Besser läßt sich die Attraktivität nicht illustrieren.

Als „Belohnung" erleben jene, denen die Teilnahme am Symposium gelang, einen Chinesen, der sich vom Heer der „blauen Ameisen" aus der Mao-Zeit erheblich unterscheidet. Es fängt beim Äußeren an: War Zhaos Vorgänger Hua Guofeng 1979 beim Besuch in der Bundesrepublik noch in der hochgeschlossenen Mao-Einheitsuniform jener Tage erschienen, so tritt der vom Grundbesitzersohn zum Regierungschef avancierte Zhao in feinen Anzügen westlichen Zuschnitts auf.

Der Umgangsstil des langjährigen Provinzpolitikers, der in der Kulturrevolution 1967 von Rotgardisten als „konterrevolutionärer, Revisionist und stinkendes Element der Grundherrenklasse" verurteilt worden war, ist offen und lebhaft. Sein herzliches Lachen ähnelt so gar nicht den undurchdringlichen Mienen steifer Funktionäre. Deshalb gewann Bundeskanzler Helmut Kohl sehr schnell zu ihm persönlichen Kontakt, als er Zhao im letzten Jahr in Peking traf. Und deshalb spürt auch Bundespräsident Richard von Weizsäcker bei der Begrüßung in Bonn auf Anhieb menschliche Resonanz.

„In Peking regnet es sehr wenig, hier in Bonn aber offenbar ziemlich viel", *meint Zhao mit einem Blick in* den trüben Himmel vor der Villa Hammerschmidt. Drinnen erhält er dann am brennenden Kamin einen anheimelnden Eindruck von deutscher Gemütlichkeit.

So idyllisch geht es beim Ost-Ausschuß im Haus des Deutschen Industrie- und Handelstages nicht zu. Obgleich Otto Wolff von Amerongen darauf verweisen kann, daß schon 1957, 15 Jahre vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen, ein erstes inoffizielles Handelsabkommen mit China abgeschlossen worden ist und die Wirtschaft sich damit als „Wegweiser für die politischen Entwicklungen" erwiesen hat.

Hier, unter den Experten von Geld und Technik, kommt es dem engagierten Befürworter der Wirtschaftsreformen Deng Xiaopings darauf an, die Perspektiven und Chancen des Fortschritts im „Reich der Mitte" plastisch darzustellen. Was er sagt, klingt bemerkenswert: Die Betriebe in China sollen sich gegenseitig Konkurrenz machen, westliche Management-Methoden gelten als nachahmenswert, Preis und Gewinn sollen zu wichtigen Hebeln bei der „Kontrolle und Regelung der Makro-Wirtschaft" werden. Die Quintessenz: Es lohnt sich, in China zu investieren und nach China zu liefern.

Aber das haben die Manager in den deutschen Vorstandsetagen ohnehin schon begriffen, wie der Andrang zum Bonner China-Symposium beweist. Zhao will dieses Interesse konkretisieren und kanalisieren. Darüber hinaus wünscht er die breite Vermittlung von *Know-how* und theoretischem Wissen. Junge Chinesen sollen in der Bundesrepublik lernen, zuerst natürlich die Sprache. Diesem Zweck dient auch ein deutscher Sprachkurs im chinesischen Fernsehen.

Als Kanzler Kohl bei seinem Besuch in Peking von diesen Wünschen hörte, hat er noch auf dem Rückflug mit den ihn begleitenden deutschen Industriellen Möglichkeiten der Hilfe besprochen. Jetzt kann er seinem Gast das Ergebnis präsentieren: Firmen der Bundesrepublik wollen den Chinesen bis zu 150 Stipendien für eine 18monatige wissenschaftlich-praktische Ausbildung bereitstellen.

Das ist ganz nach Zhaos Herzen. Als er mit Kohl der Unterzeichnung von vier Abkommen und Memoranden über Doppelbesteuerung, wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit sowie über Kooperation im Bereich der Kernenergie beigewohnt hat, verkünden beide gemeinsam: „Der *deutsch-chinesische* Zug ist jetzt auf das Gleis gestellt und kann in die Richtung langfristiger Zusammenarbeit fahren."

Das ist die gemeinsame Interessengrundlage, geprägt von chinesischem Respekt vor deutscher Qualität und deutschem Drang nach einem neuen Markt. Da fügt es sich gut, daß es auch in der Politik zwischen Bonn und Peking kaum Probleme gibt. Nach ausführlichen Gesprächen mit seinem Amtskollegen Wu Xuegian erklärt Außenminister *Hans-Dietrich* Genscher im erweiterten Delegationskreis: „Ich fand die Diskussion sehr positiv. Nur über eines bin ich enttäuscht..." Kleine Kunstpause – die Chinesen blicken betroffen auf. Dann Genscher: „Ich bin enttäuscht, daß es überhaupt keinen Punkt gibt, über den ich mit meinem chinesischen Kollegen streiten kann."

Zhao lacht laut. Als er seinerseits zu einem außenpolitischen Resümee ansetzen will, unterbricht ihn Wu: „Das haben Herr Genscher und ich schon erledigt." Leicht verblüfft, aber zufrieden steckt der Regierungschef seinen Merkzettel wieder weg.

Zwar erneuert Zhao erwartungsgemäß nicht das früher von Peking gegen Moskau geschleuderte Bekenntnis zur deutschen Wiedervereinigung. Doch er ermuntert seine Gastgeber, auf dem Weg zur europäischen Einigung fortzufahren. Die einstmals zum chinesischen Ritual gehörenden Beschwörungen einer letztlich nicht abwendbaren Kriegsgefahr fehlen. Der Ministerpräsident mit den flink durch den Raum schweifenden Augen versichert: „Das chinesische Volk liebt den Frieden, und China braucht für seinen Aufbau den Frieden." Dem stimmt Kohl ebenso zu wie Zhaos Verdammung der sowjetischen Invasion Afghanistans.

Interessanterweise stellt Zhao eine nach seiner Ansicht deutliche Verbesserung des Klimas zwischen Amerikanern und Sowjets fest. Kontakten zwischen West- und Osteuropa zollt er Beifall. Allenfalls seine unübersehbare Skepsis gegenüber dem *Weltraum-Verteidigungsprojekt SDI mag* dem Kanzler zu weit gehen.

Im ganzen aber ist der Pfälzer, der in letzter Zeit wenig Grund zur Freude hatte, mit seinem Gast und der „neuen Intensität unserer Beziehungen" hochzufrieden. Gewiß sieht man ihm den Streß innenpolitischen und innerparteilichen Zwistes auch im Umgang mit Zhao an; sein Lachen ist nicht ganz so locker wie früher. Doch als Gastgeber läßt es Kohl an nichts fehlen. Von einem privaten Ausflug über die Weinstraße, einer Einkehr im Lustschlößchen Ludwigshöhe, der Präsentation einer China-Ausstellung im Kanzleramt bis zum Festbankett in der Godesberger Redoute tut er, was er kann, um sich für die „hochherzige Gastfreundschaft" Zhaos in Peking zu revanchieren.

Wandern Betriebe aus Hessen ab?

Hessischer Unternehmerverband fürchtet um Investitionsklima

ULRICH REITZ, Bonn

Die Vereinigung der Hessischen Unternehmerverbände (VHU) hat sich dafür ausgesprochen, daß sich SPD, CDU und FDP über die Verabschiedung des hessischen Landeshaushalts „unterhalten". „Die Wirtschaft ist für stabile und überschaubare Verhältnisse in Hessen. Deshalb muß die gegenwärtige Taktiererei so schnell wie möglich beendet werden", erklärte VHU-Sprecher Henning von Vieregge der WELT.

Der Verband befürchtet, daß eine Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Grünen, in der Form einer Tolerierung wie in den zurückliegenden beiden Jahren oder als Koalition, die „Unlust der Unternehmen an Hessen" noch verstärken könnte. Das Investitionsklima sei trotz günstiger infrastruktureller Rahmenbedingungen – „Hessen müßte eigentlich noch vor Baden-Württemberg an der Spitze liegen" – „miserabel". Sollte es zu einer rot-grünen Zusammenarbeit kommen, sei nicht auszuschließen, *daß die Investitionen abnähmen* und sich innovative Firmen in den *angrenzenden Bundesländern ansiedelten*. Ein Indiz dafür sei, so die VHU, die zunehmende Zahl von Pendlern, die Führungspositionen in der hessischen Wirtschaft bekleideten, es aber vorzögen, im angrenzenden Bayern zu wohnen. „Sie werden durch die Diskussion um das Förderstufengesetz abgeschreckt, nach Hessen zu ziehen."

Die Erfolge, die die Wirtschaft in Hessen erzielt habe, seien „eher gegen als mit der Landesregierung zustande gekommen". Von Vieregge warf Börner vor, eine „Politik der Nadelstiche" gegen die Unternehmen zu betreiben. Dazu gehöre beispielsweise die Diskussion um zusätzlichen Bildungsurlaub, den nach Vorstellung der Landesregierung die Firmen bezahlen müßten.

Die Unternehmen vermißten zudem die Anreize für die Standortansiedlung neuer Unternehmen. „Hier fehlt eben das Klima, das kreative Leute anziehen könnte", klagte von Vieregge und verwies auf die Wirtschaftsförderungspolitik der baden-württembergischen Landesregierung. „In Stuttgart passiert eben mehr", so die VHU. So zögen es hessische Führungskräfte, etwa von der *Technischen Hochschule Darmstadt*, vor, an Berufsakademien in Baden-Württemberg ihr Fortkommen zu suchen. Der „Aussiedlungstrend" von Führungskräften könnte sich unter einer rot-grünen Regierung noch verstärken, so der Verband.

Die VHU meldete Zweifel an der *Behauptung des hessischen Finanzministers* Hans Krollmann an, die Sozialdemokraten betrieben keinen Ausstieg aus der Kernenergie. Die Landesregierung versuche schon seit Monaten, den Ausbau der Hanauer Nuklaerbetriebe zu verhindern.

Der Unternehmerverband befürchtet „*nach der Anti-Atomenergie-Kampagne*" der Grünen und Teilen der SPD *eine Kampagne gegen die chemische* Industrie. Die Aufforderung der Betriebsräte von Hoechst an Ministerpräsident Börner, sein Angebot an die Grünen „noch einmal zu überdenken" sei ein „Alarmsignal". Die Angriffe der Grünen gegen einen bestimmten Industriezweig seien immer „exemplarische Angriffe", die ebenso jede andere Branche treffen könnten. Deshalb seien die Ressentiments der Industrie gegenüber einer Regierung aus SPD und Grünen „weit verbreitet".

Hessen steht vor einem radikalen Bruch mit der Bonner Energiepolitik

Rot-grüne Zusammenarbeit nur noch eine Frage der Form / Entscheidung in dieser Woche

D. GURATZSCH, Wiesbaden

SPD und Grüne in Hessen sind zu der vor einem halben Jahr unterbrochenen Zusammenarbeit zurückgekehrt. Zwar ist die Form dieser Zusammenarbeit – Tolerierung oder Koalition – nach wie vor zwischen beiden Parteien strittig. Über ihre Inhalte jedoch wurde nahezu *nahtlose* Übereinstimmung erzielt.

Kernstück des erneuerten rot-grünen Bündnisses von Hessen ist der „Vorschlag der SPD für eine Vereinbarung über die weitere Zusammenarbeit SPD-Grüne", den der hessische Ministerpräsident Holger Börner den Grünen am 28. Mai unterbreitet hat und der – so Grünen-Sprecher Georg Dick gestern zur WELT – noch in dieser Woche unterzeichnet werden kann. Er schreibt den radikalen Bruch des Bundeslandes *Hessen* mit der bisherigen Energiepolitik der *Bundesrepublik fest*, die auf einem Konsens aller Bundesländer beruhte. Die Konsequenzen *sind unabsehbar*.

Das Papier fußt auf dem Bericht, den eine von SPD und Grünen paritätisch besetzte „Arbeitsgruppe hessische Atompolitik" am 15. Mai in Wiesbaden vorgelegt hat. Er war von sieben der acht Mitglieder „vorbehaltlos" gebilligt worden, nämlich von Prof. Rudolf Steinberg, Klaus Traube und Reinhard Ueberhorst für die SPD sowie Wolfgang Baumann, Lothar Hahn, Prof. Alexander Roßnagel und Michael Sailer für die Grünen. Lediglich DGB-Vertreter Horst Hochgreve für die SPD hatte „teilweise eine abweichende Position" zu Protokoll gegeben.

Gemäß den Empfehlungen der Arbeitsgruppe, die sich die Regierung Börner voll zu eigen gemacht hat, will das Land Hessen nun alle juristischen Möglichkeiten ausschöpfen, um „die von der Bundesregierung geplante *Plutoniumwirtschaft*" zu verhindern. Angedroht werden eine Normenkon*trollklage beim Bundesverfassungs*gericht, eine Überprüfung der „Verfassungsmäßigkeit" von atomrechtlichen Weisungen des Bundesinnenministers bis hin zur Konsequenz des offenen Bund-Länder-Streits, der Verzicht auf Sofortvollzüge in atomrechtlichen Genehmigungsverfahren sowie Schritte zur Verschärfung des Atomgesetzes.

Die Vereinbarungen zielen auf eine Blockade des Genehmigungsantrags der Hanauer Firma Alkem, den die Arbeitsgruppe als „nicht entscheidungsreif" charakterisiert hat, und *damit indirekt auch auf* eine Torpedierung der nach jahrelangem Ringen kürzlich nach *Wackersdorf* in Bayern vergebenen atomaren Wiederaufarbeitungsanlage. Damit ist das Herzstück des von der Bundesregierung geplanten Brennstoffkreislaufs für die Kernkraftwerke, aber auch das Milliardenprojekt des Schnellen Brüters in Kalkar betroffen.

Die Vereinbarung, die Börner den Grünen angeboten hat, beschäftigt sich auch mit den Konsequenzen für die Hanauer Nuklearbetriebe. Hinter der Formulierung, daß „eine Umstrukturierung der Arbeitsplätze" in diesen Betrieben zu erwarten sei, verbirgt sich nichts anderes als die Ankündigung, den Betrieb dieser Firmen gemäß den Forderungen der Grünen „umzustellen". Außerdem wird die Schaffung eines „Beirats" der Landesregierung für Fragen der Nuklearpolitik angekündigt. In diesem Gremium und seinem wissenschaftlichen „Stab" ist die Mitwirkung der Grünen sowie „unabhängiger *Wissenschaftler*" *bis zum Ende* der Legislaturperiode 1987 institutionalisiert – unabhängig davon, ob nun eine Koalition oder ein neues „Tolerierungsbündnis" zwischen SPD und Grünen zustande kommt. Außerdem soll die ständige Mitwirkung der Grünen an der Landespolitik durch Bildung eines „Koordinierungsausschusses" abgesichert werden.

Schließlich soll entsprechend den Forderungen der Grünen auf den Bau einer Justizvollzugsanstalt in Schlüchtern verzichtet werden, den der hessische Justizminister Herbert *Günther* noch vor *wenigen Monaten* für „unverzichtbar" erklärt hatte.

Die hessische SPD hat gestern nach einer Landesvorstands- und ei*ner Fraktionssitzung noch einmal* bekräftigt, daß sie zu diesen Vereinbarungen wie auch zu ihrem Koalitionsangebot an die Grünen unverändert steht. Die Gegenbedingungen der Grünen – zwei Ministerposten und Verzicht auf den von Börner geforderten Doppelhaushalt – würden freilich „klar abgelehnt". Die Grünen ihrerseits bekräftigten, daß sie zu ihren „Verhandlungsaufträgen" stünden. Sprecher Georg Dick zur WELT: „Ich erwarte, daß die Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und Grünen bald beginnen."

Berliner SPD besinnt sich auf politische Mitte

Rechter Flügel will Machtübernahme der Linken verhindern

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Drei Monate nach dem Absturz der Berliner SPD auf nur noch 32,4 Prozent oder rund 400 000 Wählerstimmen besinnen sich die Sozialdemokraten jetzt offenbar wieder auf die politische Mitte: Gleichsam über Nacht schlug die Mitte-Rechts-Mehrheit der Partei den Bundestagsabgeordneten Professor Nils Diederich als *Kandidaten für den freien Platz* an der SPD-Spitze vor. Der enge Ex-Mitarbeiter des früheren „Regierenden" Klaus Schütz soll als Integrationsfigur die erstmals nach 1946 mögliche Machtübernahme des linken Flügels verhindern. Der neue Parteivorsitzende wird am 29. Juni gewählt.

Wie berichtet, hatte der frühere Parlamentarische Staatssekretär im Arbeits- und Sozialministerium, Jürgen Egert, bereits während Hans Apels mühsamem Wahlkampf gegen Eberhard Diepgen (CDU) die Startlöcher für die Übernahme der SPD-Führung nach Apels erwartetem Berlin-Rückzug gegraben. Unmittelbar nach dem Wahl-Desaster *meldete* Egert seinen Führungsanspruch als „*Kandidat der ganzen Partei*" an und unternahm eine vorerst erfolgreiche Werbe-Tournee durch verschiedene SPD-Kreise. Dabei versprach Egert, die traditionelle Berliner Links-Rechts-Front zu durchbrechen. Die jahrelang als „Un-Personen" gebrandmarkten SPD-Spitzenpolitiker Stobbe und Ex-Finanzsenator Klaus Riebschläger sollten ihren Fähigkeiten gemäß wieder ohne Demutsgesten mitarbeiten können.

Die 25 000 bis 30 000 Sozialdemokraten – korrekte, um „Karteileichen" bereinigte Zahlen gibt es nicht – verfolgten Egerts Kurs zunächst ohne Gegenwehr. Denn in der rechten Mehrheit fand sich zunächst niemand, das Erbe von Hans-Jochen Vogel, Peter Glotz, des bisherigen SPD-Vorsitzenden Peter Ulrich und anderer Not- und Zwischenlösungen anzutreten. Der Ex-„Regierende" Dietrich Stobbe winkte ab: „Meine politische Zukunft liegt im Bundestag."

So hatte Egert vorerst leichtes Spiel, bis sich auch im linken Lager erheblicher, auch aus persönlichen Aversionen genährter Widerstand regte. Egert wurde dabei als „intern harter Einpeitscher *und Chefdemagoge*" bezeichnet.

Nach kurzer Bedenkzeit entschied sich nun Diederich, der dem Bundestag seit 1976 angehört, sich dem linken Egert-Kurs in den Weg zu stellen. Der umgängliche Politik-Professor an der Freien Universität und glänzende Wahlanalytiker war bisher mehr als akademischer Schöngeist *denn als politischer* „*Macher*" aufgefallen. In Bonn erwarb sich der 51jähre besondere Verdienste um schwierige humanitäre Fälle im innerdeutschen Bereich. Der WELT begründete er seine Kandidatur: „Man muß jetzt ein Signal setzen. Die Zeit der Analysen über den Zustand der Berliner SPD ist vorbei. Jetzt muß gehandelt und die Chance ergriffen werden, die Partei wieder nach vorn zu bringen."

Die Chancen des „Newcomers" im bisherigen Einzelrennen von Egert stehen so übel nicht: Zwar lassen sich die fünf klassischen linken von insgesamt zwölf SPD-Kreisen nicht von ihrem Favoriten Egert abbringen, aber Diederich fand am Wochenende die Unterstützung des wichtigen rechten Kreises Reinickendorf. Weitere Delegiertentreffs in typischen Mitte-Rechts-Bezirken der SPD stehen noch aus.

Die Zugeständnisse von Börner

DW. Wiesbaden

Kernstück des erneuerten rot-grünen Bündnisses in Hessen ist ein Papier, das Ministerpräsident Holger Börner den Grünen – zunächst ohne Datierung – am 25. Mai als „Vorschlag der SPD" unterbreitet hat. Es enthält weitgehende Zugeständnisse an die Grünen in der Frage der Energie- und Rechtspolitik. Nach Meinung von Grünen-Sprecher Georg Dick wird das Papier „noch in dieser Woche" von beiden Parteien unterzeichnet werden. Die WELT veröffentlicht den „Vorschlag" im Wortlaut:

I. Die Verhandlungskommissionen der SPD und der Grünen haben am ... Mai 1985 den folgenden Text einer Vereinbarung für die Fortsetzung ihrer Zusammenarbeit festgestellt.

Die Vereinbarung gilt für den Rest der laufenden Legislaturperiode bis zum Herbst 1987. Sie ergänzt die Vereinbarungen zwischen den Parteien vom 4. Juni 1984, die wieder in Kraft gesetzt werden.

II. Die Parteien werden die zwischen ihnen streitig gewesenen Fragen zu den Genehmigungen für die Hanauer Nuklearbetriebe gemäß den Empfehlungen lösen, die die Arbeitsgruppe hessische Energiepolitik in ihrem Bericht vom 15. Mai 1985 gegenüber der Landesregierung ausgesprochen hat, wobei vor allem der Verhinderung der von der Bundesregierung geplanten Plutoniumwirtschaft besondere Bedeutung zukommt. Diese Empfehlungen sind Gegenstand der Vereinbarung der Parteien.

III. Es werden insbesondere folgende Maßnahmen vereinbart:

1. Für eine Bundesratsinitiative und zugleich über die Bundestagsfraktionen beider Parteien werden Gesetzgebungsverfahren zur Änderung des Atomgesetzes eingeleitet mit den von der Arbeitsgruppe empfohlenen Änderungsinhalten. So weit das Land Hessen seinen Einfluß zur Verschärfung damit zusammenhängender Rechtsvorschriften geltend machen kann (zum Beispiel Stellungnahme zur Strahlenschutz-Verordnung) wird das mit der von der Arbeitsgruppe gekennzeichneten Zielrichtung geschehen.

2. Über die Empfehlung der Arbeitsgruppe hinaus wird Hessen durch eine Normenkontrollklage vom Bundesverfassungsgericht das Atomgesetz an den Anforderungen des Grundgesetzes überprüfen lassen im Hinblick darauf, daß die Regelungen des Atomgesetzes wegen gestiegener Risiken und wegen neuer Erkenntnisse zu den Auswirkungen einer Ausweitung der Plutoniumverarbeitung und einer Verarbeitung von waffengrätigem Uran nicht mehr den verfassungsrechtlichen Erfordernissen entsprechen. Deshalb muß der Gesetzgeber diese Fragen neu entscheiden.

3. Weisungen des Bundesinnenministers in atomrechtlichen Genehmigungsverfahren, die ohne Rücksicht auf die verfassungsgerichtliche Überprüfung ergehen sollten, werden im Rahmen eines Bund-Länder-Streits über die Verfassungsmäßigkeit der Weisung ebenfalls dem Bundesverfassungsgericht zur Überprüfung unterbreitet.

4. Die Anforderungen von Sofortvollzügen für atomrechtliche Genehmigungen werden von der zuständigen Landesbehörde nicht angestrebt.

5. Für eine zu erwartende Umstrukturierung der Arbeitsplätze in Hanauer Nuklearbetrieben wird das Land Hessen im Rahmen der Technologieförderung Vorbereitungen treffen und haushaltsmäßig absichern.

6. Der von der Arbeitsgruppe empfohlene Beirat wird bei der Hessischen Landesregierung mit den von der Arbeitsgruppe beschriebenen Kompetenzen errichtet.

IV. Der Haushalt 1985 wird vor der *parlamentarischen Sommerpause* verabschiedet zusammen mit dem *Energieförderunggesetz und dem* Förderstufenabschlußgesetz. Die *zweite Lesung wird am 11.-13. Juni* 1985 im Hessischen Landtag erfolgen.

Die Haushaltsmittel für den Bau der *Justizvollzugsanstalt Schlüchtern* werden gesperrt, weil an dem *bisher vorgesehen Standort* keine Justizvollzugsanstalt errichtet wird.

Die Haushaltsmittel für den Bau der Vollzugsanstalt Weitersbach werden für die Errichtung nach dem beabsichtigten Formkonzept freigegeben.

Zum Abbau der im Justizvollzug anfangenden Überstunden werden im Haushalt 1986 und in weiteren Haushaltsplänen Stellen für einen stufenweisen Abbau bereitgestellt, um Reformen im Justizvollzug zu erleichtern.

V. Die Parteien werden grundsätzliche Probleme ihrer Zusammenarbeit in einem Koordinierungsausschuß behandeln, der aus den Mitgliedern der Verhandlungskommission besteht.

Für laufende Angelegenheiten und den Informationsaustausch finden Besprechungen auf der Ebene der Fraktionsarbeitskreise oder Fraktionssprecher statt, an denen der jeweils zuständige Minister oder von ihm benannte Vertreter beteiligt sind. Hierzu sollen regelmäßig Besprechungstermine vereinbart werden.

Bevor der Koordinierungsausschuß sich mit laufenden Angelegenheiten befaßt, wird durch Vermittlung der Staatskanzlei eine Klärung versucht.

Ein Eklat mit Nachspiel

CDU Hamburg: U-Ausschuß *soll Müllskandal* aufklären

UWE BAHNSEN, Hamburg

Der Hansestadt Hamburg steht nach der Sommerpause ein etliche Monate dauerndes Polit-Spektakel bevor, dessen Rohstoff hanseatischer Müll ist. Nach anfänglichem Zögern hat die CDU-Bürgerschaftsfraktion am Montag abend einstimmig die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses beschlossen, der sich mit den unter anderem vom Rechnungshof erhobenen Vorwürfen der Mißwirtschaft in der Stadtreinigung befassen soll.

Wie berichtet, hatten die Vorgänge in der Leitung der Stadtreinigung zu massiven Auseinandersetzungen innerhalb der sozialdemokratischen Regierungspartei geführt und deren Fraktionsvorsitzenden Henning Voscherau bewogen, von seinem Amt zurückzutreten. Diese Absicht hatte Voscherau erst aufgegeben, nachdem Bürgermeister Klaus von Dohnanyi ihm bindende und vom Senat beschlossene Zusicherungen über eine rigorose Aufklärung der Vorwürfe gegen die Stadtreinigung gegeben hatte. Im Verlauf dieses parteiinternen Streits hatten sich auch Auseinandersetzungen zwischen dem linken und dem rechten SPD-Flügel darüber entwickelt, ob die SPD selbst im Parlament einen Untersuchungsausschuß in dieser Sache beantragen sollte. Dies hatte insbesondere der Wortführer des linken Fraktionsflügels, Bodo Schümann, verlangt.

CDU-Fraktionschef Hartmut Perschau bezeichnete diesen Konflikt innerhalb der SPD gestern bei der Begründung des CDU-Antrages als eine Konfrontation, die mehr sei als „einer der üblichen Grabenkriege zwischen Linken und Rechten". Vielmehr gehe es darum, „wie weit die Decke gelüftet wird", und bis zu welchem Ausmaß die Tatsachen offenbar werden sollen". Die Linken um Bodo Schümann seien insbesondere deshalb an einem von der SPD beantragten Untersuchungsausschuß interessiert, „weil sie die Rechten treffen wollen, denn dort werden nicht ohne Grund die meisten Schuldigen an dem Skandal vermutet".

In diesem Zusammenhang verwies Perschau auf Wirtschaftssenator Volker Lange, einen Exponenten des rechten Flügels im Senat, der zuvor Bausenator war, und auf seinen Nachfolger in diesem Amt, Eugen Wagnern, der ebenfalls als eine der Säulen des Mitte-Rechts-Lagers in der SPD gilt. Der für die Entsorgung der Hansestadt zuständige Energiesenator Jörg Kuhbier hingegen, ein Exponent des linken Flügels, hoffe, auf diese Weise ungeschoren davonzukommen. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion, die sich zum selben Zeitpunkt wie die *CDU* mit dem Müllskandal beschäftigte, beschloß zwar mit *Mehrheit*, selbst keinen Untersuchungsausschuß zu beantragen, *doch will die SPD einem CDU-An*trag mit eigenen Ergänzungen zum *Untersuchungsauftrag zustimmen*.

Oppositionsführer Hartmut Perschau kündigte gestern zugleich die Einsetzung eines weiteren Untersuchungsausschusses zur „Durchleuchtung von skandalösen Vorgängen im Hamburger Strafvollzug" an, falls der Senat und die SPD-Mehrheit im zuständigen Rechtsausschuß der Bürgerschaft bis Ende Juni weiterhin „bei ihrer gegenwärtigen Verschleierungstaktik bleiben".

Das Gespräch gesucht

FDP-Parlamentarier reisten nach Dresden und Meißen

S. HEYDECK/dpa, Berlin

Voller Stolz berichtete der Ober*bürgermeister* von *Dresden*, Gerhard Schill, 13 FDP-Bundestagsabgeordneten über den Wiederaufbau der vor 40 Jahren kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs *zerstörten Stadt. Es sei*, meinte er, 1946 „sehr kühn" gewesen, *die inzwischen zu großen Teilen realisierten* Vorgaben „zu verkünden". *Für den Vorsitzenden der FDP-Bun*destagsfraktion, Wolfgang Mischnick, war das freilich *nichts neues*: Aus einer von ihm mitgebrachten Ausgabe der „*Zeit im Bild*" *ging hervor*, daß er als damaliger LDPD-Stadtverordneter *zu denen gehört hatte, die schon* am 20. Oktober 1946 erste Wiederaufbaupläne beschlossen *hatten*.

Die Bonner Parlamentarier unter Führung des Leiters des Arbeitskreises Deutschland Außen- und Sicherheitspolitik, Helmut Schäfer, waren zur Fortsetzung ihrer Kontakte mit Politikern und Vertretern gesellschaftlicher Gruppen am Rande ihrer turnusmäßigen Sitzung im Berliner Reichstag für zwei Tage in die „DDR" nach Dresden und Meißen gereist. Ziel dieser Reisen, so Schäfer, ist es, Informationen für die Deutschlandpolitik „aus erster Hand" zu sammeln. *Das aber nicht nur auf der offi*ziellen Schiene, sondern auch in zufälligen Gesprächen mit „*DDR*"-Bewohnern auf Straßen oder in Lokalen.

Dabei zeigte sich diesmal, daß die Bonner Abgeordneten kaum angesprochen wurden, sondern selber auf die Menschen zugehen mußte. Der Grund: In Dresden ist das westdeutsche Fernsehen nicht zu empfangen. So waren dann vier junge Leute zunächst ungläubig, als sich Bundestagsvizepräsident Dieter Julius Kronenberg zu ihnen setzte. Dann aber erzählten sie ausführlich von ihren Sorgen und Problemen. Sie wollten wissen, warum die FDP nach ihrer Meinung Helmut Schmidt als Bundeskanzler „gekippt" hätte. Fazit von Schäfer nach der Rückkehr nach Berlin: „Es stimmt einfach nicht, daß die deutsche Frage nicht mehr offen ist."

Vermutlich wegen der SDI-Debatte hatte Ost-Berlin der Reise der Parlamentarier einen besonderen Stellenwert beigemessen. So berichtete der „DDR"-Rundfunk einen ganzen Tag lang in allen Nachrichtensendungen über den Besuch. Die Zeitungen mit dem SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" an der Spitze gingen in ungewöhnlich großem Umfang insbesondere auf das Treffen von Mischnick mit dem stellvertretenden Staatsratsvorsitzenden und LDPD-Chef Manfred Gerlach ein.

Im Berliner Reichstag erklärte Schäfer gestern, die FDP-Bundestagsfraktion strebe Vereinbarungen zwischen Bonn und Ost-Berlin über die Darstellung beider Seiten in den jeweiligen Schulbüchern an, wie es seit Jahren mit Polen praktiziert werde. Dies habe er auch während des Besuchs in Dresden in Gesprächen mit „DDR"-Politikern vorgeschlagen. Nach seiner Ansicht bieten die Schulbücher im anderen Teil Deutschlands ein „erschreckendes Feindbild der Bundesrepublik". Mischnick bestätigte, daß er mit Gerlach auch über die Frage von Reiseerleichterungen für „DDR"-Bewohner gesprochen habe, nannte jedoch keine Einzelheiten.

Kampf- oder Reizstoff? Sowjet-Forschung nutzt Definitionslücke

Von INGO URBAN

Während die Sowjetunion, Ost-Berlin und die anderen Staaten des Warschauer *Paktes in jüngster Zeit immer* wieder auf den Abschluß eines Verbotes von biologischen und chemischen Waffen und auf die Bildung von B- und C-Waffen-freien Zonen in Europa dringen, hat nach Einschätzung westlicher Dienste und des Bundesverteidigungsministeriums der Warschauer Pakt, allen voran die Sowjetunion, auf dem Gebiet der Kampfstoffentwicklung einen Vorsprung von 30 bis 40, mindestens jedoch von 20 Jahren erreicht.

Hintergrund für die angebliche Bereitschaft des Ostens für ein Verbot von B- *und C-Waffen ist, daß die* gesamte Kampfstoffentwicklung darauf ausgerichtet ist, *bisher neuartige* und wenig oder gar nicht im Westen bekannte Kampfstoffe einzusetzen.

Es handelt sich um Kampfstoffe, die in das Gebiet der „Grauzonenkampfstoffe" einzuordnen sind, da sie nicht Bestandteil der Vertragsverhandlungen über Kampfstoffverbote sind und somit den Sowjets die Möglichkeit eines *Unterlaufens* eines atomaren Gegenschlages bieten, falls sie diese einsetzen (siehe WELT *vom 10.* Juni).

Außerdem ist im Osten bekannt, daß seit Mitte der sechziger Jahre der Westen seinen gesamten Schutz nur gegen flüssig- und gasförmige Kampfstoffe eingestellt hat. Daraufhin haben die Sowjets als einen Schwerpunkt ihre Entwicklung von Kampfstoffen auf „Stäube" abgestellt.

Nicht nachweisbare Toxine

Stäube sind Trägersubstanzen, Substanzen, mit denen Giftstoffe ausgebracht werden können. *Die Träger*substanz – in kristalliner Form – wird *zum Zeitpunkt der Explosion in mi*kroskopische Staubpartikelchen zerlegt, die einmal beim *Auftreffen auf* die Haut mikroskopische Verletzungen verursachen beziehungsweise nur die Aufgabe haben, den Fettfilm der Haut zu zerstören, und wenn dieser zerstört ist, das eigentliche Gift in den Körper eindringen zu lassen.

Das ist dann kaum noch nachweisbar, da Toxine verwendet werden, die eine Verfallzeit von unter einer Stunde, teilweise von nur 15 Minuten haben. Eine andere Funktion der Stäube ist, daß man auch herkömmliche *Kampfstoffe wie Lost (Senfgas)* daran binden kann, wie der Einsatz im *Golfkrieg zeigt. Es ist sogar zu vermu*ten, daß diese Stäube die herkömmlichen, in der NATO gebräuchlichen Schutzanzüge durchdringen können.

Daß die Sowjetunion auf diesem besonderen Gebiet der Kampfstoffentwicklung arbeitet, ist aufgrund von Veröffentlichungen des sowjetischen Mitglieds der Akademie der Wissenschaften, Kabachnik erkenntlich.

*Interessant ist dabei, daß Kabach*nik, der im Westen auf internationalen Symposien „nur" als Mitglied der Akademie der Wissenschaften auftritt, gleichzeitig aber General der Militärakademie für chemischen Schutz, „Timoschenkow", in Moskau ist. Er ist einer der führenden Wissenschaftler, die die chemische Kampfstofforschung in der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg fortgeführt und ausgebaut haben.

Ein weiterer Schwerpunkt der sowjetischen Kampfstoffentwicklung liegt auf dem Gebiet der makrozyklischen Mykotoxine, die bisher für den Westen nach den derzeitigen Erkennungsmethoden ebenfalls nicht nachweisbar sind.

Makrozyklische Mykotoxine beeinflussen die Nervenleitungen. Dabei erhebt sich auch hier wieder die Frage: Ist das ein Kampfstoff oder ein *Reizstoff? Genau in diese Definitions*lücke in den gesamten internationalen Verhandlungen und Verträgen über Kampfstoffe zielt die sowjetische Forschung ab.

Makrozyklische Mykotoxine können, als Kampfstoff verwendet, folgende Erscheinungsbilder hervorrufen: Opfer dieses Kampfstoffes werden von Zitteranfällen, die bis zu 24 Stunden ununterbrochen anhalten, befallen, oder die betreffenden Personen leiden unter dauerndem Erbrechen und stundenlangem Durchfall.

Ebben diese Anfälle ab, sind die Opfer physisch und psychisch, je nach Intensität oder Dosierung des Kampfstoffes, bis zu 14 Tage handlungsunfähig – sie fühlen sich nicht einmal in der Lage, einen Telefonhörer abzuheben oder koordinierte Bewegungen zu leisten. In einer solchen Phase ist es möglich, ohne einen einzigen Schuß abzufeuern, ganze Landstriche zu besetzen.

Es ist in westlichen Militärkreisen bekannt, daß die Sowjetunion in Sibirien und Kasachstan „detailgetreue Pershing-2-Stellungen nachgebaut" hat. An diesen Stellungen werden mit *den sowjetischen Spezialeinheiten* (Einheiten, die in Uniformen der NATO für den Hinterlandeinsatz ausgebildet werden) die Ausschaltungen dieser Stellungen erprobt.

Ungeheurer Vorsprung

Es wird nicht die Tötung der Bedie*nungsmannschaften* geprobt, sondern wie Kampfstoffe ausgebracht werden *können*, die die Bedienungsmannschaften „einfach" krank werden lassen.

Ein Hintergrund für diesen ungeheuren Vorsprung ist, daß den Sowjets bei Ende des Zweiten Weltkriegs die Ergebnisse der chemischen Kampfstofforschung der Deutschen Wehrmacht – zirka 50 000 Substanzen – in die Hände gefallen sind. Alle diese Unterlagen über die Substanzen und die damit angestellten Versuche waren im Hauptsitz des Heeres-Gaslaboratoriums in der Spandauer Zitadelle in Berlin gelagert.

Ebenfalls in den Besitz der Russen gelangten sämtliche Unterlagen über die Kampfstofforschungen in der Tschechoslowakei und Polen, die nach dem Einmarsch der deutschen Truppen während des Zweiten Weltkriegs in den Besitz der Deutschen Wehrmacht kamen oder in diesen Ländern beschlagnahmt wurden.

Polen und die Tschechoslowakei waren neben dem Deutschen Reich zu dieser Zeit auf dem Gebiet der Kampfstofforschung führend. Auf diesem Fundus baute die gesamte sowjetische Kampfstofforschung auf.

Der Westen (die westlichen Alliierten) haben nur über zirka 300 Substanzen der Kampfstofforschung von WA–Prüf 9 durch den Leiter dieser Abteilung – Oberst Hirsch – erhalten, der aus dem Gedächtnis für die west*lichen Alliierten* darüber *Aufzeich*nungen anfertigte. Hirsch ist heute *tot*. Sein Bericht, *für die Amerikaner* angefertigt, liegt den zuständigen deutschen Behörden vor. Allerdings darf er offiziell *nicht verwendet und* ausgewertet werden, da er von den Amerikanern auf 40 Jahre als „geheim" eingestuft wurde.

Ein *anderer Aspekt für den Vor*sprung der Sowjets ist im System der Sowjetunion zu finden. Die *gesamte* toxikologische Forschung im Westen ist nur nach wirtschaftlichen Kriterien ausgerichtet, das heißt, es werden nur die toxikologischen Stoffe erforscht oder entwickelt (und das erst wieder seit 1980), bei denen feststeht, daß sie auch hinterher Anwendung finden können – zum Beispiel in der Landwirtschaft.

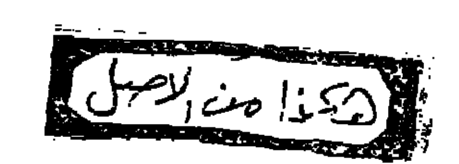
Im Westen nicht möglich

Der Ostblock hat von jeher eine wertfreie toxikologische Forschung durchgeführt. Danach sind alle Industriezweige, die Landwirtschaft und Forschungsabteilungen aus allen Bereichen verpflichtet, von jedem Stoff, der produziert wird, angefangen von Farbstoffen über Gewebefasern, Metallegierungen, Metalle, Kosmetikartikel und so weiter, eine Probe mit den jeweiligen Gestehungsanalysen an ein *Zentralinstitut* bei *Moskau* zu senden, wo diese speziell auf ihre toxische Verwendbarkeit überprüft wird – ein Vorgang, der im Westen nicht nur aus Gründen der freien Marktwirtschaft gar nicht möglich ist.

Als eigentliche Ursache für diese *katastrophale Entwicklung ist das* Verhalten westlicher Politik in der Phase der „Entspannungspolitik" zu sehen. In der Zeit von 1968 – mit dem Beginn der Verhandlungen über das Verbot von chemischen Waffen und Abrüstung in Genf – bis 1980 hatten die USA und die anderen westlichen Staaten sofort mit der Produktion von chemischen Kampfstoffen aufgehört, da man davon ausging, es käme zu einem generellen Verbot, und infolgedessen brauche man auch nichts in die Entwicklung, Produktion und Erforschung von Kampfstoffen zu investieren. Auch die Forschung für den Schutz gegen chemische Kampfstoffe wurde eingestellt – aus den gleichen Gründen.

Erst 1980 (12 Jahre später) konnten die westlichen Geheimdienste die NATO davon überzeugen, daß die Sowjetunion überhaupt nicht daran gedacht hatte, die Produktion und Erforschung von Kampfstoffen einzustellen. Trotzdem verfuhr der Westen in gleicher Weise weiter. Jeder neue Vorschlag der Russen über das Verbot eines bestimmten Kampfstoffes während der Verhandlungen *führte* dazu, daß im Westen die Erforschung dieses Kampfstoffes und der Schutz davor ausgespart wurden. Damit konnten die Russen ihren Vorsprung ausbauen.

(wird fortgesetzt)



Kardinal Glemp attackiert die Landsmannschaft

DW. Bonn

Der Primas der katholischen Kirche in Polen, Kardinal Jozef Glemp, hat wenige Tage vor dem Schlesier-Treffen in Hannover der Landsmannschaft vorgeworfen, „wahrhafte Verständigung zu verhindern, weil sie auf ziemlich künstliche Weise das Heimweh aufrecht erhält". In einem Interview der „Zeit" meinte Glemp weiter, das „Hochspielen einer deutschen Minderheit in Polen und revisionistisches Gerede in der Bundesrepublik richteten Schaden an. Der Kardinal machte den „wieder anwachsenden politischen Einfluß der Landsmannschaften, der Aussiedlerorganisationen in der Bunderepublik Deutschland" für das Wiederaufwerfen von Grenzfragen verantwortlich.

Zur umstrittenen Frage einer deutschen Seelsorge *in Polen* sagte der Primas: „Man kann nicht, wie es geschah, einen Vergleich zwischen der Lage der Deutschen in Polen und von Polen in der Bundesrepublik (herstellen), wo deren Integration durch nichts behindert wird, auch nicht durch unsere Seelsorge. Hier (in Polen) hingegen – so verlangt man – soll die Kirche zur Erhaltung und Pflege deutscher Sprache und Kultur bei Menschen beitragen, deren Eltern und Großeltern nach dem Krieg erklärten, hierbleiben zu wollen und die jetzt polnische Bürger sind".

Was in der Bundesrepublik in dieser Frage „deutsches nationales Bewußtsein" wecke, entstehe aus „Ablehnung des kommunistischen Systems, aus dem Problem der Freiheit und des Wohlstandes", sagte der polnische Primas. Ein „Bedürfnis nach deutscher Sprache" im Gottesdienst sei ein „künstliches Problem, das von außen erzeugt wird".

In Bonn zeigte man sich erstaunt darüber, daß Glemp sich eines Vokabulars bediente, wie man es im allgemeinen nur von den kommunistischen Funktionären in Warschau gewohnt ist.

Mit Aufmerksamkeit wurde registriert, daß die polnische Bischofskonferenz am 23./24. Juni in Stettin zusammentreten wird, um den 40. Jahrestag der „Rückkehr" in die Oder-Neisse-Gebiete zu feiern. Der Stettiner Bischof Kazimierz Majdanski hatte den Kölner Erzbischof, Kardinal Höffner, zu der Veranstaltung eingeladen. Höffner wird aber nicht reisen.

Fabius in der „DDR": Kooperation vertiefen

Interesse gilt Ausbau der Wirtschaft / Pompöser Empfang

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Erstmals in der „DDR"-Geschichte mischte sich an diesem stürmischen 10. Juni in Ost-Berlin echter Jubel unter den Beifall für einen Staatsgast: Denn lieber als diesmal stand wohl kein Ost-Berliner Spalier für einen Besucher. Zahlreich die Papier-Tricoloren, als Frankreichs Premier Laurent Fabius ins alte Berliner Zentrum rund um den Lustgarten fuhr.

Während die Ost-Berliner den sympathischen „Westler" begrüßten, sonnte sich die SED-Führung im Bewußtsein, *die Besuchspremiere eines* Regierungschefs einer alliierten Schutzmacht zu feiern.

Am Straßenrand und bis vor das Portal des Staatsrates drängte sich die Bevölkerung. Die „Aktuelle Kamera", die „DDR"-Tagesschau, schwenkte über typische Berlinerinnen mit der Markttasche aus Stroh, über Sekretärinnen in der Mittagspause.

Auf dem Flughafen Schönefeld reagierte Fabius eher distanziert auf den pompösen Empfang mit preußischem Reglement: Während Honekkcker eifrig winkte, nickte Fabius *nur freundlich den Zuschauern zu.* Das Militärkommando befand sich auf dem Flugplatz-Gelände, das rund 500 Meter außerhalb der Berliner Stadtgrenze im „DDR"-Kreis Königs Wusterhausen liegt. Somit war formal der Forderung der Gäste Genüge getan, von Militärpersonal in protokollarischer Aktion auf dem eigentlichen Boden Berlins verschont zu bleiben.

Besuch hoch eingestuft

Welches Gewicht die „DDR"-Führung der Fabius-Visite beimißt, erwies sich am offiziellen Echo: Allein 17 der 30 Minuten Sendezeit widmeten die Abendnachrichten im Fernsehen dem ersten Tag des Premiers. Sein Toast beim Essen im Staatsratsgebäude enthielt mehrere Wahrheiten, die Fabius voller „clarté", aber dennoch in diplomatisch verbindlicher Form seinen Gastgebern sagte. „Neues Deutschland" druckte sie im Wortlaut.

Zunächst vermied es Fabius etwa, von einer Anwesenheit in der „DDR" zu sprechen; er dankte ohne Ortsangabe „sehr aufrichtig für den Empfang".

Dann rückte er mit einer kleinen Nebenbemerkung das vor allem von der SED gepflegte Bild von den guten und weniger guten Deutschen (in der Bundesrepublik) zurecht. Fabius erinnerte an den 8. Mai und sprach davon, Frankreich habe den „Gedenktag des Kriegsendes im Geiste der Versöhnung mit allen Deutschen gefeiert". Folglich auch mit denen in der „DDR", von deren Mitwirkung am Krieg die SED nicht spricht.

Fabius griff Honeckers Wort von der Sicherheit auf „niedrigstmöglichem Niveau" auf, stellte zugleich jedoch fest, *daß es bei einer drohenden* neuen Spirale des Wettrüstens „gleich ist, ob es sich dabei um konventionelle (sowjetische, d. Red.) oder um nukleare Waffen handelt".

Schutzmacht-Funktion

Der Gast ließ auch seine Funktion als Chef einer Regierung nicht unerwähnt, die Schutzmacht-Funktion in Berlin ausübt. *Er sagte: „Unabhängig* von der Rechtslage, deren Beibehaltung Frankreich eine große Bedeutung beimißt – und dabei bleibt es seinen Verpflichtungen mit seinen Alliierten treu –, wollen wir unsere bilateralen Beziehungen unter das Zeichen der Zusammenarbeit stellen."

Erstaunlich undiplomatisch fiel dann die Wortwahl von Fabius aus, als er auf den handfesten Kern seines Besuchs in Ost-Berlin zu sprechen kam: Die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen seien „für zwei große Industrieländer wie die unseren unzureichend". Bezüge und Lieferungen zwischen Paris und Ost-Berlin machen nicht einmal ein Zehntel des innerdeutschen 15-Milliarden-Warenaustauschs aus.

Fabius nahm in seinem Toast schon das erwartete Besuchsergebnis vorweg: „Wir müssen uns dazu verpflichten, gemeinsam weiterzugehen." Zugleich band er seinen Gastgeber, der einen *„Citroën Prestige CX 2000"* als Dienstwagen fährt, ein: „Ich weiß, Herr Vorsitzender, daß dies auch Ihr Wunsch ist." Der Besuch solle eine „neue wichtige Etappe" der wirtschaftlichen Zusammenarbeit darstellen. Frankreichs Industrie sucht neue Märkte. Fabius war als ihr hochrangiger Fürsprecher unterwegs und brachte seine Botschaft unverblümt an den Mann.

Im GULag Arbeit für die Rüstung

Vier Millionen Gefangene / Aus zahlreichen Lagern kommt niemand lebend heraus

A. GRAF KAGENECK, Paris

Im Schatten der von Präsident Mitterrand initiierten Menschenrechtsveranstaltung in Paris, die von der Opposition wegen ihres „polit-propagandistischen Charakters" (Simone Veil) boykottiert worden war, hat dieser Tage ein Kolloquium über den „GULag" den Freunden der privaten „Vereinigung für ein freies Rußland" neueste Zahlen über die Wirklichkeit in den sowjetischen Straflagern geliefert.

Youri Below, der 15 von 39 Lebensjahren im GULag inhaftiert war (davon fünf Jahre in einer psychiatrischen Sonderanstalt), ist heute Leiter des Arbeitsausschusses „Bürgerrechtsbewegung und politische Gefangene in der UdSSR" in Frankfurt. Er sprach von „über 20 000 Lagern mit etwa vier Millionen Gefangenen, davon 10 000 politischen", deren Durchschnitts-Strafmaß „zwischen zehn und 25 Jahren, zuweilen darüber" liege.

Hunger und die geistige Austrocknung *der Häftlinge bezeichnete* Below als die beiden Hauptmethoden der Administration, die Menschen zu brechen. Arbeit von früh bis spät, eine Ernährung, die „zuviel zum Sterben und zuwenig zum Leben sei", der systematische Entzug von Lektüre und „die schreckliche Ungewißheit über die Dauer der Strafe" seien das Los der Unglücklichen.

Niemals sei es irgendeiner Delegation des Westens erlaubt worden, ein Lager zu besichtigen. Zahlreich seien die internationalen Proteste gegen die Diktaturen in Griechenland oder *Chile gewesen. Über die sowjetische* Diktatur, der jährlich Tausende von Menschen zum Oper fallen, spräche man kaum noch. Handelspolitik mit der UdSSR sollte Below zufolge „eine deutliche moralische Voraussetzung" haben, da sie sonst nur den Machthabern zugute komme und dem Regime weitere Untaten ermögliche.

Avraham Shifrin, der Leiter des Forschungszentrums für sowjetische Straflager in Haifa (Israel), auch er 14 Jahre lang Lagerinsasse in seiner früheren Heimat, berichtete von etwa 2500 Sonderlagern in der UdSSR, die ausschließlich zur Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft im Bergbau und in der Rüstungsindustrie errichtet worden seien und weite Teile des europäischen und asiatischen Rußlands bedeckten.

Shifrin hatte 1982 ein weit beachtetes Buch über das sowjetische Lagersystem mit genauen geographischen und kartographischen Angaben im Westen veröffentlicht („Reiseführer durch die UdSSR"), in dem er schon damals von „Todeslagern" dieser Art sprach. Man könne sie in drei Kategorien teilen: die Lager, aus denen praktisch nie jemand lebend wieder herauskomme *(dazu zählt er 43 Anstalten* in und bei Uraniumgruben mit 200 000 Toten seit 1980), Lager, in denen die Sträflinge gefährlichen Arbeiten in der Rüstungsindustrie oder in den Streitkräften (z. B. Wartung von atomaren Sprengköpfen auf Atom-U-Booten) ausgesetzt sind und schwere Gesundheitsschäden davontragen, und schließlich Lager, in de*nen gefährliche Arbeiten für die* Weltraum-Technologie und Feinmechanik verrichtet werden müssen.

Einer der Gründe für die Verlegung von Rüstungsfabriken in den Lagerbereich ist laut Shifrin der hohe Wodka-Verbrauch der freien sowjetischen Arbeiter, während Sträflingen jeder Alkoholkonsum untersagt ist. Shifrins Zentrum arbeitet, wie er der *WELT erklärte,* ausschließlich mit Erkenntnissen sowjetischer Juden, die aus der UdSSR auswandern dürfen (etwa 200 pro Jahr) und Zugang (über Leserbriefe in Zeitungen, Nachbar-Aussagen) zur GULag-Szene haben.

Die Exil-Russen Wladimir Berelowitsch und Dimitri Seseman erzählten von ihren Qualen in einer psychiatrischen Klinik und in einem Lager im hohen Norden Rußlands, in dem die Sterblichkeit unter den Häftlingen 99 Prozent betragen habe. Aber jeden Tag sei die Anzahl der Toten sofort durch Neuzugänge wieder aus*geglichen* worden.

Avraham Shifrin berichtete in diesem Zusammenhang, daß in einem Lager in Kasachstan, in dem er 1955 als Insasse auch mit deutschen Kriegsgefangenen zusammentraf und sich mit einem von ihnen, einem Leutnant der Wehrmacht, befreundete, etwa 100 000 Deutsche an Entkräftung gestorben seien. Das war kurz vor der durch Adenauer bei Chruschtschow erwirkten Freilassung der letzten deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs.

PLO baut neue Machtbasis auf Zypern auf

DW. Damaskus/Amman

Nach ihrem Fiasko im libanesischen Bürgerkrieg versucht die PLO sich eine neue Machtbasis in Jordanien und *Zypern* zu verschaffen. Seit Monaten werden in geheimen PLO-Camps auf Zypern systematisch Kommandos für Einsätze in Libanon und Israel ausgebildet.

Insbesondere der Arafat-loyale el-Fatah-Flügel der PLO wich nach Zypern aus. Er konzentrierte sich auf den griechischen Teil der Insel, da eine wirksame politische oder militärische Gegnerschaft in dem schwachen Teilstaat nicht zu befürchten stand. Wie die WELT von zuverlässiger Seite erfuhr, reagierte Staatschef Assad umgehend und erteilte dem Chef seiner militärischen Abwehr Befehl, gegen die Fatah-PLO vorzugehen. Die Aktionen sollen von Angehörigen schiitischer Milizen aus Libanon ausgeführt werden. Beobachter rechnen daher in naher Zukunft mit Feindseligkeiten zwischen den verfeindeten PLO-Flügeln auf der Mittelmeerinsel.

Zunehmenden Druck übt die Fatah auch auf Jordanien aus: Neben politischer Tätigkeit sollen wieder militä*rische Aktivitäten in Jordanien zuge*lassen werden, nachdem die jordanische Armee im „Schwarzen September" 1970 die Militärpräsenz der PLO im Haschemitenreich zerschlagen hatte. König Hussein, der die PLO von seinem Plan zur Gewinnung der Gebiete am Westufer des Jordans überzeugen möchte, läßt in letzter Zeit offenbar eine Verstärkung der Militärpräsenz der PLO zu. Nach zuverlässigen Angaben kann in den vergangenen Monaten die PLA – der militärische Zweig der PLO – im Haschemitenreich relativ frei agieren. El-Fatah-Kämpfer aus Libanon kön*nen integriert* werden. *Darüber* hinaus werden in zwei geheimen Lagern „unabhängige" Fatah-Kämpfer ausgebildet. Fatah-Kämpfer aus Jemen und Algerien trainieren im PLA-Lager Khaw an der syrischen Grenze.

„Wahlen" in Polen am 13. Oktober

AFP, Warschau

Erstmals nach geändertem Wahlrecht wird in Polen am 13. Oktober ein neues Parlament (Sejm) gewählt. Die bisher übliche Einheitsliste wird durch zwei Listen ersetzt. Die erste ist 50 prominenten Kandidaten vorbehalten, für die übrigen 390 Sitze im Parlament stellen offizielle Parteien und Verbände je zwei Bewerber pro Mandat auf. Die eigentlich bereits 1984 fälligen Wahlen waren von der Regierung wegen der politischen Situation verschoben worden. Die verbotene Gewerkschaft „Solidarität" hatte bereits im Februar zum Wahlboykott aufgerufen.

Erster Prozeß um den „Kreuzkrieg"

dpa, Warschau

Unter Beifallsbekundungen für die Angeklagten wurde vor einem Regionalgericht in Jedrzejow (Polen) der Prozeß gegen zwei Priester eröffnet. Andrzej Wilczynski und Marek Labuda hatten sich vom 3. bis zum 16. Dezember 1984 ohne Genehmigung in einer Schule in Wloszczowa aufgehalten. Mit ihrem „Kreuzkrieg" hatten die Angeklagten gegen die Entfernung von Kruzifixen aus der Schule protestiert. Von den vor dem Gericht versammelten Menschen, die applaudierten, beteten und Kirchenlieder sangen, wurden mindestens vier festgenommen.

Buch Ogarkows erschienen

DW. Moskau

In der Sowjetunion ist ein Buch des ehemaligen Generalstabschefs Nikolai Ogarkow mit dem Titel „Geschichte lehrt Wachsamkeit" veröffentlicht worden. Ogarkow, der 1983 den Oberbefehl hatte, als das südkoreanische Verkehrsflugzeug über Kamtschatka von den Sowjets abgeschossen wurde, war am 6. September 1984 als Generalstabschef und Vizeverteidigungsminister durch Sergej Achromejew ersetzt worden. Angeblich soll Ogarkow seither die den NATO-Verbänden gegenüberstehenden sowjetischen Feldtruppen befehligen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Renten

Kassenscheine

Aktien

Notes

Geldmarktpapiere

Anlagefonds

Wertschriftenkredite

Optionen und Futures

Edelmetalle

Treuhandanlagen

Devisen

Festgelder

Das Plus, die ideale Mischung aus Kompetenz, Erfahrung und Intuition vorzufinden: Portfolio Designing by HandelsBank N.W., Zürich.

Das Bild, das Sie sich von der perfekten Anlageberatung und Vermögensverwaltung machen, finden Sie bei uns in vollendeter Form vor: ein Zürcher Bankhaus mit über 50jähriger Tradition und über 500 Mitarbeitern sowie die Gewißheit, von einem Portfolio-Manager betreut zu werden, der Ihre Persönlichkeit zu schätzen weiß und darauf eingeht.

Unsere Mitarbeiter sind mehr als nur auf einen Bereich des Anlagegeschäftes spezialisierte Berater. Wir beschäftigen ausschließlich Generalisten mit langjähriger Erfahrung in allen Sparten des Anlagegeschäftes, analytischen Fähigkeiten und einer ausgeprägten Kombinationsgabe. Da wir eine Anlagepolitik pflegen, die unseren Portfolio-Managern einen optimalen Spielraum und den Zugang zu allen Anlageobjekten offen läßt, haben Sie die Gewähr, daß das Können und die Intuition unserer Anlagespezialisten voll zum Tragen kommen.

Unsere Position als Privat- und internationale Geschäftsbank, unser Status als Ringbank mit Sitz an der Zürcher Börse und die fachliche und menschliche Qualifikation unserer Mitarbeiter geben Ihnen das sichere Gefühl, daß bei uns mit den besten aller Anlagestrukturen das Beste aus Ihrem Geld gemacht und das Anlagekonzept permanent den aktuellen Finanzmarktsituationen angepaßt wird.

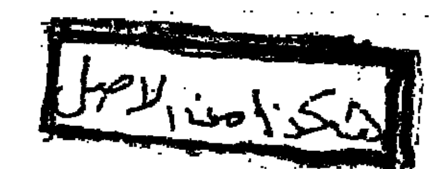
Wie erfolgreich wir für unsere Kunden arbeiten, ist in unserem Geschäftsbericht von 1984 nachzulesen. Wir weisen eine konsolidierte Bilanzsumme von Fr. 3,5 Milliarden und offene haftende Mittel von Fr. 300 Millionen aus. Wie sicher wir sind, zeigt das N.W. hinter unserem Namen. Es steht für die Bank, die hinter uns steht: die National Westminster Bank, eine der zehn größten Banken der Welt, mit Aktiven von £ 72 Milliarden, Hauptsitz in London und Niederlassungen in Europa, Nordamerika, Australien, im Mittleren und Fernen Osten. Dennoch sind wir aber, was wir sind: eine Schweizer Bank mit Schweizer Management und Schweizer Service.

Herr Roland Humbel, stellvertretender Direktor und zuständig für die guten Beziehungen zu unserer Privatkundschaft, stellt Ihnen gerne die Verbindung zu dem Portfolio-Manager her, der Ihre individuellen Ansprüche in jeder Beziehung befriedigt.

Nehmen Sie bitte mit ihm Kontakt auf:
HandelsBank N.W., Talstraße 59, CH-8022 Zürich,
Telefon 0041/1/214 5111.

HandelsBank N.W.

Kompetent wie eine Grossbank. Persönlich wie eine Privatbank.



Spanien heute – Zehn Jahre nach dem unblutigen Ende der Franco-Diktatur

Die Fundamente der Demokratie

Gute, manchmal sogar bessere Europäer waren die Spanier gelegentlich ganz gewiß. Ihre Poeten, ihre Völkerrechtler, ihre Heiligen prägten das Abendland entscheidend mit. Daß die Geschichte sie dennoch Jahrhunderte hindurch praktisch aus Europa verdrängte, lag auch daran, daß Spanien „die Geschichte hindurch jene Werte verteidigte, die das übrige Europa längst aufgegeben hatte" – die Einheit von Staat und Kirche. Spanien blieb bis 1976 ein „katholischer Staat".

Das neue, das demokratische Spanien folgt zwar der europäischen Entwicklung, aber eben auch jenem römischen Ereignis vor zwanzig Jahren: dem II. Vatikanischen Konzil, das die Trennung von Staat und Kirche für Spanien einläutete. Der Vorteil dieser ambivalenten historischen Entwicklung liegt im reibungslosen Übergang nach dem Tode des Caudillo im November 1975. „Folgt dem König!", hatte der Diktator in seinem letzten testamentarischen Tagesbefehl seinen Truppen befohlen. Und also konnten König Juan Carlos und seine Ratgeber den zügigen Prozeß der Demokratisierung einleiten.

Ist er heute abgeschlossen? Als die Sozialisten vor zwei Jahren gewählt wurden, schien der Bann gebrochen, der Fluch von dem ewig zweigeteilten Land des „einen" und des „anderen" Spanien vergessen. Die bürgerliche Regierungspartei der Jahre des Übergangs war noch ein Kind der Not. Bei den ersten freien Wahlen 1976 hatten die vorsichtigen Bürger nicht etwa die Gegner Francos gewählt, sondern den vom König eingesetzten Ministerpräsidenten Suárez. Als sich dieser Ministerpräsident als unfähig erwies, brach auch seine Partei wie ein Kartenhaus zusammen. Die Demokratie – erst jetzt wurde sie Ereignis, und zwar bei den Wahlen im Oktober 1982. Nach europäischem Vorbild orientierten sich die Wähler im Rahmen einer Bipolarität: Rechts, aber nur knapp rechts vom Zentrum, eine bürgerliche christdemokratische Gruppierung, links, ebenso knapp vom Zentrum, die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens, die ihrerseits eine erstaunliche Wandlungsfähigkeit zeigte. Die Extremisten rechts und links einschließlich der KP schmolzen auf ein Minimum zusammen.

Wir sind vielleicht die besseren Europäer – 22.05 Uhr, ZDF

Dabei galt Felipe González bei seiner Wahl zum Generalsekretär der PSOE im französischen Exil 1972 noch vielen Alt-Sozialisten als „viel zu radikal links". Als González dann mit der Stimme der neuen „europäischen" Generation zum Ministerpräsident gewählt wurde, verwirrten er und seine Regierungsmannschaft die Alt-Genossen in Spanien und in Europa mit einem Wirtschaftsprogramm, das in seiner marktorientierten modern-kapitalistischen Wettbewerbsordnung nicht einmal die Sozialdemokraten des Godesberger Programms hätten durchsetzen können.

Spätestens hier stellt sich die Frage, wer sind denn die jungen sozialistischen Politiker, die inzwischen alle wichtigen Posten in Verwaltung, Kultur und Gesundheitswesen an sich zogen? Es sind jene Studenten, die im letzten, sehr milden Jahrzehnts der Franco-Ära auf der Straße protestierten und die erst dann die Tradition einer sozialistischen Arbeiterpartei übernahmen, mit deren gestandenen Gewerkschaftsführern sie heute offen kollidieren.

ROLF GÖRTZ

KRITIK

Das Recht auf Heimat

Nachdem ich die Heimat verloren hatte, sehne ich mich besonders nach der Heimat zurück", berichtete ein Mann in der „Reportage am Montag" des ZDF unter dem Motto **„Schlesien '85 – Begegnungen an der Oder"**. Der Heimatvertriebene war – ein Pole, der aus Lemberg gebürtige Komponist Wojchiech Chylar. Seine melancholische Klavierkomposition „Exodus" untermalte die Eindrücke aus dem heutigen Schlesien. Ins Bild rückten vor allem die Menschen der Region sowie ihre früheren Bewohner auf Erkundungen in der alten Heimat.

Der deutsche Journalist Klemens Mosmann und sein polnischer Kollege Stanislaw Krzewiński besuchten gemeinsam Stätten ihrer familiären Verbindung zu Schlesien. Ein überzeugendes, weil der Geschichte gerecht werdendes Projekt: Der polnische Chronist zeigte sein Geburtshaus in Breslau mit bis heute sichtbaren jüdischen Symbolen und stellte die bohrende Frage nach der persönlichen Schuld der früheren Generationen angesichts des Leids der NS-Zeit und des Krieges.

Klemens Mosmann entdeckte deutsche Friedhöfe und sich zum Deutschtum bekennende Menschen, die in starkem Kontrast zur parteipolnischen Leugnung heutiger deutscher Identität in Schlesien standen. Die Vermischung der Kulturen in Schlesien belegte der Verweis auf zugesiedelte Ostpolen, die heute ebenfalls gute Kontakte zur Bundesrepublik pflegen. Rückwärtsgerichtet erschien da die Folkloregruppe mit „polnisch"-schlesischen Tänzen im Ringen um nationale „Urheberrechte".

Keinen Haß oder Revanchismus sahen der deutsche und der polnische Journalist bei den überwiegend vertriebenen Schlesiern. Eine junge Polin sprach ihnen ausdrücklich das Recht zu Heimatbesuchen zu. Freilich: Die heutige schlesische Generation wird eher durch die polnische Wirtschaftskrise als durch nationale Probleme geprägt.

HERMANN SCHMIDTENDORF

Die einsame Heldin

Die französische Südstaatengeschichte **Louisiana** (ARD) setzt eine Tradition fort: Schon wieder ist es eine Frau, die um den Bestand einer Pflanzung kämpft wie in Ellen Glasgows „Barren Ground" (1925), wie in „Vom Winde verweht" der Margaret Mitchell (1936). Diesmal spielt die Story in Louisiana, und die einsame Heldin ist eine harte Frau, die mit allen Mitteln, auch den bettgebundenen, dahinter ist, Grundbesitz zu bekommen, zu nutzen und zu mehren. Pech, daß der einzige Mann, den sie liebt, impotent ist.

Philippe de Broca und die französische Anstalt „Antenne 2" haben der Geschichte sehr viel Atmosphäre verliehen, auch wenn sie gelegentlich nur Dunst ist. Doch verläuft alles nach den Regeln einer routinierten Regie.

Wer sich die Mühe machte, mehr als nur zwei Folgen dieser Langzeit-Saga zu betrachten, wurde aller Distanzierung zum Trotz eingesogen in das Spiel und zeigte gelegentlich sogar Ansätze einer allerdings nur zaghaften Neugier. Doch zu einer Verbrüderung zwischen Schirm und Sessel wollte es nicht kommen. Eine Schnulze ist eine Schnulze ist eine Schnulze. Freilich gibt es auch gut gezimmerte Schnulzen mit beachtlichen schauspielerischen Seiten, im besagten Falle müßte man wohl die coole Margot Kidder erwähnen und den Ian Cherleson, man sollte auch nicht die impressionistischen Bilder des Kameramannes Michel Brault vergessen. Kurz: Es gab einzelne hervorragende Punkte, wo man dankbar hätte verweilen können, aber die allgemeine Soße spülte auch den besten Willen davon.

Fazit: Die Serie ist besser als Dallas, aber schlechter als Onkel Toms Hütte, falls sich einer noch daran erinnert. Denn es fehlte ihr die schlichteste Ingredienz einer Geschichte, eines Stücks, eines Spiels, nämlich: Leben. Die einfachste Geschichte mit Puls und Herzschlag schlägt eine solche Konstruktion um Längen.

VALENTIN POLCUCH

ARD

ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Basketball-EM der Herren
10.50 Der Freibeuter (2)
11.30 Umschau
12.10 Monitor
Berichte zur Zeit
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

14.50 Chiomilla vom blauen Himmel (5)
15.15 Schau ins Land
15.45 ARD-Sport extra – aus Aachen
Internationales Reitturnier CHIO
Internat. Championat von Deutschland
17.50 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Hart an der Grenze
Fernsehfilm von Detlef Michel
Mit Klaus Löwitsch u. a.
Regie: Wolfgang Tumler
Während im Spätsommer 1971 in Berlin das Viermächteabkommen unterzeichnet werden soll, stößt der Journalist Paul Otto noch einmal auf eine heiße Story, die mit diesem politischen Ereignis in Zusammenhang steht. Doch dieser Knüller entpuppt sich bald als ein gefährlicher Fall ...
21.45 Mexico City
Ein Jahr vor der Fußball-Weltmeisterschaft
21.55 Fußball-Länderspiel
England – Deutschland
Reporter: Walter Johannsen
Übertragung aus dem Azteken-Stadion in Mexico City
In der Halbzeitpause gegen 22.45 Tagesschau
Anschl. ca. 23.45 Basketball-EM
0.15 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Löwenzahn
16.35 Der Waschbär Rascal
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Das Haus am Eaton Place
Der Neue, Teil 1
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
19.00 heute
19.30 P. I. T. – Peter-Illmann-Treff
20.15 ZDF Magazin
Moderation: Gerhard Löwenthal
21.00 Polizeirevier Hill Street
21.45 heute-journal
22.05 Wir sind vielleicht die besseren Europäer
Über Spanien und Felipe Gonzales berichtet Karl-Heinz Wilsing
22.50 Der Fall Maurizius (2)
Fernsehfilm in fünf Teilen von Karl Wittlinger nach dem Roman von Jakob Wassermann
Etzel, der Sohn des Oberstaatsanwalts Wolf von Andergast, versucht mit einer List das Vertrauen Gregor Waremmes zu erschleichen. Er bittet ihn um Englischunterricht, um dabei zu erfahren, ob Waremme bei einem Prozeß vor 18 Jahren die Unwahrheit gesagt hat ...
0.10 heute

SAT 1

13.30 Solid Gold
14.00 Tarzan
15.00 Die Bären sind los
15.30 Musicbox
16.30 Scooby und Scrappy Doo
17.00 Kultur, Natur und Wissenschaft
18.00 Es darf gelacht werden
18.30 APF blick
18.45 Zahlen und Buchstaben
Das Konzentrationsspiel
19.10 Sport auf SAT 1
Unterhaltung rund um den Sport
Heute live aus Ludwigshafen
Thema: Finale der Fußball-Bundesliga
Im Studio: Max Merkel, Roman Köster
20.00 Offen gesagt
Einzi Stolz im Gespräch mit Lothar Kleinjung
20.30 Love Boat
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Sartana – bete um deinen Tod
Deutsch-ital. Spielfilm (1968)
Mit William Berger, Klaus Kinski, John Garko u. a.
Regie: Frank Kramer
23.55 APF blick:
Letze Nachrichten

3SAT

18.00 Höhlen – Welt ohne Sonne
Vorstoß ins Dunkel
Von und mit Ernst W. Bauer
Regie: Dieter Schlotterbeck
19.00 heute
19.30 Von Küste zu Küste
Lieder, Sketche und Hamburger Originale
21.00 Die Mittwochsgeschichte
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Kulturjournal
Moderation: Karl Löbl und Alexander U. Martens
22.30 Sportreport
„Und immer lockt die Tour"
Film von Manfred Rohde aus dem Jahre 1965
23.20 3SAT-Nachrichten

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Duisburg
Informationen und Unterhaltung aus der Mercator-Halle
21.45 Wissenschaftsshow
Totoffel oder Karmate
Landwirtschaft der Zukunft
Sendung von und mit Jean Pütz und Dietmar Erich
22.30 Eine amerikanische Tragödie
Amerikanischer Spielfilm (1931)
(Original mit Untertiteln)
0.00 Letzte Nachrichten

NORD

20.00 Tagesschau
20.15 Schaufenster
Wirtschaftsmagazin
21.00 Museen der Welt
Berlin: Stiftung Preußischer Kulturbesitz
21.45 Die Fantome des Hutmachers
Franz. Spielfilm (1982)
Mit Michel Serrault und Charles Aznavour
Regie: Claude Chabrol
23.40 Actualités
23.55 Nachrichten

HESSEN

19.05 Was tun mit der Zeit
19.45 Tiersprechstunde
20.15 Parlament, Parteien, Perspektiven
21.00 Computer – mein Leben
Bericht über Prof. Dr. Konrad Zuse, der die erste programmgesteuerte Rechenanlage der Welt konstruierte
21.30 Drei aktuell
22.00 Die Fälschung
Film von Volker Schlöndorff nach dem Roman von Nicolas Born

SÜDWEST

18.30 Telekolleg II
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Reden ist Gold
Talkshow für Jugendliche
Reisen – Freizeit – Urlaub
20.15 Sammelsurium
Aus dem Kulturleben
21.00 Aus Liebe zu Dir
Amerikanischer Spielfilm (1952)
Mit Loretta Young, Jeff Chendler, Alex Nicol u. a.
Regie: Joseph Pevney
22.30 Ungarische Kunst heute
23.15 Nachrichten

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Nonstop Nonsens
19.45 Diagnda
Quiz mit Fritz Egner
20.15 Polizeiinspektion 1
20.40 Z. E. N.
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Der Prinzregent (5)
Letzter Teil
22.35 Münchner Theaterfestival 1985
Beobachtungen, Eindrücke
23.35 Rundschau
23.40 News of the Week

LÄNDERSPIEL / Die deutsche Fußball-Nationalmannschaft auf ihrer WM-Testreise in Mexiko-City

● So werden die Länderspiele der deutschen Fußball-Nationalmannschaft im Fernsehen original übertragen: Heute gegen England von 21.55 bis 23.45 Uhr in der ARD (1. Programm), am 15. Juni gegen Mexiko von 20.15 bis 22.05 Uhr im ZDF (2. Programm).

● England ist einer der wenigen Gegner, gegen den die deutsche Mannschaft eine negative Bilanz aufweist. Bei bisher 20 Länderspiel-Begegnungen gab es fünf Siege, vier Unentschieden und elf Niederlagen. Zuletzt spielte Deutschland 1982 bei der WM 0:0.

● In Mexiko bestreitet die deutsche Fußball-Nationalmannschaft ihre Länderspiele Nummer 510 und 511 seit dem Auftakt im Jahre 1908. Die Bilanz trotz der Rückschläge in den letzten Jahren: 290 Siege, 90 Unentschieden und 129 Niederlagen bei 1205:685 Toren.

● In den bislang acht Spielen unter Franz Beckenbauer gab es sechs Siege (2:0 über Schweden, 3:2 in Malta, 2:1 in Portugal, 6:0 über Malta, 4:1 über Bulgarien und 5:1 in der CSSR) und zwei Niederlagen (1:3 gegen Argentinien und 0:1 gegen Ungarn).

Franz Beckenbauer: „Mein Gott, ich weiß es nicht, ob die Engländer in Form sind – vielleicht ja"

ULRICH DOST, **Mexico City**

Man hatte es kaum für möglich gehalten, aber Franz Beckenbauer, dieser joviale, umgängliche Mensch, dem sie geradezu an den Lippen hängen, kann auch anders sein. Unwirsch, abweisend, sogar schroff reagierte der Teamchef in Mexico City, als ihn die Journalisten vor dem heutigen Freundschaftsspiel gegen England nach der deutschen Aufstellung und der Form des Gegners fragten, den er bereits am Samstag vor Ort beim 0:1 gegen die Mexikaner beobachtet hatte. Beckenbauer: „Mein Gott, ich weiß es nicht, ob die Engländer in Form sind, vielleicht ja. Mal sehen." Seinen Vorgänger Jupp Derwall hätten sie nach einer solchen Antwort regelrecht in der Luft zerrissen.

Doch spätestens zu diesem Zeitpunkt wurde jedem klar, daß auf dieser Mexiko-Reise mit dem Spiel gegen England und am Samstag gegen Mexiko der sportliche Wert ziemlich weit nach hinten gerückt ist. Beckenbauer hat anderes im Sinn. Er, der vom Typ her eher zum Phlegmatiker neigt, sich aber immer mehr zum Arbeitstier entwickelt, probt schon den Ernstfall für die Weltmeisterschaft im nächsten Jahr. Nichts darf es geben, selbst den dümmsten Zufall nicht, von dem das deutsche Team dann überrascht werden könnte. Was interessiert ihn heute die Form der Engländer?

Das Essen, die Höhenluft (Mexiko liegt 2350 Meter über dem Meeresspiegel), der Zeitunterschied (acht Stunden), die Anpassungsschwierigkeiten an die ungewohnte Umgebung, an mittägliche Hitze bis 30 Grad, bei der die Spiele jetzt und bei der WM in den Vorrunden ausgetragen werden. In Deutschland war es schon 4 Uhr morgens am Dienstag, in Mexico City immer noch Montag, 20 Uhr, als Beckenbauer die Nationalspieler zu einem lockeren Training versammelt hatte. 14 Flugstunden mit einer eineinhalbstündigen Zwischenlandung in Dallas steckte den Spielern noch in den Knochen.

Mannschaftsarzt Heinrich Giesen erklärte: „Es wäre das falscheste, wenn die Spieler sich ausruhen würden." Aktive Erholung, ein Training zum Regenerieren sei bei diesen Streßsituationen am besten für den Kreislauf. Giesen rechnet damit, daß die Spieler mindestens 20 Prozent weniger von ihrer gewohnten Leistung bringen können. Er sagt: „Sich an den Zeitunterschied zu gewöhnen gelingt in zwei bis drei Tagen. Um sich auf die Höhenlage einzustellen, braucht der Körper mindestens eine Woche. Diesmal werden wir das nicht schaffen."

So paradox es auch klingen mag, meinte der Kölner Professor, die Spieler fühlen sich zunächst nach den Strapazen körperlich fit. Deshalb neigen sie auch dazu, sich im Training nicht intensiv zu belasten. Giesen: „Wer sich heute im Spiel zu sehr verausgabt, der wird am Samstag total kaputt sein. Deshalb wird es heute bestimmt ein langsames Spiel werden." Giesen will die Spieler genau beobachten, er will dann für sie individuelle Trainingspläne ausarbeiten, die es ihnen ermöglichen, im nächsten Jahr mit größeren Kraftreserven nach Mexiko zu kommen. Giesen: „Dann wollen wir hier in der Höhenlage und bei diesen Temperaturen so schnell spielen wie bei uns zu Hause."

Vierzehn Tage vorher wird das deutsche Team bei der WM im nächsten Jahr deshalb anreisen, um eine optimale Anpassung zu erreichen.

Auch für das Verhalten außerhalb des Spielfeldes gab der Deutsche Fußballbund (DFB) seinen Spielern „allgemeine Hinweise für den Aufenthalt in Mexiko". Heinrich Hess, der Mannschaftsarzt aus Kehl, hatte sie ausgearbeitet. Darin stehen zum Teil belanglos erscheinende Dinge, wie: „Das Kofferpacken und die Sonnenbrille nicht vergessen." Oder: „Allgemeine Reinlichkeit ist nicht nur wesentlich für eine bessere Verträglichkeit des Klimas, sondern auch für Verhütung von Krankheiten." Oder: „Besondere Mäßigkeit steht an im Alkoholgenuß, weil die Körperinnentemperatur rapide ansteigt, was wiederum Müdigkeit und Schlaffheit zur Folge hat (Alkoholgenuß erst nach Sonnenuntergang)."

Das Beachten solcher Kleinigkeiten – so Franz Beckenbauer –, die Zuhilfenahme der Mediziner bei der richtigen Dosierung und die den Verhältnissen angepaßten Verhaltensweisen, das alles soll im nächsten Jahr den Erfolg bringen.

Daß in seiner Mannschaft sportlich einiges steckt, weiß Beckenbauer inzwischen. Das Umfeld stimmt, die Nationalmannschaft ist wie ein Paket von besonderem Reiz. Die Spieler reißen sich darum dabeizusein, auch wenn sie wie *Michael Frontzek* (wegen seiner roten Karte), Klaus Allofs (Knöchel verletzt) und Rudi Völler (Oberschenkelzerrung) in Mexiko wahrscheinlich gar nicht zum Einsatz kommen. *Horst Köppel*, Beckenbauers Partner, der die Mannschaft trainiert, sagt: „Hannes Löhr, der Trainer von Klaus Allofs in Köln, hatte hier alles schon abgesagt. Für den Spieler gab es gar keine Frage, daß er trotz seiner Verletzung mitfahren würde. Mit Rudi Völler gab es auch keine Probleme, obwohl er am letzten Spieltag für seinen Klub nicht spielen konnte."

Aber auch das bereitet Beckenbauer und Köppel keine Kopfschmerzen. Nun haben sie genügend Möglichkeiten, andere Spieler zu testen. Das Ergebnis heute abend wird für Beckenbauer bestimmt zweitrangig sein. Der Test muß kein Test werden, er soll nur Erfahrungen bringen. Im nächsten Jahr muß der Beweis erbracht werden, daß der deutsche Fußball wieder Weltspitze ist. Nicht auszudenken, wenn das Vorhaben an Kleinigkeiten und Zufälligkeiten scheitern würde. So etwas würde das Arbeitstier Beckenbauer noch unwirscher machen.

So wollen sie heute abend spielen

England: Shilton, Stevens, Wright, Butcher, Sansom, Steven, Reid, Robson, Waddle, Lineker, Dixon.

Deutschland: Schumacher (31 Jahre/59 Länderspiele), Herget (29/12), Augenthaler (27/4), Jakobs (31/8), Berthold (20/5), Matthäus (24/33), Magath (31/31), Rahn (23/5), Brehme (24/14), Littbarski (25/33), Mill (26/5).

ADMIRAL'S CUP / Die letzte Qualifikation

Kampf der Damen: „Wir müssen uns hinfummeln"

Am Freitag beginnen die letzten drei Qualifikationsregatten für den Admiral's Cup der Hochseesegler (31. Juli bis 15. August). Zwei Jachten sind bisher der Konkurrenz davongesegelt: Die „Outsider" des Kielers Tilmar Hansen und die „Rubin" des Hamburgers Schümann. Im Kampf um Platz 3 wird es spannend: Die „Diva" (Bremen) liegt noch vor der „Container" (Selters).

Von INGA GRIESE

Der Bremer Bernie Beilcken kann vorläufig seinen Champagner noch behalten. Der Steuermann der Hochseejacht „Diva" hatte nämlich der Damen-Crew der „Rodeo" versprochen, daß er ihnen ein Sektbad *spendieren würde, wenn sie eine der* Qualifikationswettfahrten zum Admirals's Cup gewinnen würden. Nach den positiven Trainingsergebnissen der ersten weiblichen Cupper-Crew waren Bernie schon Zweifel gekommen, ob er nicht etwas voreilig mit seinem Versprechen gewesen war.

Doch als es ernst wurde, über Pfingsten vor Helgoland, da holte die Realität die „Rodeo" wieder ein. Die attraktiven Seglerinnen hatten im „Hummer-Craw", der Seglerkneipe auf der Insel, weitaus mehr Erfolge zu verbuchen als auf See. Auf Platz 6 unter den 11 Bewerbern um einen Platz im deutschen oder österreichischen Dreierteam hatte man sie eingeschätzt. Nun liegen sie auf dem 9. Rang mit 18,5 Punkten.

Auf der „Rodeo" waren wohl nicht nur taktische Fehler gemacht worden, auch Manöver und Segeleinstellung hatten Probleme bereitet. Bei starkem Wind war der Spinnaker, das große ballonartige Vorsegel, gar nicht erst hochgezogen worden.

„Ich weiß nicht, ob man sagen kann, daß die Serie danebengegangen ist. Für uns waren Stromgewässer und Kielnavigation absolutes Neuland", meint dazu Kirsten Tamm, die 21jährige Steuerfrau aus Hamburg. „Die Bedingungen waren ganz anders als vor Kiel. Als erstes werden Gila und ich jetzt theoretisch Taktik und Navigation in solchen Gewässern pauken."

Gila heißt korrekt Gisela Miesecke, 30 Jahre alt, von Beruf Innenarchitektin und an Bord für Navigation und Taktik zuständig. „Daß wir keinen Spinnaker gesetzt haben, finde ich nach wie vor richtig", führt Kirsten Tamm aus. „Wir haben von vornherein gesagt, wir fangen langsam an und riskieren nichts. Beim nächsten Mal werden wir auch den Spinnaker setzen."

Die Mädchen haben sich zwar zum Ziel gesetzt, Platz 6 der Ausscheidungen zu erreichen, doch sie stehen nicht unter Druck. Denn der Vertrag mit dem Sponsor, der ihnen den hochmodernen *Neubau samt bester* Ausstattung und Training finanziert, läuft über drei Jahre. In jedem Fall wird die Crew im Sommer nach England fahren. Wenn sie nicht um den Admiral's Cup fährt, nimmt sie an der Cowis-Week (3. bis 11. August) und an der Eintonner-Weltmeisterschaft teil.

Noch sind aber nicht alle Hoffnungen begraben. „Wenn wir in Kiel so segeln wie bisher, stehen unsere Chancen noch gut", sagt Kirsten Tamm. Während der Vorbereitungswochen seit Ostern an der Ostsee hatten meist leichter Wind und wenig Wellen vorgeherrscht. Da hatten die zehn Mädchen der „Rodeo" durchaus Vorteile gegenüber der schwereren männlichen Konkurrenz. Allerdings gesteht Kirsten Tamm ein, daß die Einstellung der Segel noch nicht perfekt ist. „Wir müssen uns allmählich hinfummeln." Probleme gab es auch mit dem ständig verklemmten Ruder. Das soll nun durch ein neues Lager behoben worden sein.

FUSSBALL

Schwere Krawalle zwischen den griechischen Fans

sad/dpa/sid, **Athen**

Bei schweren Ausschreitungen zwischen Anhängern zweier griechischer Fußballklubs sind mindestens 20 Menschen zum Teil schwer verletzt worden. Die blutigen Krawalle brachen aus, als etwa 150 Fans des neuen Meisters Paok Thessaloniki nach einem Auswärtsspiel in Athen an einer Raststätte auf Busse mit Anhängern von Olympiakos Piräus trafen.

Innerhalb von wenigen Minuten hatten die teilweise angetrunkenen Fans ein knappes Dutzend von Fahrzeugen in Brand gesetzt und zwei Raststätten verwüstet. Gleichzeitig blockierten sie die Autobahn mit Steinen und Holzbalken. In den Weizenfeldern entlang der Autobahn brannten sie etwa 40 Hektar nieder. Ein Polizeisprecher: „Alles sah wie nach einem Bombenangriff aus."

Gemeinsame Maßnahmen gegen *das Rowdytum auf den europäischen* Fußballplätzen wollen die Sportminister aus England, Frankreich, Deutschland, Belgien und Holland erarbeiten. Dem Europarat soll auf seiner Sitzung im September in Straßburg ein Papier vorgelegt werden. Ein Sprecher erklärte, man denke an Alkoholverbot in den Stadien, eine strengere Kartenverteilung und höhere Strafen für die Urheber der Krawalle.

Das Turnier um einen „Supercup" zwischen den nach den Ereignissen von Brüssel für europäische Wettbewerbe gesperrten englischen Klubs will nun auch der Fußball-Dachverband gutheißen. Meister FC Everton, Pokalsieger Manchester United, Norwich City, der FC Liverpool, Tottenham Hotspur und der FC Southampton wollen ihre frei gewordenen Termine mit den Spielen um die neue Trophäe ausfüllen. Damit sollen auch finanzielle Einbußen gedeckt werden.

NACHRICHTEN

Hort will bleiben

Bonn (L. P.) – Der tschechoslowakische Schach-Großmeister Vlastimil Hort (41) will nicht mehr in seine Heimat zurückkehren, sondern in der Bundesrepublik Deutschland um politisches Asyl nachsuchen. Hort spielt seit sechs Jahren in deutschen Bundesligaklubs, zur Zeit bei Porz-Köln.

Morgen erstes Treffen

Bielefeld (sid) – Zum ersten Relegationsspiel um den Bundesliga-Aufstieg treffen morgen um 19.30 Uhr in Saarbrücken der 1. FC Saarbrücken und Arminia Bielefeld aufeinander. Wegen des Feiertags wurde das zweite Entscheidungsspiel am 17. Juni auf 15.30 Uhr vorverlegt.

Ausgeschieden

Calgary (sid) – Bereits in der ersten Runde der Badminton-Weltmeisterschaften in Calgary (Kanada) kam für die deutschen Herren das Aus. Knauer (Bonn), Rüsseler (Erlangen) und Scherpen (Köln) verloren in jeweils zwei Sätzen.

Boris Becker weiter

London (sid) – Der Leimener Boris Becker hat die zweite Runde beim mit 250 000 Dollar dotierten Tennisturnier in London erreicht. Der 17jährige besiegte den Amerikaner Nelson mit 7:6, 7:5.

Paderborner Verstärkung

Paderborn (sid) – Nach der Verpflichtung von Herren-Bundestrainer Jasiukiewicz hat der Deutsche Volleyball-Meister VBC Paderborn noch drei Nationalspieler verpflichtet: Neben Jörg Brügge vom Meister Hamburger SV und Manfred Kaiser (SSF Bonn) hat sich jetzt auch Frank Winkler (bisher Ibis Kortijk, Belgien) der Mannschaft angeschlossen.

Wilander rückte vor

Paris (sid) – Auf den dritten Platz in der Grand-Prix-Wertung verbesserte sich der Schwede Mats Wilander nach seinem Erfolg über Ivan Lendl (CSSR) bei den internationalen französischen Tennis-Meisterschaften. McEnroe (USA) führt das Klassement vor Lendl, Wilander und Mecir (CSSR) an.

STAND ● PUNKT / *Die Profi-Schiedsrichter*

Lange hat's gedauert. Jetzt nach 17 Jahren Profi-Tennis schließt sich der Bogen. Seit einer Woche gibt es die ersten zwei Profi-Schiedsrichter, die vom höchsten Gremium der Profi-Szene, dem „Mens International Professional Tennis Council", verpflichtet wurden.

Erinnern wir uns: Als 1968 der Wechsel vom Amateur zum Profi vollzogen wurde, ging es zuerst um die Entlohnung der Stars – weg vom Schachern unter dem Tisch und hin zu den offiziellen Preisgeldern. 1972 waren es die Aktiven, die mit ihrer neugegründeten Spielergewerkschaft „Association of Tennis Professionals" (ATP) im Kreis der ahnungslosen Amateurfunktionäre auftraten.

Zwei Jahre später, 1974, reagierten die Offiziellen der Internationalen Federation und gründeten das „Pro Council". Endlich wurden neue Regeln aufgestellt, und ab 1978 delegierte das Council zu jedem Grand-Prix- Turnier sogenannte Supervisors. Deren Aufgabe war es, die Turnierorganisation und den Ablauf der Veranstaltung zu überwachen, auf das Benehmen der Spieler zu achten, gegebenenfalls Geldstrafen auszusprechen und die Schiedrichter zu überprüfen.

Hier lag das größte Übel. Wie häufig ließen doch eitle Klubmitglieder Regelkenntnisse vermissen und waren überdies im Umgang mit den Dollarmillionären recht ungeübt.

1981 wurde der erste internationale Schiedsrichterlehrgang in Dallas abgehalten. Mittlerweile gibt es sie weltweit, die geprüften Schiedsrichter, die diese Tätigkeit in ihrer Freizeit ausüben und sich ihre Dienste, wie in Hamburg, mit 500 Dollar in der Woche plus Spesen entlohnen lassen.

Die Neuverpflichtung der zwei Profi-Schiedsrichter ist nun der Weg in die Zukunft. Nach der letzten Prüfung, die neben Regelkenntnissen, perfektem Englisch auch einen psychologischen und einen Augentest erfordert, reisen sie demnächst um die Welt. Für 2700 Dollar Gehalt im Monat plus Spesen können sie sich dann auch leichter von den Stars beschimpfen lassen.

H. J. POHMANN

ZAHLEN

LEICHTATHLETIK

Internationales Sportfest in Villanova (US-Bundesstaat Pennsylvania): Männer, 800 m: 1. Jones 1:46,21 Min., 2. Williams (beide USA) 1:46,32., Meile: 1. Maree 3:52,64 Min., 2. Spivey (beide USA) 3:53,82., 110 m Hürden: 1. Kingdom (USA) 13,25 Sek., Hochsprung: 1. Whitehead (USA) 2,32 m.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: Unbesetzt, 2: 110 921,40 Mark, 3: 9161,60, 4: 145,70, 5: 10,60. – **Toto, Elferwette:** Klasse 1: 1014,40, 2: 54,90, 3: 5,50. – **„6 aus 45":** Klasse 1: Unbesetzt, 2: 64 026,10, 3: 5054,60, 4: 63,70, 5: 5,00. – **Rennquintett, Rennen A:** Klasse 1: 2694,00, 2: 181,60 – **Rennen B:** Klasse 1: 702,70, 2: 118,80. – (Ohne Gewähr).

Uneinigkeit in der Beurteilung Namibias

Differenzen um die Anerkennung der Übergangsregierung

BERNT CONRAD, Bonn

Im Bonner Regierungslager zeichnen sich tiefgehende Differenzen in der Namibia-Politik ab, die quer durch die Fraktionen von CDU, CSU und FDP gehen. Während Außenminister Hans-Dietrich Genscher im Namen der Bundesregierung die am 17. Juni bevorstehende Bildung einer Übergangsregierung in Windhuk scharf verurteilt hat, treten namhafte Koalitionsabgeordnete dafür ein, der Regierung eine Chance zu geben.

Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Hans Klein, die Bundestagsabgeordneten Klaus-Jürgen Hedrich (CDU) und Professor Wolfgang Rumpf (FDP) sowie der Europa-Abgeordnete Rudolf Luster (CDU) wollen sogar an der feierlichen Amtseinführung des von der namibischen Vielparteienkonferenz (VPK) gebildeten Kabinetts teilnehmen. Auch der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Professor Wolfgang Zeidler (SPD), will – trotz offiziellen Abratens – als „Privatmann und Wissenschaftler" der Regierungsbildung in Windhuk beiwohnen.

Die „Übergangsregierung der nationalen Einheit" soll nach dem Willen ihrer schwarzen und weißen Initiatoren „bis zur vollständigen Unabhängigkeit alle Aufgaben wahrnehmen, die bisher unter die Verantwortung des von Südafrika gestellten Generaladministrators fielen". Ferner sollen *eine* Nationalversammlung und ein Verfassungsrat mit dem Ziel geschaffen werden, eine Verfassung für die ehemalige Kolonie Deutsch-Südwestafrika auszuarbeiten.

Obwohl die VPK betont hat, sie wolle keine einseitige Unabhängigkeit Namibias erreichen und auch nicht den westlichen Lösungsplan unterlaufen, ist die geplante Regierungsbildung nicht nur von der UNO, sondern auch von den Mitgliedern der westlichen Kontaktgruppe (USA, Frankreich, Großbritannien, Kanada, Bundesrepublik) scharf verurteilt worden. In Bonn wurde ebenso wie in Washington amtlich erklärt, die neue Regierung sei null und nichtig; derartige Institutionen hätten keine Bedeutung gemäß der unverändert gültigen UNO-Resolution 435.

Dem widersprachen Bonner Koalitionsabgeordnete. Der FDP-Abgeordnete Olaf Feldmann erklärte: „Man *kann etwas, das faktisch existiert,* nicht als null und nichtig ansehen." Sein CDU-Kollege Hedrich meinte: „Mit der Übergangsregierung wird ein Weg nationaler Versöhnung innerhalb Namibias eingeschlagen, bei dem die Swapo aufgefordert bleibt *mitzuwirken.*"

Der Vorsitzende des Auswärtigen Bundestagsausschusses, Werner Marx (CDU), nannte die Ablösung der Befugnisse des südafrikanischen Generaladministrators einen „Fortschritt an sich" und stellte fest: „Ich sehe keinen Grund, einer solchen Regierung die deutsche Unterstützung *zu versagen, sofern sie nicht die* einseitige Unabhängigkeit vorbereitet oder für sich selbst internationale Anerkennung will." Der Europa-Parlamentarier Luster nannte die Regierungsbildung einen „wichtigen Schritt zur Selbstbestimmung".

Craxi wertet Referendum als Sieg

Unternehmerverband kündigt Lohnabkommen / Neuer sozialer Konflikt?

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Als Stärkung des Regierungslagers und klare Niederlage der Opposition aus Kommunisten und Neofaschisten wertete der sozialitische italienische Ministerpräsident Bettino Craxi das Ergebnis der Volksabstimmung über die gleitende Lohnskala vom vergangenen Sonntag und Montag. 54,3 Prozent der Wähler hatten sich bei die*sem Referendum* gegen die *Reaktivierung* der im vergangenen Jahr durch Gesetzesdekret gestrichenen vier Inflationspunkte zur Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungskosten ausgesprochen. Nur 45,7 Prozent hatten die Forderung der Opposition unterstützt, deren Erfüllung die Lohn-Preis-Spirale aufs neue in Bewegung gesetzt hätte.

Bewährungsprobe

*Die Regierungskoalition, so erklär*te Craxi, habe eine „sehr schwere" Bewährungsprobe bestanden. In ähnlichem Sinne äußerten sich auch die Sekretäre der vier anderen Koalitionsparteien. Der Republikaner Spadolini, Ex-Ministerpräsident und amtierender Verteidigungsminister, warf Craxi allerdings vor, „übertrie*ben" zu haben, indem er sein Schick*sal als Regierungschef und das der Regierung mit dem Ausgang des Volksentscheids verbunden habe.

Die Kommunisten versuchten in ersten Kommentaren, ihre Niederlage als halben Sieg hinzustellen. Parteivorstandsmitglied Tortorella erklärte sich „maßvoll zufrieden" und fügte hinzu: „Wir haben demonstriert, daß fast die Hälfte des Landes mit der Wirtschaftspolitik der Regierung nicht einverstanden ist."

Besonders starke Unterstützung fand die Position der Regierungsparteien in den norditalienischen Industrieregionen. In Piemont stimmten 56,9 Prozent gegen die Wiederbeschleunigung der Lohnautomatik, in der Lombardei 61,3 Prozent und in Ligurien mit seinem starken Anteil an *linksradikaler Industriearbeiterschaft* immerhin noch 52,5 Prozent. Das „Ja-Lager" aus Kommunisten, Demoproletariern und Neofaschisten konnte sich nur in den traditionell „roten" Regionen Emilia/Romagna, Toskana und Umbrien sowie in vier Südregionen (Kampanien, Basilikata, Kalabrien und Sardinien) durchsetzen, wo allerdings *die* Wahlbeteiligung nur bei etwa 66 Prozent lag.

Die Befriedigung der Regierungsparteien über das positive Wahlergebnis wird getrübt durch die sich abzeichnende Gefahr einer neuen scharfen sozialen Auseinandersetzung. Sofort nach Schließung der Wahlurnen hat der Unternehmerverband das gesamte Abkommen über den Lohngleitmechanismus zum Februar nächsten Jahres gekündigt. Unternehmerpräsident Lucchini begründe*te diesen Schritt damit,* daß die gleitende Lohnskala in ihrer jetzigen Form „nicht mehr brauchbar" sei.

Obwohl sich die Unternehmer be*reit erklärten, sofort mit den* Gewerkschaften und der Regierung in Verhandlungen einzutreten, um bis zum Februar einen neuen *Modus* der *Inflationsausgleichszahlung* für die Arbeiter und Angestellten zu vereinbaren, schlägt die Kritik nicht nur in der Arbeitnehmerschaft hohe Wellen. Der christdemokratische Parteisekretär De Mita bezeichnete den Schritt der Unternehmer als einen „provokatorischen Irrtum". Die neofaschistische Gewerkschaft kündigte einen 48stündigen Proteststreik an, und die anderen Gewerkschaften riefen zu Protestkundgebungen auf.

„Globalvereinbarung"

Lucchini rechtfertigte sich mit der Behauptung, daß die Kündigung „nur mehr ein formeller Akt" gewesen sei. Alle politischen Kräfte und alle Gewerkschaften seien sich seit längerem darin einig, daß das gegenwärtige System der automatischen Lohnanpassung an *die Inflationsrate* „überholt und reformbedürftig" sei. *Die Unternehmer* wollten keineswegs weniger als bisher ausgeben, aber sie wollten es „besser ausgeben". Nach ihrer Ansicht sollte der Ausgleich nicht für alle in gleicher Höhe, sondern differenziert gezahlt werden, um einen Leistungsanreiz zu geben.

Die Gewerkschaften haben sich bereits grundsätzlich mit Änderungen in dieser Richtung einverstanden erklärt und vor dem Referendum auch schon darüber verhandelt. Sie streben aber eine Globalvereinbarung an, *in der auch andere Fragen – wie etwa* die der Arbeitszeitverkürzung – geregelt werden sollen. Sie werten die Kündigung des Abkommens über die „scala mobile" (Lohnrolltreppe) als einen Versuch der Unternehmer, die Arbeitnehmerschaft mit Blick auf die Wiederaufnahme der Verhandlungen unter Druck zu setzen.

„Das geteilte Deutschland ist das geteilte Europa"

In Straßburg beschwört Pertini die europäische Einheit

DW. Straßburg

Der italienische Staatspräsident Sandro Pertini hat in einem eindringlichen Appell vor dem Europaparlament in Straßburg den Willen der Europäer zur Einheit beschworen. Pertini erinnerte dabei an die Vergangenheit und bezeichnete die Vernichtung *des Nationalsozialismus und Faschis*mus und den Triumph der Freiheit und Demokratie auf dem Kontinent als Beginn der europäischen Einigung. Ausdrücklich ging er dabei auf die Teilung Deutschlands ein. „Das geteilte Deutschland ist das geteilte Europa. Sein Drama ist auch unseres."

Der 81jährige Staatspräsident setzte in seiner Rede andere Akzente als der italienische Außenminister Andreotti, der im September 1984 vor der Gefahr des „Pan-Germanismus" gewarnt und dabei erklärt hatte, die deutsche Frage stünde nicht mehr zur Debatte. Pertini betonte, daß das heutige Deutschland nicht mehr das von gestern sei. „*Es ist nicht von* Kriegsträumen begeistert." Es habe sein „treues Spiegelbild vielmehr im Niederknieen Brandts im Getto von Warschau" und in den „weisen, klugen und tiefen Worten" in der Rede von Bundespräsident Richard von Weiz*säcker zum 8. Mai gefunden.* „Jene Worte bringen das Drama einer geteilten Nation wieder in Erinnerung, aber sie verbannen aus ihren Herzen jeden Gedanken der Rache und des Revanchismus." In seinen Worten, so Pertini, „sehen wir nicht nur das *Deutschland, das wir geliebt haben* und lieben, sondern auch Europa."

Die Liebe zur verlorenen Heimat „trübt aber nicht den deutschen Traum von Frieden, wie auch der Schmerz über den von uns losgelösten Teil Europas uns nicht dazu veranlassen wird, Kriegsträumen nachzuhängen", sagte Pertini.

Er rief die EG-Partner auf, den Prozeß der *Entwicklung zu einer* Europäischen Union in Mailand zu beginnen. Wichtig dabei sei neben der Überwindung des lähmenden Entscheidungsprozesses im Ministerrat auch die Ausweitung der Befugnisse des EG-Parlaments. Europas Regierungen sollten ein „europäisches Modell" der Beschäftigungspolitik *schaffen.* Zugleich plädierte Pertini für eine europaeinheitliche Forschungs- und Technologiepolitik.

Europa könne auch eine wichtige Rolle in der internationalen Politik, besonders in Sicherheits- und Verteidigungsfragen, spielen und zur Sicherung des Friedens im Rahmen der Ost-West-Beziehungen beitragen. Pertini bezog sich dabei *auf* eine Äußerung Genschers, die Möglichkeit einer Zusammenarbeit zwischen den Ländern der EG und des Comecon zu prüfen, und fügte hinzu, „Europa endet nicht an der Spree, sondern reicht bis zum Ural". Der italienische *Staatspräsident zeigte sich* überzeugt, „daß das, was heute durch eine Mauer allein nicht geteilt werden kann, in einer neuen Ordnung, die mit friedlichen Mitteln erreicht und erhalten wird, letzten Endes wieder zusammenfindet. Dies ist unsere *‚Ostpolitik'. Dies ist* unsere Art, die Jaltas zu überwinden'."

„Richtungsbestimmung durch von Weizsäcker"

● Fortsetzung von Seite 1

nicht dieser Außenpolitik bei uns ein parteipolitisches Etikett umhängen und das auch nicht personalisieren wollen, denn ich gehe davon aus, daß der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU die Politik der Bundesregierung unterstützt. Aber was der Bundespräsident getan hat, ist, daß er in seiner Verantwortung als Staatsoberhaupt eine Standortbestimmung vorgenommen hat und daß er von dieser Standortbestimmung heraus die Politik, die zu führen ja Sache der Bundesregierung ist, begründet hat, wenn Sie so wollen, legitimiert hat aus geschichtlicher Verantwortung unseres Landes, auch aus der Wahrnehmung der nationalen Interessen unseres Landes, *in einem guten* Sinne. Und das ist sein Verdienst, und das breite positive Echo im eigenen Lande hat gezeigt, daß er hier nicht nur eine Verantwortung, sondern auch eine Außenpolitik artikuliert hat, für die die Zustimmung weit über das Regierungslager hinausgeht und deshalb parteipolitisch nicht gebunden *ist. So muß es sein. Wir können* uns in unserem Lande vielleicht weniger als irgendwo anders Unklarheiten in dieser Frage leisten, und je breiter die Unterstützung für die Außenpolitik ist, um so besser ist das auch für die Interessen unseres Landes."

Die heute anstehenden Fragen, bekräftigte Genscher, müßten in einem Klima der Öffentlichkeit diskutiert werden. „Und wenn Sie so wollen, ist damit auch unsere Demokratie in der Diskussion außenpolitischer Fragen reifer geworden, und dafür war das, was der Bundespräsident sagte, eine Art Krönung dieses Diskussionsprozesses."

Erleichtert zeigte sich Genscher über die Entscheidung Präsident Reagans, sich an das SALT-2-Abkommen zu halten, obwohl diese Abmachung nicht ratifiziert worden ist. *Die* amerikanische Regierung habe damit gezeigt, daß sie ihre europäischen Verbündeten bei wichtigen Entscheidungen konsultiert.

RMB, Moskau

Mit einer scharfen Stellungnahme hat die Sowjetunion auf die Erklärung Reagans reagiert, die USA würden vorläufig an dem Zweiten Vertrag über die Begrenzung der strategischen Rüstung (SALT 2) weiter fest*halten. Während der Sprecher des* UdSSR-Außenministeriums, Wladimir Lomeika, auf die Frage nach SALT 2 noch abwartend reagierte und erklärte, Moskau wolle die Vorschläge Washingtons erst prüfen und dann antworten, hieß es in einer von „Tass" veröffentlichten Stellungnahme: Die USA hätten die aggressive *Absicht, ihre auf Verletzung von* vertraglichen Verpflichtungen im Bereich der Rüstungskontrolle „ausgerichtete Linie" fortzusetzen.

Schwerpunktrolle für Berliner Börse

WELT-Gespräch *mit Finanzsenator Rexrodt:* Mehr Kapital an junge Firmen

F. DIEDERICHS, Berlin

Berlin strebt eine Vordenkerrolle gegenüber den anderen Bundesländern bei der Finanzierung junger und wachstumsorientierter Unternehmen an. In enger Zusammenarbeit mit den Banken und der Berliner Börse werden derzeit Schritte *diskutiert,* mit denen vor allem kleinen und mittle*ren Firmen ein besserer Zugang* zu den Kapitalmärkten ermöglicht werden könnte.

In einem Gespräch mit der WELT wies der Berliner Finanzsenator Günter Rexrodt (FDP) darauf hin, bei intensiven Gesprächen mit Berliner Banken sei „große Aufgeschlossenheit und Interesse" deutlich geworden, in Zukunft verstärkt auf ein Börsenengagement innovativer Firmen hinzuwirken.

Nach Auffassung von Rexrodt könnte so der Börsenplatz Berlin im Vergleich zu anderen Börsenstandor*ten eine „Schwerpunktfunktion" ein*nehmen. Es gelte jetzt, ein besonderes „Know-how" zu entwickeln, das unter Berücksichtigung aller Aspekte des Anlegerschutzes einen erleichterten Börsenzugang bewirke und so eine wesentliche Ergänzung der erfolgreichen Innovationspolitik von Berlins Wirtschaftssenator Elmar Pieroth *(CDU)* darstelle.

Rexrodt wies darauf hin, in Berlin gebe es derzeit ausgezeichnete Chancen für Firmengründer, jedoch müsse die Refinanzierungsmöglichkeit während der Wachstumsphase junger Unternehmen gestärkt werden. Der FDP-Politiker sprach sich in diesem Zusammenhang gegen zusätzliche Subventionen aus *und kündigte als* einen von mehreren Schwerpunkten *künftiger Senatsarbeit eine* kritischere Prüfung sogenannter „Routine-Subventionen" an.

Den immer häufiger geäußerten *Überlegungen, in Berlin einen* sogenannten „Finanz-Freihandelsplatz" wie beispielsweise in Luxemburg zu schaffen, steht Rexrodt „mit vorsichtigem Interesse" gegenüber. Berlin als Freihandelsplatz würde nach Ansicht des Finanzpolitikers „zweifellos an wirtschaftlicher Attraktivität gewinnen". Die Berliner Finanzverwal*tung erwägt deshalb noch vor* Beginn der parlamentarischen Sommerpause eine Expertise, welche die Chancen einer solchen Maßnahme ableuchten soll.

Priorität in der Senatsarbeit will Finanzsenator Rexrodt weiterhin der finanzpolitischen Unterstüzung der Beschäftigungspolitik einräumen. Rexrodt kündigte für beschäftigungswirksame Bereiche wie Dienstleistungen und den Umweltschutz verstärkte Investitionen an und sprach sich mit *Entschiedenheit* gegen „Beschäftigungsprogramme auf Pump" aus.

Bei den in Kürze stattfindenden routinemäßigen Gesprächen mit Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg über die Bundeshilfe für das Berliner Haushaltsjahr 1986 will Rexrodt die angestrebte Anhebung der Bundeshilfe um 3,3 Prozent auf rund 11,6 Milliarden Mark mit der besonde*ren Notwendigkeit* arbeitsmarktwirksamer Investitionen für Berlin be*gründen.* Bei einer Steigerung des Bundeshaushaltes um rund drei Prozent liegt die Berliner Wunschvorstellung zwar über der Wachstumsrate des Bundes, aufgrund ihrer Zielvorstellungen im Beschäftigungsbereich sind sich jedoch die Berliner Haus*haltsplaner sicher, „Bonn nicht zu* überfordern".

Im Bereich des öffentlichen Dienstes strebt Rexrodt als einen von mehreren Schritten unter der Devise „Sparen und Investieren", einen *„Nullstellenhaushalt"* an. Dieser Sparkurs soll mit einem der liberalen *Grundsätze des Finanzsenators* korrespondieren, den Rexrodt als „Belebung des unternehmerischen Handels" charakterisiert und der so durch freiwerdende Mittel forciert werden soll.

Bürokratische Hemmnisse in allen Bereichen der Berliner Verwaltung zu beseitigen, die oftmals durch lang andauernde Verwaltungsvorgänge den schnellen Abfluß von Investitionsmitteln verhindern und so erst mit Verzögerung dem Arbeitsmarkt zugute kommen, wird von Rexrodt als eine der essentiellen Aufgaben an*gesehen, auf die er im Berliner* CDU/FDP-Senat Einfluß nehmen will: „Hier muß einfach schneller gearbeitet werden".

SPD befördert Vertrauten Raus

p.p. Bonn

In der Bonner SPD-Zentrale verdichten sich die Anzeichen, daß nach dem Wahltag in Nordrhein-Westfalen die personellen Weichen für den nächsten Bundestagswahlkampf gestellt sind: Sieger Johannes Rau als Kanzlerkandidat und Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel in der auch von ihm selbst immer stärker *demonstrierten Nachfolge-Funktion* Herbert Wehners. Ein neuer Hinweis darauf war die am späten Montagabend im Präsidium einstimmig beschlossene – und vom Vorstand formell am 21. Juni noch abzusegnende – Beförderung von Parteisprecher Wolfgang Clement: Neben seiner bisherigen Funktion soll er künftig als *stellvertretender Bundesgeschäfts*führer arbeiten und, wie es offiziell heißt, Geschäftsführer Peter Glotz „in allen politischen Funktionen" entlasten. Vor dem überraschend deutlichen Wahlerfolg, an dem Clement organisatorisch entscheidenden Anteil hat, war der enge Vertraute Brandts und Raus noch als Staatsse*kretär in Düsseldorf im Gespräch* gewesen. Zwar geht man in der „Barakke" zur Zeit noch davon aus, daß Glotz von Brandt bei der im kommenden Jahr turnusmäßig anstehenden Wahl erneut zum Bundesgeschäftsführer vorgeschlagen wird. Doch soll die Wahlkampfplanung für einen Kandidaten Rau wohl vor allem von dessen *Landesgeschäftsführer* Bodo Hombach übernommen und Glotz nach 1987 voraussichtlich von Clement „beerbt" werden.

Albrecht legt Programm auf

dos, Hannover

Die niedersächsische Landesregierung wird zunächst 220 Millionen Mark bereitstellen, um vor allem jungen Menschen einen Arbeitsplatz zu geben. Ministerpräsident Ernst Albrecht rechnet damit, daß mit diesem bis 1987 angelegten Programm rund *14 000 Personen zusätzlich Beschäftigung* finden werden. Angesprochen würden gut 100 000 Menschen.

Albrecht zeigte sich zuversichtlich, daß die Beschäftigungsinitiative von der privaten Wirtschaft und von der Arbeitnehmerschaft unterstützt wird. Die bisherigen Gespräche mit Unternehmerorganisationen und Gewerk*schaften berechtigten zu dieser Hoffnung.*

Das vom 1. Juli dieses Jahres an geltende Programm sieht unter anderem vor, Berufsanfängern nach der Ausbildung Teilzeitarbeitsplätze zu bieten. Die beim Arbeitgeber zusätzlich entstehenden Kosten werden mit monatlich 350 Mark an die Arbeitgeber abgefedert.

Auch im öffentlichen Dienst soll *die Teilzeitarbeit gefördert werden.* So werde das Land in den nächsten Jahren Beamte aller Laufbahnen und andere Arbeitnehmer auf Dreiviertel-Stellen einstellen. Auf den Abbau der Dauerarbeitslosigkeit sind die für 1985 auf 550 Millionen Mark aufgestockten Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gerichtet. Weitere *Initiativen* gelten der *Jugendsozialarbeit,* der Beschäftigung von Sozialhilfeempfängern und berufs*vorbereitenden* Maßnahmen.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Glaubwürdigkeit

„FDP-Mitglieder werden zur Kasse gebeten"; WELT vom 1. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

haben nicht noch vor wenigen Wochen der Generalsekretär der FDP, Herr Haussmann, und seine Parteifreunde vorgeschlagen resp. gefordert, daß Arbeitslose von Betrieben und Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland bei Bezahlung unter dem Tariflohn beschäftigt werden sollen, um *damit* den Arbeitsmarkt zu entlasten?

Herr Haussmann und seine Freunde sollten bei der jetzigen finanziellen Misere der FDP mit gutem Beispiel vorangehen und ihre – sicherlich nicht bescheidenen – Gehälter per se reduzieren. Denn Politik hat auch viel mit Glaubwürdigkeit und Vorbild zu tun.

Mit freundlichen Grüßen
F. Nerge,
Schongau

Lippenbekenntnis

„Keine Hindernisse aus Moskau für die deutsch-deutschen Beziehungen": WELT vom 31. Mai

Die Weigerung Reagans und die Klarstellungen Geißlers haben Willy Brandt um seine Fassung gebracht. Obwohl der zweimal als Bundeskanzler gescheiterte Brandt in Moskau nichts zu verhandeln hatte, genoß er die Ehrungen Gorbatschows als Aufwertung.

Es ist keine „Verirrung extrem konservativen Denkens", sondern eine offenkundige Tatsache, daß nach Helmut Schmidts Ende die SPD zu einem erheblichen Teil in einen Anti-Amerikanismus abgedriftet ist, der dem ganzen deutschen Volk schadet. Daran ändert auch Brandts Lippenbekenntnis nichts, in der Sicherheitspolitik keine pro-sowjetische Kursänderung anzustreben. Über die Militarisierung des Weltraums kann er nur orakeln, weil er zu wenig weiß, zur Weiterentwicklung im Verhältnis der beiden deutschen Staaten ist er inkompetent: unser Recht auf Selbstbestimmung, die einwandfreieste Anspruchsgrundlage zur Wiedervereinigung ist für ihn kein Beweggrund der Deutschlandpolitik, von dem einmal virulent werdenden, von Honecker so gefürchteten Potential des Völkerrechts hat er keine Vorstellung.

Dr. H. Kutschera,
Hürth-Mitte

Umfrage und Stil

„Kohls Kurswert an der Umfrage-Börse": WELT vom 5. Juni

Sehr geehrte Herren,

„Umfragen dieser Art sind mit Vorsicht zu bewerten" – sehr richtig; dennoch, ohne Ausnahme schlachten alle Medien sie aus.

Sehr viele haben die Wende herbeigesehnt, das Wahlergebnis hat es anschließend bestätigt; dennoch:

● Die Arbeitslosenquote war bei der Wende schon hoch, was heute oft vergessen wird. Leider ist *sie* teilweise noch gestiegen, vor allem aber, sie ist *für jeden sichtbar, das Umfeld* wird zu wenig beachtet. Zwangsläufig gibt es eine negative Bewertung, also Minuspunkte.

● Obwohl eigentlich auch für jeden greifbar, etwa beim Einkauf, jedoch in der Öffentlichkeit unterbewertet, die Senkung der Inflationsrate und andere Leistungen in der Finanzpolitik. Mit Schlagworten, wie z. B. „Neue Armut" u. a., haben hier bestimmte Gruppen sogar die Wort-Führerschaft übernommen. Ergeb*nis: ebenfalls Minuspunkte.*

● Nicht anders in der Umweltpolitik. *Ich kann mich kaum erinnern, von* den Sozialliberalen etwas über große Aktionen vernommen zu haben. Diese Regierung haut auf den Putz, stellt Forderungen auf, die dann zum Teil blockiert werden (siehe Europa), und schon sind aus den im Grunde ge*nommenen positiven Ansätzen* Minuspunkte geworden.

Es gäbe weitere Beispiele dafür, wie hier Erfolge verspielt werden.

Persönlich habe aber auch ich einen Negativpunkt und weiß mich hier durchaus nicht allein. Nicht in Sachen „Renten", wohl aber in Sachen „Altersversorgungssysteme" hat mich die CDU als „Volkspartei" bisher enttäuscht. Ich will es begrün*den: Innerhalb der Gesamtbevölke*rung bilden die unselbständig Tätigen mit ihren Familien wohl die größte Gruppe. Hiervon sind jedoch nur 20 Prozent öffentlich Bedienstete, also 80 Prozent sind Arbeiter und Angestellte in der sogenannten privaten Wirtschaft. Von der FDP, die sich *wohl den Beamten verpflichtet fühlt,* erwarte ich nichts. Die SPD ist ohnehin in vielen Teilen gleich öffentlicher Dienst – siehe GEW, ÖTV u. a. Gruppen. Aber die Volkspartei CDU? Auch sie hat offenbar nicht den Mut, das heiße Thema „Altersversorgungs*systeme" anzupacken, ja nicht einmal* zu diskutieren. Wo sonst, frage ich, bleibt der Bericht der Harmonisierungskommission?

Die Staatspensionen sind auch bei der „Volkspartei" ein Tabu. Hier liegt meine Enttäuschung, ich gehöre zu den 80 Prozent und war bisher CDU-Wähler.

Die Rentner merken es langsam und werden verstimmt. Innenpolitik, dazu gehört doch wohl auch dieses Gebiet, ist eben kein Provinztheater.

S. Bosse,
Hamburg 90

Wort des Tages

» Wenn auch die Freude *eilig ist, so geht doch* vor ihr eine lange Hoff*nung her, und ihr folgt* eine längere Erinnerung. «

Jean Paul; dt. Autor (1763–1825)

Fundamente

„Auch ‚Freunde' geben dem Mißerfolg den Namen Kohl"; WELT vom 6. Juni

Franz Josef Strauß spricht, wenn er auf die Äußerung Volker Rühes, wonach der Warschauer Vertrag „Bindewirkung" für einen zukünftigen deutschen Souverän habe, klarstellt, eine solche Darstellung sei „weder rechtlich noch politisch vertretbar", nicht nur für einen großen Teil der Union.

Franz Josef Strauß spricht in diesem Punkt auch für einen Teil der Jungen Union. Wenigstens behält er *bei allem tagespolitischen Auf* und Ab und Hin und Her die Fundamente und Grundsätze einer Politik für Deutschland stets im Auge.

Mit freundlichem Gruß
Th. Röhl,
Bezirksvorsitzender JU, Hamburg 63

Personalien

WAHL

Der Professor für Physiologische Chemie von der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Dr. **Friedrich Zilliken**, ist zum Vorsitzenden des Vorstandes und Mitglied des Präsidiums der Franziskus Stiftung der Kölnischen Franziskaner Provinz mit Sitz in Düsseldorf gewählt worden.

GEBURTSTAGE

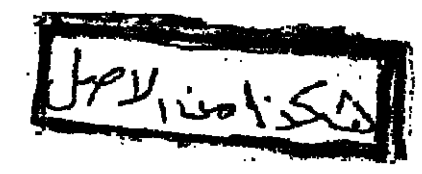
Der Oldenburger Sozialwissenschaftler Professor **Wolfgang Schulenberg** hat gestern seinen 65. Geburtstag gefeiert. Er gilt als einer der bedeutendsten Bildungssoziologen in der Bundesrepublik Deutschland und als Experte auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung. Neben zahlreichen Aktivitäten in der Reform der Lehrerausbildung engagierte er sich für die Gründung der Universität Oldenburg *sowie für die Bildung* der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen, deren erster Rektor er von 1969 bis 1971 war.

*

Der Funkpionier Professor **Wilhelm T. Runge** feierte in Ulm seinen 90. Geburtstag. Professor Runge wurde besonders durch seine Erfolge *auf dem Gebiet der Radartechnik* und der Hochfrequenztechnik über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt. Richtungsweisender Fortschritt, dokumentiert in über 100 Patenten und hohen Auszeichnungen, ist mit seinem Namen verbunden. Professor Runge war über 40 Jahre bei AEG Telefunken beschäftigt, wo er von 1955 bis zu seiner Pensionierung 1963 das von ihm gegründete *Forschungsinstitut in Ulm* leitete. Runge ist in Hannover als Sohn des Mathematikprofessors **Karl Runge** geboren. Zu jener Zeit hatte Heinrich Hertz gerade erst die elektromagnetischen Schwingungen nachgewiesen und damit wesentliche Grundlagen für die Funktechnik geschaffen, die den späteren Lebensweg des jungen Runge entscheidend bestimmen sollten. Er studierte in Göttingen und an der Technischen Hochschule Darmstadt, wo er 1923 mit einer Dissertation über Zieherscheinungen beim Zwischenkreis-Röhrensender promovierte. Schon diese Arbeit ließ die Fachwelt aufhorchen. 1923 trat er in das Empfängerlaboratorium von Telefunken in Berlin ein und übernahm bereits ein Jahr später dessen Leitung. Anfang der 30er Jahre begann er mit der Erschließung der Dezimeterwellen, deren Bedeutung für die Zukunft er frühzeitig erkannt hatte. Seine Forschungsergebnisse wurden zur Basis des modernen Richtfunks und für die Rückstrahltechnik, die als „Radar" zu einem Begriff geworden ist. Nach dem Zweiten Weltkrieg, dessen Ende Professor Runge als Leiter eines Instituts der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt erlebte, kehrte er zu Telefunken zurück.

AUSZEICHNUNGEN

Der Orden Pour le mérite für Wissenschaft und Künste hat sechs neue Mitglieder aufgenommen. Während einer öffentlichen Sitzung überreichte Ordenskanzler **Helmut Coing** *in Bonn in Anwesenheit von* Bundespräsident **Richard von Weizsäcker**, dem derzeitigen Protektor, dem Berliner Kammersänger **Dietrich Fischer-Dieskau**, dem Stuttgarter Physiker Professor **Hermann Haken**, dem japanischen Maler **Kaii Higashiyama** und dem Wiener Chemiker Professor **Otto Kratky** die *Ordensinsignien.* Die ebenfalls 1984 neugewählten Mitglieder Professor **Hans Bethe**, ein Physiker aus Itahaca (USA), und der Direktor der Leningrader Eremitage, **Boris Piotrowskij**, können zur Verleihung des Ordens nicht persönlich erscheinen. Der Orden Pour le mérite wurde 1842 von dem preußischen König Wilhelm IV. als Friedensklasse für Verdienste um die Wissenschaft und Kunst gestiftet. 1952 wurde der Orden auf Anregung des früheren Bundespräsidenten **Theodor Heuss** als eine freie, sich selbst ergänzende Gemeinschaft unter dem Protektorat des jeweils amtierenden Staatsoberhauptes wiederbelebt. Stimmrecht bei der Wahl der neuen Mitglieder haben nur die deutschen Ordensträger, deren Zahl auf 30 festgelegt ist.



Absurde Behauptung

fu (London) – Den Bemühungen von British Airways, den leidigen Laker-Fall endlich ad acta zu legen und damit den Weg für die dadurch verzögerte Privatisierung freizumachen, werden immer neue Knüppel in den Weg geworfen. Nachdem sich die staatliche Fluggesellschaft bereit erklärt hat, *zusammen mit* neun anderen Airlines die Schadensersatzklage des Konkursverwalters von Laker Airways über gut eine Milliarde Dollar durch eine außergerichtliche Konkurszahlung in Höhe von 65 Millionen Dollar abzuwenden und dabei den Löwenanteil selbst zu tragen, taucht plötzlich auch der Lonrho-Konzern auf der Bildfläche auf.

Der bedeutende Mischkonzern des schillernden Geschäftsmannes Roland „Tiny" Rowland will im Zusammenhang mit dem Laker-Zusammenbruch eine Schadensersatzklage in Höhe von 327 Millionen Dollar gegen British Airways anstrengen. Lonroh und „Tiny" Rowland, die sich jahrelang vergeblich bemühten, das Nobelkaufhaus Harrods unter Kontrolle zu bringen, hatten sich nach dem Zusammenbruch von Laker Airways mit 50 Prozent an zwei Folgeprojekten von Sir Freddie Laker beteiligt: Skytrain Holidays und People's Airline.

Jetzt zu behaupten, der Mißerfolg beider Gesellschaften gehe ebenfalls auf verschwörerische Machenschaften von British Airways zurück, ist absurd; dennoch besteht die Möglichkeit, daß ein US-Gericht einer solchen Schadensersatzklage nachgeben würde. British Airways dürfte folglich erneut nichts anderes übrig bleiben, als sich vorab „freizukaufen". Denn die längst überfällige Privatisierung hat nun einmal Vorrang.

Bezugsrahmen

Ha (Brüssel) – Viel Staub aufgewirbelt hatten im vergangenen Jahr die Bemühungen der Briten und Deutschen, der Europäischen Gemeinschaft eine striktere „Haushaltsdisziplin" zu verordnen. Gestern standen die Finanzminister erstmals vor der Aufgabe, sich über den Bezugsrahmen für die EG-Ausgaben im Jahre 1986 klarzuwerden. Beschlossen worden war der Grundsatz, daß die Agrarausgaben für künftig weniger schnell ansteigen sollen als die Eigeneinnahmen der Gemeinschaft. Dieser Beschluß konnte freilich nur als eine Art Selbstverpflichtung des Rates durchgesetzt werden. Inzwischen kann der Bundesfinanzminister froh sein, wenn er nicht beim Wort genommen wird. Die Weigerung Bonns, die Agrarpreise zu senken, dürfte sich zumindest indirekt stark auf das Agrarbudget auswirken. Bonn argumentiert, daß die Mehrausgaben verschwindend gering seien. Es übersieht dabei, daß die starre deutsche Haltung auch die „Begehrlichkeit" der Agrarlobbys in anderen Ländern fördert.

MARKENVERBAND / Bundesregierung will an der Stabilitätspolitik festhalten

Kohl bezweifelt die Gültigkeit der offiziellen Arbeitsmarktzahlen

HANNA GIESKES, Bonn

„Nur eine Erhöhung der Investitionen kann mehr Beschäftigung bringen." Bundeskanzler Helmut Kohl betonte gestern vor der Jahresversammlung des Markenverbandes in Bonn, daß die Bundesregierung jedoch nach wie vor Programme zur Arbeitsbeschaffung ablehne, „denn eine Abkehr von der Stabilitätspolitik könnte lediglich Strohfeuer entfachen und wäre überdies unsozial".

Kohl zweifelte jedoch an der Gültigkeit der Arbeitsmarktzahlen, nachdem ein „sehr renommiertes Unternehmen an der Ruhr vergebens 50 Handwerker gesucht hatte und daraufhin Polen einstellen mußte". Es sei an der Zeit, die offiziellen Zahlen einmal zu diskutieren. Er forderte die Unternehmen auf, die Notwendigkeit von Überstunden genauer zu prüfen und außerdem die Möglichkeiten des Beschäftigungsförderungsgesetzes besser zu nutzen. Die Markenartikler sollten darüber hinaus auch in diesem Jahr wieder genügend Lehrstellen bereit halten.

Am kommenden Freitag werde das Bundeskabinett die Steuerreform, wie geplant, in zwei Stufen verabschieden, sagte Kohl weiter. „Trotz einiger Blessuren bei kürzlichen Wahlen" werde er an der Stabilitätspolitik festhalten, und dabei lasse er sich auch durch Kritiker nicht beirren: „In einem Schritt wäre die Reform nicht solide zu finanzieren gewesen."

Stabilität habe auch Vorrang bei allen Hilfestellungen für die Bauwirtschaft, „der wir den nötigen Kapazitätsabbau erleichtern wollen." Kohl verwies auf die vorgesehenen Verbesserungen der Abschreibungsmöglichkeiten für Wirtschaftsbauten und auf „wesentliche Verbesserungen" in den vorhandenen Programmen zur Stadt- und Dorfsanierung.

In der Wettbewerbspolitik sieht der Kanzler zur Zeit noch keinen Handlungsbedarf: Es sei zu früh, meinte er, ein Urteil über die Selbsthilfebemühungen der Wirtschaft zur Bekämpfung von Auswüchsen zu fällen. Kohl warnte vor dem Ruf nach dem Gesetzgeber, „denn die ständige Verfeinerung der Gesetze birgt das Risiko, den Handlungsbedarfg der Unternehmen immer weiter zu beschränken.

Guido Sandler, Präsident des Markenverbandes, beurteilt dies freilich anders. Es bleibe „leider" nur noch der Weg zu gesetzlichen Regelungen, betonte der Präsident. Die wachsende Konzentration im Handel werde eine Welle von Zusammenschlüssen auf der Herstellerseite in Gang setzen, befürchtet Sandler, der allerdings davor warnte, alles Heil in einem Verbot des Verkaufs unter dem Einstandspreis zu suchen; „eine harsche Enttäuschung wäre die sichere Folge".

Sinnvolle Branchenstrukturen setzten jedoch einen Wettbewerb voraus, „der sich an der Leistung orientiert". Alle freiwilligen Übereinkommen in der Wirtschaft hätten dies nicht gewährleisten können: Die Stagnation im Konsumgüterbereich habe zu einer Verschärfung der Situation geführt, „die Freiwilligkeit hat firmenspezifischen Absichten nicht standgehalten".

Im Markenverband stellt man sich eine andere Regelung vor: Verstöße gegen die von Handel, Handwerk und Industrie gemeinsam verabschiedeten und beim Bundeskartellamt eingetragenen Wettbewerbsregeln sollten als Verstöße gegen die guten Sitten im Sinne des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb geahndet werden. Ob dem Kartellamt dies gefallen wird, ist indes fraglich, denn das wäre die Einschleusung der von der Behörde bisher stets abgelehnten Allgemeinverbindlichkeit von Wettbewerbsregeln durch die Hintertür.

Sandler hofft, daß auch die „bisher abwartende" FDP sich für ein solches Vorhaben gewinnen läßt, damit eine Verabschiedung noch in dieser Legislaturperiode ohne Zeitdruck erfolgen könne. Das Sondergutachten der Monopolkommission zur Konzentration im Lebensmitteleinzelhandel kritisierte er als *„fragwürdig", weil die* Kommission weder Ausuferungen des Wettbewerbs erkannt noch politischen Handlungsbedarf gesehen habe.

Die Produktion von Markenwaren erreichte im vergangenen Jahr rund 260 Mrd. DM. Der nominale Zuwachs erreichte rund acht Prozent.

EG-FINANZMINISTER-TAGUNG

Keine neuen Impulse für schnelle Stärkung des EWS

WILHELM HADLER, Luxemburg

Der bevorstehende EG-Gipfel in Mailand wird kaum neue Impulse für die Stärkung des Europäischen Währungssystems (EWS) geben können. Wie gestern ein Meinungsaustausch der Finanzminister deutlich machte, gehen die Ansichten über die Rolle der europäischen Währungseinheit Ecu nämlich nach wie vor weit auseinander.

Während Frankreich und einige andere EG-Staaten noch erheblichen Spielraum für pragmatische Maßnahmen zur Förderung der privaten und öffentlichen Ecu-Verwendung sehen, ohne über den Eintritt in eine neue institutionelle Phase des EWS entscheiden zu müssen, betrachten andere Länder – darunter die Bundesrepublik – die Fortentwicklung der Ecu in der gegenwärtigen Phase des EWS als eine zweitrangige Aufgabe.

Dabei steht die Befürchtung im Vordergrund, daß das Hineinwachsen der Ecu in die Rolle einer Reservewährung zunehmend den Handelsspielraum der nationalen Währungspolitik (und damit die Sicherung der Stabilitätspolitik) gefährden könnte. Für einen echten währungspolitischen Sprung bestehen nach ihrer Meinung auf absehbare Zeit noch nicht die allgemeinen integrationspolitischen Voraussetzungen.

Sowohl im Währungsausschuß der EG, der sich aus Beamten der zuständigen Fachministerien und der Kommission zusammensetzt, wie im Ausschuß der Zentralbankgouverneure wurde angesichts dieser Meinungsunterschiede angeregt, zunächst einmal die technischen Studien über die Rolle der Ecu fortzusetzen.

Der deutsche EG-Kommissar Alois Pfeiffer trat (in Vertretung des Kommissionspräsidenten Jacques Delors) dafür ein, es nicht bei der Bekräftigung des Endziels der Wirtschafts- und Währungsunion zu belassen, sondern das EWS durch konkrete Zwischenziele zu festigen.

In dem Bericht des Währungsausschusses, der von seinem deutschen Vorsitzenden Hans Tietmeyer (Bundesfinanzministerium) erstattet wurde, heißt es: Fortschritte im Bereich der wirtschaftlichen Konvergenz und der Sicherung des im EWS Erreichten hängen weniger von Prozeduren als von praktischen Entscheidungen der Wirtschaftspolitik ab. Der Ausschuß will sich daher auch darum bemühen, die bestehenden Kapitalverkehrsbeschränkungen künftig genau zu überprüfen. Die Entwicklung des EWS dürfte möglichst nicht durch exzessive äußere Handlungszwänge erschwert werden, meinte Tietmeyer.

Die Finanzminister hatten zuvor (als Gouverneure der Europäischen Investitionsbank) einer Verdoppelung des Kapitals der EG-Bank auf 28,8 Mrd. Ecu (64,5 Mrd. DM) zugestimmt. In diesem Betrag ist auch der Kapitalbeitrag Spaniens und Portugals enthalten, die der Gemeinschaft am 1. Januar 1986 beitreten.

Unübersehbare Fortschritte

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik bleibt aufwärts gerichtet. Auch wenn die Arbeitslosenzahlen höher als projeziert sind, so dürfen Fortschritte – beispielsweise bei den Zinsen und Preisen – nicht aus den Augen verloren werden. Damit haben sich die Voraussetzungen für einen weiteren Aufschwung über das nächste Jahr hinaus verbessert. Damit rechnen auch Experten der OECD in Paris.

Im Blickpunkt steht gegenwärtig die Bauwirtschaft. Wie man auch rechnet – der Einbruch ist hier gewaltig. Im März und April lag die Produktion um 9,5 Prozent niedriger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Unerwartet ist dieses allerdings nicht gekommen. Im Wohnungsbau zeichnete sich seit langem ab, daß der Umfang selbst der siebziger Jahre nicht gehalten werden könnte. Die Bundesregierung hat durch ihre Ende 1982 ergriffenen Maßnahmen die Anpassung so hinausgezögert, daß sie erst in den letzten Monaten durchgeschlagen ist.

Dieses soll jetzt durch verschiedene Maßnahmen aufgefangen werden. Abfedern des Strukturwandels, nicht Verhindern heißt das Motto. Ohne die Talfahrt der Bauwirtschaft hätte die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate nach *Meinung* des Wirtschaftsministeriums um 0,5 Prozent höher und die Zahl der Arbeitslosen um 100 000 bis 150 000 niedriger gelegen.

Wenn sich hier die Entwicklung verstetigt, immerhin werden die öffentlichen Hände ohnehin in diesem Jahr mehr investieren, so wird dieses auch dem privaten Konsum zugute kommen. Nachdem er im vergangenen Jahr real nur um 0,6 Prozent gestiegen war, sank er im ersten Quartal 1985 sogar um 0,5 Prozent unter das Vorjahresniveau. Hier spiegelt sich der Nachfragestau nach Autos aufgrund der Unsicherheit wegen der Diskussion um das schadstoffarme Auto wider.

Allerdings ist das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin beim Konsum bereits für das zweite Quartal optimistischer. Die Einkommen werden deutlich, die Preise nur wenig höher sein als im Vorjahr. Die allgemeine Kaufbereitschaft wächst wieder. Mit dem Abflauen der Katalysatordiskussion ist auch wieder Schwung in die Auto-Nachfrage gekommen. Auch dieses wirkt stabilisierend.

Der Umstand sollte nicht überbewertet werden, daß im ersten Quartal das Bruttosozialprodukt nur um 0,4 Prozent real über dem Vorjahresniveau und sogar um ein Prozent unter dem der letzten drei Monate 1985 gelegen hatte. Die Entwicklung verlief in der zweiten Hälfte 1984 besonders rasant, da die Folgen der Streiks ausgeglichen werden mußten. Nach dem Rückschlag wegen des strengen Winters, der manche Prognosen durcheinander gebracht hat, dürfte der Anschluß an den Aufwärtstrend rasch gefunden werden.

Ungebrochen ist die Dynamik bei den Ausrüstungsinvestitionen. Sie lagen bereits im ersten Quartal um 2,5 Prozent höher als in den vorangegangenen drei Monaten. Die Hersteller von Maschinen und Anlagen konnten im März/April zwölf Prozent mehr Aufträge hereinholen als ein Jahr zuvor. Auch der Außenhandel floriert nach wie vor. Zwar blieben die Auftragseingänge aus dem Ausland im März/April hinter dem Stand der beiden Vormonate zurück. Dieser war aber real noch 13 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Die Erwartung, daß in diesem Jahr ein Rekordüberschuß im Export zwischen 60 und 70 Milliarden Mark ins Haus steht, wurde bisher nicht getrübt.

Allerdings herrrscht bei manchen Unternehmen Unsicherheit, ob die Export-Dynamik anhält, ob sie nicht wegen der Wechselkursentwicklung überzeichnet ist. Dieses erklärt trotz verbesserter Kapazitätsauslastung zum Teil die Zurückhaltung bei Neueinstellungen. Zwar lag die Zahl der Beschäftigten im Durchschnitt des ersten Quartals um 14 000 höher als vor einem Jahr. Aber der demographische Effekt war noch stärker, so daß die Arbeitslosigkeit zugenommen hat.

Die wirtschaftliche Erholung hält jetzt bereits gut zwei Jahre an. Im Konjunkturzyklus Mitte der siebziger Jahre hat es noch länger gedauert, bis die Arbeitslosigkeit wieder unter die Marke gesunken ist, die vor Beginn des Aufschwungs registriert wurde. Diese Verzögerung muß mit ins Kalkül einbezogen werden. Alles in allem besteht zu Pessimismus kein Anlaß. Die konjunkturelle Lage ist besser als ihr Ruf.

AUF EIN WORT

„Wir sehen die Lösung der Ölprobleme nicht in ‚mehr Staat' bei uns, sondern in der Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen bei ‚so wenig Staat wie möglich' in der EG."

Dr. Hellmuth Buddenberg, Vorstandsvorsitzender der Deutschen BP AG, Hamburg. FOTO: POLY-PRESS

Handel mit „DDR" ausgeglichen

Wz. Berlin

Der innerdeutsche Warenverkehr, der 1984 noch mit einem hohen Überschuß Ost-Berlins abschloß, war nach Angaben der „Arbeitsgemeinschaft Handel mit der DDR" in den ersten vier Monaten dieses Jahres ausgeglichen. In diesem Zeitraum betrugen die westdeutschen Lieferungen 2,5 Mrd. DM (plus 12 Prozent) und die ostdeutschen Lieferungen ebenfalls 2,5 Mrd. DM (plus ein Prozent). Auf der Lieferseite wuchsen die Aufträge aus der "DDR" besonders im Maschinen- und Fahrzeugbau um 227 Prozent und bei NE-Metallen um 153 Prozent. Witterungsbedingt stiegen die Ostberliner Bestellungen für den Steinkohlebergbau sogar um 1073 Prozent.

METALLINDUSTRIE

Arbeitgeber beklagen zu dünne Eigenkapitaldecke

dpa/VWD, Hamburg

Die dünne Eigenkapitaldecke stellt eine ernsthafte Bedrohung für die Existenz der Metallunternehmen in der Bundesrepublik dar. Wie aus dem Geschäftsbericht des Gesamtverbandes der metallindustriellen Arbeitgeberverbände, Köln, hervorgeht, waren im vergangenen Jahr „kaum mehr als 20 Prozent des Anlage- und Umlaufvermögens" der 18 900 Betriebe dieses größten deutschen Industriezweiges durch Eigenkapital gedeckt. Im Vergleich dazu verfügten die Unternehmen in den Konkurrenzländern Japan, Großbritannien und den USA über eine Eigenkapitalausstattung zwischen 40 und 50 Prozent der Bilanzsumme.

Die geringe Eigenkapitalquote hat vor allem die kleineren und mittleren Betriebe der Branche mit weniger als 500 Beschäftigten in den vergangenen Jahren äußerst anfällig für Konjunkturrückschläge und hohe Zinsen gemacht. Damit läßt sich teilweise auch erklären, warum 1984 trotz einer spürbaren konjunkturellen Belebung – der Auftragseingang in diesem Bereich erhöhte sich um zehn Prozent – immer noch 850 Metallunternehmen (1983: 999) Konkurs anmeldeten.

Die Probleme dieses größten Industriezweiges, in dem 54 Prozent aller Beschäftigen der deutschen Wirtschaft arbeiten, sind vor allem in seiner Struktur begründet. Rund 66,8 Prozent der Betriebe beschäftigen weniger als 100 und 25,9 Prozent weniger als 500 Mitarbeiter. Das sind lediglich 41,2 Prozent der insgesamt 3,7 Millionen Beschäftigten dieser Branche. Vor diesem Hintergrund ist auch die Ertragslage des vergangenen Jahres zu sehen: Die Nettoumsatzrendite der Metallindustrie stieg im Durchschnitt nur leicht auf etwas mehr als 2,5 (1983: 2,2) Prozent.

VERKEHRSPOLITIK

Bangemann für mehr Markt und Mut zur Flexibilität

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Einen rascheren Abbau der Regulierungen im Verkehrssektor und mehr Mut zu mehr Flexibilität, zu mehr Markt und zu weniger Bürokratie und Bevormundung auch in diesem Bereich hat Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann vor der Jahresversammlung des Verbandes Deutscher Kraftwagenspediteure in Düsseldorf gefordert.

Der Verkehrsbericht der Bundesregierung vom Dezember zähle zwar ein Dutzend Maßnahmen auf, in denen eine Öffnung oder Lockerung des engen Rahmens für den Straßengüterverkehr angestrebt wird. Aber: „Für einen Marktwirtschaftler klingt das ganze immer noch eher zögerlich", sagte *Bangemann*. „*Wenn Ludwig* Erhard 1948 mit solchen Klein-Klein-Aktionen angefangen hätte, wären wir wahrscheinlich noch dabei, die Wirtschaftsregulierungen der Jahre 1933 bis 1945 abzuschaffen."

Das Verkehrsgewerbe sollte nicht zu viel Angst vor der internationalen Konkurrenz haben. Auch im Außenhandel gebe es unterschiedliche Steuerbestimmungen und Lohnkostenniveaus, dennoch gehöre die Bundesrepublik zu den größten Exporteuren der Welt. Bangemann wies die Ansicht zurück, nur die jetzige Ordnung garantiere die mittelständische Struktur, verhindere die Konzentration. „Im Gegenteil: Je mehr Offenheit, je mehr Freiheit, desto eher hat auch der Kleine die Chance, ihm gemäße Angebote auf den Markt zu bringen, desto eher hat auch der Newcomer eine Chance." Es müßten *die Voraussetzungen geschaffen* werden, daß die Wirtschaft so nachfragegerecht und billig wie möglich mit Transportleistungen versorgt wird.

US-BANKENSYSTEM

Weg für eine weitreichende Restrukturierung ist geebnet

AFP, Washington

Der oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat mit der den Bundesstaaten erteilten Genehmigung, gemeinsam regionale Bankensysteme zu schaffen, den Weg für eine weitreichende Restrukturierung des amerikanischen Bankensystems freigemacht. Er erklärte die von Connecticut und Massachusetts erlassenen Gesetze, die den Banken beider Bundesstaaten Annäherung und Fusion genehmigen, als mit den Bundesgesetzen und der Verfassung der Vereinigten Staaten vereinbar. Bislang hatten die Bundesgesetze im Prinzip jeder Bank in einem Bundesstaat verboten, ein Kreditinstitut in einem anderen Bundesstaat ohne Sondergenehmigung zu übernehmen.

Die von Connecticut und Massachusetts verabschiedeten Gesetze sehen eine Annäherung der in beiden Bundesstaaten operierenden Banken vor. Jede Fusion mit Banken in andere Bundesstaaten oder der Kauf von Banken in diesen beiden Bundesstaaten durch Finanzinstitute, die ihren Sitz in einem dritten Bundesstaat haben, wurden jedoch ausgeschlossen.

Dieser Beschluß traf insbesondere die Großbanken in New York, Houston, San Francisco und Los Angeles, die ihre Aktivitäten auf nationale Ebene ausweiten wollten. Mehrere andere US-Bundesstaaten, insbesondere im Süd-Osten der Vereinigten Staaten, folgten inzwischen dem Beispiel von Connecticut und Massachusetts oder planen es zumindest.

Das Urteil des obersten Gerichtshofes beruht auf einem Einspruch der Citibank, der größten US-Bank. Die Federal Reserve Bank hatte einer regionalen Restrukturierung des Bankensystems schon zugestimmt.

HANDEL / Spitzenverband klagt gegen die Metro – Bürowirtschaft „bestürzt"

Kritik sogar aus den eigenen Reihen

HANNA GIESKES, Köln

Im deutschen Handel herrscht Verwirrung: Erstmals will ein Spitzenverband, die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) in Köln, sozusagen persönlich gegen den ungeliebten Cash-und-Carry-Händler Metro klagen. Der Bundesverband Bürowirtschaft, Mitglied bei der HDE, zeigt sich über diese Absicht „bestürzt", und Metro-Chef Erwin Conradi warf der HDE öffentlich „*Mangel an Weitblick*" vor, noch ehe sie selbst ihr Vorhaben publik gemacht hatte.

Die Hauptgemeinschaft wird vor den Landgerichten in Düsseldorf, Köln, Hamburg, München und Bochum gegen die dort ansässigen Metor-Häuser Klage erheben, damit, wie HDE-Hauptgeschäftsführer Günther Wassmann sagte, „gerichtlich bestätigt wird, daß einzelne Unternehmen des C+C-Großhandels in beträchtlichem Umfang Einzelhandel betreiben, ohne die für den Einzelhandel geltenden Vorschriften zu beachten".

Dabei geht es vor allem um die Preisauszeichnung – der Einzelhandel muß einschließlich Mehrwertsteuer ausweisen, der Großhandel nicht –, um das Ladenschlußgesetz und um das Problem „Kaufscheinhandel", den das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb verbietet: Die Juristen der Hauptgemeinschaft wollen herausgefunden haben, daß prak*tisch jedermann und nicht nur* Wiederverkäufer an einen Metro-Einkaufs-Ausweis kommen kann, daß diese Ausweise so gut wie nie kontrolliert werden, so daß auch ein Metzgermeister dort für den Privatbedarf einen Perserteppich zum Großhandelspreis erwerben könne.

Dies alles habe den „seriösen Einzelhandel in einem Maße provoziert, daß eine gerichtliche Klärung unumgänglich wurde", meint Wassmann. Dagegen erinnert Conradi an zwei gleichlautende Abkommen seines Hauses mit dem Bundesverband Bürowirtschaft (1983) und dem Hamburger Wettbewerbsverein (1984): Darin verzichtet Metro auf preisunterlegte Zeitungswerbung, verpflichtet sich zur Bruttopreisauszeichnung, dazu, die Kundeneinlaß-Zeiten auf 19.45 Uhr zu begrenzen und „zur Beibehaltung der Einkaufsausweise und des Einlaßkontrollsystems". „Wir waren jederzeit gesprächsbereit", meint Conradi, der die ganze Aktion „unverständlich" findet.

Er begreife nicht, daß derlei „nicht durch Konsens, sondern durch langwierige und kostspielige Prozesse geklärt werden muß". In der Tat: Der Streitwert je Verfahren liegt bei 500 000 Mark, doch die HDE hat schon vorgesorgt. Die Gesamtkosten von schätzungsweise 900 000 Mark sollen kleine und mittlere Einzelhandelsbetriebe per freiwilliger Umlage aufbringen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Teuerung unverändert bei 2,5 Prozent

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die Teuerungsrate in der Bundesrepublik ist nunmehr seit drei Monaten unverändert bei 2,5 Prozent geblieben. Diesen Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Vergleich zu jeweiligen Vorjahreswert ermittelte das Statistische Bundesamt sowohl für den vergangenen Mai als auch für die vorangegangenen Monate April und März. Der neue Index für Mai wurde mit 121,2 (1980:100) angegeben.

Einheitliches Zollsystem

Brüssel (VWD) – Mit der Unterzeichnung eines harmonisierten Zollsystems durch die EG-Kommission, die zehn Mitgliedstaaten und 20 andere Länder ist nun ein international einheitliches Zollverzeichnis unter Dach und Fach. Die neue Nomenklatur bringt nach Darstellung der EG-Kommission bedeutende Erleichterungen für den internationalen Handel mit sich. Die Nomenklatur, an der seit 1973 gearbeitet wurde, ist vom 1. Januar 1987 an anzuwenden.

Die D-Mark gestützt

Paris (VWD) – Die französische Notenbank hat nach Angaben von Devisenhändlern gestern in das Marktgeschehen eingegriffen und die D-Mark bei einem Kurs von 3,0470 Franc verteidigt. Nach Ansicht des Handels war die Aktion der Notenbank vor allem als psychologische Hilfe für die D-Mark zu verstehen und um Marktteilnehmer davor zu warnen, gegen die deutsche Währung zu spekulieren.

Zeichnung geschlossen

Ludwigsburg/Frankfurt (VWD) – Die Zeichnungslisten für die Emission neuer Aktien der ZWL Grundbesitz- und Beteiligungs-AG vorm. Ziegelwerke Ludwigsburg, Ludwigsburg, für nominal 647 000 DM sind gestern vorzeitig geschlossen worden. Wie die DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank, Frankfurt, als *Konsortialführerin mitteilte, ist die* Emission bereits mehrfach überzeichnet worden. Die für ein breites Publikum bestimmten 50-DM-Inhaberstammaktien, die zum Preis von 370 DM angeboten würden, stammen aus der Kapitalerhöhung bei ZWL um 1,2 Mill. DM auf sechs Mill. DM.

Neue Messe

Düsseldorf (Py.) – Die Düsseldorfer Messegesellschaft mbH plant für März 1986 eine neue Messeveranstaltung: die Präventa – Internationaler Kongreß und Ausstellung für Gesundheitsvorsorge, Gesundheitserziehung und Gesundheitsförderung. Unter dem Motto „Gesundheit und Lebensqualität" sollen Hersteller und Anbieter von Produkten oder Dienstleistungen, die der Gesundheit dienen, angesprochen werden.

Richtlinie für Architekten

Luxemburg (Ha.) – Europas Architekten können sich künftig überall in der EG frei niederlassen. Nach 18jährigen Diskussionen haben sich die für Binnenmarktfragen zuständigen Minister in Luxemburg endgültig auf den Text einer EG-Richtlinie verständigt, die die Bedingungen für die Niederlassungsfreiheit und dem freien Dienstleistungsverkehr regelt und eine gegenseitige Anerkennung der Diplome bringt. Sie muß allerdings noch in nationales Recht umgewandelt werden. Schwierigstes Hindernis war der Status der deutschen Fachschul-Architekten. Für sie bedingt die Niederlassungsfreiheit künftig neben einer dreijährigen Ausbildung eine vierjährige Berufspraxis. Eine entsprechende Richtlinie für Apotheker scheiterte erneut an Sonderwünschen Griechenlands.



Die Zahl der besetzten Lehrstellen erreichte Anfang 1985 die neue Rekordhöhe von rund 1,8 Millionen, annähernd eine halbe Million mehr als zehn Jahre zuvor. Die weitaus meisten Ausbildungsplätze stellen Industrie und Handel sowie das Handwerk bereit. QUELLE: GLOBUS

Chemie wächst langsamer

Helsinki/Frankfurt (dpa/VWD) – Auf ein langsameres Wachstum in diesem Jahr ist die chemische Industrie Westeuropas eingestellt. Der Präsident des Dachverbands der europäischen Chemie (CEFIC), John Harvey-Jones (ICI), rechnet für 1985 nur noch mit einer Produktionssteigerung der Branche in der Größenordnung von 2,5 Prozent nach 5,5 Prozent im Vorjahr. Darin spiegele sich vor allem das schwächere Wachstum in den USA und der in diesem und im nächsten Jahr erwartete Rückgang des Dollarkurses wider. Daneben werde der steigende Absatz von Grundchemikalien aus dem Mittleren Osten die europäische Chemie zunehmend unter Druck setzen, betonte Jones in Helsinki.

US-Handelstage in Berlin

Berlin (Wz.) – Die US-Mission in Berlin hat zusammen mit der Industrie- und Handelskammer zu Berlin und der American Chamber of Commerce in Germany Firmenrepräsentanten aus acht amerikanischen Bundesstaaten zu Gesprächen über geschäftliche Aktivitäten eingeladen. Bei diesen US-Handelstagen am 19. und 20. Juni suchen die amerikanischen Firmen Importeure sowie in einigen Fällen auch Lizenznehmer und Joint-venture-Partner.

Erdgas aus Norwegen

Essen (dpa/VWD) – Die norwegischen Erdgaslieferungen in die Bundesrepublik von derzeit 7,7 Mrd. Kubikmetern jährlich werden von 1987 an um 1,5 Mrd. Kubikmeter erweitert. Wie die Ruhrgas AG in Essen mitteilte, unterzeichnete ein von ihr geführtes Konsortium, an dem neben drei ausländischen Gesellschaften auch die Thyssengas GmbH, Duisburg, die Gelsenberg AG, Hamburg und die BEB Gewerkschaften Brigitta und Elwerath, Hannover, beteiligt sind, entsprechende Lieferverträge.

ITALIEN / Die Geldmenge weitet sich kräftig aus

Staat hat mehr ausgegeben

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Spätestens für den kommenden Herbst werden in Italien zahlreiche Korrekturmaßnahmen der Währungs- und Kreditbehörden erwartet. Diese Auffassung beruht darauf, daß sich die Geldmenge in den ersten vier Monaten des Jahres gegenüber der Vergleichsperiode 1984 um 15 Prozent ausgeweitet hat; fünf Prozentpunkte mehr als vorgesehenen.

Alarmsignale sind nicht nur die Kassennachfrage der öffentlichen Hand, die in den ersten vier Monaten mit 37 000 Mrd. Lire (rund 60 Mrd. DM) die der gleichen Vorjahreszeit um 9000 Mrd. Lire (31 Prozent) überragt und damit den Worten von Zentralbankgouverneur Carlo Azeglio Ciampi zufolge „inkompatibel ist mit den für 1985 gesetzten Zielen", sondern auch das Defizit im Außenhandel. Mit über 8000 Mrd. Lire war es im 1. Jahresdrittel doppelt so hoch wie in der gleichen Vorjahresperiode.

Die letzten wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung – die Anfang des Jahres in Gang gekommene steuerliche Mehrbelastung der selbständig Erwerbstätigen – wird nach den Berechnungen von Schatzministerium und Zentralbank nicht ausreichen, um – wie geplant – das Staatsdefizit innerhalb des ursprünglich angesetzten Limits zu halten. Sowohl der Internationale Währungsfond (IWF) als auch jetzt die OECD-Experten rechnen daher damit, daß der Fehlbetrag der öffentlichen Haushalte in diesem Jahr mindestens 106 000 Mrd. Lire erreichen wird; fast zehn Prozent mehr als eingeplant. Damit dürfte das Budgetdefizit nach OECD-Berechnungen 15,5 Prozent des italienischen Bruttosozialprodukts erreichen, nach IWF-Schätzungen sogar 15,6 Prozent.

Während die Inlandsnachfrage auch weiterhin schneller zunimmt als die in den Hauptkonkurrenzländern, stagniert die Industrieproduktion und reichen die Überschüsse einiger Industriebereiche nicht aus, um die wachsenden Fehlbeträge im Energie- und Ernährungsgüterbereich auszugleichen. Saisonbereinigt zeigte die Industrieerzeugung im 1. Quartal gegenüber dem des letzten Vierteljahres 1984 keine Veränderung, während gegenüber dem 1. Quartal des vergangenen Jahres eine Verminderung von 0,5 Prozent eintrat. Für das gesamte Jahr rechnet man mit einer Steigerung der Industrieproduktion von 2,75 Prozent; beim privaten Verbrauchs mit zwei Prozent.

Infolge der weiter andauernden Ungleichgewichte erwarten mittlerweile alle in- und ausländischen Prognostiker eine Inflationszunahme über dem des von der Regierung ins Auge gefaßten Limits von sieben Prozent. Die Prognosen für das gesamte Jahr liegen dabei zwischen acht und neun Prozent, das heißt zwei bis drei Prozentpunkte unter der Inflationsrate des vergangenen Jahres. Sorgen bereiten Großhandels- und Erzeugerpreise, die seit Februar dieses Jahres erstmals wieder nach oben klettern.

Infolge dieser Entwicklung rechnen Experten damit, daß die Realzinsen in den nächsten Monaten wieder zunehmen. Schon im April sanken die Realzinsen für Drei-Monats-Schatzwechsel um 1,19 Prozent und für Einjahrespapiere um 1,68 Prozent – bei einem Inflationsrückgang von 2,7 Prozent.

DRITTE WELT

Hilfe zur Selbsthilfe

PETER WEERTZ, Berlin

Die Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung mit Sitz Berlin, die auf eine 25jährige Tätigkeit zurückblickt, ist nach Ansicht ihres Präsidenten Hans-Günter Hoppe nicht lediglich eine Weiterbildungs-Agentur, sie habe es vielmehr verstanden, die fachlichen Probleme der Zusammenarbeit zu reflektieren und im Dialog mit den Partnern in der Dritten Welt zu gestalten. Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke, erinnerte in einem Geleitwort daran, daß sich seit Gründung der Stiftung 1960 die Erdbevölkerung fast verdoppelt habe. Hieran lasse sich ermessen, vor welchen Aufgaben und Risiken die praktische Entwicklungshilfe stehe.

In Anwesenheit des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker warnte Uwe Holtz, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, vor Resignation in der Entwicklungspolitik. Es komme vielmehr darauf an, aus Fehlern und Rückschlägen zu lernen und die Effizienz der Entwicklungshilfe zu verbessern. Für den Kurator der Stiftung, Prof. Paul Kevenhörster, geht es darum, in der praktischen Arbeit der Entwicklungshilfe Prioritäten zu setzen und vor allem Hilfe zur Selbsthilfe zu fördern.

Zur Zeit hat die Stiftung, die in Bonn, Bad Honnef, Mannheim und Feldafing Zweigstellen hat, einen Jahresetat von rund 70 Mill. DM. Seit Gründung haben 55 000 Fach- und Führungskräfte aus 120 Ländern an Programmen teilgenommen.

ARGENTINIEN / Internationale Ausschreibungen geplant

Ölgeschäft wird ausgebaut

dpa/VWD, Buenos Aires

Die Chance, daß ab 1987 argentinisches Erdöl hilft, den Bedarf in der Bundesrepublik zu decken, ist groß. Denn ein Konsortium, dem die deutsche Deminex, Essen, die französische Total (je 37,5 Prozent) und die argentinische Bridas angehören, schließt seine Explorationsarbeiten voraussichtlich erfolgreich ab; die Produktion könnte dann Mitte 1987 aufgenommen werden. Einziger Haken: Das Konsortium hat bisher 450 Mill. DM investiert und möchte nun vor der notwendigen Investition von weiteren 840 Mill. DM bis Ende 1987 die Frage der Bezahlung geklärt sehen.

Der in wesentlichen Teilen bekanntgewordene Mustervertrag sieht vor, daß die ausländischen Gesellschaften ihr produziertes Rohöl oder Erdgas an die staatliche Ölgesellschaft YPF verkaufen müssen. Zu 60 Prozent soll in Peso und zu 40 Prozent in US-Dollar gezahlt werden. YPF ist jedoch hochverschuldet und praktisch zahlungsunfähig. Die Gesellschaft hat 1985 nicht oder nur mit großer Verspätung die von ihr eingetriebene Treibstoffsteuer – 40 Prozent des Benzinpreises – an die Staatskasse abgeliefert. Die privaten Lieferanten müssen 135 bis 180 Tage auf die Bezahlung ihrer Rechnungen warten, bei einer täglich fortschreitenden Inflation. Die ausländischen Gesellschaften verlangen daher, daß der Dollar-Anteil in Rohöl-Lieferungen umgewandelt wird, wenn YPF nicht in Dollar bezahlen kann.

Das Konsortium hatte 1979 in dem ihm zugewiesenen Feld im Atlantik vor Feuerland mit den Probebohrungen begonnen. Während weltweit im Schnitt nur eine von acht Bohrungen erfolgreich ist, stießen die Techniker des Konsortiums in 19 der 23 Off-shore-Bohrungen auf Erdöl oder Erdgas. Das Vorkommen in den beiden für die Produktion vorgesehenen Feldern Hidra und Ara werden mit 65 Mill. Barrel Erdöl und 30 Mrd. Kubikmeter (cbm) Erdgas angegeben. Wird schnell eine Einigung mit der argentinischen Regierung erreicht, könnte das Erdöl im Juli 1987 fließen. Nach Angaben der Deminex, an der die Veba AG, Bonn/Berlin, zu 54 Prozent beteiligt ist, könnte das Konsortium etwa zehn Prozent der jährlichen argentinischen Produktion liefern, die gegenwärtig bei 157 Mill. Barrel (je 159 Liter) liegt.

Abgesehen vom Projekt des Konsortiums und einer Shell-Exploration am Ausgang des Magellankanals kann die angekündigte neue argentinische Erdölpolitik erst nach vielen Jahren Früchte tragen. Im Juli will die Regierung die Exploration für 164 Felder national und international ausschreiben, von denen 15 im Meer liegen, der Rest ist auf dem Festland, verteilt über ganz Argentinien. Es werden reine Risiko-Verträge sein, die gesamte Exploration geht zu Lasten des Unternehmens.

Welcher Preis für das Rohöl oder Erdgas bezahlt wird, ist bisher unklar. Die Bezahlung soll von dem Weltmarktpreis abhängen und das eingegangene Risiko berücksichtigen. Nach Angaben des Energie-Sekretariats haben 20 Gesellschaften – vor allem aus den USA – Interesse bekundet; aus Europa bisher nur die spanische Spain Oil.

BOUSSAC-GRUPPE / Schadensersatzklagen drohen

Gebrüder Willot verurteilt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Urteile für die ehemaligen geschäftsführenden Gesellschafter des größten französichen Textilkonzerns Boussac sind gefällt. Die langwierigen Untersuchungen des im März eröffneten Strafprozesses wegen betrügerischen Konkurses, wegen Bilanzfälschung und illegaler Kapitalverschiebungen haben ein Ende. Allerdings entsprechen Strafen nicht dem, was der sozialistische Industrieminister Pierre Dreyfus vor vier Jahren erwartet hatte: „Wir werden dafür sorgen, daß die Willots das Maximum dessen wieder ausspucken müssen, was sie sich von dem Boussac-Imperium angeeignet haben."

Aus der Affäre ziehen konnte sich nur Bernard Willot. Die drei anderen Brüder wurden jetzt von der 11. Pariser Strafkammer zu Geldstrafen von je 2,5 Mill. Franc verurteilt. Antoine Willot erhielt außerdem 18 Monate Gefängnis mit Bewährung. Sein Bruder Jean-Pierre dagegen muß seine zwölf Monate voll absitzen. Er war schon 1974 wegen Betrug verurteilt worden und hatte damit seinen Bewährungsanspruch verwirkt.

Schon damals zeichneten sich die Willots durch unkonventionelle Geschäftsmethoden aus, indem sie notleidende Warenhausgesellschaften zu Spottpreisen übernahmen und diese sowie die Schulden durch den Verkauf unterbewerteter Grundstücke derselben Gesellschaft bezahlten. So wurden ihrer Finanzholding Société Foncière et Financière Agache-Willot (SFFAW) der Reihe nach Bon Marché, Belle Jardinière, Conforama und die inzwischen aufgegebene amerikanische Korvette einverleibt.

Der große Coup gelang den Willots aber erst 1978 mit der Übernahme der gesamten Konkursmasse des französischen Baumwollkönigs Marcel Boussac nebst Modehaus Christian Dior und diversen anderen Interessen zum Preise von 700 Mill. Franc, der in keinem Verhältnis zum echten Wert des Imperiums stand und auf den nur eine geringfügige Anzahlung geleistet wurde. In dem Prozeß behaupten die Brüder, daß sie zu dieser Aktion von der Regierung Giscard zwecks Erhaltung von Arbeitsplätzen gedrängt worden wären.

Aber unmittelbar nach dem Wahlsieg der Sozialisten (1981) mußten sie angesichts von drei Milliarden Franc Schulden selbst Konkurs anmelden, und zwar sowohl für die mit ihrer eigenen Textilgesellschaft Saint-Frères fusionierte Boussac-Gruppe, die mit Staatshilfe provisorisch weitergeführt wurde, als auch für die SFFAW, während Dior und die Warenhäuser verschont blieben. Inzwischen hat die Baugruppe Ferinel die Kontrolle über Boussac-Saint-Frères und zusammen mit den Banken Worms und Lazard sowie den beiden Mineralölkonzernen Elf und Total durch eine exklusive Kapitalerhöhung auch die Mehrheit über die SFFAW erlangt. Der Anteil der Willots an dieser Holding schrumpfte dadurch auf 6,5 Prozent (bisher 42 Prozent und stimmrechtsmäßig über 50 Prozent).

Aber das letzte Wort scheint hier noch nicht gesprochen zu sein. Nach dem Strafprozeß drohen den Willots jetzt zivilrechtliche Schadensersatzverfahren. In der peinlichen Situation, in der sie sich nach diesem Strafprozeß befinden, werden sie wohl kaum auf die Unterstützung der Banken hoffen können.

PWA

Einladung zur ordentlichen Hauptversammlung

Wir laden die Aktionäre unserer Gesellschaft hiermit zur ordentlichen Hauptversammlung ein. Sie findet am Mittwoch, dem 24. Juli 1985, um 10.30 Uhr im Sheraton Hotel in München, Arabellastraße 6 (Kongreßzentrum) statt.

Tagesordnung

1.
Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Geschäftsberichts für das Jahr 1984 mit den Berichten des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie Vorlage des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichts.

2.
Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns. Aufsichtsrat und Vorstand schlagen vor, den Bilanzgewinn von DM 16.000.000,– zur Ausschüttung einer Dividende von DM 4,– je Aktie im Nennbetrag von DM 50,– auf das Grundkapital von DM 200.000.000,– zu verwenden.

3.
Beschlußfassung über die Entlastung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1984. Aufsichtsrat und Vorstand schlagen vor, Entlastung zu erteilen.

4.
Beschlußfassung über die Ermächtigung zur Ausgabe von Optionsschuldverschreibungen, über die bedingte Erhöhung des Grundkapitals und Satzungsänderung.

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor zu beschließen:

a) Ermächtigung zur Ausgabe von Optionsschuldverschreibungen

Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates auf den Inhaber lautende Optionsschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu DM 100.000.000,– auszugeben oder der Ausgabe einer solchen Anleihe unter der Garantie der PWA Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg Aktiengesellschaft in Deutscher Mark oder einer anderen gesetzlichen Währung eines OECD-Mitgliedslandes durch eine unmittelbare oder mittelbare 100%ige ausländische Beteiligungsgesellschaft der PWA Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg Aktiengesellschaft zuzustimmen und Optionsrechte auf Aktien der PWA Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg Aktiengesellschaft für Optionsschuldverschreibungen zu gewähren. Die Ermächtigung gilt bis zum 24. Juli 1990.

Der Vorstand ist berechtigt, die weiteren Einzelheiten der Ausgabe und Ausstattung der Optionsschuldverschreibungen, insbesondere den Zeitpunkt der Begebung, die Laufzeit, den Zinssatz und den Ausgabekurs sowie die weiteren Bedingungen der Durchführung festzusetzen.

Die Ermächtigung kann in Teilbeträgen ausgenutzt werden, und zwar auch in der Weise, daß ein Teil des Gesamtnennbetrages der Optionsschuldverschreibungen von der PWA Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg Aktiengesellschaft, ein anderer Teil von einer unmittelbaren oder mittelbaren 100%igen ausländischen Beteiligungsgesellschaft unter der Garantie der PWA Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg Aktiengesellschaft ausgegeben wird.

Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre wird ausgeschlossen, soweit Optionsrechte auf Aktien der PWA Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg Aktiengesellschaft für Optionsschuldverschreibungen ausländischer Beteiligungsgesellschaften der PWA Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg Aktiengesellschaft gewährt werden. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre kann ferner für einen bei der Festlegung des Bezugsverhältnisses etwa entstehenden Spitzenbetrag ausgeschlossen werden.

Die Optionsanleihen sollen in jeweils unter sich gleichberechtigte, auf den Inhaber lautende Teilschuldverschreibungen eingeteilt werden. Den Schuldverschreibungen werden Optionsscheine beigefügt, die den Inhaber berechtigen, nach Maßgabe der Optionsbedingungen für je DM 1.000,– Nennbetrag der Teilschuldverschreibungen – Anleihen in einer anderen Währung in Deutsche Mark im Zeitpunkt der Ausgabe der Schuldverschreibungen umgerechnet – höchstens 10 Aktien der PWA Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg Aktiengesellschaft im Nennbetrag von DM 50,– zu beziehen.

Der bei Ausübung des Optionsrechtes zu zahlende Preis (Optionspreis) für eine PWA-Aktie im Nennbetrag von DM 50,– wird mindestens dem auf volle Deutsche Mark aufgerundeten Durchschnitt des an den 10 Börsentagen vor der Beschlußfassung über die Begebung von Optionsschuldverschreibungen an der Bayerischen Börse in München festgestellten amtlichen Einheitskurses für Aktien der PWA Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg Aktiengesellschaft mit einem Zu- oder Abschlag von bis zu 20% entsprechen. § 9 Abs. 1 AktG bleibt unberührt.

Sofern während der Laufzeit der Option unter Einräumung eines Bezugsrechtes an die Aktionäre das Grundkapital der PWA Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg Aktiengesellschaft durch Ausgabe neuer Aktien erhöht wird oder neue Schuldverschreibungen begeben werden, wird der Optionspreis um den Betrag ermäßigt, der sich aus dem Durchschnittskurs des den Aktionären zustehenden Bezugsrechtes an allen Handelstagen an der Bayerischen Börse in München – aufgerundet auf volle Deutsche Mark – errechnet.

Eine Ermäßigung des Optionspreises entfällt, wenn den Inhabern der Optionsscheine ein Bezugsrecht eingeräumt wird, welches dem Bezugsrecht der Aktionäre entspricht.

b) Bedingte Erhöhung des Grundkapitals

Das Grundkapital der PWA Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg Aktiengesellschaft wird um bis zu DM 50 000 000,– durch Ausgabe von bis zu Stück 1 000 000 neuer, auf den Inhaber lautende Aktien im Nennbetrag von je DM 50,– bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung dient nur der Gewährung von Optionsrechten auf Aktien der PWA Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg Aktiengesellschaft an die Inhaber von Optionsscheinen im Falle der Ausgabe von Optionsschuldverschreibungen gemäß vorstehender Ermächtigung bis 24. Juli 1990. Die bedingte Kapitalerhöhung ist nur im Falle der Begebung von Optionsanleihen aufgrund vorstehender Ermächtigung durchzuführen, und zwar nur insoweit, wie die Inhaber der Optionsscheine Gebrauch machen. Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen. Der Aufsichtsrat wird ermächtigt, § 4 der Satzung entsprechend der jeweiligen Ausgabe der neuen Aktien anzupassen sowie auch sonst alle hiermit im Zusammenhang stehenden Änderungen der Satzung vorzunehmen, die nur die Fassung betreffen.

c) Änderung des § 4 der Satzung durch Einfügung des folgenden neuen Absatzes 3:

„Das Grundkapital ist um bis zu DM 50.000.000,– bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur soweit durchgeführt, als die Inhaber von Optionsscheinen aus aufgrund der Ermächtigung des Vorstandes vom 24. Juli 1985 begebenen Optionsschuldverschreibungen der PWA Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg Aktiengesellschaft oder einer unmittelbaren oder mittelbaren 100%igen ausländischen Beteiligungsgesellschaft der PWA Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg Aktiengesellschaft von ihrem Optionsrecht Gebrauch machen."

Der Vorstand wird ermächtigt, diese Satzungsänderung erst dann zur Eintragung in das Handelsregister anzumelden, wenn die dann genannten Optionsschuldverschreibungen begeben werden.

5.
Wahlen zum Aufsichtsrat.

Die Herren Dr. Heinz Artmann, Gauting, und Dipl.-Volkswirt Udo Knop, Frankfurt, scheiden auf eigenen Wunsch mit Beendigung der diesjährigen Hauptversammlung aus dem Aufsichtsrat aus.

Der Aufsichtsrat schlägt vor, anstelle des Herrn Dr. Artmann für seine restliche Amtszeit in den Aufsichtsrat zu wählen

Herrn Udo Walter, Präsident der Bayerischen Landesanstalt für Aufbaufinanzierung, München,

und anstelle des Herrn Udo Knop für seine restliche Amtszeit in den Aufsichtsrat zu wählen

Herrn Dr. jur. Max Günther, Vorstandsmitglied der Siemens AG, München.

Die Hauptversammlung ist an den Wahlvorschlag nicht gebunden. Der Aufsichtsrat setzt sich nach den §§ 96 (1), 101 (1) des AktG und den §§ 1 (1) und 7 (1) Ziffer 2 des Mitbestimmungsgesetzes von 1976 zusammen.

6.
Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1985

Der Aufsichtsrat schlägt vor, die Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München, zum Abschlußprüfer für das Geschäftsjahr 1985 zu wählen.

Bericht des Vorstands gemäß §§ 221 Abs. 4 und 186 Abs. 4 Satz 2 AktG zu Punkt 4 der Tagesordnung

Aufgrund ihrer verbesserten Ertragskraft hat PWA in den letzten beiden Jahren bei der Konsolidierung der Bilanz erhebliche Fortschritte gemacht. Dieser Konsolidierungskurs wird auch in den nächsten Jahren beibehalten. Dabei wird unterstellt, daß die Abschreibungen in voller Höhe reinvestiert werden. Mittel für darüber hinausgehende strategische Maßnahmen sind über den Kapitalmarkt zu beschaffen. Zu diesem Zweck halten wir es für sinnvoll, den Vorstand zu ermächtigen, Anleihen mit Optionsrecht auf Aktien der PWA AG zu begeben.

Hierbei handelt es sich um eine reine Vorsorgemaßnahme. Mit ihr erhält der Vorstand die Möglichkeit, sich bietende günstige Bedingungen am Kapitalmarkt wahrzunehmen, um strategische Zielsetzungen zu realisieren.

Der Beschluß sieht vor, neben der Begebung einer Optionsanleihe im Inland auch an den internationalen Kapitalmarkt herantreten zu können. In diesem Fall erfolgt die Begebung über eine 100%ige ausländische Beteiligungsgesellschaft unter Garantie der PWA AG.

Die Plazierung von Optionsschuldverschreibungen ist im Ausland ohne Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechtes nicht durchführbar. Daher ist es üblich und erforderlich, das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen. Der Vorstand würde sich allerdings dafür verwenden, daß Zeichnungen aus dem Aktionärskreis bevorzugt bedient werden.

Die vorgeschlagene bedingte Erhöhung des Grundkapitals um bis zu 50 Mio DM ist ausschließlich dazu bestimmt, die Ausgabe der bei Ausübung von Optionsrechten erforderlichen Aktien der PWA AG sicherzustellen.

Diejenigen Aktionäre, die an der Hauptversammlung teilnehmen, ihr Stimmrecht ausüben oder Anträge stellen wollen, bitten wir, gemäß § 21 der Gesellschaftssatzung, ihre Aktien während der üblichen Geschäftsstunden bis spätestens am Mittwoch, dem 17. Juli 1985, bei der Gesellschaftskasse, bei einem deutschen Notar, bei einer Wertpapiersammelbank oder bei einer der nachstehend genannten Banken und deren Niederlassungen im Bundesgebiet zu hinterlegen und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort zu belassen

Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bayerische Landesbank Girozentrale
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Dresdner Bank Aktiengesellschaft

Die Hinterlegung ist auch in der Weise zulässig, daß die Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle bei einem anderen Kreditinstitut verwahrt und bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt werden.

Für den Fall einer Hinterlegung der Aktien bei einem deutschen Notar oder einer Wertpapiersammelbank ist der hierfür auszustellende Hinterlegungsschein spätestens am Freitag, dem 19. Juli 1985, bei der Gesellschaftskasse einzureichen.

München, im Juni 1985

PWA Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg Aktiengesellschaft

Der Vorstand

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: [illegible]

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

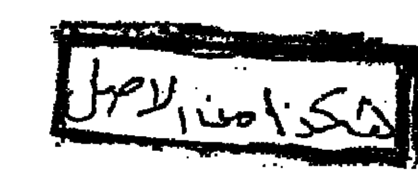
3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

[illegible]



PFLEGE-KRANKENVERSICHERUNG

Vom Aufsichtsamt gebilligt

HARALD POSNY, Düsseldorf

Das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (BAV) hat die Musterbedingungen für die private Pflege-Krankenversicherung gebilligt. Das Amt wird nach den Worten seines Präsidenten August Angerer „alsbald" die von einzelnen Unternehmen bereits eingereichten Tarife genehmigen, so daß noch in diesem Sommer die ersten Angebote auf den Markt kommen können.

Die Pflege-Krankenversicherung wird in zwei Tarifvarianten angeboten: Am häufigsten dürften nach Meinung des Vorsitzenden des PKV-Verbandes, Heinrich Frommknecht, die Pflege-Tagegeld-Tarife sein, mit denen z.B. 50 DM pro Pflegetag abgesichert werden. Daneben gibt es noch die Variante, die nachweisbare Kosten der Pflegebedürftigkeit abdeckt. Beide Tarife enthalten Anreize zur ambulanten Pflege in Sozialstationen oder durch Angehörige. Für stationäre Hilfe wird geleistet, wenn sie in Pflegeheimen, Pflegeabteilungen von Altenheimen oder in Krankenanstalten erfolgt.

Die Pflegebedürftigkeit wird als gegeben angesehen, wenn bestimmte tägliche Verrichtungen nicht ohne Hilfe anderer Personen möglich sind. Die Leistungspflicht beginnt frühestens ab dem 92. Tag nach ärztlicher Feststellung der Pflegebedürftigkeit, aber nicht vor Ablauf einer dreijährigen Wartezeit seit Vertragsabschluß. Die Unternehmen können Höchstaufnahmealter vorsehen.

Die Beitragshöhe hängt von den vereinbarten Leistungen ab. Der Monatsbeitrag für ein Pflegetagegeld von 1500 DM monatlich dürfte für einen Mann, der mit 40 Jahren eintritt, rund 30 DM betragen. Für eine gleichaltrige Frau wird wegen der höheren Lebenserwartung mit etwa 35 DM zu rechnen sein. Die Pflegerentenversicherung der Lebensversicherer wird teurer sein. Hier wird ein 40jähriger für eine monatliche Rente von 1000 DM und ein Sterbegeld von 24 000 DM einen Monatsbeitrag von 88 DM, eine gleichaltrige Frau 97 DM zahlen müssen.

Frommknecht sprach erneut die Hoffnung aus, daß die Bundesregierung die Beiträge zur Pflege-Krankenversicherung steuerlich begünstigt. Dies wäre der wirtschaftlichste Beitrag zur Finanzierung der Kosten der Pflegebedürftigkeit.

Nach neuesten Erhebungen der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen sind allein in diesem Bundesland zwei Drittel der 65 000 Bewohner in 797 Heimen erhöht oder schwer pflegebedürftig. Das Durchschnittsalter liegt bei 81 Jahren.

HUTSCHENREUTHER / Wachsender Importdruck bei der keramischen Industrie

Neue Technologien für die Zukunft

DANKWARD SEITZ, München

„In der keramischen Industrie, die mit einer sehr hohen Personalkostenquote leben muß, stecken in neuen *Fertigungstechnologien die Potentiale* für die Zukunft." Allein darin sieht Roland Dorschner, Vorstandsvorsitzender der Hutschenreuther AG, Selb, auch die besten Chancen für die gesamte Branche, dem Importdruck aus Billiglohnländern standhalten zu können. Unter diesem Aspekt sei auch für sein Unternehmen daher die Entwicklung neuer Technologien ein wichtiger Bestandteil der langfristigen Unternehmensziele.

Jüngstes Projekt bei Hutschenreuther ist, nachdem man schon in den letzten 25 Jahren eine ganze Reihe *neuer Verfahren bei der Porzellan-Herstellung* entwickelt hat, ein Demonstrationsvorhaben, bei dem in der Fertigung etwa 30 Prozent Energie eingespart und die Umweltbelastungen erheblich reduziert werden können.

Das Investitionsvolumen dafür bezifferte Dorschner bis 1987 auf rund 22 Mill. DM, wozu die EG, der Bund und das Land Bayern etwa 40 Prozent als Fördermittel beisteuern werden. Gute Chancen rechnet man sich bei Hutschenreuther aber auch im Bereich der Technischen Keramik aus. So wird derzeit im Werk Naila für 8 Mill. DM eine Pilotanlage zur Herstellung von Ingenieur-Keramik errichtet. Daneben arbeite man an neuen Werkstoffen für die Chemie und den Maschinenbau sowie an einem Katalysator für mobile und stationäre Verbrennungsanlagen. Sollte dieser Katalysator auch *einmal in der Autoindustrie* eingesetzt werden können, schließt Dorschner eine mögliche Zusammenarbeit mit einem (japanischen?) Pkw-Hersteller nicht aus.

Insgesamt fühlt man sich so bei Hutschenreuther für die nächsten Jahre gut gerüstet. 1985 soll der Umsatz der AG um rund 5 Porzent auf etwa 375 Mill. DM steigen, wobei man, so Dorschner, „heilfroh" wäre, das Ergebnis des Vorjahres halten zu können. Investiert werden sollen 1985 rund 24 (13) Mill. DM, wovon etwas über 11 Mill. DM auf neue Projekte entfallen dürften.

Sehr zufrieden zeigte sich Dorschner mit der Geschäftsentwicklung 1984. Während die Branche nur auf ein Umsatzplus von 3,4 (minus 4,2) Prozent kam, verzeichnete Hutschenreuther in der AG ein Umsatzwachstum von 7,4 (plus 4,6) Prozent auf 357,6 Mill. DM und in der Gruppe von 9,1 (5,5) Prozent auf 386,3 Mill. DM. Auf Haushalt-/Gastronomieporzellan entfielen davon 339,5 Mill. DM (plus 8,5 Prozent) und die Technische Keramik 46,8 Mill. DM (plus 13,6 Prozent). Die Exportquote stieg auf 40,6 (38,9) Prozent.

Auch auf der Ertragsseite kann Hutschenreuther wieder einen „besonders guten Abschluß" präsentieren. Dies zeigt sich in dem auf 26,25 (20.75) Mill. DM gestiegenen Cashflow, einem Steueraufwand von 9,56 (7,88) Mill. DM und einem Gewinn je Aktie von 21,20 (17,06) DM. Nach Einstellung von 1,0 Mill. DM in die freien Rücklagen aus dem auf 5,3 (3,05) Mill. DM verbesserten Jahresüberschuß wird ein Gewinn von rund 4,3 (3,1) Mill. DM ausgewiesen. Er dient zur Ausschüttung einer unveränderten Dividende von 9 DM sowie eines Bonus von 1 DM auf das Grundkapital von 21,33 (17,06) Mill. DM.

EXPERT-GRUPPE / Home-Computer kein Geschäft

Auf Impulse wird gewartet

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Deutlich unter den Erwartungen blieb für die Expert Bild + Ton Handelsgesellschaft mbH & Co. KG, Langenhagen, die Umsatzentwicklung im Geschäftsjahr 1984/85 (31. 3.). Heinz Heer, Geschäftsführer der Einkaufsgemeinschaft, der 264 (261) Rundfunk-, Fernseh- und Elektro-Fachhändler angeschlossen sind, zeigt sich dennoch zufrieden. Während die Unterhaltungselektronik in der Bundesrepublik 1984 ein Umsatzminus von drei Prozent hinnehmen mußte, habe Bild + Ton immerhin noch einen Zuwachs von 0,7 Prozent auf 600 (596) Mill. DM erzielt.

Nach den Worten Heers wartet die Branche weiter auf das Überspringen von belebenden Tendenzen. Im Jahre 1984 hätten sich nahezu alle Bereiche negativ entwickelt. So habe das Video-Geschäft unter der Verunsicherung wegen des Bestands der Systeme gelitten. Völlig zusammengebrochen sei das Geschäft mit Telespielen. Home-Computer, die 1984 noch zu den Schlagern der Branche gehörten, seien wegen des Preiskampfes kein Geschäft mehr.

Innerhalb der Expert-Gruppe verringerte sich der Umsatz im Video-Bereich um fünf Prozent auf 135 (141) Mill. DM. Damit nehmen Farbfernsehgeräte (141 nach 137 Mill. DM) wieder den ersten Rang bei der Braunen Ware ein. Einen Zuwachs von vier Prozent auf 78 (75) Mill. DM verzeichnete der HiFi-Bereich, wobei *Compact Disk (CD)* bereits stabilisierend wirkte. Heer erwartet 1985 bei CD-Player eine Verdoppelung der Absatzzahlen. Insgesamt erreichte die Braune Ware einen Umsatzanteil von 73,2 Prozent. Die Weiße Ware steigerte den Umsatz um sieben Prozent auf 109,5 Mill. DM.

Die Händler erhalten für 1984/85 insgesamt 49,7 (47,7) Mill. DM. Der Jahresbonus nahm auf 21,7 (21,4) Mill. DM zu. Gleichzeitig wurde das Haftungskapital von 6,5 Mill. DM auf 9,37 Mill. DM aufgestockt.

SEITZ ENZINGER NOLL / Volle Auftragsbücher für Getränkeverpackungsanlagen

Noch großes Marktpotential im Asien

JOACHIM WEBER, Mannheim

Noch in diesem Monat erwartet die Seitz Enzinger Noll Maschinenbau AG (SEN), Mannheim, das Placet des Wirtschaftsministers für einen Zusammenschluß mit der Klöckner-Tochter Holstein & Kappert. Klöckner ist an SEN bereits mit 24 Prozent beteiligt, weitere 26,1 Prozent sind bei der Badischen Kommunalen Landesbank mit einer Klöckner-Option „geparkt".

Das Kartellamt hatte den Zusammenschluß wegen des Übergewichts der beiden Getränkemaschinenhersteller (zusammen über 800 Mill. DM Umsatz) auf einem relevanten Markt von 40 Mill. DM verweigern müssen. *Beide Unternehmen begründen die* Notwendigkeit mit den Anforderungen eines wachsenden Auslandsgeschäfts (bei SEN 78 nach 63 Prozent vom Umsatz) und eines technischen Wandels, der großer Entwicklungsanstrengungen bedürfe.

Besondere Hoffnungen hegt das 2900 Mitarbeiter zählende Unternehmen auf längere Sicht für den asiatischen Markt: Mit sechs Litern verpackter Getränke pro Kopf und Jahr biete er ein riesiges Potential, vor allem im Vergleich zu den 411 Litern, die in der Bundesrepublik deutliche Sättigung signalisierten. Eine Tochtergesellschaft in Singapur wurde 1984 gegründet, und China dürfte mit 35 Mill. DM Umsatz bereits der zweitstärkste Auslandsmarkt (nach der UdSSR mit mehr als 100 Mill. DM) gewesen sein.

Die Auftragsbücher des Marktführers für Getränke-Hartverpackungsanlagen haben den geplanten Umsatz 1985 bereits bis auf zehn Mill. DM erreicht. Das vorerst veranschlagte Soll liegt beim Vorjahresumsatz von 420 (395) Mill. DM (plus 6,5 Prozent); doch man gebe sich Mühe diesen Wert zu übertreffen, so Vorstandschef Adolf Maurer.

1984 sei das Jahr des Finanzamts gewesen, meinte Finanzchef Karl-Heinz Jennewein. Tatsächlich ließ der Abtrag steuerlicher Altlasten den Steueraufwand um 4,7 auf 7,7 Mill. DM steigen. *Das machten die mit 10* (6.5) Mill. DM Sachinvestitionen unterstützten Rationalisierungserfolge – der Gewinn vor Steuern stieg auf 10,6 (7,3) Mill. DM, der DVFA-Gewinn je Aktie auf 16,74 (14,39) DM – fürs erste zunichte. Der Jahresüberschuß ging *auf 2,8 (4,2) Mill. DM zurück, erlaubt* aber noch eine Ausschüttung von wieder 6 DM je Aktie auf ein erhöhtes Grundkapital von 27,6 (16,4) Mill. DM.

PRIVATBRAUEREI WICKÜLER / Ausstoß gesunken

Köln und Wuppertal getrennt

HANS BAUMANN, Essen

Den Schwächen am deutschen Markt für Bier versucht die Privatbrauerei Wicküler, Wuppertal, die den Familien Werhahn und Pahl gehört, jetzt auch mit organisatorischen Neuordnugen zu begegnen. Die bisher schon nach dem Divisionsverfahren geführte Gruppe erhält einen zusätzlichen, deutlichen Trennstrich zwischen den Polen der Gruppe, Köln und Wuppertal.

Die Wicküler-Küpper-Brauerei KG wird aufgebrochen und zu zwei Säulen neu geordnet, in die Wicküler Brauerei *GmbH & Co. KG*, Wuppertal, und in die Küppers Kölsch GmbH, Köln. Damit soll Küppers-Kölsch, die nach ungeahnten Erfolgen nun doch ein wenig ins Stocken geraten ist, von der Wuppertaler Leine gelassen werden, konsolidieren *und erneut frisch marschieren.*

Wicküler, bekannt für eigentümergesteuerte Publizitätsscheu, berichtet über das Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.), daß der Umsatz der Gruppe gegenüber dem Vorjahr um 3,4 Prozent auf 343,7 Mill. DM zurückgegangen ist. Über den Ausstoß sagt die Verwaltung nichts. Es darf aber vermutet werden, daß er stärker als der Umsatz zurückgefallen ist. Er dürfte in der Größenordnung von 2,4 Mill. Hektoliter liegen. Nach Angaben der Verwaltung entfallen rund 80 Prozent vom Umsatz auf die großen Marken Küppers Kölsch und Wicküler Pils. 60 Prozent des Umsatzes werden direkt mit dem Getränkefachgroßhandel und mit der Gastronomie abgewickelt. *Der Gastronomieanteil der* Gruppe soll bei 25 Prozent liegen und im Berichtsjahr gestiegen sein.

Wicküler hat mit gut 45 Mill. DM wieder in der Größenordnung des Vorjahres investiert. Großer Wert wird auf Forschung und Entwicklung *gelegt. In diesen Tagen begannen* Verhandlungen mit einer großen japanischen Braugruppe über Austausch von technischem Know-how.

BÜNTING / Mit „Ostfriesischer Mischung" Wachstumschancen am Teemarkt

Produktion in ehemaligem Olympia-Werk

HEINZ HILDEBRANDT, Leer

Noch 1970 betrug der Pro-Kopf-*Konsum an Tee in der Bundesrepu*blik nur 140 Gramm, er steigerte sich bis 1984 jedoch auf 254 Gramm. Der Wert des Jahresumsatzes mit Tee allein im Lebensmittelhandel wird auf gegenwärtig rund 500 Mill. DM beziffert. Etwa 60 Prozent davon wird in *Form von Teebeuteln umgesetzt*, der Rest entfällt auf verpackte lose Sorten. Auch für die Zukunft werden hier durchaus noch Wachstumschancen gesehen. Der Rekordkonsum im Teetrinkergebiet Ostfriesland-Oldenburg mit einem Pro-Kopf-Verbrauch von etwa 3000 Gramm wird sich in anderen deutschen Regionen jedoch kaum nachvollziehen lassen. Der Anteil des äußersten Nordwestens am deutschen Teekonsum beträgt immer noch rund 20 Prozent.

Zu den führenden Anbietern im ostfriesischen Raum gehört die J. Bünting Teehandelshaus GmbH & Comp., Leer, die hier einen Marktanteil von etwa 35 Prozent aufweist und auch im Bundesgebiet auf beachtliche zehn Prozent kommt. Das bereits 1805 gegründete Unternehmen, seit fünf Generationen im Familienbesitz, bietet daneben noch eine eigene Kaffeemarke an. Schwerpunkt im Sortiment ist allerdings die typische „Ostfriesische Mischung".

Indischer Tee der Assam-Provenienz ist dabei die Basis, beigemischt werden nach Hausrezept kleinere Mengen Tee aus Indonesien und Ceylon sowie Darjeeling-Tee. Aromatisierte Teesorten, die vorwiegend in jüngeren Verbraucherkreisen den Konsum ansteigen ließen, sind dagegen in Ostfriesland kaum gefragt.

Über das wertmäßige Umsatzvolumen hüllt man sich bei Bünting in Schweigen, die jeweils im Zollager bereitliegenden 10 000 bis 12 000 Kisten à 50 Kilogramm geben jedoch einen Hinweis auf die Größenordnung. Daß man bei Bünting auch in Zukunft auf Wachstum setzt, beweisen die rund 5 Mill. DM, die jetzt in einem neuen Produktionsbetrieb investiert wurden und zwar durch Umbau eines Teils der hier stillgelegten Produktionsstätte der Olympia-Werke.

Der Optimismus wird auch durch unvermeidbare Preissteigerungen beim Rohtee nicht getrübt, obwohl hiervon vor allem die langblättrigen („orthodoxen") Sorten betroffen sind, die der deutsche Teetrinker bevorzugt. Ursache dafür ist der steigende Verbrauch auch in den Anbauländern. Verstärkt drängen jedoch neue Anbieter auf den Markt, zu denen Kenia, Uganda und neuerdings auch das klassische Teeland China gehören. Sie sind besonders am europäischen Markt interessiert, während für den amerikanischen Markt in erster Linie Argentinien als Anbieter auftritt.

BARMENIA / Deutlicher Kostenanstieg, aber erneut hohe Beitragsrückerstattung

102 DM Leistung für 100 DM Prämie

HARALD POSNY, Wuppertal

Die Barmenia Krankenversicherung a.G. Wuppertal, Nr. 6 unter den privaten Krankenversicherern der Bundesrepublik, hat 1984 den Glanzüberschuß des Vorjahres (99,5 Mill. DM) nicht wiederholen können. Daß für 1984 nur 74,8 Mill. DM (davon gehen 91 Prozent in die Rückstellung für Beitragsrückerstattung) ausgewiesen werden, liegt an den nach Jahren relativer Ruhe wieder deutlich gestiegenen Leistungen. Das gilt vornehmlich für Behandlung und Pflege im stationären Bereich. Die GOÄ hat, so Vorstandsvorsitzender Günter Völker, ihre Bewährungsprobe bestanden. Jetzt gelte es, die Pflegekosten zu harmonisieren.

Mit *Geduld* und *Ausdauer pflegt* das Unternehmen die Möglichkeit der Beitragsrückerstattung bei Leistungsfreiheit, die wirksamer sei als alle Kostendämpfungsappelle. Immerhin haben zwei von drei Versicherten Beitragsrückerstattungen erhalten – und das gilt nicht nur für die Vollversicherten (3 nach 2 Monatsbeiträgen), sondern auch für Zusatzversicherte (1 Monatsbeitrag). 1984 wurden 36 Mill. DM in Form von Beitragsrückerstattungen bzw. zur Milderung von notwendigen Tariferhöhungen an die Mitglieder ausgeschüttet, bzw. verrechnet. Auch für 1985 ist eine Beitragsrückerstattung von 3 Monatsbeiträgen (22 Mill. DM) bereits garantiert. Die Einbeziehung der selbständigen Krankenhaus-Tagegeld- und Kranken-Tagegeldversicherungen sind für 1986 vorgesehen.

Auf diese Weise gehört die Barmenia nicht nur zu den wenigen PKV-Unternehmen, die eine Beitragsrückerstattung ausschütten, sie ist jetzt schon zum dritten Mal auch Spitzenreiter unter denen, die an mittelbaren und unmittelbaren Leistungen mehr für die Versicherten tun als sie an Beiträgen von ihnen erhalten. Für 100 Beitrags-Mark erhalten sie 102,20 DM an Leistungen. Freilich: Alle Krankenhaus-Tarife werden 1985 erhöht, wenn auch die Steigerung durch Einmalbeiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung gedämpft wird. Bei den Vollversicherten dürften sich Erhöhungen und Senkungen in etwa ausgleichen. Um etwa zehn Prozent werden die Tarife für ambulante und Zahnbehandlung gesenkt.

Konstante Beiträge haben 1984 zu einem geringfügig niedrigeren Beitragsaufkommen geführt, 30 Prozent *des Rückgangs resultieren sogar aus* Beitragssenkungen. In der Bestandsentwicklung will die Barmenia im laufenden Jahr stärker vorankommen. Vor allem die bessere Beitragsrückerstattung bietet nach den Worten Völkers günstigere Voraussetzungen. Ein noch nicht lange eingeführter „Kompakttarif", in dem ambulante, stationäre und zahnärztliche Behandlung zusammengefaßt sind, und der mit einem Jahres-Selbstbehalt ausgestattet ist, soll als preisgünstige Alternative zum bisherigen Versicherungsschutz zusätzliches Geschäft bringen. Noch in diesem Jahr kommt eine Pflege-Krankenversicherung in Form eines Tagegeld-Tarifs als eine „für den Kunden preisgünstigere und unproblematischere Variante". Ob auch eine Barmenia-Pflegerentenversicherung kommt, hält Völker einstweilen offen.

Die Barmenia Lebensversicherung hatte 1984 mit 466 Mill. DM ein um 13 Prozent geringeres Neugeschäft, was mit dem Nachfragerückgang bei Hypotheken-Tilgungspolicen begründet wird. Der Bestand erreichte 4,6 (4,4) Mrd. DM Versicherungssumme. Die Kapitalanlagen wuchsen um 9,2 Prozent auf 1,54 Mrd. DM. Ihre Erträge steuerten den maßgeblichen Anteil zum Rohüberschuß bei, der sich unter Berücksichtigung der 1984 eingeführten Direktgutschrift deutlich verbessert hat.

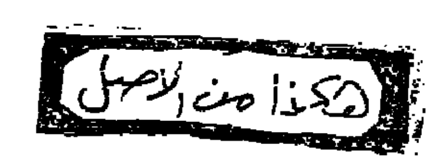
Ein Beitragsaufkommen von 74 *(70) Mill. DM* und eine geringere Schadensquote (51 nach 61 Prozent der Prämie) brachte der Konzern-Sachtochter das bisher beste Ergebnis. Das technische Ergebnis verwandelte sich von einem kleinen Verlust in einen beachtlichen Gewinn von 6,3 Mill. DM. Daran hatte insbesondere die Unfallsparte (40 Prozent Beitragsanteil) besonderen Anteil. Der Jahresüberschuß hat sich von 1,1 auf 4,7 Mill. DM erhöht. Neben 9 Prozent Dividende sind für 1984 27 Prozent Bonus vorgesehen. Im laufenden Jahr wird das Grundkapital von 8 (7) auf 11 Mill. DM erhöht.

Barmenia Kranken	1984	± %
Beiträge (Mill. DM)	517	- 1,3
Aufw. f. Vers. Fälle	419	+ 5,8
Versich.-Leistung [1])	529	- 0,7
Aufw. f. Beitr. Rückerst.	69	- 27,3
Rückst. f. Beitr. Rückerst.	222	+ 17,6
Kapitalanlagen [2])	1 371	+ 8,2
Kapitalerträge [3])	104	- 11,8

in % d. Beiträge	1984	1983	1982
Schadenquote [4])	81,1	75,8	80,6
Leistungsquote [5])	102,2	101,6	101,4
Kostenquote [6])	12,3	11,9	12,2
Überschußquote [7])	14,5	19,0	14,5

[1]) Aufw. f. Vers.-Fälle, Beitr.-Rückerst. sowie Veränd. d. Deckungs- u. Stornorückstellung; [2]) oh. Depotford.; [3]) netto; Durchschnittsrendite: 7,9 (7,8) Prozent; [4]) Aufw. f. Vers. Fälle u. erfolgsunabh. Beitr. Rückerst.; [5]) Vers.-Leistung; [6]) Abschluß- u. Verw. Kosten; [7]) Bruttoüberschuß.





KREISSPARKASSE

Hannover: Geschäft deutlich ausgeweitet

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Kreissparkasse Hannover, unter den deutschen Sparkassen auf Rang 22, ist zuversichtlich, an die günstigen Ergebnisse im Geschäftsjahr 1984 anschließen zu können. In den ersten fünf Monaten liegen die Zuwachsraten deutlich über denen der gleichen Vorjahreszeit, erklärte Vorstandschef Gustav Adolf Schröder. Wenngleich das Betriebsergebnis sinkende Tendenz zeigt und die Zinsspanne (3,14 nach 3,29 Prozent) schrumpft, rechnet Schröder wieder mit einem befriedigenden Ergebnis.

Überdurchschnittliche Zuwachsraten kennzeichneten das Geschäft des Instituts im Jahre 1984. Bei einer um 8 Prozent auf 4,41 Mrd. DM erhöhten Bilanzsumme stiegen die Einlagen um 6,3 Prozent auf 3,5 Mrd. DM und die Ausleihungen um 6,8 Prozent auf 3,2 Mrd. DM. Ende 1984 zählte die Kreissparkasse knapp 720 000 Konten, 2,2 Prozent mehr als 1983.

Nach den Worten Schröders mußte für „echte Abschreibungen aus Kundengeschäften" nur ein einstelliger Millionen-Betrag aufgewandt werden. Gleichzeitig wurden die Sondersammelwertberichtigungen um 8,5 Mill. DM erhöht; an versteuerten stillen Reserven stehen 42 Mill. DM zu Buche.

Der Zinsüberschuß stieg um 2 Prozent auf 136,5 Mill. DM, während der Provisionsüberschuß mit 21,3 Mill. DM und das Betriebsergebnis mit 65,3 Mill. DM nahezu unverändert blieben. Die Abschreibungen auf Forderungen und Wertpapiere verringerten sich auf 13,5 (19,3) Mill. DM. Aus dem Jahresüberschuß von 14,6 (15,2) Mill. DM erhält der Gewährträger, der Landkreis Hannover, 1 Mill. DM; der Rest fließt den offenen Rücklagen zu.

STEAG / Die Investitionen sollen sich in diesem Jahr verdoppeln – Weiterer Ausbau des Fernwärmenetzes

Jahresüberschuß um rund ein Viertel gestiegen

HANS BAUMANN, Essen

Es ist ein hervorragender Abschluß, den die Steag AG, Essen, ihren Aktionären für das Geschäftsjahr 1984 vorlegen konnte. Die Mehrheit des Kapitals von 200 (150) Mill. DM liegt bei der Ruhrkohle AG, eine Schachtel hält die Gesellschaft für Energiebeteiligung mbH, an der das RWE mit 45 Prozent, die Veba mit 26 und die Veba Kraftwerke Ruhr mit 29 Prozent beteiligt sind. Sie billigten den Abschluß mit wieder 14 Prozent Dividende, für die aus dem Jahresüberschuß der AG 28 (21) Mill. DM entnommen wurden. Weitere 28 (22,5) Mill. DM wurden in die freie Rücklage eingestellt, die jetzt 333 (294) Mill. DM beträgt. Der Jahresüberschuß des Konzerns lag mit fast 58 Mill. DM rund ein Viertel über dem Ergebnis des Vorjahres.

Alle Geschäftsbereiche des Konzerns haben nach Auskunft des Vorstandsvorsitzenden Hans Krämer mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen. Die Ertragskraft des Unternehmens hat sich noch einmal verbessert. Während die Gesellschaft früher steuerfreie Einkünfte aus dem Ausland und Investitionszulagen zur Rücklagenbildung verwenden konnte, mußten die neuen Rücklagen 1984 versteuert werden. Dadurch sank der Brutto-Cash-flow auf 217 (258) Mill. DM.

Investiert wurden im Berichtsjahr 149 Mill. DM, das sind 28 Mill. DM mehr als im Vorjahr. Der Cash-flow überdeckt den Aufwand bei weitem. Die Zahl der Mitarbeiter betrug zum Bilanzstichtag 3919 (4029). Von der Unternehmensleistung von fast 3 Mrd. DM gingen allein 332 Mill. an die Mitarbeiter. Rund 2,3 Mrd. Mark entfielen auf Lieferantenleistungen, davon allein 779 Mill. DM an den Ruhrbergbau für 8,5 Mill. Tonnen Steinkohle, woraus sich ein Preis je Tonne von 92 DM errechnet.

Der Umsatz der Steag stieg nur um 1 Prozent auf rund 2,8 Mrd. DM. Die Stromerzeugung aus Steinkohle brachte im Bereich der Kraftwirtschaft ein Plus um 4 Prozent auf gut 2,4 Mrd. Mark. Die eigene Kraftwerkskapazität beträgt Ende 1985 4107 (3682) MW. Die Kraftwerksleistung der Steag einschließlich Dampf, Druckluft und Wärme erhöhte sich um 3 Prozent auf 15,8 Mrd. kWh.

Die Steag arbeitet weiter am Ausbau ihres Fernwärmenetzes. Die Anschlußleistung erhöhte sich um 62 auf jetzt 1339 MW. Die Wärmeabgabe betrug 2,44 Mrd. kWh, 1 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Umsatz der Fernwärme erhöhte sich um 6 Prozent auf 151 Mill. DM. Einen deutlichen Rückgang mußte Steag bei der Kernenergie hinnehmen; der Umsatz verminderte sich um 31 Prozent auf 98 Mill. DM. Ursache waren die um 35 Prozent gefallenen Uranpreise und die geringere Nachfrage nach Kernbrennstoffen. Die Tochter Kessler + Lug litt an der flauen Baukonjunktur und verlor mit 100 Mill. DM rund 15 Prozent Umsatz. Der Auftragsbestand stieg jedoch um 15 Prozent auf 151 Mill. DM.

Krämer teilt die Auffassung des Kartellamtes nicht, daß die Veba bei Übernahme weiterer Ruhrkohleanteile von der Sidéchar nachteiligen Einfluß auf die Steag nehmen könnte. „Wir sind und bleiben ein Dienstleister in Sachen Energie und der Verstromer für die Ruhrkohle", sagte er.

Für 1985 erwartet er ein Umsatzvolumen in Höhe des Berichtsjahres. Die Investitionen werden mit rund 300 Mill. DM jedoch etwa doppelt so hoch sein wie 1984. Hier spielen neben dem Bau neuer Kraftwerkskapazitäten die Aufwendungen für den Umweltschutz (Entschwefelung und Pilotprojekte für die Erstickung) eine besondere Rolle.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Friedberg: Nachl. d. Karl Franz Brack; **Göppingen:** Wehr-Fachwerkhaus GmbH, Donzdorf 2; **Hannover:** Peter Laufer, Friseur; Jürgen Rohr, Speditionskaufm.; **Herford:** Mobil-Möbel GmbH & Co., Herstellungs- u. Vertriebs-KG; **Krefeld:** Manfred Ramminger, Architekt; **Nördlingen/Donauwörth:** Mebert GmbH & Co. Bauunternehmung KG, Oettingen; **Passau:** HS Lackier GmbH, Salzweg; **Ravensburg:** Monika Motzkus geb. Kirmer, Inh. v. Michas Blumenstüble, Ravensburg; **Remscheid:** Habicht GmbH, Solingen 11; **Schwelm:** Henke Transporte GmbH & Co. KG, Ennepetal; Henke Transport GmbH, Ennepetal; **Stuttgart:** Praktika Bauunternehmung GmbH, Böblingen; GSB – Genossenschaft Schwäbischer Bauhandwerkbetriebe eG i. L.; **Stuttgart-Bad Cannstatt:** Komplett-Küchen GmbH; Walter Kappesser, Inh. e. Bauunternehmung; **Tauberbischofsheim:** Nachl. d. Gerhard Wagner, Steinmetzmeister, Wertheim/Main; **Tübingen:** Nachl. d. Albert Kehrer; **Varel:** Günter Möhrke, Steuerberater; **Weißenburg:** Nachl. d. Hermann Pfeiffer, Markt Berolzheim; **Winsen:** SANA Heilmittel GmbH biologisch-pharmazeutische Erzeugnisse, Seevetal 11.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Augsburg: Gisela Selle geb. Nagel.

Vergleich eröffnet: Wetzlar Zwgst. Braunsfels: Nema Rückgewinnungsanlagen GmbH, Solms-Oberndorf.

Vergleich beantragt: Burgwedel: Betonsteinwerk Wedemark GmbH, Wedemark; **Hannover:** Windsurfing Studio Handelsges. mbH; **Worms:** Kondor Bauelemente Handelsges. mbH, Alsheim.

NAMEN

Dr. Karl-Ludwig Bresser, Vorstandsmitglied der Dresdner Bank AG, ist zum Vorsitzenden der Bankenvereinigung Nordrhein-Westfalen gewählt worden.

Bernd M. Metz (43) ist als weiteres Mitglied in den Vorstand der Hammer Bank Spadaka eG, Hamm/Westfalen, berufen worden.

Wolfgang Rolshoven (39), Vorstandsmitglied der Migros Bank AG, Düsseldorf, ist zum Vorsitzenden der Wirtschaftsjunioren in Nordrhein-Westfalen bestellt worden.

Helmut Huber (47) ist mit Wirkung vom 1. Juni 1985 zum Geschäftsführer der DeTeKom Gesellschaft mbH für Bürokommunikation, Frankfurt, bestellt worden, einer neugegründeten Tochtergesellschaft der DeTeWe AG, Berlin.

Werner Kalauch, Mitglied der Geschäftsleitung der Franken WKV Bank GmbH, Nürnberg, vollendet heute das 65. Lebensjahr und tritt am 30. Juni 1985 nach 23jähriger Tätigkeit als Geschäftsführer in den Ruhestand.

Dr. Wolfram Goebel (40), Mitglied der Geschäftsleitung des Deutschen Taschenbuch Verlag, München, wird ab 1. Januar 1986 als Geschäftsführer in die Leitung des Bärenreiter-Verlages, Kassel, eintreten.

SCHWÄBISCHE ZELLSTOFF AG / Prognose unmöglich

Wieder in schwarzen Zahlen

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Schwäbische Zellstoff AG, Ehingen/Donau, will „alle Kräfte darauf konzentrieren", nach drei dividendenlosen Jahren für das Jahr 1985 die Dividendenzahlung wieder aufnehmen zu können. Eine Einschätzung der Ergebnisentwicklung des laufenden Jahres sei nach Angaben der Verwaltung mit großen Unwägbarkeiten behaftet. Einerseits sei die Beschäftigungslage bei wichtigen Abnehmergruppen wie der Papier- und Hygiene-Industrie noch gut. Andererseits bewirkten neue Produktionskapazitäten in verschiedenen Ländern bereits einen drastischen Preisverfall bei Papierzellstoffen.

Durch Wettbewerbsdruck und Überkapazitäten müsse also eher mit Erlöseinbußen gerechnet werden. Überdies habe sich auf der Kostenseite das Laubholz um etwa 8 Prozent und das Nadelholz sogar um 25 Prozent verteuert. Hinzu kämen höhere Energiekosten.

Im Geschäftsjahr 1984 hatte das Unternehmen bei insgesamt günstiger Marktlage in dieser Branche den Zellstoffverkauf um 30,8 Prozent auf 92 500 Tonnen gesteigert. Der Exportanteil vergrößerte sich dabei auf 50 (Vorjahr: 32,6) Prozent. Die Produktion stieg um 7 Prozent auf 80 000 Tonnen, es wurden also 12 500 Tonnen vom Lager verkauft. Die Umsatzerlöse erhöhten sich um 34 Prozent auf fast 132 Mill. DM. Es ergab sich ein Jahresüberschuß von 2,48 Mill. nach einem Verlust von 1,97 Mill. DM im Vorjahr. Der nach dem Verlustausgleich verbleibende Bilanzgewinn von 0,54 Mill. DM wird vorgetragen. Die Investitionen beliefen sich auf 7,5 (5,6) Mill. DM bei 6,7 (6,9) Mill. DM Abschreibungen. Annähernd verdoppelt auf 11,4 (5,8) Mill. DM hat sich der Cash-flow. Am Grundkapital von 12,5 Mill. DM sind die Colonia Versicherung und die Victoria Feuer-Versicherung jeweils mit mehr als 25 Prozent beteiligt.

REIDEMEISTER / Überschüsse drücken die Preise

Erfolg mit edlen Weinen

W. WESSENDORF, Bremen

Reidemeister & Ulrichs, traditionell auf edle Weine aus Frankreich, Italien und Spanien spezialisiertes Importhaus in Bremen, meldet zweistellige Zuwachsraten für rote und weiße Bordeaux-Weine, Burgunder und italienische Weine. Dagegen mußten beim französischen Landwein, der im direkten Verdrängungswettbewerb stehe, Rückgänge hingenommen werden. „Und diese Tendenz hat sich 1985 fortgesetzt", sagte der geschäftsführende Gesellschafter Michael Bömers.

Der Weinumsatz erreichte im Geschäftsjahr 1984 insgesamt mit 42 Mill. DM das gleiche Ergebnis wie im Vorjahr, mit weiterhin stärkerer Gewichtung höherer Gewächse. Der Gesamtumsatz des Firmenverbandes einschließlich Rolandmarken-Import stieg um knapp 9 Prozent auf 88 Mill. nach 81 Mill. DM im vorausgegangenen Jahr.

Die Bilanzsumme von rund 30 Mill. DM weist als wichtigsten Posten Vorräte in Höhe von 14 Mill. DM und Forderungen von 12 Mill. DM aus. Die Eigenmittel erreichen rund 60 Prozent der Bilanzsumme, kurzfristige Bankkredite wurden am Bilanzstichtag nicht in Anspruch genommen.

„Die Preise haben uns sehr zu schaffen gemacht", erklärte der Generalbevollmächtigte von R. & U., Theodor Lessing. Die Lage auf dem deutschen Markt im Jahre 1984 sei durch Überdruck und Verdrängungswettbewerb gekennzeichnet. Selbst zu billigen Preisen hätten sich die Überschußmengen aus den deutschen Superernten 1982 und 1983 nicht absetzen lassen. Der Pro-Kopf-Verbrauch, der mit 22,5 Liter pro Jahr angegeben wurde, stagniere.

Am Ende des Weinwirtschaftsjahres 1983/84 lagen die Bestände deutscher Weine um 142 Prozent höher als drei Jahre zuvor. In Frankreich stiegen sie in derselben Zeit nur um knapp 7 Prozent. „Derartige Bestände verstopfen den Markt nicht nur für deutsche sondern für alle Weine", meinte Bömers. Der schon im Vorjahr gedrückte Durchschnittspreis im Lebensmittelhandel sei noch einmal um 13 Prozent gesunken.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

WMF kürzt Dividende

Stuttgart (nl.) – Die Verwaltung der Württembergische Metallwarenfabrik AG (WMF), Geislingen/Steige, schlägt der HV am 26. Juli 1985 vor, für das Geschäftsjahr 1984 eine jeweils von 6 auf 4 DM gekürzte Dividende je 50-DM-Aktie für 40 Mill. DM Stammaktien und 10 Mill. DM Vorzugsaktien auszuschütten. Die Rheinmetall Berlin AG, Düsseldorf, hält die Mehrheit der Stammaktien.

Fünf DM bei Agab

Frankfurt (VWD) – Unverändert 5 DM Dividende je 50-DM-Aktie schlägt die Verwaltung der Agab Aktiengesellschaft für Anlagen und Beteiligungen, Frankfurt, der HV am 19. Juli für das Geschäftsjahr 1984 vor. Der Bilanzgewinn wird mit rund 6,1 Mill. DM angegeben. Der Restbetrag soll vorgetragen werden. Gewinnberechtigt sind erstmals 60 (40) Mill. DM Grundkapital.

US-Großauftrag

Friedrichshafen (dpa/VWD) – Die Zahnradfabrik Friedrichshafen AG (ZF), Friedrichshafen, hat von dem US-Automobilkonzern Ford einen Großauftrag zur Produktion von jährlich 100 000 Fünfgang-Getrieben für leichte Lkw erhalten. Wie ZF mitteilte, werde mit diesem über fünf Jahre laufenden Projekt die Entlassung von 300 Mitarbeitern verhindert. Mit einem Investitionsaufwand von mehr als 100 Mill. DM soll bis Januar 1986 eine neue Fertigungshalle gebaut werden. Im Drei-Schicht-Betrieb wird ZF dann monatlich 8500 leichte Lkw-Getriebe für die Ford-Montage in USA und Kanada produzieren.

Ertrag gehalten

Frankenthal (VWD) – Die Frankenthaler Brauhaus AG, Frankenthal, erzielte 1984 wieder ein „befriedigendes" Ergebnis. Trotz Absatzrückgang konnten, wie es im Geschäftsbericht heißt, durch Kosteneinsparungen die Ertragslage gehalten und wieder rund 0,72 Mill. DM Gewinn an die Henninger-Bräu AG, Frankfurt, abgeführt werden, mit der ein Unternehmensvertrag besteht.

EAM erhöht auf 14 Prozent

Kassel (VWD) – Eine von 13 auf 14 Prozent erhöhte Dividende auf 90 Mill. DM Grundkapital wird der Hauptversammlung der Elektrizitäts-AG Mitteldeutschland (EAM), Kassel, am 27. Juni für das Geschäftsjahr 1984 vorgeschlagen. Den Bilanzgewinn gibt die Verwaltung in der Tagesordnung zur HV mit 12,6 (Vorjahr 11,7) Mill. DM an.

VOGEL / Münchener Verkehrsverlag besteht 50 Jahre

Langsameres Wachstum

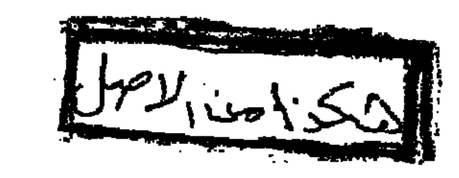
DANKWARD SEITZ, München

Mit neuen Strategien hofft der Münchener Verlag Heinrich Vogel GmbH, dessen Programm rund 2000 Produkte und sieben Fachzeitschriften aus allen Bereichen des Straßenverkehrs umfaßt, in den nächsten Jahren stetig wachsen und seine Marktführerschaft ausbauen zu können. Keineswegs wird dabei allerdings das Tempo einzuhalten sein, wie Geschäftsführer Bernhard von Minckwitz und Verlagsleiter Hans-Rainer Greger meinen, das der 1935 von Heinrich Vogel gegründete Verlag seit der Übernahme durch die Verlagsgruppe Bertelsmann im Jahr 1970 vorgelegt hat: eine Umsatzsteigerung von 8 Mill. auf knapp 40 Mill. DM 1984, was einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 33 Prozent jährlich gleichkommt.

Nominal wird der Umsatz 1985, so von Minckwitz, kaum mehr als um 2 Prozent zunehmen. Allmählich bekommen nämlich auch die rund 10 500 deutschen Fahrschulen den „Pillenknick" zu spüren. Und die sind eine „wesentliche Säule" des Verlags, der etwa 6000 Fahrschulen mit Prüfungsbögen, Schaubildern, Videofilmen, Raumausstattungen bis hin zur Funkanlage für die Motorrad-Fahrausbildung beliefert und zudem noch Führerscheinformulare druckt. Marktbedingt kann auch bei den Fachzeitschriften, Flaggschiff ist hier die „Verkehrsrundschau" mit einer Auflage von etwa 14 000 Exemplaren, nicht mit großem Wachstum gerechnet werden.

So beziehen sich denn die neuen Strategien, wie Greger andeutete, in erster Linie auf Organisationsmittel für Behörden, den gewerblichen Güter- und Personenverkehr sowie die Verkehrserziehung in Kindergärten und Schulen. Ausbauen möchte man auch das bisher „mehr sporadisch betriebene, aber gute" Fahrschul-Geschäft mit Ländern des Nahen und Mittleren Ostens und Afrikas. Zusätzliche Chancen könnte auch ein neues, EG-einheitliches Verkehrsrecht in den nächsten Jahren eröffnen.

Über die Ertragslage des 150-Mitarbeiter-Verlags, der 1985 etwa ein Viertel zum Umsatz von 250 Mill. DM der Fachverlagsgruppe Bertelsmann beisteuern soll, schweigen von Minckwitz und Greger. Daß diese jedoch recht gut sein muß, kann daraus geschlossen werden, daß der einstige Kaufpreis bereits nach etwa fünf Jahren verdient war und der Verlag auch heute noch immer die hohen Anforderungen der Bertelsmann-Gruppe bezüglich der Kapitalverzinsung erfüllt.



Rentenmarkt war gehalten

Der Rentenmarkt lag an der Dienstagbörse wieder völlig im Schatten des Aktienmarktes, auf den sich das Anlageinteresse konzentrierte. Bei den meisten festverzinslichen Wertpapieren änderten sich die Kurse so gut wie nicht, was bedeutet, daß auch keine nennenswerten Abgaben zu verzeichnen waren, eigentlich eben nur minimales Geschäft. Die Notierungen öffentlicher Anleihen wurden bei den schmalen Umsätzen bis um einen Zwanzigstel-Prozentpunkt heraufgesetzt. Auch DM-Auslandsanleihen wurden praktisch kaum beachtet.

Bundesanleihen

			11.6.	10.6.
F	7½ Bund 79 I	7/85	100,1	100,1
F	8 dgl. 74 IV	10/85	100,65G	100,65G
F	5½ dgl. 76 II	5/86	99,85bG	99,85
F	5¾ dgl. 78	5/86	99,7	99,7
F	7½ dgl. 76 I	12/86	101,95	101,9
F	6½ dgl. 79	1/87	102,05	102,05
F	7¼ dgl. 76 II	1/87	100,95G	100,95
F	6¾ dgl. 77	4/87	101,55bG	101,55
F	6½ dgl. 77	7/87	101,15	101,1
F	6 dgl. 77	10/87	100	100
F	6 dgl. 78 I	1/88	99,7	99,7
F	6½ dgl. 78 I	9/88	101,15	101,15G
F	6¼ dgl. 78 II	12/88	101	101
F	6½ dgl. 79	1/89	101,45	101,4
F	7¼ dgl. 79 I	4/89	103	102,95
F	10 dgl. 81 I	4/89	110,9bG	110,85
F	7½ dgl. 79 I	6/89	105,85	105,35
F	8 dgl. 79 I	7/89	104,75bG	104,7
F	8 dgl. 79 II	8/89	104,8bG	104,75
F	7½ dgl. 79 II	9/89	105,55	105,25
F	7¾ dgl. 79 II	11/89	104bG	104
F	7¾ dgl. 80	1/90	104bG	103,75
F	10 dgl. 80	4/90	112,35	112,35
F	5¾ dgl. 78	5/90	96,75	96,7
F	8¼ dgl. 80 I	7/90	106,3G	106,3
F	8¼ dgl. 80 II	11/90	106,4bG	106,3
F	7¾ dgl. 82 I	11/90	104,4bG	104,35
F	9 dgl. 81	2/91	108,75	108,75
F	7½ dgl. 85 III	6/91	103,4bG	103,35
F	10¾ dgl. 81	7/91	115,2	115,2G
F	10¾ dgl. 81	9/91	117,95G	117,95
F	10 dgl. 81 II	12/91	114,55	114,55
F	9¾ dgl. 82 I	1/92	113,1	113,1
F	9¾ dgl. 82 II	3/92	113,3	113,3G
F	9½ dgl. 82	4/92	112,3G	112,3G
F	9 dgl. 82 I	5/92	109,8	109,7
F	8½ dgl. 82	6/92	107,35	107,3
F	9 dgl. 82 II	8/92	109,8G	109,8
F	8¾ dgl. 82	9/92	108,5	108,5
F	7¾ dgl. 82 II	12/92	104,1	104,05
F	7¾ dgl. 83	1/93	102,45	102,35
F	6 dgl. 78 II	3/93	95,2	95,3
F	7¾ dgl. 83 II	3/93	102,65	102,55
F	8¼ dgl. 83	6/93	106,45	106,45
F	8 dgl. 83	7/93	104,95	104,95
F	8¼ dgl. 83 II	8/93	106,5	106,5
F	8¼ dgl. 83 III	10/93	106,45	106,45
F	8¼ dgl. 83 IV	11/93	106,5	106,5
F	8¼ dgl. 83 V	12/93	106,45	106,45
F	8¼ dgl. 84	1/94	106,7	106,65
F	8¼ dgl. 84 II	2/94	106,6	106,6
F	8 dgl. 84	3/94	105,2bG	105,2
F	8¼ dgl. 84 III	6/94	106,8	106,8
F	8¼ dgl. 84 IV	7/94	106,85	106,85
F	8¼ dgl. 84 V	8/94	106,9	106,9
F	7½ dgl. 84	10/94	102,7	102,65
F	7 dgl. 84	12/94	99,95	99,85
F	7 dgl. 85	1/95	99,9bG	99,75
F	7¼ dgl. 85	2/95	101,3bG	101,25
F	7¾ dgl. 85	3/95	103,65bG	103,6
F	7½ dgl. 85	95	102,7bG	102,65
F	7¼ dgl. 85	95	101,25	101,2
F	7½ Obl. 80 S.8	8/85	100,25	100,25
F	8¼ dgl. 80 S.9	10/85	100,75	100,75
F	8¼ dgl. 80 S.10	1/86	101,7	101,65
F	7¾ dgl. 84 S.50	11/89	101,55G	101,55
F	7 dgl. 84 S.51	12/89	100,75	100,75
F	6¾ dgl. 84 S.52	2/89	99,95	99,95
F	7¼ dgl. 85 S.53	90	101,45	101,45
F	7 dgl. 85 S.54			
F	6 dgl. 76 II	7/88	99,3	99,2
F	6½ dgl. 77	5/87	100,05bG	100,05
F	8 dgl. 79 I	7/89	104,5	104,4
F	6 dgl. 78 I	2/90	97,5	97,4
F	8 dgl. 80 II	7/90	104,9	104,85
F	9 dgl. 81	3/91	108,7bG	108,65
F	10½ dgl. 81	9/91	116,25	116,25
F	10¼ dgl. 81	11/1	115,6	115,6
F	8 dgl. 80 I	2/92	104,45bG	104,2
F	10 dgl. 82	2/92	114,4G	114,35
F	9½ dgl. 82	7/92	112,35	112,25
F	8 dgl. 82	11/92	104,4	104,5
F	7¾ dgl. 83	1/93	103,4	103,3
F	8¼ dgl. 83	10/93	106,35	106,35
F	8¼ dgl. 84	6/94	106,65	106,55
F	7¾ dgl. 84	10/94	102,2	102,15
F	7½ dgl. 85	1/95	100,15	100,1

Bundesbahn

F	7 dgl. 77	2/87	101,5	101,5
F	6 dgl. 77	9/87	99,9bG	99,9

Bundespost

F	6½ Bdpost 68	6/88	100,05	100,05G
F	8 dgl. 72 I	9/87	103,05	103
F	8 dgl. 80	3/90	104,9G	104,9
F	7¾ dgl. 80	9/90	103,9	103,9
F	8¾ dgl. 80	12/90	108,05G	108,05
F	10 dgl. 81	3/89	110,5	110,5
F	10½ dgl. 81	6/89	112,15	112,1
F	10½ dgl. 81	10/91	116,5	116,5
F	9¾ dgl. 82	2/92	113,05	113,05
F	8¾ dgl. 82	6/92	108,3G	108,3
F	8½ dgl. 82	10/92	107,4	107,35
F	7¾ dgl. 83	2/93	103,6	103,6
F	8½ dgl. 83	9/93	107,55G	107,55
F	8¼ dgl. 84	3/94	106,4	106,4
F	8 dgl. 84	9/94	105	105
F	7 dgl. 85	97	100	100

Länder – Städte

S	6¼ Bd.-Württ. 78	86	100,2bG	100,2bG
S	8¼ dgl. 82	92	105,7bG	106bG
M	6½ Bayern 67	87	105G	105G
M	6 dgl. 68	86	99,9bG	100G
M	6 dgl. 78	88	98,7bG	98,7bG
M	8¼ dgl. 80	90	107G	107G
M	8¾ dgl. 82	92	108G	108G
M	7½ dgl. 83	93	102,4bG	102,5G
M	8 dgl. 84	94	104,7bG	104,7bG
M	7¼ dgl. 85	95	100	100
B	8½ Berlin 70	85	100,6	100,6
B	8 dgl. 72	85	100,05	100,1
B	6½ dgl. 78	88	100,25	100,25
B	8¼ dgl. 80	88	106,25	106,25
Br	7¾ Bremen 71	87	101,5G	101,5G
Br	8 dgl. 72	87	101,75G	101,75G
Br	7¾ dgl. 83	93	101,6G	101,6G
H	8½ Hamburg 70	85	100,5G	100,5G
H	6½ dgl. 77	92	100,1	100,1G
H	8 dgl. 80	97	104,15	104,15G
H	9¼ dgl. 82	92	112,9	115
H	7¼ dgl. 85	92	101,65	101,75
H	8¼ dgl. 84	94	105,75	105,75
F	8 Hessen 71	86	101,7G	101,7
F	6¼ dgl. 78	88	99,25	99,25
Hn	8½ Niedersa. 70	85	100,7G	100,7G
Hn	7½ dgl. 72	87	101,9G	101,9G
Hn	8 dgl. 72	87	102,9bG	102,9G
Hn	7½ dgl. 79	87	102,3G	102,3bG

Pfandbriefe und Kommunalobligationen (Auszug)

M	6½ dgl. Pf 12	95,5G	95,5G
M	7 dgl. Pf 20	100,75G	100,75G
B	5 Berl.Pfandb. Pf 7	102,5G	102,5G
B	7 dgl. Pf 51	100,5G	100,5G
B	6 dgl. Pf 54	98,25G	98,25G
B	6½ dgl. Pf 57	100G	100G
Hn	5 BrHann. Hypo Pf 1	110G	110G
Hn	7 dgl. Pf 80	96,25G	96,25G
Hn	7½ dgl. Pf 87	101,5G	101,5G
Hn	6 dgl. KS 29	87,5G	87,5G
Hn	7 dgl. KS 30	101,15G	101,15G
D	5 Dt.Cenbod. Pf 44	120,5G	120,5G
D	5 dgl. Pf 54	116G	116G
D	6 dgl. Pf 109	84G	84,1bG
D	6½ dgl. Pf 125	95G	95G
D	6 dgl. Pf 28	98G	98G
D	6½ dgl. Pf 67	90G	90G
D	5½ dgl. KO 34E	128G	128G
D	7½ dgl. KO 77	100G	100G
S	5 RhHyp Mannh Pf59	110G	110G
S	5½ dgl. Pf 109	78G	78G
S	7 dgl. Pf 125	101,25G	101,25G
S	7 dgl. Pf 128	97,5G	97,5G
S	8 dgl. Pf 177	101,25	101,4G
S	6 dgl. KS 77	87G	87G
Br	5 St.Kr Ol-Br Pf17	124,25G	124,25G
Br	5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
Br	5 dgl. Pf 56	91,45G	91,45G
Br	5½ dgl. Pf 45	91G	91G
Br	6 dgl. Pf 56	86,25G	86,25G
Br	7 dgl. Pf 61	96,1G	96,1G
M	5 Bayer.Hypo Pf 33		
M	5½ dgl. Pf 11	133G	133G
M	6 dgl. Pf 34	82,5G	82,5bG
M	6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
M	6½ dgl. Pf 10	89,75bG	89,75G
M	6 dgl. KS 1	99,9G	99,9G
M	6 Ldo. Aufb. IS 15	100G	99,75bG
M	6 dgl. IS 16	99,65G	99,65bG
M	6 dgl. IS 17	99,5bG	99,4bG
M	8½ dgl. KO 49	100,5G	100,5G
M	8½ dgl. KO 48	100,3G	100,3G
M	7½ Bay.Lbkgz. Pf 105	101,8G	101,8G
M	5 Bayer.Vereb. Pf 11	121,5bG	121,5G
M	6 dgl. Pf 4	96,5G	96,5G
M	6½ dgl. Pf 3	93,5G	93,5G
H	6½ dgl. Pf 42	100,3G	100,3G
Hn	7 Nord. Lbk. Pf 1	100,3G	100,3G
Hn	7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
Hn	8 dgl. Pf 10	100,1G	100,1G
Hn	9 dgl. KO 53	100,1G	100,1G
Hn	7½ dgl. IS 6	101,5G	101,5G
Hn	10 dgl. IS 37	100,3G	100,3G
F	5 Pfälz. Hypo. Pf 48	116G	116G
F	6 dgl. Pf 58	91,3G	90,7G
F	6 dgl. Pf 95	83G	82,1G
F	7 dgl. Pf 114	100G	100G
D	5 RW Bodencr. Pf C	129G	129G
D	5½ dgl. K	107G	107G
D	4 dgl. Pf 18	107G	107G

F	7¼ dgl. 71	100,5G	100,5G
F	7½ dgl. 76	100,75	101T
F	7½ Klöckner W. 71	100,25G	100,25G
F	8 dgl. 72	101,5	101T
F	6 HWK 61	99,8G	99,8G
F	6 dgl. 62	98,75G	98,75G
F	6 Ob.Don.Krwk. 64	98,6T	98,6T
F	6 Rh Briw. 65	97,7T	97,7T
F	6 dgl. 65	98T	98T
F	6 RWE 63	99T	99T
F	6 dgl. 65	97,75T	97,75T
F	7¼ dgl. 71	100,6T	100,85
F	7 dgl. 72	100G	100G
F	6 Rh.-M.-Don. 62	99,8G	99,8G
F	6½ dgl. 68	102,1G	102,1G
F	8 Schleswag 71	100,5G	100,5G
F	7½ Thyssen 71	100,4G	100,4G
D	5½ dgl. 78	97,7	97,7G
D	7 dgl. 79	101	101

Industrieanleihen

F	6 Badenwk. 78	98	98
F	8 Chem. Hüls 71	100,5G	100,5G
F	7¾ Conti Gummi 71	100,35T	100,35T
F	4½ Harpen 59	2450G	2450G
F	7½ Hoesch 71	100,25G	100,25G
F	7½ Karstadt 71	100,25G	100,25G
F	7½ Kaufhof 71	100,25G	100,25G

DM-Auslandsanleihen (Auszug)

F	3½ dgl. 83 m. O.	140	160
F	3½ dgl. 83 o. O.	89,85	89,75
F	4 Dresdn.Bk. 83 m. O	116,5T	116,5
F	4 dgl. o. O.	91	91
F	4 dgl. 84 m. O.	140,1	139,2
F	4 dgl. 84 o. O.	104,75	104
F	3½ Fuji 84 m. O.	111	112
F	3½ dgl. 84 o. O.	86,5	86,4
F	3½ Hanwa 84 m. O.	102,5	101G
F	3½ dgl. 84 o. O.	89	89
F	7½ Jap. Synth. 82 m.O.	700G	700G
F	7½ dgl. 82 o. O.	101,75	101,75
D	8½ Queensl. A. 70	100,5G	100,5G
D	7 RENFE 79	100,05bG	100,5T
D	10 dgl. 82	110,75	110,75
D	8¼ dgl. 83	104,25	104G
D	7¾ Sumito F. 82	101,9G	101,95
D	7½ Sun Int. 73	100,05	–
D	7¾ Svenska C. 73	100G	100G
D	10¼ dgl. E. 81	109G	109
D	9½ Svensk. Ex. 82	104,35	104,35G
D	5½ Tasmaut. 78	95,95	95,5bG
D	9¼ dgl. 82	112,25G	112,45bG
D	6 TVO-Kraftw. 78	97,75G	97,75

Weitere Rubriken: Sonderinstitute · Optionsscheine · Optionsanleihen · Wandelanleihen · Währungsanleihen · Düsseldorf · DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM

M	Fed. Nat. Mortg.	60,5	59,9
D	Fiat St.	5,45	5,25bB
D	dgl. Vz.	4,7	4,6
F	Finsider	0,13G	–
D	Fisons	13,9T	14G
M	Fluor	51,5	52
D	Ford	139	140
F	Fujitsu	13,8	13,5
F	General Electric	190	191,8
F	General Food	223T	224G
F	General Mining	47,5	48
D	General Motors	231bG	231
F	Océ v. d. Grint	285G	290
F	Olivetti St.	10,5	10,35
F	Olivetti Vz.	9,3bB	9,2
F	Olympus Optical	15,2	15
H	v. Ommeren	268	268
F	Omron Tateisi	18,6	18,6
F	Pacific Telesis	232,5	234
F	Pakhoed	56,8	56,5
F	PanAm	19,4	20,1
D	Parker Drilling	17,1	17,3
F	Parker Hannifin	94G	93G
F	Pelda Wallsend	9	9
D	dgl. Nam B	83T	83T
M	Wang Labor	50,1	50
F	Warner Commun.	90	90
F	Warner Lambert	126G	125,1
F	Wells Fargo	190G	188
M	Western Deep L.	132	129
M	Western Mining	7,85	7,7
M	Westinghouse El.	107	106,2
F	Westl.-Utrecht H.	93	92
M	Weyerhaeuser	90	89,8
M	Wheelock Marden	ausges.	ausges.
D	Xerox Corp.	152	153



Aktien wieder auf der Hausse-Straße

In- und ausländische Anleger kauften erneut ihre Favoriten

DW. – Bei großen Umsätzen kehren die Aktienmärkte wieder auf die Hausse-Straße zurück. Bei freundlicher Grundtendenz über fast die ganze Breite der Märkte kam es unter den Favoriten zu Kurssprüngen. Neue Zugpferde wurden in den Vordergrund gestellt. Weil spekulative Engagements bereinigt wurden, ist der Kursblick nach oben wieder frei geworden. Offensichtlich machten Ausländer das Geschäft, was sich daran zeigte, daß bei den von deutschen Anlegern bevorzugten Werten die Kursentwicklung noch verhaltener war.

Neuer Tagesfavorit war die BMW-Aktie. Offensichtlich orientiert man sich an den blendenden Gewinnaussichten des Unternehmens und am besonders erfolgreichen Auslandsgeschäft. Favoriten waren auch Versicherer. Die Farbennachfolger stiegen bis um gut 3 DM, am Elektromarkt Siemens um 11 DM und AEG vorügergehend um 3 DM. Warenhäuser freundlich. Commerzbank, deren Genußscheinbezugsrecht mit 2,75 DM knapp 1 DM über der rechnerischen Parität notiert wurde, stiegen ex Bezugsrecht auf 206,50 DM (205 DM). Im übrigen lagen Banken freundlicher, ebenso Warenhäuser. Unter den Stahlaktien kletterten Thyssen um 4,50 DM auf 110,50 DM. *Maschinenbauer lagen* behauptet, Stromversorgungswerte freundlicher.

Frankfurt: Krauss Maffei verloren 55 DM auf 1795 DM und Dt. Atlanten 10 DM auf 450 DM. Schloßquelle Heidelberg gaben um 10 DM und MAB Vz. um 10 DM nach. Kupferberg wurden um 33 DM angehoben.

Düsseldorf: Hein. Lehmann und *Keramag* verloren 4 DM. Deutsche Texaco sanken um 8 DM, Audi NSU um 9 DM und Conc. Chemie um 10 DM. Zu den Gewinnern gehörten Düwag mit plus 2,50 DM, Scheidemandel mit plus 5 DM und Buckau mit plus 6 DM.

Hamburg: Vereins- und Westbank gelangten 1 DM höher zur Notiz. Hypothekenbank Hamburg gaben um 0,50 DM nach. Phoenix Gummi erhöhten um 9,90 DM. NWK Vz. stockten um 3 DM auf. HEW und Beiersdorf verbesserten *sich um 0,50 DM.*

Berlin: Schering zogen um 14 DM und Berliner Elektro um 7 DM an. Kempinski wurden um 4 DM und Herlitz Vz. um 3 DM heraufgesetzt. Berliner Bank erholten sich um 0,70 DM. Dt. Hypobank Berlin wurden um 4 DM zurückgenommen.

München: Aigner verloren 3,50 DM, Audi AG 5 DM und Brauhaus Coburg 20 DM. Wanderer und Bay. Llyod gaben um je 5 DM nach. Aufstocken konnten Bay. Hartstein um 20 DM und Südchemie um 15 DM. Erlus AG verbesserten sich um 2 DM.

***Stuttgart:** Porsche holten 18 DM* auf. Daimler legten 4 DM und Mercedes 3 DM zu. Kolbenschmidt verteuerten sich um 4 DM. IWKA zogen um 4,50 DM an. Zeiss Ikon verbuchten einen Gewinn von 10 DM.

Nachbörse: fest

WELT-Aktienindex: 194,4 (192,9)
WELT-Umsatzindex: 5140 (5988)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Inland

		11.6.	10.6.
H	Aach M Bed.9+2,50	1390	1345
H	Aach. M. Vers. 7	565	555
D	Aach. Rück. 9	1440	1340
D	Asnog *4	455T	455exD
M	Ack-Gögg. 4	125	125
H	Adca 0	139	139
D	Adler 9	290G	290
F	Adt 0	50	30rrG
F	AEG-Telef. 0	136,5	133,7
D	AEG-Kabel 8	290G	290
S	Aesculap 8	430	430,5
F	AGAB 5	115	115,5

		11.6.	10.6.
H	Br.H.Hypo 10	327	324G
Hn	Brsch.Jute *0	100G	100G
H	Breitenb.-C. *28	600G	600G
H	Br. Straßb. *0	440bB	430bB
H	Br. Vulkan 0	81,5	78,5
H	Br. Wollk. 4	168,9	167,5
F	BBC 6	217,5	217
S	BSU Textil % 20	1300G	1300G
D	Buckau-W. 4,1	130bG	124T
D	Buderus *12	385G	385
M	Bgl.Br.Ing. *12+2	805	880G
S	Bgl.Brb.Rav. *0	360TG	360TG
S	Calw D. **30+18	770G	770G

		11.6.	10.6.
M	En. Oberfr. 4,5	264G	264G
M	En. Ostb. 5+1	224	229bB
H	Elkraft 0	66,5	77
B	Engelhardt 7	202G	202G
D	Erka 6,67	310	309
M	Erlus 12,5	337bB	335
M	Erste Kulmb. 9	1300bG	1300G
S	esbl *0	7,5	7,8bG
S	Essl. Masch. *6	290TG	290G
M	Exterer **5%	575G	575TG
D	Farb. Liqu. RM 0	6,85	6,9
F	Flachglas 8	269,8	270
D	Ford *19,36	880T	880T
B	Forst. Ebn. *4 %	5000G	5000bG

		11.6.	10.6.
S	Holmer *6	250	257
H	Holsten-Br. 6	245	245
F	Holzmann 10+1	478	478
D	Horten 6	178	178
B	Hw. Kayser *12	279bB	279B
D	Hussel 8	285,5	286
D	Hutz Heg. 0	ausge.	–
M	Hutschenr. 9	245	245
H	Hypo Hbg. 10+2,5	445	445,5
D	IKB 7,5	203G	201
S	IWKA 0	346,5	342
M	Isar-Amper 7,5	370bG	365bG
D	Isenbeck 4,75	170T	165T

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische Aktien

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York · Amsterdam · Tokio · Zürich · Madrid · Paris · Mailand · Toronto · London · Wien · Brüssel · Kopenhagen · Hongkong · Singapur · Sydney

Optionshandel

Goldmünzen

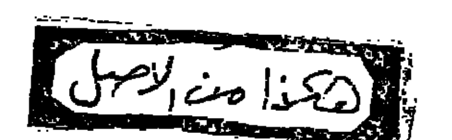
Euro-Geldmarktsätze

Devisen und Sorten

Devisenmärkte

Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze



Warenpreise – Termine

Knapp behauptet schlossen am Montag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Während Silber leichte Gewinne aufweisen konnte, mußte Kupfer kleine Abschläge hinnehmen. Deutlich schwächer ging Kaffee aus dem Markt. In sehr engen Grenzen uneinheitlich notierte Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	10. 6.	7. 6.
Juli	322,00	319,75
Sept.	323,00	321,50
Dez.	330,25	330,00

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif	10. 6.	7. 6.
St. Lawrence 1 CW	243,88	244,54
Amber Durum	227,29	227,29

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	123,30	123,30
Okt.	129,30	129,30
Dez.	132,50	132,50

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Juli	115,50	116,50
Okt.	110,30	111,00
Dez.	–	–

Hafer Chicago (c/bush)	10. 6.	7. 6.
Juli	152,50	154,00
Sept.	150,25	152,00
Dez.	154,50	156,75

Mais Chicago (c/bush)		
Juli	276,75	279,75
Sept.	282,50	284,50
Dez.	259,00	259,50

Gerste Winnipeg (can. $/t)	10. 6.	7. 6.
Juli	127,20	127,90
Okt.	118,70	119,00
Dez.	117,70	118,00

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	10. 6.	7. 6.
Terminkontr. Juli	147,00	148,10
Sept.	148,05	148,82
Dez.	147,80	148,82

Kakao New York ($/t)	10. 6.	7. 6.
Terminkontr. Juli	2080	2075
Sept.	2036	2043
Dez.	2025	2023
Umsatz	2817	1433

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	2,76	2,79
Sept.	2,87	2,98
Okt.	2,98	3,00
Jan.	3,40	3,41
März	3,77	3,87
Umsatz	9 695	11 510

Ica-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	10. 6.	7. 6.
	2,71	2,66

Kaffee London (£/t) Robusta-	10. 6.	7. 6.
Kontrakt Juli	2070–2075	2092–2094
Sept.	2121–2123	2126–2127
Nov.	2155–2158	2155–2160
Umsatz	4072	4960

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Juli	1783–1784	1774–1775
Sept.	1772–1774	1765–1767
Dez.	1748–1749	1743–1744
Umsatz	1587	2469

Zucker London ($/t), Nr. 6		
Aug.	87,80–88,00	95,80–96,20
Okt.	90,80–90,80	99,80–100,00
Dez.	96,00–97,40	104,20–106,00
Umsatz	1409	1939

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	10. 6.	7. 6.
schw. Sarawak spez.	765,00	745,00
weißer Sarawak	885,00	865,00
weißer Muntok	895,00	875,00

Orangensaft New York (c/lb)	10. 6.	7. 6.
Juli	144,80	144,25
Sept.	142,00	141,50
Nov.	140,40	140,00
Jan.	139,90	139,60
März	139,90	139,50
Umsatz	300	250

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	10. 6.	7. 6.
Südstaaten fob Werk	42,00	42,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	30,75	30,25

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Juli	31,18	31,30
Aug.	29,92	30,25
Sept.	28,90	29,10
Okt.	27,70	28,05
Dez.	26,70	27,05
Jan.	26,20	26,45
März	25,65	26,00

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal fob Werk	32,00	32,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	17,00	16,00
Choice white hog 4% fr. F.	15,75	15,75

Talg New York (c/lb)		
top white	18,00	18,00
fancy	17,00	17,50
bleichfähig	16,00	16,00
yellow max. 10% fr. F.	14,75	14,25

Schweine Chicago (c/lb)		
Juni	48,10	47,85
Juli	50,80	50,75
Aug.	50,50	50,35

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Juli	68,80	69,35
Aug.	67,85	68,55
Feb.	73,25	74,10

Häute Chicago (c/lb)	10. 6.	7. 6.
Ochsen einh. schwere River Northern	53,00	53,00
Kühe einh. schwere River Northern	48,00	48,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Juli	582,50	594,00
Aug.	577,50	586,50
Sept.	572,00	581,00
Nov.	578,00	588,00
Jan.	587,00	594,00
März	597,00	604,00
Mai	605,00	612,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Juli	123,50	124,50
Aug.	125,90	127,60
Sept.	128,80	130,30
Okt.	131,80	133,50
Dez.	137,00	138,20
Jan.	139,50	140,50
März	145,00	146,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	10. 6.	7. 6.
Juli	380,80	350,00
Okt.	386,20	357,00
Dez.	386,50	361,00

Kokosöl New York (c/lb)	10. 6.	7. 6.
Westküste fob Werk	32,25	32,50

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	11. 6.	10. 6.
jegl. Herk. cif	980,00	955,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	700,00	710,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	575,00	580,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	216,50	223,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	625,00	705,00

Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif		
Rotterdam	287,00	287,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	10. 6.	7. 6.
Juli	62,82	63,07
Okt.	61,65	61,75
Dez.	62,17	62,45
März	63,18	63,45
Mai	63,58	63,85
Juli	63,90	64,02

Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis		
loco RSS –1:	41,50	41,00

Wolle Lond. (Neuseel. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	10. 6.	7. 6.
Aug.	539–540	539–540
Okt.	538–540	539–540
Dez.	539–541	539–541
Umsatz	14	55

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	10. 6.	7. 6.
Juli	55,20	55,40
Okt.	55,40	55,80
Dez.	55,40	55,60
März	55,40	55,60
Umsatz	0	–
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	10. 6.	7. 6.
Juli	geschl.	635,00–640,00
Dez.	geschl.	627,00–630,00
März	geschl.	633,00–637,50
Umsatz	–	24

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	10. 6.	7. 6.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded:	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	10. 6.	7. 6.
Juni	12 338	12 303
Juli	12 221	12 201

Kautschuk London (p/kg)	10. 6.	7. 6.
Nr. 1 RSS loco	64,00–67,00	64,00–67,00
Juli	69,00	69,00
Aug.	69,00	69,00
Sept.	69,00	69,00
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	10. 6.	7. 6.
Juni	196,25–197,00	196,50–200,00
Juli	194,00–195,00	193,25–194,00
Nr. 2 RSS Juni	195,50–196,50	195,00–196,00
Nr. 3 RSS Juni	183,00–194,00	192,50–193,50
Nr. 4 RSS Juni	188,50–189,50	188,00–189,00
		Tendenz: ruhig

Jute London (£/lgt)	10. 6.	7. 6.
BWC	905,00	905,00
BWD	885,00	885,00
BTC	905,00	905,00
BTD	885,00	885,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	11. 6.	10. 6.
Aluminium: Bas. London		
laufend. Monat	320,37–320,77	322,81–323,10
drittfolg. Monat	329,36–329,56	331,52–331,71
Blei: Basis London		
laufend. Monat	118,19–118,26	117,42–117,81
drittfolg. Monat	117,99–118,19	118,01–118,20
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1734,71–1736,68	1731,95–1733,90
drittfolg. Monat	1719,08–1721,00	1724,12–1726,07
Zink: Basis London		
laufend. Monat	225,83–225,81	225,84–226,62
drittfolg. Monat	230,51–230,90	230,14–230,54
Produz.-Preis	287,72	286,41
Reinzinn 99,9%	4049–4090	4006–4046

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	11. 6.	10. 6.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	444,42–447,74	445,02–449,34
Blei in Kabeln	125,75–126,75	125,25–126,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	11. 6.	10. 6.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	409–413	409–413
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	455–462	455–462
MS 63	456–463	456–462

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	10. 6.	9. 6.
ab Werk prompt (Ring./kg)	29,22	29,29

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	11. 6.	10. 6.
Leg. 225	378–380	378–380
Leg. 226	380–382	380–382
Leg. 231	410–415	410–415
Leg. 233	420–425	420–425

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	11. 6.	10. 6.
Platin (DM je g)	28,95	28,95
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	31 630	31 480
Rücknahmepr.	30 880	30 730
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	31 790	31 630
Rücknahmepr.	30 990	31 630
verarbeitet	33 350	33 180
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	31 175	31 050
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	625,70	621,80
Rücknahmepr.	607,40	603,50
verarbeitet	653,20	649,10

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	11. 6.	10. 6.
10.30	313,25	310,75
15.00	315,00	312,00
Zürich mittags	313,10–313,60	311,25–311,75
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	94 300	94 000
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	485,95	482,10
3 Monate	500,75	496,90
6 Monate	515,50	511,60
12 Monate	543,25	539,15

Platin (£-Feinunze) London	10. 6.	7. 6.
fr. Markt	208,30	208,70
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	76,70	77,00

New Yorker Preise	10. 6.	7. 6.
Gold H & H Ankauf	312,00	314,30
Silber H & H Ankauf	608,50	613,50
Platin fr. Händlerpr.	257,50–277,00	267,50–272,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	96,0–97,0	98,5–99,5
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Juni	615,00	613,30
Juli	617,00	615,50
Sept.	625,00	623,00
Dez.	637,00	635,00
Jan.	642,00	640,30
März	650,20	648,50
Mai	659,00	657,50
Umsatz	15 000	15 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	10. 6.	7. 6.
Juni	60,20	60,50
Juli	60,45	60,45
Sept.	61,35	61,30
Dez.	62,40	62,40
Jan.	62,65	62,80
März	63,10	63,30
Mai	63,55	63,75
Umsatz	77 000	10 000

Londoner Metallbörse

	11. 6.	10. 6.
Aluminium (£/t)		
Kasse	820,00–821,00	826,00–827,00
3 Monate	843,00–843,50	849,50–851,00
Blei (£/t) Kasse	302,50–302,70	300,00–300,50
3 Monate	302,00–302,50	302,00–302,50
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1117,0–1117,5	1116,5–1117,0
3 Monate	1137,5–1138,0	1135,5–1136,0
abends Kasse	–	1123,0–1124,0
3 Monate	–	1143,0–1143,5
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1109,0–1111,0	1115,0–1117,0
3 Monate	1123,0–1125,0	1127,0–1129,0
Zink (£/t) Kasse	578,00–580,00	582,00–583,00
3 Monate	590,00–591,00	592,90–593,00
Zinn (£/t) Kasse	9650–9655	9649–9651
3 Monate	9550–9552	9540–9545
Quecksilber $/Fl.)	–	285–295
Wolfram-Erz ($/T-Enh.)	–	60–63

Statt jeder besonderen Anzeige

Wir trauern zutiefst um meinen geliebten Mann, den besten Vater und Schwiegervater

Hans-Willy Detrée

der am 1. 6. 1985 viel zu früh von uns ging.

Ilse Detrée
Christoph Detrée
Ernst Helsper

Die Beisetzung hat in aller Stille stattgefunden.
Von Beileidsbesuchen bitten wir Abstand zu nehmen.

Wuppertal, im Juni 1985

Idyllisches Landgut

in ruhiger, jedoch verkehrsgünstiger Lage von 3588 Homberg-Wernswig, Hauptstr. 3, mit freistehendem 2geschossigen Wohnhaus (Fachwerk, Bj. 1921, neu renoviert, mit allem Komfort), Ölzentralheizung, ca. 270 m² Wohnfl., (9 Zi., 2 Küchen, 2 Bäder) u. Nebengebäuden (Stallungen, Scheune u. Wirtschaftsgebäude) Gerätehalle, Doppelgarage, 9080 m² Grundstück, wird am 26. 7. 1985, 10.00 Uhr, beim Amtsgericht 3588 Homberg/Efze, Obertorstr. 9, Saal 2, zwangsversteigert.

Verkehrswert: DM 341 000,–

Weitere Auskünfte erteilt die betreibende Bank unter Tel. 06 21 / 59 97-3 36. Ab 16.00 Uhr und an Wochenenden App. 343 –Anrufbeantworter –. Besichtigungstermine nach Vereinbarung unter Tel. 0 66 93 / 1 81-0 (Schloß Dillich).

EIN PARADIES FÜR DAS GANZE JAHR IN SCHONEN (Südschweden)

Ein phantastisches Haus in Schonen zum Verkauf. Seeaussicht und einen Steinwurf vom 18-löchigen Golfplatz entfernt.

Nach 7 herrlichen Sommer-und Winterurlauben wollen wir unser vom Architekten gezeichneten Haus mit 5 Schlafzimmern, eines davon mit Badezimmer, mit einem grossen hellen Wohnraum mit offenem Innendach, dicken gekalkten Steinwänden, Kamin, ein Arbeitszimmer mit Kamin, maschinell wohlausgerüsteter Küche, Raum mit Waschmaschine und Trockenschrank, grossem separaten Wasch- und Duschraum sowie Sauna, verkaufen. Mit separatem Fernsehnraum und total 3 Toiletten.

Die Fussböden bestehen durchgehend aus italienischen Kacheln bzw. Kiefernholz aus Hälsingland. Dachheizung. Das Haus hat geschlammte rosafarbene Aussenwände und ist winkelgebaut. Drei grosse Terrassen und ein wohlgewachsener Garten mit viel Rosen.

Sowohl Dauerbewohner wie Sommergäste (Sommerbewohner).

Sind Sie an einer Vorführung am 22.–24. Juni interessiert, bitten wir Sie dies schriftlich mitzuteilen an

Bengt Marnfeldt
Sturegatan 16
S-114 36 STOCKHOLM
Schweden



...in den südlichen Hochschwarzwald zur Sonderberatung am 15. und 16. Juni von 10 bis 12.30 und 14.30 bis 17.30 Uhr in Höchenschwand, Auf der Halde 8.

Unsere Ferienwohnungen von ca. 51,6 m² bis ca. 65,1 m² Wohnfläche mit herrlichen Gartenterrassen sind einen Besuch wert!



wüstenrot Städtebau
Hohenzollernstraße 12/14
7140 Ludwigsburg
Telefon (0 71 41) 149-3 19

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

WISCONSIN

DIE DEUTSCH-AMERIKANISCHE VERBINDUNG

Deutsche Vorfahren prägten den Staat: Wie bereits **BAYER, THYSSEN, METALLGESELLSCHAFT, HENKEL, RENAULT UND NESTLE** können auch Sie heute davon profitieren.

Suchen Sie einen US-Standort für Ihr Unternehmen *mit qualifizierten Fachkräften, hohem Lebensstandard*, geringen Lebenshaltungs- und Energiekosten, günstigen Investitionshilfen, niedrigen Steuern, differenziertem Bildungswesen im Verkehrsknotenpunkt des wichtigsten *US-Marktes* – dann gibt es nur eine Wahl –

Wisconsin

die Perle an den großen Seen.

Nähere Informationen erteilt: Dieter Breloehr, Direktor, State of Wisconsin, Hamburger Allee 2–10, 6000 Frankfurt am Main 90, Telefon 0 69 / 77 20 29, Telex 4 12 609 wisco d.

MILWAUKEE/WISCONSIN

40 000 ft² (ca. 4000 m²)

sofort zu vermieten (Fabrikation/Lager m. Büro). Unser Milwaukee-Management unterstützt Sie bei der Übersiedlung in jeder Weise.

Näheres unter Tel. 0 89 / 17 54 02

Risikokapital gesucht

Unternehmer sucht für patentierte Produkte in Freizeit und Technik Kapital für die Produktion.

Zuschriften erbeten unter R 2796 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

MALLORCA

AMBASSADOR-PARK
EIN PARADIES FÜR GLÜCKLICHE

Ein außergewöhnliches Mittelmeerdorf wird direkt am Meer am schönsten Ort von Mallorca gebaut. Ideale Lage, 20 Minuten von Palma. Großzügige Wohnungen, 1 bis 3 Schlafzimmer, alle mit großen Terrassen. **Sehr gute Bauqualität und sorgfältige Ausarbeitung garantiert.**

BESUCHEN SIE AMBASSADOR-PARK – ÜBERZEUGEN SIE SICH SELBST

Dokumentation: **Globe Plan S. A.**, Av. Mon-Repos 24, CH-1005 Lausanne, Schweiz. Telefon (21) 22 35 12, Tx.: 25 185 melis ch

Anfragen von Maklern sind willkommen.

Feldberg-Falkau
Hochschwarzwald
Schwarzwaldhaus als Ein- oder Zweifamilienhaus,
Wfl. ca. 155 m²,
bezugsfertig.
Preis ab DM 365.000,--
incl. Garage(n) u. Stellplätze.
Keine Käuferprovision

Leonberger Immobilien
Telefon (07 71) 50 41/42

Kempten/Allgäu
Eigentumswohnungen.
Wfl. 39 – 89 m².
ideal als Ferienwohnung oder Altersruhesitz.
Preis ab DM 109.000,--
zuzügl. DM 3.000,-- Stellplatz.
Gesamtpreis ab DM 112.000,--
Keine Käuferprovision

Leonberger Immobilien
Telefon (08 31) 2 26 51/2 60 20

Konstanz/Bodensee
Eigentumswohnungen.
Wfl. 88 – 127 m², bezugsfertig.
reizvolle Umgebung mit hohem Freizeitwert.
Preis ab DM 288.000,--
incl. TG-Platz.
Keine Käuferprovision

Leonberger Immobilien
Telefon (07 71) 50 41/42

Wangen/Allgäu
Eigentumswohnungen.
Wfl. 80 – 96 m². 20 Min. bis zum Bodensee, bezugsfertig.
Preis ab DM 199.000,--
incl. TG-Platz.
Keine Käuferprovision

Leonberger Immobilien
Telefon (0 75 28) 69 69

Bevor es zu spät ist. Geldanlage in Spanien!
Verlag: Hans-J. Wollenberg, Leonhardsberg 17, 8900 Augsbg. Buch: DM 20,- inkl. – Sofortzus.

USA

Neu, ab sofort zu vermieten, in bester Lage in Connecticut, 45 Minuten nach New York-City, 1200 m² Industrie-Gebäude, mit 180 m² Bürofläche.

Auch sind wir behilflich, ein Ihnen geeignetes Grundstück zu finden und liefern ein schlüsselfertiges Projekt nach Ihren Spezifikationen.

Zuschriften u. X 2714 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Zu verkaufen
VALLEE DE JOUX – Schweiz

2 x 3-Zimmer-Wohnung, möbliert, sfr. 125 000,– und 135 000,–.

Winter-Skigebiet, Sommer-Promenaden. Sich wenden an:

Agence immobilière Claude DERIAZ
CH-1400 YVERDON,
Tel. 00 41 / 24-21 61 66

Mallorca/Costa de la Calma
Apt. am Meer, herrl. Blick, Bad, Einbauki., Terr., gepfl. Anlage, Pool, v. Priv. zu verk. Info unt. N 2682 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Erf. Immobilienanleger
für lukratives preiswertes Aufteilungsobjekt als Partner gesucht.
Nähere Infos: Prof. Dr. Ernst Sommer GmbH, Tel. 02 31 / 52 71 76

Genfer See
Frankreich, Haus mit Gärtchen + Bootssteg, dir. am Wasser. Sehr sauberer See, Strand, Tennis, Golf. Skipisten 40 Min. Schweizer Bauqualität, franz. Preise.
Tel. (00 41) 31 81 56 64

*Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffre-Nummer auf dem Umschlag vermerken!

Studentenappartement
zu veräußern. 2 Zi., K., D., B., Nähe Uni Köln, DM 115 000,–.
Telefon 02 21 / 28 10 51

HOLLAND
Möchten Sie eine Ferienwohnung in Holland od. sonstwo in Europa kaufen. Bitte kostenl. „Spykerboer-Verzeichnis" anfordern.
Tel. 0031 / 52 50-17 51

„Leider zu spät . . ."

lautet immer wieder die Auskunft, wenn es darum geht, Anzeigen für den großen überregionalen und internationalen Immobilienteil von WELT und WELT am SONNTAG später als 10.00 Uhr am Donnerstag aufzugeben.

Das muß nicht sein!

Hier noch einmal zum Ausschneiden die Daten:

Anzeigenschluß: Donnerstag vor Erscheinen 10.00 Uhr
Anzeigenaufträge grundsätzlich an:

DIE WELT
WELT am SONNTAG

Anzeigen-Expedition
Postfach 10 08 64
4300 Essen 1
Tel. 02054/101-511
101-512
101-513
FS 8-579 104
Telefonische Anzeigen-Aufnahme:
Essen: 02054/101-524
101-518
101-1
Hamburg: 040/347-43 80
347-1
Informationen:
Anzeigenabteilung
Postfach 30 58 30
2000 Hamburg 36
Tel. 040/347-43 24
347-44 91
347-44 85
FS 2-17 001 777

92-784

Heidelberg Stadtmitte

(3321). Zum Verkauf kommen 2 Wohn- und Geschäftshäuser in exponierter Lauflage. Beide Häuser haben eine wunderschöne Jugendstilfassade, sind weitgehend renoviert u. voll vermietet. Es sind 5 Ladengeschäfte, 2 Büroetagen u. 21 Wohnungen – 40 bis 115 m² – vorhanden. Miete 300 000,- DM, Kfpr. 3 750 000,- DM.

Contrest Immobilien GmbH
Boppstr. 1, 6500 Mainz, Tel. 0 61 31 / 67 90 84

Über 100 % Gewinn gibt es nicht ohne Risiko!!
Wenn Sie bereit sind, ein überschaubares Risiko einzugehen, dann fordern Sie noch heute unsere Unterlagen an.
Zuschriften erbeten unter U 1743 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Roulette-Info
Gratis mit Gewinnkonzept von DYN-CLUB, Fach 245, 4000 Düsseldorf 31

Seychelles – Mahe
Villa im mexik. Stil, m. gr. Living-Room, einger. Küche, 2 Schlafzi. u. Dressing-Room, Bad, möbl., zu verk. Sicht auf Meer, priv. Strand. Preis 92 000,- DM.
Zuschriften unter D 2698 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ländl. gel. **Deichbungalow** m. gr. Gart., 2 Gar., Zhzg., 3 Schlafzi., gr. Hobbyraum, nahe Fischw., 50 km v. Hoek v. Holl. u. seeländ. Küste, hfl 185 000,- zuzügl. K. Tel.: 00 31-18 60 / 1 69 36.

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

GESCHÄFTSGRUNDSTÜCK

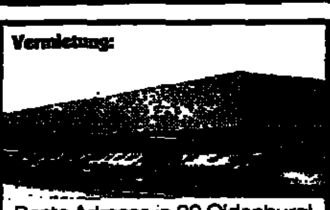
im Zentrum der Altstadt von
SCHWABACH
am Beginn der Fußgängerzone
zu verkaufen

Grundstück: ca. 3250 m²
überbaute Fläche: 1906 m²
Ladenfläche parterre: 1550 m²
Ladenfläche 1. Stock: 340 m²
Lagerhaus mit Aufzug: 850 m²
große Nebenräume
weitere Ausbaumöglichkeit
ohne Parkplatzauflage
(abgeschlossene Sanierung)
Einmalig günstig: 3,5 Mio.
für diese Lage und Größe des Objekts

Bauzustand und techn. Einrichtung erstklassig!

Kontaktperson: Baptist Winkler 091 22 / 75 143, 8540 Schwabach
Penzendorfer Straße 83.
und Telefon 091 22 / 4058 - nur vormittags

Vermietung:



Beste Adresse in 29 Oldenburg!
Für Büro – Lager – Fertigung und Handel auf Flächen von 150-3000 qm – ab 4,50 DM/qm, Parkplätze, nähe Autobahn.
Anfr. Tel. 04 41 / 2 51 07 + 50 30 13

10 000 m² Freigelände. Großgewerbegebiet, im Stadtbereich von Düsseldorf zu verpachten. Näheres unter Tel. 02 11 / 78 56 19

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn *Sie in Ihrer Anzeige* eine Telefon-Nummer nennen.

Graeser
Unternehmensvermittlung
Sammel-Nr 067 43/2666, Oberstr 1
6533 Bacharach, Telex 4 2 327
Wir vermitteln an erfahrene Geschäftsführer tätige Beteiligungen ab 25.000 DM

Aus Landesbesitz zu verkaufen:
Ehemaliges Amtsgerichtsgebäude, Gerichtsstr. 21
5860 Iserlohn (Citylage)
2geschossiger Hauptbau mit ausgebautem Dachgeschoß (Bj. 1866), 3geschossiger Anbau (Bj. 1950), 1geschossiger Pavillon (Bj. 1972), Grundstück 3710 m², Nutzfläche Gebäude 2713 m².
Informationen durch:
Regierungspräsident Arnsberg
Dezernat 27
Seibertzstr. 1, 5760 Arnsberg 2
Telefon 0 29 31 / 82 27 05 / 27 10

Auch Gesetze können in die Irre weisen

Durch die galoppierende technologische Entwicklung gewinnt Weiterbildung einen neuen Stellenwert. Während einst das einmal erlernte Wissen häufig für ein ganzes Leben ausreichte, zwingen heute immer neue Erkenntnisse zur permanenten Fortbildung.

Die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland scheinen sich allmählich dieser Anforderung bewußt zu werden: Hatte im Jahre 1979 nur jeder vierte wenigstens einmal in seinem Berufsleben bereits an einem Weiterbildungskurs teilgenommen, so war es im Jahr 1982 schon jeder dritte. Rund vier Millionen Berufstätige besuchten einen beruflichen Lehrgang.

Fast die Hälfte dieser Angebote finden heute in den Betrieben, vor allem Großunternehmen, statt. Die Wirtschaft weiß, daß zur internationalen Konkurrenzfähigkeit auch ein effizienter Einsatz des humanitären Kapitals gehört. Da die Ressourcen der kleineren Unternehmen üblicherweise nicht ausreichen, haben sich Kammern und Berufsverbände ebenfalls engagiert.

Nach Erhebungen des Bundesbildungsministeriums teilt sich der Markt der Weiterbildungsträger so auf: 47 Prozent Arbeitgeber und Betriebe, elf Prozent Berufsverbände, acht Prozent Akademien und wissenschaftliche Gesellschaften, sieben Prozent private Institute und Schulen, fünf Prozent Kammern sowie 22 Prozent sonstige.

Vor allem eines ist bemerkenswert: Die im Berufsleben immer noch vielfach benachteiligten Frauen suchen verstärkt ihre Chance. Während die Teilnehmerquote der Männer zwischen 1979 und 1982 von 27 auf 33 Prozent anstieg, erhöhte sich die Weiterbildungsaktivität der Frauen sogar von 25 auf 34 Prozent.

Ohne berufliche Weiterbildung, die häufig auch Allgemeinbildung einschließen muß, werden sich die Perspektiven für Arbeitnehmer verschlechtern. Bildungsurlaubs-Gesetze wie in Hessen oder Nordrhein-Westfalen allerdings, die auf Kosten der Betriebe auch Töpfer- und Segelkurse ermöglichen, sind der falsche Weg. p. p.

Die Senioren entdecken die Hochschulen

Interesse an Weiterbildung / Vor allem Bedürfnis an Philosophie- und Religions-Vorlesungen wächst

In der Statistik erscheinen sie bisher noch als verschwindend kleine Größe, doch die Senioren-Studenten werden in den kommenden Jahren und Jahrzehnten an Bedeutung für die Hochschul-Planung erheblich zunehmen. Zur Zeit endet die amtliche Statistik des Bundesbildungsministeriums bei der Kategorie „39 Jahre und älter". Von den rund 1,2 Millionen eingeschriebenen Studenten an allen Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland fallen nur 1,6 Prozent bisher unter diese Klassifizierung, etwas mehr Frauen als Männer.

Im Zuge einer sich verkürzenden Lebensarbeitszeit wächst die Bereitschaft, sich aktiv noch mit neuen Aufgaben zu beschäftigen. Wer heute in die Hörsäle der Universitäten blickt, sieht viel häufiger als etwa noch vor zehn Jahren „bemooste Häupter", die mit ebenso großer Intensität wie ihre jungen Kommilitonen den Lehrveranstaltungen folgen und meistens auch nach einer kurzen Gewöhnungsphase problemlos in den Universitätsbetrieb integriert sind. Das Zweitstudium nach der Pensionierung – manchmal sogar das erste, nachdem es im ersten Lebensabschnitt nicht durchgeführt wurde –, auch mit anschließender Promotion, ist zwar immer noch relativ selten, aber fast jede Hochschule weiß inzwischen solche Fälle zu nennen.


Universität heute: Immer mehr „bemooste Häupter" sitzen zwischen jüngeren Kommilitonen in den Vorlesungen, studieren im Ruhestand.

Sehr viel stärker als solche fachgebundenen Ausbildungen sind bei Noch-Berufstätigen oder Pensionierten die eher allgemeinbildenden Angebote der Hochschulen gefragt. Das bayerische Kultusministerium hat im gesamten Bereich der Erwachsenenbildung für das Jahr 1983 die Interessenschwerpunkte ermittelt: Kultur, Kunst und musische Betätigung stehen mit 29 Prozent an der Spitze, gefolgt von Philosophie, Religion und anderen weltanschaulichen Bereichen mit 15,6 Prozent sowie Gesellschaft, Politik, Wirtschaft mit 12,8 Prozent. Die Bereiche Länder- und Völkerkunde, Lebens- und Erziehungsfragen, Sprachen, Technik, Naturwissenschaften, Arbeitswelt und Psychologie/Pädagogik folgen danach. In der mit 22 Prozent stärksten Zunahme bei der Nachfrage nach Philosophie, Religion und ähnlichem zeigt sich zugleich, wo die Bedürfnisse und damit zugleich auch Defizite im Bewußtsein der Bevölkerung liegen.

Jede Hochschule versucht inzwischen, sich, trotz der drückenden Überlast mit den jungen, gerade von den Schulen kommenden Studienanfängern, mehr und mehr dieses, gesetzlich als Verpflichtung auferlegten, Weiterbildungsbereichs anzunehmen. Die Universität Hamburg beispielsweise hatte in diesem Sommersemester wieder unter dem Namen „Allgemeines Vorlesungswesen" 86 Vorträge in elf Veranstaltungsreihen angeboten. Die Palette war breit angelegt: Prominente Wissenschaftler wie der Bildungsforscher Hellmut Becker, der ehemalige Verfassungsrichter Martin Hirsch und der frühere Bundestagsabgeordnete Claus Arndt handelten verschiedene Aspekte des gerade aktuellen Themenkomplexes ab: „Der 8. Mai 1945 – Niederlage oder Befreiung?"

Den Hauptinteressen – wie sie die bayerische Umfrage ermittelt hat – eher entsprochen haben aber wohl andere Angebote: Sie reichten von „Antizipiertes Bewußtsein und utopische Phantasie. Zur Aktualität der Philosophie von Ernst Bloch" über eine Ringvorlesung zum „Europäischen Jahr der Musik" mit Beiträgen unter anderen über „Weltanschauung und Symphonik bei Gustav Mahler" bis zu „Neueren Forschungen zur Geschichte der Naturwissenschaften, Mathematik und Technik".

Nach drei Erfahrungs-Semestern mit dem dort auch so genannten „Senioren-Studium" schrieb jetzt beispielsweise der Rektor der Universität Mannheim, Gerd Roellecke, im Vorwort zum aktuellen Angebot: „Vor allem ist zu begrüßen, daß die Seniorenstudenten unter den jungen Studenten aufgenommen sind und alle erfahren, daß der innere Abstand zwischen den Generationen nicht so groß ist, wie vielfach angenommen wird."

Aufgrund der steigenden Nachfrage ist auch in Mannheim das Angebot kontinuierlich erweitert worden, im vergangenen Sommersemester ist etwa die Rechtswissenschaft neu als Angebot hinzugekommen. Neben Vorlesungen über „Die Ethik David Humes" und eine „Einführung in das Studium der Geschichte der Philosophie" wurden etwa auch Lehrveranstaltungen über „Strafprozeßrecht", „Staats- und Verfassungsrecht" sowie „Deutsche Rechtsgeschichte" abgehalten.

Die Entwicklung auf dem Feld des Senioren-Studiums ist noch zu stark in den Anfängen, als daß wirklich zuverlässige Prognosen zu machen sind. Aber vieles deutet darauf hin, daß das alte „Studium generale" in neuem Gewand – und ergänzt durch einige spezielle Vorlesungen über spezifische Senioren-Fragen – in naher Zukunft zur Deckung des Bedarfs junger wie alter Studenten zu neuer Blüte kommen wird. In Mannheim wird es noch parallel angeboten, in Tübingen beispielsweise ist es noch stärker schon in diese Richtung ausgelegt. Die Zielsetzung der Universität dort für dieses Studium generale lautet denn auch, die „wissenschaftsgeleitete Auseinandersetzung mit Gegenwartsfragen" zu suchen, „Grundfragen der menschlichen Existenz" zu behandeln, über „Sachfragen von allgemeinem Interesse" zu informieren sowie sich „musischen und sportlichen Aktivitäten" zu widmen. Der dortige Vizepräsident Wolfgang Bartholomäus ist vom Senat beauftragt, mit einer Arbeitsgruppe das entsprechende Angebot zu koordinieren.

So widmet sich in Tübingen eine Vorlesung über „Gegenwartsfragen" dem Thema „Kulturelle Identität – Schlagwort und Wirklichkeit", wird vom Institut für Toxikologie eine Vorlesungsreihe unter das Thema gestellt „Stirbt der Wald und dann auch wir?", unterrichtet das Zeicheninstitut in „Künstlerischen Techniken" von Lithographieren bis Radieren.

Sehr viel stärker als diese Angebote sind die entsprechenden Aktivitäten der Universität Hannover etwa noch auf die reine Weiterbildung angelegt: In den Seminaren, die zu einem großen Teil außerhalb der Alma mater vor Ort in vielen Städten Niedersachsens abgehalten werden, geht es schwerpunktmäßig um den „Einsatz neuer Technologien und mögliche Folgewirkungen", um „Frauen-Fragen", um „Ökologie", wobei hiermit vor allem Kommunalpolitiker und Verwaltungsmitarbeiter angesprochen werden sollen.

Noch handelt es sich bei den diversen Hochschulaktivitäten in diesem Bereich also um ein weites Feld, das bisher einen relativ ungeordneten Eindruck macht. Erfahrungsaustausch und Nachfrage durch die Interessenten werden sicher manchen Wildwuchs zurechtstutzen. Doch auch hier gilt der Anspruch, an dem sich die Universitäten im Weiterbildungsbreich ebenfalls mit zu orientieren haben: Wissenschaftliche Arbeit muß auch zweckfrei möglich sein.

PETER PHILIPPS

Industrie bietet Werkstudenten gute Aussichten

J. R. Bonn

Neben vielen anderen Klagen über Defizite der Hochschulausbildung ist in der Wirtschaft, aber auch bei den Jungakademikern selbst immer wieder der Satz zu hören: „Alles reine Theorie und kaum Praxisbezug." Außer dem verstärkten Drang von Abiturienten, dem Studium eine Lehre vorzuschalten, hat dies in vielen Unternehmen dazu geführt, wieder verstärkt das altbekannte Werkspraktikum zu reaktivieren. Die Nachfrage nach Werkstudenten-Plätzen bleibt dennoch höher als das Angebot.

Bei Siemens etwa haben im vergangenen Jahr 10 800 angehende Akademiker ihre ersten beruflichen Erfahrungen in einem Werkspraktikum gesammelt. Etwa ein Drittel von ihnen waren zwar Schüler und Studenten nichttechnischer Fachrichtungen, die primär an einem gut bezahlten Ferienjob interessiert waren, aber das Gros der Werkstudenten waren auch bei Siemens Studenten, die im Rahmen eines Werkstudenten-Programms oder eines Praktikums entsprechend ihrer Vorbildung fachnah eingesetzt wurden. Sie arbeiteten vor allem in den Bereichen Entwicklung, Fertigung und Vertrieb. Die Zukunftschancen verbessern sich: Ein großer Teil des heutigen Ingenieur-Nachwuchses hat bereits als Praktikant bei Siemens gearbeitet.

Individuelles Trainingssystem für Verkäufer

lm. München

Seit dem Jahre 1982 wird das in den USA entwickelte Personal-Computer-gestützte System „PERSONA" dort bereits zum Training eingesetzt, zur Schulung und Entwicklung des individuellen Gesprächsverhaltens. Die Weiterbildungs-Firma „Atlantic Consultans" in München hat dieses PC-System nun exklusiv für den deutschen Markt übernommen.

Nach Angaben des Unternehmens ermöglicht der Einsatz von „PERSONA" „neben der individuellen Schulung der einzelnen Teilnehmer den Einbau einer gezielten Argumentation für Produkte". Darüber hinaus könne nach einem zweieinhalbtägigen Basisseminar „PERSONA" für einen „kontinuierlichen Auffrischungs- und Übungsprozeß" im eigenen Betrieb genutzt werden.

Das PC-System sei von Amerika aus weltweit inzwischen vor allem bei Firmen eingesetzt worden, die „neue Vertriebswege gehen, neue Produkte in ihre etablierte Palette aufnehmen, neue Zielgruppen angehen wollen, einem Einstellungs- und / oder Wertewandel beim Endabnehmer gegenüberstehen". Das Seminar bei „Atlantic" wird offen und firmenspezifisch angeboten. Darüber hinaus kann das gesamte System von Unternehmen in Lizenz für die eigenen Schulungsaktivitäten übernommen werden.

Ferienjobs auch in Polen

Broschüre mit Tips und einigen hundert Kontaktadressen

p. p. Bonn

Als „Geheimtip" ist die Broschüre schon länger unter Jugendlichen bekannt: Übersichtlich nach Staaten untergliedert, informiert „Jobben in Europa" (Athenäum Verlag; 19,80 Mark) mit einigen hundert Adressen und Telefonnummern über Möglichkeiten, in den Ferien im Ausland zu arbeiten, über Au-pair-Aufenthalte, Schüleraustausch, Praktika und Stipendien.

Dieses Buch wende sich auch an alle, heißt es im Vorwort von Herausgeberin Marianne Mulder, „die der Meinung sind, daß es sinnvoller ist, Zeiten von Arbeitslosigkeit durch einen Auslandsaufenthalt, durch Arbeit auf Zeit oder ähnliche Aktivitäten zu überbrücken, als zu resignieren". Denn der Auslandsaufenthalt sei auch „eine Investition in die Zukunft". Zu den kaum zählbaren Kontaktadressen, die in der Broschüre zu finden sind, kommen auch wertvolle grundsätzliche Tips hinzu: etwa über Form und Inhalt von Bewerbungsschreiben, wozu auch der Hinweis gehört, die „Schreiben in der Sprache des Empfängers" abzufassen, über Visa- und andere Bestimmungen der einzelnen Länder sowie besondere Möglichkeiten für Ferienjobs beispielsweise auf Camping-Plätzen oder in Schnell-Restaurants.

Das Angebot an Informationsstellen ist nicht auf den EG-Bereich beschränkt. Neben der Schweiz und Österreich taucht beispielsweise Polen in der Liste auf: Außer berufsbezogenen Praktika im wirtschaftswissenschaftlichen Bereich, die über die AIESEC vermittelt werden, bieten die Polen deutschen Interessenten unter anderen eine Weiterbildung für Stukkateure und Restauratoren an.

Anforderungen an Ausbildung verändern sich

G. P. O. Gießen

Angesichts der demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung gewinnt die betriebliche Ausbildung als „Selektionsinstrument" für die Beschäftigungsübernahme immer mehr an Bedeutung. In einer Untersuchung des Berliner „Bundesinstituts für Berufsbildung" und des Nürnberger „Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit" über „Entwicklungsperspektiven der Berufsausbildung in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre" wird deshalb davon ausgegangen, daß „die u. a. auch als Möglichkeit zum Erwerb praktischer Erfahrungen und Bewährung genutzte Ausbildungszeit zu verschärfter Konkurrenz unter den Auszubildenden und zu verstärktem Andrang zur Ausbildung unter den Schulabgängern" führen wird. Dies sei bereits heute deutlich ablesbar an der „zunehmenden Zahl von Abiturienten, die zwar die feste Absicht haben zu studieren, zugleich aber auf einen Einstellungsbonus durch eine vorherige Lehre nicht verzichten wollen".

Die Prognose der Wissenschaftler geht nicht von einem „Bruch langfristiger Entwicklungslinien" oder von „Verwerfungen der Berufsstrukturen" aus: Zwar werde die „Expansion der Beschäftigung im Dienstleistungsgewerbe anhalten", aber es sei fraglich, ob damit „über die Arbeitsplatzverluste anderwärts hinaus eine deutliche Steigerung der Gesamtbeschäftigung erreichbar" sein werde.

Die Kernthesen der Untersuchung:

- „Durch die technisch-wirtschaftliche Entwicklung tritt eine zunehmende Veränderung der Qualifikationsanforderungen ein; Qualifikationen wie Abstraktionsvermögen, Systemdenken, sachlogisches Denken und dgl. rücken in den Vordergrund, manuelle Fertigkeiten, handwerkliches Geschick, Materialgefühl verlieren relativ an Bedeutung."
- „Die regionalen Unterschiede in der Wirtschaftsentwicklung werden sich zum Teil verschärfen. Die Beschäftigungssituation wird sich in den Problemregionen wie Saarland, Bremen, Teilen des östlichen Ruhrgebiets weiter verschlechtern."
- „Die technische Entwicklung auf der einen und das für die absehbare Zeit ausreichende Rekrutierungsreservoir an Fachkräften auf der anderen Seite erlauben es den Betrieben, ausgebildete Facharbeiter auch dort ökonomisch sinnvoll einzusetzen, wo deren fachspezifische Kenntnisse nicht unbedingt erforderlich sind."

Der „Informations-Broker" wird zu einer Dienstleistung mit Zukunft

Neuer Beruf / Kleine Unternehmen benötigen Hilfe bei Recherchen in Datenbanken

Vor allem kleine und mittlere Unternehmen in der Bundesrepublik nehmen jährlich Entwicklungsprojekte in Angriff, deren Anzahl in die Tausende geht, ohne daß ausreichende Informationen über bereits vorliegende Ergebnisse, über Marktdaten oder parallele Arbeiten vorhanden sind. Allein das Patentamt weist jährlich bei rund 20 000 Anmeldungen den „Altertumswert" nach. Bei durchschnittlichen Entwicklungskosten von rund 50 000 Mark je Projekt lassen sich Milliarden-Beträge für Fehlinvestitionen errechnen.

Durch frühzeitiges, gezieltes Recherchieren ist dies erheblich zu reduzieren. Zwar mußten die technischen, wirtschaftlichen und juristischen Informationen einst wochenlang mühsam aus Archiven und Einzelgesprächen zusammengetragen werden, aber seit etwa fünf Jahren ist ein Zugriff auf rund 3000 Datenbanken möglich, die direkte Recherche per Telefon oder Terminal zu den wesentlichen Fragestellungen in kürzester Frist.

Für Großbetriebe ist dies kein Problem mehr: Wer selbständig Recherchen in Datenbanken durchführen will, benötigt neben einem Terminal oder einem auf externe Kommunikation eingerichteten Computer nur einen Telefonanschluß, eine Zulassung zum Datennetz der Bundespost sowie eine Zugriffsberechtigung zum jeweiligen Datenbank-Rechner.

Aber auch für kleinere Unternehmen muß dieser Datenmarkt nicht verschlossen bleiben, selbst wenn sie – wie in der Regel – keinen eigenen Spezialisten für Datenbank-Recherche haben. Wo sich ein Markt entwickelt, entstehen auch Anbieter: Verschiedene öffentliche und private Unternehmen sind inzwischen auf den Plan getreten. In Nordrhein-Westfalen beispielsweise haben im Mai der Verein Deutscher Ingenieure (VDI) mit den Industrie- und Handelskammern zu Köln und Düsseldorf sowie das Fachinformationszentrum Technik in Frankfurt gemeinsam eine Informations- und Beratungsstelle aufgebaut, die preisgünstig Datenbank-Recherchen anbietet.

Neben solchen öffentlich-rechtlichen Institutionen etabliert sich aber auch im privaten Bereich ein neuer Beruf, der Informations-Broker. Wie bei den meisten Entwicklungen auf diesem Feld standen die USA Pate, hier mit ihrem „information broker", einer sich seit Anfang der siebziger Jahre aus kleinsten Anfängen sehr expansiv entwickelnden Dienstleistungsbranche mit heute mehr als 100 kleineren und größeren Anbietern.

Zu dem halben Dutzend selbständig arbeitender „Informations-Broker", die seit wenigen Jahren auf dem deutschen Markt arbeiten, gehört Reiner Kaminsky. Gegenüber der WELT stellte er – stellvertretend auch für seine Konkurrenten – sein „Werkzeug" vor, im wesentlichen aus drei Grundelementen bestehend:

1. Zugriff auf mehrere hundert in- und ausländische Datenbanken mit bibliographischen und Faktennachweisen zu nahezu allen Themen in Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Technik. Voraussetzung ist dabei die Kenntnis der unterschiedlichen Abfrage-Sprachen für die einzelnen Datenbanken und das Wissen um den Wert und die Schwerpunkte der in den einzelnen „Banken" gespeicherten Informationen. So ermöglicht etwa das Informations-Verbundsystem „Euronet-Diane" über seine Hosts den Zugriff auf 130 Datenbanken, die unter anderen Kurzfassungen von Literatur über die unterschiedlichsten Fachgebiete offerieren: Patentlisten, Statistiken über Einfuhr und Verbrauch von Erdöl, Handels- und Wirtschaftsindikatoren, Arzneimittel und ihre Wechselwirkungen, Computerwissenschaften.

2. Manuelle Recherche in in- und ausländischen Bibliotheken und Dokumentationsstellen.

3. Direkter Kontakt mit Experten und Verbänden, Forschungsinstituten, Ministerien und Hochschulen. Die so beschafften Informationen werden vom Informations-Broker so aufbereitet, daß sie den speziellen Bedürfnissen des Auftraggebers entsprechen.

Das Know-how des Informations-Brokers wird vor allem für die mittelständischen Unternehmen eine wichtige Funktion haben. Da die deutsche Wirtschaft vor allem von dieser geprägt ist, entwickelt sich ein Dienstleistungsberuf mit Zukunfts-Chancen.

HARALD WATERMANN

Computer ist in Schulen noch kein Pflichtfach

JAMES ROVER, Aachen

Vor allem in den Forschungs- und Entwicklungsbereichen der Industrie werden zunehmend elektronische Rechner eingesetzt. Dementsprechend muß die Aus- und Fortbildung von Ingenieuren dieser Entwicklung angepaßt werden: Einerseits zur Vorbereitung auf rechnergestütztes Arbeiten, andererseits zur effizienteren und interessanteren Gestaltung der Lehrveranstaltungen. Unter diesem Aspekt sind, wie es bei der Technischen Hochschule Aachen heißt, im dortigen Institut für Kraftfahrwesen in Kooperation mit dem Computerhersteller IBM und mit finanzieller Unterstützung einiger deutscher Automobil-Produzenten 40 Rechnerarbeitsplätze für die Lehre eingerichtet worden. Damit kann ein Studienprojekt begonnen werden, in dem Anwendungsmöglichkeiten von PC in Vorlesungen einschließlich der Erstellung von Lehrmaterialien realisiert werden sollen.

Die späteren Kraftfahrzeugingenieure sollen, so betonen die Initiatoren, die im späteren Arbeitsleben zu erwartenden computerunterstützten Arbeitsweisen schon während des Studiums kennenlernen. Zugleich soll auch der Einsatz von Computern zur effizienteren Gestaltung der Weiterbildung auf diesem Sektor untersucht werden.

Vieles wäre in Aachen und anderen Hochschulen, die sich um den Einsatz von Computern in der Lehre bemühen, einfacher, wenn die in den Schulen zu legenden Grundlagen besser wären. Die vom Bundestag eingesetzte Enquête-Kommission „Neue Informations- und Kommunikationstechniken" etwa war davon ausgegangen, daß bis 1990 rund 70 Prozent aller Beschäftigten in ihrer Berufs- und Arbeitswelt nicht mehr ohne Grundkenntnisse der Informationsverarbeitung auskommen werden. Das bedeutet, daß der Umgang mit elektronischen Rechnern zum Bestand der schulischen Allgemeinbildung werden muß.

Neben der meistens noch mangelhaften Ausbildung der Lehrer in diesem Bereich kommt als weiteres Hindernis allerdings immer noch hinzu, daß zwischen Bildungspolitikern umstritten ist, wie dieses Computer-Grundwissen didaktisch und organisatorisch in den bestehenden Bildungskanon eingebaut werden soll. Bis auf Modellversuche ist dieser Bereich deshalb bisher nirgendwo Pflichtbestandteil des Unterrichts in der Sekundarstufe I.

Neue Alternativen für ein Lehramts-Studium

Empfehlungen des Wissenschaftsrates werden umgesetzt

GEORGE P. OGDEN, Gießen

An der Universität Gießen und der Gesamthochschule Kassel sind im Rahmen eines vom Bundesbildungsministerium geförderten Modellvorhabens neue Studiengänge entwickelt worden, die moderne Fremdsprachen mit anderen Fächern kombinieren. Basierend auf Empfehlungen des Wissenschaftsrates soll so dazu beigetragen werden, sprachinteressierten Abiturienten Alternativen zum Lehramtsstudium zu bieten.

Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zielen darauf ab, Fremdsprachen mit wirtschaftswissenschaftlichen, technischen, aber auch anderen Studieninhalten zu kombinieren. Die jetzt in Gießen und Kassel entwickelten Studiengänge sind auf acht Semester angelegt und gliedern sich in Grund- und Hauptstudium. Nach dem vierten Semester soll eine Diplom-Vorprüfung, nach dem achten das Diplom-Examen abgelegt werden. Je nach Fächerwahl steht dann am Ende der Grad des Diplom-Fremdsprachenexperten oder Diplom-Sprachenlehrers (in Gießen) beziehungsweise des Diplom-Anglisten oder Diplom-Romanisten (Kassel).

Als Hauptfächer stehen Anglistik oder Romanistik zur Verfügung. Das „alternative" Studium in Gießen und Kassel legt dann besonderes Gewicht auf Sprachpraxis und Landeskunde. Als Beifach oder Nebenfächer sind weitere romanische Sprachen zugelassen – in Gießen außerdem Arabisch und Russisch – sowie vorläufig Wirtschaftswissenschaften, in Gießen außerdem Agrarökonomie, Geographie und Geologie.

Da das Schwergewicht auf Sprachpraxis und Landeskunde gelegt wird, ist naturgemäß ein Auslandssemester an der Hochschule eines englisch- oder französischsprachigen Landes obligatorisch. Es kann ergänzt werden durch ein Auslands-Praktikum.

Das Projekt, das in den Jahren 1979 bis 1984 vom Bundesbildungsministerium mit 1,9 Millionen Mark als Starthilfe unterstützt wurde, hat offensichtlich eine Marktlücke zumindest bei den Bewerbern erreicht. Kurz nach der Einrichtung der Studiengänge mußten bereits Zulassungsbeschränkungen verhängt werden, vor allem wegen der begrenzten Zahl an Studienplätzen der ausländischen Partner-Hochschulen. Inzwischen nimmt, jeweils zum Wintersemester, Gießen 100 Anglisten und 65 Romanisten, Kassel 70 Anglisten und 50 Romanisten auf.

Ob mit den neuen, „alternativen" Studiengängen auch eine Marktlücke bei den Abnehmern in der Wirtschaft geschlossen wurde, muß die Zukunft erst noch zeigen. Mehr als 20 Studenten haben jedenfalls inzwischen ihre Examina abgelegt, die meisten von ihnen haben auch einen Arbeitsplatz gefunden. Die Hochschulen stellen ihren Absolventen jedenfalls für die Bewerbungsunterlagen Begleitschreiben zur Verfügung, die eine Kurzdarstellung des Studienaufbaus und des Qualifikationsprofils liefern.

Hilfe für Investitionsgüter-Marketing

Seminar der Hochschule St. Gallen / Außer Theorie auch Erfahrungsaustausch

E. SCROOGE, St. Gallen

Die renommierte Schweizer „Hochschule St. Gallen" hat sich in einem am 19. Juni beginnenden, zweitägigen Seminar den Bereich des „Investitionsgüter-Marketing" vorgenommen. Ziel der Fortbildungs-Veranstaltung ist es nach eigenen Angaben, „spezifische Methoden und Konzepte für das Marketing von Investitionsgütern aufzuzeigen, anhand ausgewählter Beispiele aus der Praxis erfolgreiche Umsetzungen von Konzepten in die Wirklichkeit darzustellen sowie die Teilnehmer zu aktivieren, Konsequenzen für ihre eigene Problemstellung zu ziehen".

Die härteren Marktverhältnisse zwingen inzwischen die Investitionsgüter-Industrie zu vermehrten Anstrengungen auf dem Gebiet der kommerziellen Verwertung ihrer technischen Neuerungen. Die Übertragung von Erkenntnissen aus dem Marketing für Konsumgüter ist jedoch, so die These in St. Gallen, „aufgrund der komplexen Probleme in der Investitionsgüter-Branche nicht möglich". Denn hier fehlten vielfach die Transparenz der Märkte und vor allem auch die notwendigen Marktdaten. Deshalb müßten spezifische Marketing-Methoden eingesetzt werden, um der internationalen Konkurrenz erfolgreich begegnen zu können.

In dem Seminar sollen deshalb „insbesondere jene Probleme behandelt werden, die für die exportorientierte Investitionsgüter-Industrie von grundsätzlicher Bedeutung sind. Dazu gehören unter anderen Aufbau und Implementierung von Marketing-Strategien, Beschaffung und Auswertung von Marktinformationen sowie Methoden und Instrumente zur effizienten Verkaufsführung".

Neben Grundlagenreferaten und Firmenpräsentationen sollen Erfahrungsberichte und Gruppenarbeiten mit Praktikern das Schwergewicht bilden. Diskussionen sollen die Möglichkeit geben, Fragen über die Anwendbarkeit auf das eigene Unternehmen zu diskutieren.

Lehrgang zum Manager

Zeitsoldaten werden von der Bundeswehr unterstützt

J. R. Harzburg

Vom 16. September bis zum 23. November wird das nächste „Harzburg-Kolleg der deutschen Wirtschaft" in der Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft durchgeführt. Die Harzburger sind mit dem Ergebnis der bisher mehr als 40 Seminare hochzufrieden: „Für viele der weit über 1000 Absolventen hat sich das Kolleg schon als Schritt in eine gesicherte berufliche Zukunft erwiesen." Auch die Teilnehmer des im April begonnenen Lehrgangs sähen in diesem Weg „die optimale Vorbereitung für einen erfolgreichen Weg ins Management".

Der in der Wirtschaft anerkannte Zehn-Wochen-Kurs soll innerhalb dieser relativ kurzen Frist ein „umfassendes Management-Wissen" vermitteln. Professoren, Dozenten und Wirtschaftspraktiker vermitteln nach Angaben der Akademie Harzburg eine „praxisorientierte Allround-Ausbildung, wie ein modernes Unternehmen in führungsmäßiger und organisatorischer Hinsicht geleitet werden muß". Als Zielgruppe sind Ingenieure und Techniker angesprochen, Unternehmens-Erben, zur Zeit arbeitslose Führungskräfte, aber auch zeitverpflichtete Offiziere, für die das Kolleg von den Berufsförderungsdiensten der Bundeswehr gefördert wird.

STELLENANGEBOTE

Wir sind ein gemischtes Hüttenwerk im norddeutschen Raum und suchen für Planung, Bau und Bauaufsicht

Ingenieure

Wir erwarten Bewerber mit einem abgeschlossenen Hoch- oder Fachhochschulstudium der Fachrichtung Maschinenbau, möglichst Schwermaschinenbau, Stahlbau oder Hoch- und Tiefbau und entsprechender Berufserfahrung.

Wir bieten ein den Anforderungen gerechtes Gehalt mit den Sozialleistungen eines Großunternehmens. Bei der Wohnraumbeschaffung sind wir behilflich.

Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugniskopien und Angabe des Gehaltswunsches und des frühesten Eintrittstermins erbitten wir unter M 2749 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Wir sind ein mittelständisches Bauunternehmen im Raum Hamburg. Auf Spezialgebieten tätig, bewegen wir ein Auftragsvolumen von 10–15 Mio.

Sie sind ein dynamischer Kaufmann, der Erfahrung aus der Baubranche mitbringt. Es fällt Ihnen leicht, Aufgaben im kaufmännisch-verwalterischen Bereich zu erkennen und die Lösung aktiv anzugehen. Ihr Verhandlungsgeschick konnten Sie bisher schon unter Beweis stellen. Dann sollten Sie mit uns sprechen. Sie könnten unser neuer

Kaufmännischer Leiter

sein.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen bitte unter VM 851 an die von uns beauftragte

Dr. Weinziehr KG ✱ Werbeagentur ✱ Berliner Allee 23 4000 Düsseldorf 1

Bitte geben Sie ggf. an, an wen die Bewerbung nicht weitergeleitet werden soll.

Wir suchen Vertriebspartner (Einzel- und/oder Großhändler) für:

IBM-kompatiblen PC/XT

für Deutschland, Österreich und Schweiz. Hersteller ist Unterlieferant von ITT und verfügt über eigene Entwicklungsabteilung, um Produkt dem neuesten technischen Stand anzupassen. Endverbraucherpreise sind absolut konkurrenzfähig.

Ensch S. A. R. L., Postfach 21 32, L-1021 Luxemburg
Telefon 0 03 52 / 48 41 41 – Telex 3 466 ensch lu.

INTERNATIONALE AUSSCHREIBUNG
BETREFFS DER LIEFERUNG VON ANLAGEN ZUR VERARBEITUNG VON PHOSPHAT-SCHLAMM

Die „Industries Chimiques du Senegal" (ICS) stellen auf Finanzierung der Weltbank ein Werk zur Valorisierung von feinen Phosphat-Rückständen in Senegal her. Diese Anzeige betrifft Lieferung, Aufbau und Test nach dem Motto „schlüsselfertig" der zwei folgenden Anlageposten:

- **Anlage-Posten 1:** Ein Verdicker Durchmesser 120 m
- **Anlage-Posten 2:** Anlagen zur Wasserklärung und Verdickung der Schlämme

Firmen, die an der Lieferung des einen oder beider ausgeschriebenen Posten interessiert sind, können das entsprechende Ausschreibungsformular gegen einen Beitrag von 500,– FF pro Formular ab 17. Juni an einer der unten angegebenen Adressen beantragen.

Die Angebote müssen den in den Ausschreibungsformularen angegebenen Bedingungen und Fristen entsprechen.

Industries Chimiques du Senegal
Residence Seydou Nourou Tall
66, Boulevard de la Republique – BP 3835
Dakar – Senegal, Telex 3 346 ics dkr sg

Industries Chimiques du Senegal
62, Rue Jeanne d'Arc
75646 Paris Cedex 13 – Frankreich, Telex 2 00 191 pemc

Palettenreparaturdienst
Bundesweit nach DIN-Norm mit Originalersatzteilen
Ankauf – Verkauf – Tausch
HOPA
Alter Gerauer Weg 30
D-6094 Bischofsheim/Mainz
Ruf: 0 61 44 – 88 55

Achtung, Eheanbahnungsinstitute
Erf. Freiberufler bietet sich an als Repräsentant für den Großraum zw. Düsseldorf u. Frankfurt. Gut eingeführte u. seriöse Institute, die an einer Zusammenarbeit interessiert sind, mögen mir bitte schreiben unter N 2772 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

–Thailand –
Teilhaber für Co. Ltd. gesucht, mind. DM 50 000,–, Im- + Export, Touristik, Consulting. Gefördert v. thailänd. Regierung.
Zuschr. erb. u. T 2820 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Mineralöl-Handelsgesellschaft
(20 freie Tankstellen im westd. Raum. Umsatz p. a. DM 50 Mio., sucht starken Partner, möglichst aus der Mineralölbranche.
Angebote unter U 2821 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Konkurrenzlos

ist der Artikel, den wir Ihnen im Exklusivvertrieb für die PLZ-Gebiete 3, 4 und 5 offerieren. Wenn Sie im Gastronomiebereich als Vertriebsorganisation bestens eingeführt sind, erwarten wir gern Ihre schriftlichen Anfragen.

TOPICAL GmbH & Co. KG
Rothenbaumchaussee 60, 2000 Hamburg 13

VERKAUFSPROFI
Betriebswirt, Kaufmann, 36 J., langj. Verkaufserf. Immobilien u. Investitionsgüter, z. Z. Repräsentant eines jap. Konzerns für Norddeutschland, sucht „2. Bein" oder neue Aufgabe. „Lizenzverkäufer-Angebote" nicht erwünscht!
Ang. erb. u. T 2754 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebsorganisation
(Direktvertrieb, Partyvertrieb etc.) für Wohnungs-Alarmanlagen gesucht.

Zuschriften unter S 2885 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Spanische Firma mit deutschem Management sucht für den Raum Malaga
Werksvertretung bzw. Vertrieb
(Im- und Export). Bebautes Gewerbegrundstück mit Lagerhalle vorhanden.
Offerten erbeten unter S 2753 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir verkaufen laufend
Rollcontainer
0,80×0,73, Höhe ca. 1,53 m.
Unipack GmbH, 46 Dortmund
Tel. 02 31 / 71 61 96

Liechtensteinische Stiftung
aus familiären Gründen dringend zu veräußern. Bestehende Bankkonten in der Schweiz und in Liechtenstein.
Schreiben an Chiffre G 18–115 245, PUBLICITAS, CH–1211 Genève 3.

Fleischfabrik gesucht, ausbaufähig bis 200 Mio., Raum Niedersachsen/Norddeutschland (auch aus Konkurs od. Sanierung).
Tel. 0 40 / 7 90 78 25.

Firmensitz: Burg am Rhein!
Gleichgültig: Branche und wo Ihr Büro bzw. Geschäft.
Info. unter M 2815 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Wir suchen einen
Importeur oder Großhandel
– Referenzen erbeten – für royal schwedische Drogerieprodukte.
Midnight Sun, Box 10 001
S-200 43 Malmö 10
Telex 33 784 misi

Fach-Ingenieur im Maschinenbau-
Bereich m. kaufmännischen Kenntnissen, 29 J alt, fließend Deutsch, Französisch und Englisch, sucht Firmen, die an einer
Werksniederlassung
in Ostfrankreich (Straßburger Umgebung) interessiert sind.
Zuschr. erb. unt. L 2814 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Vertriebspartner gesucht
für ETW Raum Bodensee u. Allgäu, konventionell u. als Steuermodell. Außer Vertriebsgesellschaften sprechen wir auch Anlageberater, Lebensversicherungs-, Bauspar- u. Finanzmakler an.
Zuschr. unter N 2816 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Firmendomizil in Bonn
günstiges Preis-/Leistungsverhältnis im Büro-Service.
Postfach 16 01 70, 53 Bonn 1
Tel. 02 28 / 25 69 61

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Starke Unternehmergruppe
sucht im ganzen Bundesgebiet Übernahme von Fabriken bzw. Produkten in allen Branchen.

Bei patentierten sowie marktbestimmenden Produkten kommen auch sanierungsbedürftige Unternehmen in Frage.

Zuschr. erbeten unter R 2818 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebspartner gesucht für
Mobile Telefonanlagen
Für Auto und Aktenkoffer.
20-60 km Reichweite
ab DM 4.000,– VK
Günstige Provision.
Zuschriften an:
P.O BOX 103
6430 AC Hoensbroek
Holland

EXISTENZGRÜNDUNG

Wir suchen: – für unsere weltweit geschützten Produkte Systempartner in der BRD, Österreich und der Schweiz.
Sie suchen: – eine lukrative und risikofreie Existenzgründung.
Wir bieten: – alleiniges Vertriebsrecht an den Einzelhandel in Ihrem geschützten Gebiet.
– Ein überdurchschnittliches Einkommen
– Eine faire Vertragsgrundlage.
– Einmalige Produkte.
Ihre Bewerbungsunterlagen richten Sie bitte an:

foca PHOTO-CARDS Vertriebsgesellschaft mbH
Wandsbeker Chaussee 29, 2000 Hamburg 76
Telefon 0 40 / 2 51 20 31/32–33

Italien
Deutsche, seit 20 Jahren in Como lebend, Dpl.-Kfm., Erfahrung im Textilbereich, vertritt Ihre Interessen: Beratung, Kundenbegleitung, Einkauf, Lieferkontrolle. Zuschriften unter S 2819 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Nachfolger gesucht
Mögen Sie Parties und repräsentative Häuser? Wir haben genug Geld verdient und möchten aussteigen. Bedingung: gute Bonität und angemessenes Eigenkapital.
Telex 4 185 277
Telefon 0 69 / 59 80 65–7

Junges Ehepaar in Texas/USA
Er: Amerikaner, im Verkauf tätig, techn. geschult.
Sie: Deutsche, Bankkaufmann
mit eingerichtetem Büro in Austin/Texas, möchte gern für Firmen der Bundesrepublik Deutschland in USA tätig sein.
Kontaktperson: Ulrich de Haas, Wuppertal
Tel. 02 02 / 40 21 81, Telex 8 592 256 haas

Geschäftsbeziehungen
Übernehme Auslieferung, Vertrieb, Produktion und Lagerhaltung von Handelsgütern etc. Lagerhalle mit Büro 485 m^2 + Freigelände, Fahrzeugpark vorhanden (Eigentum), Lagerhalle trocken, Tageslicht, Baujahr 1984. Dipl.-Ing. Günter Rasche, Am Hummelbach 36, 4040 Neuss 21 bei Düsseldorf, Tel. 0 21 07 / 6 07 12 oder 0 21 01 / 46 22 94

Konkurs droht?
Solide Unternehmensberatung (Steuerberater, Anwälte, Vollkaufleute) beraten Sie; Erstellung von Abwicklungskonzepten sowie eigenhändige komplette Konkursabwicklung. Rettung Ihres Privatvermögens sowie Diskretion haben erste Priorität. Erste Kontaktaufnahme unter V 2822 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Mieten Sie in Hamburg Ihr Kompakt-Kontaktbüro mit Full-Service
Wir bieten als Büroeinheit: Büroräume, Konferenzraum, Tee-Küche usw., Übernahme aller Schreib- und Büroarbeiten.
DAS KONTOR
Tel. 0 40 / 23 09 89

Büroservice/Geschäftsadresse/ Telefon ab DM 100,– mtl. im Dortmunder Bürohotel
Info: Tel. 02 31 / 52 71 76

Dynamische belgische GmbH sucht
Alleinvertretung
eines exklusiven Produktes für Direkt-Verkauf.
Kontakte nur schriftlich:
FUROMA pvba
Hoolvenstr. 3
B-3530 HOUTHALEN
Belgien

★ ★ ★ Sofort – gegen bar ★ ★★
FORDERUNGSANKAUF
(tituliert – mindestens 50 Stück)
Inkassobüro Dr. Stapf, 5300 Bonn
Adenauerallee 48, Tel. 02 28 / 2 69 04 75

Blitzübersetzungen per Telex - Tel.
Sie senden in Deutsch, wir antworten z. B. in Englisch. Exzellent – schnell – zuverlässig. Per Zeile DM 4,50 + Telex-Kosten.
GESA-Consulting GmbH, Nettepark 8, 5452 Weißenthurm, Telex 8 67 846, Tel. 0 26 37 / 40 94

Comecon / Jugoslawien
Deutscher mit Schweizer Niederlassung sucht Partner mit Ostblockgeschäft zwecks gemeinsamen Ausbaus ab Standort **Schweiz**. 17 J. Erfahrung, beste Beziehungen, Referenzen und Erfolgsnachweise vorhanden. Verfüge außerdem noch über 10 J. Bankpraxis, Diplome aus Außenhandels- und US-Management-Studium sowie Erfahrungen durch 5½ J. Südasienaufenthalt.

Zuschriften erb. unter P 2817 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Mail Order Services
- YOUR MAILING ADDRESS
- MAIL-FORWARDING SERVICE
- PACKAGING AND FULFILLMENT SERVICE IN EUROPE

IVM AG
Weinbergstr. 72, 8042 Zürich
☎ (01) 3 53 38 44 Tx. 59 140
Telefax (01) 363 30 18

STELLENGESUCHE

FV AKTUELL
Fachvermittlung für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte
sucht Stellen für:
Bundesanstalt für Arbeit

Rechtsanwalt
30, verh., Studium an der Univ. Bielefeld, Wahlstation Auslandshandelskammer Chicago; 1½jährige Berufserfahrung in Rechtsabteilung eines Bauplanungsbüros, freier Mitarbeiter in einer überwiegend wirtschaftsrechtlich ausgerichteten Anwaltskanzlei; sucht Stelle in Wirtschaftsunternehmen, Banken, Versicherung oder Verbänden.
Auskünfte erteilt: Herr Wiefel
Fachvermittlungsdienst Bielefeld, Friedenstraße 19
4800 Bielefeld 1, ☎ 0521/587-361 oder -342, FS 932344

Betriebsleiter – Rationalisierung –
Ingenieur, 52, mit langjährigen Erfahrungen in Fertigung, AV, Materialwesen, Auswärtsvergaben, Wertanalyse, Sicherheitsing. gem. ASiG., EDV-Einsatz, Arbeitsplatzgestaltung;
Ausbildung: Werkzeugmacher, Techniker, REFA-Grund- und Fachscheine, Sicherheitsing., Brand- und Katastrophenschutz.
Tätigkeitsbereiche: Techn. Planung, Verhandlungsführung, Fertigung, Heizung, Wertanalyse, Zeitwirtschaft, Ergonomie, Sicherheitsgewährung, Betriebsleitung; sucht neue Aufgabe als Sicherheitsingenieur bzw. Betriebsleiter.
Auskünfte erteilt: Herr Pein
Fachvermittlungsdienst Hannover, Brühlstraße 4
3000 Hannover 1, ☎ 0511/107-1912, FS 921428

Volljuristin
29, 2. Ex. befr. (8 P.), 1½ J. Anwaltserfahrung mit Schwerpunkt Zivilrecht, engl. und franz. Sprachkenntnisse; sucht Stellung bei Verband, Versicherung, Behörde oder Unternehmen.
Auskünfte erteilt: Herr Vogel
Fachvermittlungsdienst Kiel, Muhliusstraße 38
2300 Kiel 1, ☎ 0431/5116-35, FS 292673

Jurist
30, verh., 1. Staatsex. befr., 2. Staatsex. ausr. (ohne Vornoten), nur gute und vollbefriedigende Stationszensuren, Auslandsstat. bei IHK Sydney, sichere engl. und ausbaufähige franz. Sprachkenntnisse; sucht Tätigkeit bei Verwaltung, Unternehmen, Versicherung o. ä.
Auskünfte erteilt: Herr Vogel
Fachvermittlungsdienst Kiel, Muhliusstraße 38
2300 Kiel 1, ☎ 0431/5116-35, FS 292673

Assessor jur.
30, verh., Univ. Kiel (Kirchenrechtsseminar), 1. und 2. Staatsex. (S.–H.): ausreichend ohne Anrechnung der Vorstellungsnoten = 9.36 P., Stationsnoten: befr. – gut, Station beim S.–H. FinG.; Wunsch: Tätigkeit in der Verwaltung, bei Verband, (Vers.–) Unternehmen oder Anwalt.
Auskünfte erteilt: Herr Vogel
Fachvermittlungsdienst Kiel, Muhliusstraße 38
2300 Kiel 1, ☎ 0431/5116-35, FS 292673

Controller
31, Diplom-Betriebswirt, mehrjährige betriebswirtschaftliche Erfahrung in Industrie und Handel; sucht neue Tätigkeit.
Auskünfte erteilt: Herr Vogel
Fachvermittlungsdienst Kiel, Muhliusstraße 38
2300 Kiel 1, ☎ 0431/5116-35, FS 292673

Diplom-Kaufmann
42, Gesch. sucht neuen Aufgabenkreis in Marketing, Touristik, Betriebsber. und Verbandsarbeit, langjährige Erfahrung. Fremdsprachen: Englisch und Französisch.
Auskünfte erteilt: Herr Vogel
Fachvermittlungsdienst Kiel, Muhliusstraße 38
2300 Kiel 1, ☎ 0431/5116-35, FS 292673

FV AKTUELL
Fachvermittlung für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte
sucht Stellen für:
Bundesanstalt für Arbeit

CAD-Anwendung im Bauwesen
Diplom-Bauingenieure FH/TH
schließen Mitte Juni 1985 einen 6monatigen Intensivlehrgang **„Grundlagen der elektronischen Datenverarbeitung" mit dem Schwerpunkt Praxisorientierte CAD-Anwendung** ab.
Die Teilnehmer wurden intensiv im Umgang mit 2 D/3 D-Systemen geschult.
Die erworbenen Programmierfertigkeiten befähigen sie, Anpassung der Standard-Software auf firmenspezifische Anwendungsprobleme durchzuführen.
Sollten Sie Interesse an den Teilnehmern als zukünftige Mitarbeiter haben, fordern Sie Bewerbungsunterlagen beim FVD Bochum an oder setzen Sie sich telefonisch mit uns in Verbindung.
Auskünfte erteilt: Herr Golak
Fachvermittlungsdienst Bochum, Universitätsstraße 66
4630 Bochum 1, ☎ 0234/305-655, FS 825309

Baustellenkaufmann – Ausland, Saudi-Arabien, Nord-Afrika, sucht als Eckpfeiler mit langj. Auslandserf. verantwortungsvolle Aufgabe, Alter 43 J. Angebote erbeten unter W 2757 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Suche freiberufliche Beratertätigkeit
bei Problemen in Absatz, Planung u. Organisation. Biete: alternative Lösungsmöglichkeiten, hohes Qualifikationsniveau und eigene Repräsentanz im Raum HH.
Nur seriöse Zuschriften unter T 2864 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Dipl.-Betriebswirt (Prokurist)
mit langjährigen Erfahrungen auf den Gebieten Personal, Organisation u. Datenverarbeitung sucht verantwortungsvolles Aufgabengebiet.
Angeb. erb. u. E 2743 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Reise-/ Privatsekretär
36 J., Kaufmann, engl., 12 Jahre internationale Erfahrung, Sicherheitsfahrlehrgänge, möchte sich verändern.
Angebote unter N 2882 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

ELEKTROMEISTER
30 Jahre, mehrjährige Auslandserfahrung im Anlagenbau Bereich Wasseraufbereitung, Umkehrosmose etc., in ungekündigter Stellung sucht neuen Wirkungsbereich im Ausland.
Angebote erbeten unter N 2750 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Dipl.-Ing./Vertriebsleiter
für Invest.-Güter und techn. Seriengeräte (Masch.-Bau, Elektronik), 51, im In- und Auslandsgeschäft versierter Marketing- und Vertriebsprofi, erfolgreich im Entwickeln und Durchsetzen von Marketing-Konzeptionen, Aufspüren profitabler Marktnischen und kostenoptimaler Führung von Absatzorganisationen, perfekt Englisch, gut Französisch, initiativ und belastbar, nicht ortsgebunden, sucht entsprechende Führungsposition mit größerer Verantwortungsbreite und selbständiger Arbeitsweise.
Zuschriften erbeten unter H 2812 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Welcher Schuhhändler
sucht einsatzfreudige, dynamische Führungskraft, langjährige Erfahrung in Filialunternehmen. Zuschriften unter S 2775 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Techn. Organisation, Konstruktion, Entwicklung
Maschinen- u. Anlagenbau, Förder- bzw. Feuerungstechnik
Dipl.-Ing. (TU) Maschinenbau/Verfahrenstechnik (46), 13 Jahre in techn. Leitungsfunktionen (Konstruktion, Entwicklung), sucht neue Aufgabe in Norddeutschland. Ziel: Hochqualifizierte technische Aufgabenstellung mit den Komponenten Zeichnungs-, Stücklisten- und Arbeitsplanorganisation, Standardisierung, Normung, Nummerung, Konstruktionssystematik, EDV- und CAD-Einführung. Ist-Bezüge > 100 TDM. Angebote erbeten unter D 2808 an: WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufm. Führungskraft
Dipl.-Betriebswirt, 45 Jahre, voll belastbar, glückl. verheiratet, gestandener Praktiker mit gutem theor. Background, ortsungebunden, gelernter Außenhandelskaufmann, Ausbildungsberechtigung Industrie- u. Bürokaufmann, seit Jahren Leiter Verw. Lebensmittelindustrie, ausgez. Kenntnisse auch auf den Gebieten Einkauf, Personalwesen, EDV, sucht zum 1. 1. 86 (event. auch eher) Lebensaufgabe. Angeb. unt. C 2807 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Kaufm. Führungskraft
48 J., erfolgreicher Werdegang, langjährige Führungspraxis im Finanz- u. Rechnungswesen/Controlling, Personalwesen, Organisation/EDV, z. Z. kfm. Leiter/Mitglied der GL eines mittelständ. Unternehmens in ungekündigter Position, sucht neue Aufgabe.
Zuschr. unt. Y 2583 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

PRODUKTMANAGER
vertriebsorientiert – kreativ – einsatzbewußt
Sport, Freizeit, Wäsche/Hemden
Marktkenntnis: Einkaufsbereich/Beschaffung. Verkaufsbereich: Kontakte zu allen Konz.-Verb.-Gr. u. EH-SB-Bereichen. Produktionsbereich In- u. Ausland. Konzept und Kollektionsgestaltung – Planung, Koordination und Durchsetzungsvermögen. Alter: 47 J., kurzfristig einsatzfähig. Kontaktaufnahme erb. unt. E 2809 an: WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Staatl. geprüfte Hauswirtschaftsleiterin
22 J., Examen 6/84, mit Ausbildereignung, sucht z. 1. 8. od. später Anfangsstelle als Hauswirtschaftsleiterin od. Wirtschafterin, nicht ortsgebunden. Ang. erb. u. S 2863 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Dynamischer, 45jähriger
Kaufmann
sucht Aufgabe im Investgüterbereich, Raum 2 und 3, Außendienst.
Zuschriften erbeten unter 2813 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Dipl.-Ing. erdverlegter Rohrleitungsbau
46 Jahre, 20 Jahre Erfahrung im erdverlegten Rohrleitungs- und Tiefbau, bis PN 100 und DN 1000 alle Materialien, Inhaber DVSW-Bescheinigung, kommunaler und Fernleitungsbau, erfahren in Akquisition, Angebotsbearbeitung und Vertrieb, z. Z. als Oberbauleiter tätig, sucht neue Aufgaben.
Angebote erb. u. K 2747 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Italien
27jähr. Groß- u. Außenhandelskfm., 2½ J. Italien-Erfahrung, z. Z. in Deutschland tätig, sucht neuen Wirkungskreis in Norditalien.
Angeb. erb. u. V 2866 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Junger, versierter, in allen Lagen bestehender 26er sucht
Businessexecutive
welche interessiert ist an responsiblem praktischem männlichem Hausvorstand. Würde selbständig planend u. ausführend gehobenen Haushalt führen. Franz. Ausland angenehm.
Friedrich Bittner, Königsberger Str. 3, 7500 Karlsruhe

Bautechniker
36 J., 8 J. Auslandserf., sucht neue Auslandstätigkeit.
Ang. erb. unt. F 2810 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Diplom-Kaufmann
Anf. 40, langjährige erfolgreiche Tätigkeit als Verkaufsleiter/Bau- u. Finanzierungswesen im In- und Ausland, 4 Sprachen, in ungekündigter Stellung, sucht neue verantwortungsvolle Aufgabe mit hohem Anforderungsprofil.
Zuschriften unt. M 2771 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Volljurist
35 J., mehrj. Berufserf. bei Bundesanstalt, Krankenhausverw. u. als RA, Schwerpunkt Arbeits-/Sozial-/Zivil- u. öffentl. Recht, gute Englischsprachkenntn., sucht neue Position bei Verband, Unternehmen oder RA im Raum D, KR, MG, DU, E, K.
Angebote erb. unt. H 2746 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Kaufmann mit Format, Führungskraft, Alter 43 J., Auslandserf. in Nord-West- u. Süd-Afrika, Nah-Ost, techn. Background, sucht Herausforderung im Auslandseinsatz. Zuschriften erbeten unter P 2751 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Exportleiter
44, Dipl.-Ing., Holländer, 17 Jahre Erfahrung Investitionsgüterindustrie, ungekündigte Stellung sucht neue Aufgabe im Export in Norddeutschland.
Einkommens-Vorstellung ca. 140 000,– DM.
Zuschr. erb. u. G 2811 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Kaufm. Führungskraft
Suche kurzfr. neue Aufgabe in verantwortlicher Position, 31 J., verh., 2 Kinder, gel. Bankkaufm., wohnh. z. Z. USA
Qualifikation:
- gute Kenntnisse der Unternehmensführung im mittleren Handelsunternehmen
- Finanz- und Kontrollwesen
- allgem. kfm. Verwaltung, organisationsstark
- weltweite Verkaufserfahrung, Export
- fließend Englisch, langj. USA-Erfahrg.

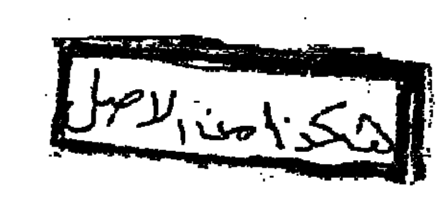
Zuschriften erbeten unter R 2752 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen, oder telefonische Kontaktaufnahme unter USA 001 – 919 – 379 8139

Dipl.-Handelslehrer/Betriebswirt grad.
42 J., langj. Berufserfahrung als Versicherungskfm. zuletzt 2 J. Handelslehrerunterricht im englischsprachigen Ausland sucht neuen Wirkungskreis im Raum Norddeutschland.
Angebote erb. u. F 2744 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Schiffahrtskaufmann
40, Erfahrung i. Linienmanagement/Reederei, kontaktfreudig, auslandserfahren, sucht neue verantwortungsvolle Tätigkeit.
Ang. unt. U 2865 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Rechtsanwalt
31 J., verh., Banklehre, 2 J. Berufserfahrung m. Schwerpunkten im Schadenersatzrecht, Ehe- und Familienrecht, Arbeits- und Mietrecht sucht neue Tätigkeit im Raum HH, Angebote unter G 2745 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.



Exportgut Mordsmilieu

erth. – Seit langem sind wir's gewöhnt: Von den Mord- und Schurkenstücken heimischer Fernsehproduktionen spielen nach wie vor achtzig Prozent in Kreisen der feinen Leute. Großzügige Räumlichkeiten, exklusiv möbliert und kunstsinnig ausgestattet, werden da von einem verschroben-raffgierigen Menschenschlag bewohnt; gewissenlose Fieslinge aus der Typenschatulle steuern ihre sündhaft teuren Luxus-Limousinen oder rasanten Sport-Cabrios an die Orte ihrer bösen Taten.

Obwohl Kapitalverbrechen von der Kriminalstatistik fast ausschließlich in niedere Gesellschaftsränge verwiesen werden, obwohl auch dem naivsten Zeitgenossen plausibel sein müßte, daß die Austragung persönlicher Differenzen in den Kreisen betuchter Mitbürger ja *keineswegs nach Pistole oder Giftbecher schreit* und es *zwischen* Managerbüro und Golfklub andere, eleganterer Möglichkeiten gibt, Rivalen zu neutralisieren, wenn's denn sein muß – die allerschwärzesten Verbrechen lasten Fiction-Spezialisten des Massenmediums hartnäckig und wider besseres Wissen den „Reichen" an.

Vielleicht gar nicht einmal vordringlich in klassenkämpferischer Absicht, sondern nur aus Bequemlichkeit. Immer wurde es so gemacht. Schließlich bietet dieses Mordsmilieu schon vom Dekor her attraktivere Aspekte als der Kamera-Schwenk in die Wohnküche einer zänkischen Hausmeisterfamilie. Das Publikum verlangt seine „Oberwelt", seine schlimmen, schönen Märchen in üppiger Ausstattung, wenigstens seit Shakespeares Zeiten, und wo der Hächler Jago, der düstere Macbeth vollends Moos angesetzt haben, tut's ein machtgeiler, mörderischer Chemieboß unserer Tage auch und noch besser.

Nur sind Fernsehkrimis keine nationalen Interna mehr. Deutsche Serien etwa, Folge für Folge, werden in hundert bis hundertzwanzig Länder der Erde verkauft. Weitaus stärker, als es der Massentourismus je könnte, prägen die Abenteuer der Herren Derrick, Köster und Tatort-Kommissare das Bild von Deutschland als eines frevelhaften, schicken, ja rundum überaus luxuriös ausgestatteten Paradieses in den Hirnen staunender Afrikaner, Indios und kregeler Asiaten. Nicht *auch längst im Bewußtsein* jener zahllosen Glücksritter, die sich an den hiesigen Schaltern für Asylbewerber eingefunden haben?

Das jiddische Kino – Hamburg erinnert an ein unbekanntes Film-Genre

Arme Tochter, reicher Mann

Jiddisch ist modisch geworden. Kaum ein Folklore-Festival, auf dem nicht „Es brennt, Brieder, es brennt" oder ein anderes Lied von Mordechai Gebirtig erklingt. Isaac Bashevis Singer hat – besonders nach dem Literaturnobelpreis – seinen treuen Leserstamm. Allerdings wird er gewöhnlich für die deutschen Ausgaben nicht aus dem jiddischen Original, sondern aus der amerikanischen Übersetzung übertragen. Denn Jiddisch, die Sprache der Juden Osteuropas, ist nur modisch, ist ein Stück Nostalgie, politisch dekoriert.

„Tewje, den Milchmann" kennt man nicht in der erzählten Fassung von Scholem Alejchem, man begnügt sich mit der verschmulzten Musical- oder Film-Version. Diesen Tewje gab es schon einmal sehr viel authentischer im Kino. 1939 verfilmte Maurice Schwartz eine der Episoden um die *Töchter des Milchmannes, den er* auch selbst spielte. Es ist die Geschichte von Chara, die einen ukrainischen Intellektuellen heiratet und deshalb zum russisch-orthodoxen Glauben konvertiert.

Der Film, in Amerika gedreht, kam nie nach Deutschland, und auch in seinem Ursprungsland hatte er kein großes Publikum, denn es war ein jiddischer Film. Er gehörte zu jenen etwa 130 Filmen in Jiddisch, die zwischen 1910 und 1941 entstanden. Rund ein halbes Hundert davon ist erhalten geblieben, und eine Handvoll ist von heute an im Hamburger Metropolis-Kino im Begleitprogramm zu der Ausstellung „Gesichter einer verlorenen Welt" zu sehen.

Die Geschichte des jiddischen Films ist weitgehend unbekannt. 1980 organisierte das Kommunalen Kino in Frankfurt am Main eine Veranstaltungsreihe über „Das jiddische Kino" (dazu erschien als bislang einziger Text in Deutsch unter demselben Titel eine Broschüre des Deutschen Filmmuseums in Frankfurt). Der erste Versuch einer umfassenden Beschreibung liegt nun mit dem Band „Laughter through Tears" von Judith N. Goldberg vor (Associated University Press, London und Toronto, 170 S. mit Abb., 14,95 Pfund).

Bereits in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg entwickelte sich in Rußland, Polen und Amerika eine bescheidene Produktion. „La chaim" („Zum Leben", der Wunsch, mit dem man sich zutrinkt) war der allererste jiddische Film. Er wurde 1910 von Pathé in Rußland gedreht und erzählte die Geschichte von der Tochter des Rabbis, die einen reichen Mann heiraten muß, aber einen armen liebt, dem zuliebe sie dann Heimat und Familie verläßt. Es ist das Muster, nach dem viele dieser Rührstücke mit Happy-End gestrickt wurden.

Nach dem Weltkrieg, als die Filme schon abendfüllende Längen erreichten, konnte man sich an kleinen Romanen und Theaterstücken versuchen. Dazu traten aktuelle Stoffe. In Rußland wurde der berühmte „Fall Beilis", der Prozeß um einen angeblichen Ritualmord, bereits 1917 verfilmt. Nach dem Sieg der Sowjets kamen dann auch Agitationsfilme dazu. Aber das meiste waren Umsetzungen von Bühnenproduktionen der Habimah und des Jüdischen Kammertheaters. Alexander Granowskij drehte 1925/26 seinen ersten Film, auch der berühmteste jiddische Schauspieler Rußlands, Shlomo Michoels, debütierte damals. Und in Polen stützte man sich vor allem auf die Truppe von Esther Rachel Kaminska und ihr Repertoire. In Amerika entstanden in *dieser Zeit keine jiddischen Filme.*

Das änderte sich erst mit Beginn des Tonfilms. Während in Rußland die hebräische Kultur verboten wurde (die Habimah verließ deshalb 1926 das Land) und sich das Jiddische auf eine Natinalitätensprache ohne Beziehung zur jüdischen Religion beschränken sollte, entstand in New York eine stetige Produktion jiddischer Tonfilme. Joseph Seiden gab dabei den Ton an. Aber in der Praxis war auch er nur, was man einen „Rucksackproduzenten" nennt, der ohne ständigen Apparat und mit einfachsten Mitteln seine Filme herstellt und vertreibt. Der Interessentenkreis war einfach *zu* klein. Bereits in den dreißiger Jahren profitierten die Polen von dem Währungsgefälle. Ein Film, der in New York etwa 200 000 Dollar gekostet hätte, war in Warschau für ein Viertel bis ein Fünftel dieses Betrags zu realisieren.

In Deutschland entstanden keine jiddischen Filme. Das mag erstaunen, denn schließlich hatte Paul Wegener mit seiner Filmversion des „Golem", der alten jüdischen Legende aus Prag, großen Erfolg, außerdem waren viele Männer des Films – von Lubitsch bis zu Erik Charell – Juden. Aber die jiddische Kultur stand nicht in sonderlich hohem Ansehen, wie überhaupt die zur Assimilation neigenden deutschen Juden im Ostjudentum und seiner Jiddischkeit eher ein Hindernis für die eigene Entwicklung sahen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Zeit des jiddischen Kinos endgültig vorbei. Die ostjüdischen Zentren in Polen und der westlichen Sowjetunion waren durch die Nationalsozialisten zerstört, die Juden ausgerottet worden. Und der neue Antisemitismus unter Stalin in der Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern unterdrückte auch die spärlichen Überlebensreste. In Amerika aber verstand sich die zweite Generation der Einwanderer vor allem als amerikanisch. Sie sprach vorwiegend Englisch und hatte kaum mehr als eine sentimentale Beziehung zur Welt der Vorfahren.

In Israel selbst bestand fast eine Feindschaft gegen das Jiddische. Bereits 1930, als der amerikanische Film „Meine jiddische Mome" in Tel Aviv vorgeführt wurde, kam es zu so heftigen Protesten, daß alle weiteren Vorführungen abgesagt wurden. Die jüdischen Siedler, obwohl sie vielfach dem ostjüdischen Raum entstammten, wollten eine hebräische, keine jiddisch-jüdische Kultur in Erez Israel. Dabei blieb es auch nach der Staatsgründung.

Nun war es nicht so, daß mit dem *jiddischen Film eine verkannte Form* der Filmkunst unterging. Judith Goldberg beschreibt sehr viele Filme (und faßt sie am Ende ihres Buches noch einmal in einer Filmographie zusammen). Dabei wird deutlich, daß es sich vor allem um eine Gebrauchsware, allenfalls um ein Spezifikum jiddischer Folklore handelt. In der Mehrzahl waren es gefühlvolle Geschichten, unter den armen Juden der Alten oder Neuen Welt angesiedelt, mit viel Herzeleid und einem Happy-End.

Oft wurden auch Teile alter Filme nur gemischt oder mit anderen Materialien zu einem neuen Film kombiniert. Man vertonte später Stummfilme, um sie erneut spielen zu können. Und Judith Goldberg berichtet sogar von dem Kuriosum, daß der amerikanische Produzent Henry Lyan 1935 die Rechte an dem tendenziell antisemitischen britischen Film „Der ewige Jude" erwarb, ihn von 111 auf 65 Minuten kürzte und zu einem Hohelied auf die Überlebenskraft der Juden, „Einem ewigen Volk", umarbeitete.

Die Arbeit von Judith Goldberg basiert vor allem auf den Beständen der Rutenberg und Everett Sammlung des National Centre for Jewish Film in Verbindung mit der Brandeis Universität in Waltham, Massachusetts. Da die meisten Filme nur in alten Nitro-Kopien erhalten sind, die im Laufe der Zeit zerfallen und außerdem leicht brennbar sind, wären eine Restaurierung und das Umkopieren auf Sicherheitsfilm notwendig. Doch bei Kosten zwischen 10 000 und 20 000 Dollar pro Film war das bisher erst für zehn Filme möglich. Also ruhen die Bestände im Verborgenen. Daran ändert auch die modische Zuwendung zum Jiddischen nichts.

PETER DITTMAR



Wovon nur wenige Freunde wußten: Radiertes Porträt des Malers Manet von Edgar Degas FOTO: ROSENWALD COLLECTION

London: Der Maler Edgar Degas als Graphiker

Wie durchs Schlüsselloch

Wenn ich noch einmal leben könnte", so soll der alte Edgar Degas gesagt haben, „würde ich nur in Schwarzweiß arbeiten." Daß es ihm damit tatsächlich ernst war, zeigt jetzt eine große Ausstellung seiner Graphiken in der Londoner Hayward Gallery. Diese Passion entdeckte man erst nach dem Tode des Künstlers (1834-1917), der obendrein auch noch Skulpturen *gemacht, photographiert* und gedichtet hat. 370 Blätter wurden in seinem Studio auf dem Montmartre gefunden, 200 davon sind in der Ausstellung versammelt.

Auf oft nicht einmal handflächengroße Platten radierte und lithographierte er als private Übung – nur wenige Freunde wußten davon – seine Lieblingsthemen: Portraits und menschliche Figuren. Während seine Impressionistenfreunde die Landschaft als Hauptmotiv erkoren, fand Degas wie in seinen Bildern und Pastellen auch hier sein Universum in der Biegung eines Körpers, in dem Fall des Haares, im künstlichen Bühn*enlicht. Wie unermüdlich er mit* Mischtechniken experimentierte, wie er feilte, immer differenziertere Zwischentöne, immer plastischere Texturen herauszuarbeiten, eröffnet sich Schritt für Schritt, Blatt um Blatt, weil hier die diversen Druckzustände, zuweilen zwanzig an der Zahl, zu sehen sind. „Keine Kunst ist weniger spontan als die meine", beschreibt er selbst seine Suche.

Den Auftakt geben Portraits von Freunden und Kopien nach alten Meistern. Dabei kombiniert Degas offensichtlich seine Bewunderung für Rembrandts Hell-Dunkel mit seiner Kenntnis der kühnen Ausschnitte japanischer Graphik. *Großartiges* gelingt ihm mit den zum Teil winzigen Formaten, in die er die Welt der abendlichen Pariser Café-Konzerte einfängt: Mit schrägem Blick durch Gartenbänke auf die magisch von dem Rund einer Gaslaterne beleuchtete Figur der Sängerin. Später wieder läßt er eine Freundin, die Malerin Mary Cassatt, im Pariser Louvre posieren.

Begann der Pariser Bankierssohn mit individuellen Portraits, so endet der alte Künstler, dessen Sehschärfe dramatisch nachgelassen hat, mit der Körpergeste seiner anonymen und meist abgewandten Badenden, die er in selbstvergessenen Bewegungen mit weichen, fließenden Linien und Schattierungen festhält.

Am deutlichsten und am frappierensten konnte er seine Freude am Experiment in der Technik der Monotypie, des „Einmaldrucks", ausleben. Degas hat diese Technik vor allen anderen bevorzugt, und in London wird das besonders gewürdigt. Nur mit einer Metall- oder Glasplatte, *mit auf Öl basierender langsam trocknender* Tinte und einem Tuch ausgerüstet, konnte er sich hier spontanes Arbeiten, rasche Veränderungen erlauben. Anfangs benutzte er diese Blätter als Grundlage für seine Pastelle, doch später immer mehr als eigenständige Produkte.

Ihr unmittelbarer Zugriff – oft wischt er mit den Fingern die Tinte auf die Platte – inspirierte ihn zu seinen intimsten „Blicken durchs Schlüsselloch" auf Bordellinterieurs wie auch zu ungewöhnlichen Landschaftsausschnitten: Degas' sehr spezielle Impressionen. (Bis zum 7. Juli. Kataloge 17 Pfund und 4,95 Pfund.)

HEIDI BÜRKLIN

JOURNAL

Hans Maier Präsident des Bühnenvereins

dpa, Bremen

Der bayerische Kultusminister Hans Maier ist auf der Jahreshauptversammlung des Deutschen Bühnenvereins für vier Jahre zum neuen Präsidenten gewählt worden. Er löst damit den Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann ab. Bei der Amtsübernahme erklärte Maier u. a., die Förderung von Kultur und Bildung sei kein Luxus, sondern Notwendigkeit. Bei den Schulen werde über Kosten nicht diskutiert, und dies dürfe auch bei Theatern keine Frage sein.

Pommern-Preis 1985 an Gerhard Eimer

DW. Travemünde

Dem Frankfurter Kunsthistoriker Prof. Dr. Dr. Gerhard Eimer wird im Rahmen des Pommernkongresses in Lübeck-Travemünde der Pommersche Kulturpreis 1985 verliehen. Prof. Eimer, gebürtiger Stettiner, hat sich große Verdienste um die Darstellung von Mensch und Werk des Malers Caspar David Friedrich erworben. Nach der Vertreibung war er führend an der Wiederbegründung der Gesellschaft für Pommersche Geschichte, Altertumskunde und Kunst beteiligt.

Kompositionsaufträge für die 750-Jahr-Feier

AP, Berlin

Rund zwei Dutzend Kompositionsaufträge, sechs davon für das Musiktheater, sind vom Berliner Senat „an nationale und internationale" Künstler aus Anlaß der 750-Jahr-Feier der Stadt 1987 vergeben worden. Von den Komponisten wird erwartet, daß die Auftragsarbeiten einen deutlichen Bezug zu Berlin haben. Die Auswahl der Komponisten und die Vergabe der Aufträge wurden einvernehmlich von dem Generalintendanten der Deutschen Oper Berlin, Götz Friedrich, und dem Beauftragten des Senats für die 750-Jahr-Feier Berlins vorgenommen.

Neue Leiterin für die Kurzfilmtage

dpa, Oberhausen

Die Frankfurter Filmjournalistin Karola Gramman wird neue Leiterin der Westdeutschen Kurzfilmtage in Oberhausen und damit Nachfolgerin von Wolfgang Ruf. Die SPD-Mehrheitsfraktion im Oberhausener Stadtrat hat sich intern einstimmig für Karola Gramman ausgesprochen. Die Entscheidung des Personalausschusses ist damit nur noch Formsache. Karola Gramman gehört seit drei Jahren der Festival-Kommission an.

Nun eine „Kultura" aus Warschau

J. G. G. Köln

Als Pendant zur bekannten liberalen exilpolnischen Monatsschrift „Kultura", die in Paris erscheint, ist jetzt eine gleichnamige Wochenzeitung der polnischen *KP* auf den Markt gebracht worden. Mit dem gleichlautenden Titel soll die Warschauer „Kultura" offenbar Verwirrung stiften und die Reputation der Pariser „Kultura" untergraben. In der Ära Gomulka hatte die Regierung mit einer Warschauer „Kultura" bereits einen ähnlichen Versuch gestartet, der jedoch – weil die Zeitschrift das vorgegebene Ziel nicht erreichte – eingestellt wurde.

Keine Einigung im Bonner Opernstreit

dpa, Bonn

Ohne eine einvernehmliche Regelung ist der vom Bonner Arbeitsgericht festgesetzte Gütetermin in der Klage des ehemaligen Bonner Generalmusikdirektors Gustav Kuhn gegen seine fristlose Entlassung durch die Stadt zu Ende gegangen. Kuhn war im Mai vom Oberstadtdirektor im Zusammenhang *mit der „Ohrfeigen-Affäre"* fristlos entlassen worden.

Alaeddin Camii in Konya wird restauriert

N. M. Konya

Die größte seldschukische Moschee, die Alaeddin Camii im türki*schen Konya, wird für längere Zeit* für Besucher gesperrt. Nach Abschluß der Außenrestaurierung sollen nun die wertvolle Holzdecke, die 42 antiken Säulen und die Fayencemosaiken im Innern des aus dem 12. Jahrhundert stammenden Baues wiederhergestellt werden.

Geteilter Preis der Filmjournalisten

dl. Osnabrück

Der Preis der Arbeitsgemeinschaft Filmjournalisten, bisher bei den Oberhausener Kurzfilmtagen vergeben, ist jetzt erstmals während des fünften Osnabrücker Experimentalfilm-Workshops verliehen worden. Preisträger wurden zu gleichen Teilen Christoph Janetzko für „F1" und Klaus Telcher für „Aus der alten Welt". Den Preis der Zeitschrift „Frau und Film" erhielt Cathy Joritz für „Negativ Man".

Opern im Konzertsaal bei den Wiener Festwochen

Siegfried, wohl befrackt

Oper konzertant – das scheint die Devise des neuen Konzerthaus-Chefs Alexander Pereira zu sein: Bei den Wiener Festwochen präsentierte er nun Franz Schrekers „Schatzgräber" und Johann Christian Bachs „Lucio Silla", für die kommende Saison kündigt er Gurlitts „Wozzeck", Wellesz' „Bakchantinnen", Salieris „Les Danaides", Wagners „Tristan" (aktweise) und Donizettis „Poliuto" an. Antwort auf die jahrzehntelange Verschlafenheit der Wiener Operninstitute, die Raritäten immer wieder hintanstellen und lieber zum x-ten Mal „Turandot" und „Das Land des Lächelns" neu herausbringen ...

Freilich zeigt es sich *auch immer* wieder, wie problematisch konzertante Opernaufführungen sein können. Da stellte sich jüngst etwa der wackere James King auf die leere Bühne der Wiener Staatsoper, um bebrillt, befrackt, den Klavierauszug in der Hand und heftig im Takt wippend, erstmals in seinem Leben den Titelhelden im dritten Akt von Wagners „Siegfried" zu singen.

Am Pult stand Leonard Bernstein, der ursprünglich geplant hatte, an diesem Abend die Finali von „Walküre", „Siegfried" und „Götterdämmerung" zu dirigieren. Doch schlechte Disposition, Sängerschwierigkeiten oder Fehlplanung – in Wien meist alles zusammen! – machte den Plan zunichte, und es blieb beim (etwas verlängerten) „Walküren-Finale" und eben jenem dritten Akt aus „Siegfried": Seltsame Auslegung des von Wagner postulierten Gesamtkunstwerks.

Ein ziemlich verunglückter Versuch also, den Wienern Wagner-Happen zuzuwerfen und sie damit für die „Ring"-Katastrophe (Mehta und Sanjust brachen ihr gemeinsames Projekt einst nach der „Walküre" ab) zu entschädigen. Nun hat Drese immerhin für 1989/90 einen neuen „Ring" in Aussicht gestellt, und wenn er mutig ist, dann holt er sich dafür den Feuerkopf Leonard Bernstein, der Wagner zwar passagenweise noch mit Mahler verwechselt, ihm aber in solcher Leidenschaft verfallen ist, daß man den Folgen dieser späten Liebe in einigen Jahren gern wiederbegegnen möchte.

Zurück ins Konzerthaus: Hier bewies sich Johann Christian Bachs „Lucio Silla" – wie schon 1983 in der Frankfurter Alten Oper und kürzlich in Ulm (s. *WELT* v. 7. 6.) – als veritable musikalische Entdeckung. Natürlich weiß man aus jeder besseren Mozart-Biographie, wieviel der um 21 Jahre jüngere Salzburger von diesem (11.) Bach-Sproß gelernt hat, den Gainsborough einst *malte und der angeblich* den „galanten Stil" erfand. Doch ist in diesem Zusammenhang meist nur von den Klaviersonaten die Rede, die den kleinen Wolferl begeisterten. Daß dieser 1765 in London Bachs Oper „Adriano in Siria" hörte und den tiefen Eindruck nie vergaß (noch kurz vor seinem Tod gab er gewissen Arien im „Titus" eine Bachsche Färbung), ist schon weniger bekannt.

Jetzt, beim Anhören der Aufführung des 1774 für Mannheim komponierten „Lucio Silla" mit dem Kammerorchester der Jungen Deutschen Philharmonie, Berliner Singakademie und den Solisten Pamela Coburn, *Hildegard Heichele,* Elaine Woods, Josef Protschka und Hakan Hagegard (der beste Sänger am Platz) unter der engagierten Leitung von Wolfgang Scheidt, wurde einem dies – trotz wechselnden Sängerglücks – durchaus bewußt.

ANDREA SEEBOHM

Genua: Tutinos Oper „Pinocchio" uraufgeführt

Im Bauch des Fisches

Auffälligerweise stammen die interessantesten Beiträge zu einem neuen Musiktheater für Kinder aus Italien: etwa Henzes „Pollicino" oder Ferreros „La figlia del mago". Ihnen stellte sich jetzt in Genua Marco Tutinos „Pinocchio" an die Seite.

Zunächst ist an dieser Uraufführung bemerkenswert, daß sich ein knapp 30jähriger Komponist bei seiner ersten Oper nicht für irgendein „engagiertes" Gegenwartsdrama entscheidet, sondern für Italiens populärste Kinderbuchfigur. *Das* hängt aber direkt mit Tutinos musikalischem Standpunkt zusammen, den er einmal in einem offenen Brief an seinen Lehrer *Giacomo* Manzoni formulierte. Damit sorgte Tutino für Wirbel, weil er die Musik unserer Zeit als häßlich und nutzlos bezeichnete, da sie sich keiner allgemeinverständlichen Sprache mehr bediene.

Tutino nun spürt der Sprache der Kinder nach, versucht ihr durch sinnfällige, liedchenhafte, wiederkehrende musikalische Gedanken gerecht zu werden, ohne einfältig zu sein. Der Grundzug seiner Musik, die flirrend unbestimmte Atmosphäre, die sie erzeugt, erinnert in den gebrochenen Flöten- und Streichersprüngen an den frühen Schönberg. Für den Flötisten Tutino ist natürlich die Flöte das Instrument der Identifikation. Ihr flatternder Ton spiegelt Pinocchios Angst und Unsicherheit wider, seine traumverlorene Einsamkeit.

Trotz ihrer Reminiszenzen an Puccinis „Turandot", die die Erscheinung der Fee exotisch umkleiden, oder des Buffogeplappers nach Art des „Gianni Schicchi" im listigen Schmeicheln des Fuchses und der Katze kann die Musik eine gewisse *Gleichförmigkeit* nicht überwinden, spinnt sie Tutino als zarten Faden immer weiter, ohne nachdrücklich auf Situationen zu reagieren. Er gibt so dieser Fabel eine kammermusikalische Feinheit, die den mucksmäuschenstill lauschenden Kindern sichtlich *gefiel, ohne daß das sanfte* Ninna-Nanna sie eingeschläfert hätte.

Tutino hat mit seiner Librettistin *Linda Brunetta die einst als* Fortsetzungsroman erschienenen Kindergeschichten Carlo Collodis geschickt gekürzt, so daß nun kaum wesentliche Situationen vermißt werden. Es ergeben sich immer neue Prüfungen, Situationen, die ihren Höhepunkt im neoklassizistischen Concertato und dem Tod einer Marionette finden, an das sich eine Moral wie bei Metastasio, vorgetragen von dem Mensch gewordenen Kasperl, anschließt.

Kinder auf der Bühne sind immer problematisch, die Stimmen reichen einfach nicht aus, man versteht sie nicht, sie spielen sich rechthaberisch an die Rampe vor – doch herzig sind *sie allemal.* Das war *auch der kleine* Protagonist in Genua. Das undurchdringliche Eis, das Turandot umgibt, schmolz bei Elizabeth Smiths' überwallender Mütterlichkeit dahin, geblieben ist die hochdramatische Allüre. Charakteristisch besetzt waren die Tiere, der Zirkusdirektor und Pinocchios Vater mit Carlo Gaifa, Oslavio di Credico, Mario Basiola und Gastone Sarti.

Roberto Abbado hatte das mit wenigen Bläsern durchsetzte Streichorchester sicher instruiert und fing kleine Ausrutscher rasch auf. Emanuele Luzzati, der schon die fabulierende Bildkraft von Corghis „Gargantua" in Turin in den Griff bekam, klappte auch in Genua wieder sein Bilderbuch auf, klappte nach oben, nach unten, entrollte seitliche Prospekte, wobei die Szene unter Wasser und im Bauch des Fisches größte Anerkennung fand. Maria Francesca Siciliani hatte als Regisseurin nur die Spielfreude der Kinder und Sänger zu kanalisieren.

ROLF FATH



Pinocchio und die gute Fee: Szene aus der Uraufführung von Marco Tutinos Kinderoper in Genua

FOTO: GIOVANNA DESIU

Berlin zeigt Georg Schrimpf und Maria Uhden

Kindhafte Erwachsene

Diese Retrospektive im Berliner Haus am Waldsee soll wohl so etwas wie eine Neuentdeckung sein. Georg Schrimpf ist in den großen Rückblicken auf die zwanziger Jahre gegenwärtig gewesen, aber die entscheidende Einzelausstellung blieb ihm vorenthalten. 1940, zwei Jahre nach seinem Tode, war das letzte Buch über den Künstler erschienen.

Nicht erst der Abschluß dieses Künstlerlebens war von Widersprüchlichkeit umflort. Von den Nazis entlassen, erhielt Schrimpf von Rudolf Heß Privataufträge für große Landschaften. Er war Anarchist gewesen, Mitglied des Künstlerrates während der Münchner Räterepublik – *aber nichts davon schlug sich in* seinen Bildern nieder, er neigte eher zu einer rätselhaften Idyllik. Als er nach Berlin kam, wo er dem „Sturm"-Kreis nahestand, fand man ihn prompt unzeitgemäß, weil ihm die veristische Schärfe, der kritische Zugriff auf seine Zeit fehle.

Schrimpf, gelernter Konditor, war als Maler Autodidakt. Und man fragt sich jetzt vor seinen Bildern, ob dieser berühmte Blick seiner Figuren, der ins Ungefähre dringt, mehr insich gekehrt denn nach außen gerichtet ist, ob nicht auch diese Isoliertheit der einzelnen Gestalten, ob nicht überhaupt dieser neuromantische Ewigkeitsdrang ihre Ursache auch in handwerklichen Mängeln, in den selbst angeeigneten Möglichkeiten haben.

Dabei geht die Faszination Schrimpfs ja vom „Geheimnis" aus: Die Erwachsenen bewahren sich meistens etwas Kindhaftes, und die Kinder sind immer schon ein bißchen „alt" geraten. Sie wenden sich dem Betrachter nie wirklich zu. Sie schauen durch ihn hindurch.

Schrimpfs „magische Sachlichkeit" entbehrt des Glanzes und der Brillanz. Sie hat vieles von Marc, von der Pittura Metafisica, insbesondere von Carrá aufgenommen. Aber die „Geheimnisse" haben etwas seltsam Gediegenes, sie wirken „gemacht". Wie fad *mündet die Auseinanderset*zung mit der italienischen Malerei, von Giotto bis Raffael, schließlich in nur noch quasi-romantische Landschaften. Von verschiedenen Madonnen-Motiven zu schweigen, in denen er die früh verstorbene Frau, Maria Uhden, verklärte.

Maria Uhden allerdings ist die Entdeckung dieser Ausstellung. Sie hatte schon 1915, ein Jahr eher als Schrimpf, im „Sturm" ausgestellt, und sie muß in den knapp zwei Jahren der Gemeinsamkeit, die ihnen blieben, eine enorme künstlerische Ausstrahlung für ihn besessen haben. Sie schuf einen träumerischen Expressionismus. Chagall hatte in ihr eine Berliner Schwester, betrachtet man die Dynamik der Zirkus-Akrobaten, das märchenhafte Chaos von Tier und Natur, die Figuren, die im Universum treiben.

Und wenn von Schrimpf etwas Aufregendes in Erinnerung bleibt, dann ist es der ornamentale Expressionismus seiner Holzschnitte mit ihrer intensiven Helligkeit, dem Dialog von Fläche und Kontur. Seine Häuserlandschaften, am Wasser oder an der Sandgrube, lassen bereits an die Berliner Visionen von Werner Heldt denken.

PETER HANS GÖPFERT

Bis 16. Juni; München: ab 28. Juni, danach Albstadt; Katalog 35 Mark, im Buchhandel, Frölich & Kaufmann, 48 Mark.

KULTURNOTIZEN

Mit „Computern im Unterricht" beschäftigt sich das 3. Symposium „Lesen und Schreiben" am 21. Juni in Saarbrücken.

Das Landhaus von Stéphane Mallarmé (1842-1898) in Vulaines-sur-Seine östlich von Paris soll Museum und Studienzentrum werden.

Die XXIV. Musikwochen von Stresa vom 25. August bis zum 18. September stehen im Zeichen von Bach, Händel, Scarlatti und Alban Berg.

Für Konfuzius (551-479) wurde in Peking eine nationale Forschungsstätte eingerichtet, die sich mit den Lehren des chinesischen Philosophen beschäftigen soll.

Um 15 Prozent sank die Besucherzahl in den französischen Kinos in den ersten drei Monaten des Jahres im Vergleich zum Vorjahr.

Daniel Barenboim ist für weitere drei Jahre zum Chef des Orchestre de Paris gewählt worden.

Verena Reichel erhält für ihre Übersetzungen aus dem Schwedischen ins Deutsche den Preis des Schwedischen Autorenfonds.

Der Schutz in den Bergen nutzte nichts

Sowjets zerstörten in Afghanistan ein deutsches Hospital

WALTER H. RUEB, Bonn

Zum zweitenmal wurde ein Hospital des Bonner Afghanistan-Komitees im Innern des sowjetisch besetzten Landes von der Roten Armee zerstört. Nach der Bombardierung des deutschen Hospitals in Daob nordwestlich von Kabul im Sommer 1984 war diesmal ein medizinisches Zentrum im Kunartal im Nordosten Afghanistans das Ziel sowjetischer Angriffe. Dabei nützte es den Deutschen nichts, daß sie – wie gestern ausführlich berichtet – ihre Hospitäler zum Schutz vor sowjetischen Luftangriffen in den Bergen eingruben. Diesmal setzten die Russen auch Bodentruppen ein.

„Am Morgen des 24. Mai griffen sowjetische Kampfflugzeuge und Helikopter zehn Ortschaften im Kunartal an", berichtete jetzt der wie durch ein Wunder entkommene afghanische Arzt des Hospitals nach der Ankunft im pakistanischen Peschawar. „Die Russen zerstörten während stundenlanger Luftangriffe sämtliche Ortschaften. Nur das kleine Hospital des Bonner Afghanistan-Komitees in der Mitte eines Dorfes wurde verschont. Offenbar hofften die Russen, deutsche Ärzte gefangen nehmen zu können . . ."

Am Ende ihrer Attacken wurden aus den sowjetischen Hubschraubern Tonnen von Plastikminen abgeworfen und damit der gesamte Dorfmittelpunkt mit dem Hospital vermint und unbegehbar gemacht. „Der Boden war übersät mit Plastikminen in Form von Kugelschreibern, Spielzeug und Büchern", sagte der entkommene Arzt. Er war nur deshalb nicht in die Hände der Russen gefallen, weil er zwei Stunden vor dem Luftangriff zur medizinischen Nachsorge eines frisch Operierten in die Umgebung des Dorfes aufgebrochen war.

Die Taktik der Sowjets hatte zur Folge, daß acht Freiheitskämpfer, die Dorfzentrum und Hospital beschützen sollten, eingeschlossen waren. Zwei Wächter des Hospitals waren schon vorher ums Leben gekommen, als die Russen im Tal mit Bomben und Raketen ein unbeschreibliches Inferno inszenierten.

Am Nachmittag griffen die Sowjets erneut an, diesmal nur noch mit Hubschraubern. Die Mehrzahl von ihnen stand drohend über dem Dorf mit dem deutschen Hospital, aus einigen anderen Hubschraubern aber wurden Soldaten abgesetzt. Im Schutze von Nebelgranaten setzten die Rotarmisten zum Sturm auf das Dorfzentrum an, nachdem sie die gefährlichen Plastikminen teilweise entfernt hatten. Die Mudschahedin wehrten sich tapfer, gegen die Übermacht der Angreifer hatten sie jedoch keine Chance. Alle wurden getötet.

Nach Beobachtungen des afghanischen Arztes fanden bei den Kämpfen auch zahlreiche Russen und Zivilisten den Tod. „Als alles vorbei war, luden die sowjetischen Soldaten medizinisches Gerät, Medikamente und die Bücher mit ärztlichen Eintragungen über die Patienten auf ein Fahrzeug und transportierten alles ab. Dann sprengten sie das Hospital in die Luft." Ein Sprecher des Afghanistan-Komitees sagte zur WELT: „Mit Ausnahme eines einzigen Arztes und einiger Sanitäter sind sämtliche Leute unserer Organisation wohlbehalten aus Afghanistan zurück."



Überraschende Schlußpunkte zweier Sensationsverfahren: Freispruch für Bülow, Freiheit für Bachmeier



Kühler Blick nach vorn
FOTO: DPA

Extrawurst für Marianne Bachmeier?

H.-H. HOLZAMER, Bonn

Am 19. Juni wird Marianne Bachmeier wieder eine freie Frau sein. Der 1. Senat des Oberlandesgerichts Celle entsprach dem Antrag ihres Verteidigers auf vorzeitige Haftentlassung. Die Frau hatte am 6. März 1981 im Schwurgerichtssaal von Lübeck in einem Akt von Selbstjustiz den wegen Mordes an ihrer Tochter Anna (7) angeklagten Klaus Grabowski erschossen und dafür sechs Jahre Freiheitsentzug erhalten. Davon hatte sie am 24. Mai 1985 die Hälfte – unter Anrechnung der U-Haft – verbüßt. Bereits seit Januar '84 vertauschte die Frau ihre Zelle mit einem Hildesheimer Krankenzimmer.

Der letzte Antrag auf Haftverschonung war am 17. April vom Landgericht Hildesheim abgelehnt worden. Diese Entscheidung wurde jetzt aufgehoben. Die Hildesheimer Richter hatten sich für den Regelfall einer Haftentlassung nach zwei Dritteln der Strafe im Frühjahr '86 ausgesprochen. Zu der Sonderregelung einer vorzeitigen Haftentlassung schon nach der Hälfte der Zeit hatte sich die Kammer offenbar nicht durchzuringen vermocht. Für diesen Fall verlangt das Gesetz zusätzlich „besondere Umstände in der Tat und der Persönlichkeit des Verurteilten".

In seiner Beschwerde hatte Bachmeiers Verteidiger die Richter mit der Verdächtigung angegriffen, es sei ihnen um „ein Anliegen der Rechtsprechenden gegangen". Die Haftverschonung sei Frau Bachmeier versagt worden, weil sie mit ihrer Tat „in den ureigensten Bereich" der Justiz, eben das Urteilen, eingegriffen habe. Die Meinung des Oberlandesgerichts dazu ist nicht bekannt.



Glücklich und dankbar: Claus v. Bülow mit seinem Anwalt Alan Dershowitz. Sie bekommt von alledem nichts mehr mit: Martha „Sunny" v. Bülow
FOTOS: AP

An diesem Freispruch kann kein Mensch mehr rütteln

Von A. v. KRUSENSTIERN

Der Fall v. Bülow ist zu Ende. Der Mann ist unschuldig. So hat das Schwurgericht in Providence im US-Bundesstaat Rhode Island entschieden. Fünf Jahre lang bewegte Claus von Bülow (58) die amerikanische Öffentlichkeit und beschäftigte das Justizsystem. Der Fall hatte alles an sich, was den Voyeur im Menschen anspricht: klingende Namen, schöne Frauen, Unmassen von Geld, dazu den Verdacht der Verruchtheit, kurz: den Ruch der großen weiten Welt.

Claus von Bülow und die geschiedene Prinzessin Auersperg waren lange glücklich verheiratet. Nur in einem Punkt kriselte es: Die amerikanische Millionärstochter Martha hatte sehr viel Geld, und Claus hatte keins. Er litt darunter. Also schenkte Martha ihm, der es vor seiner Ehe immerhin zum Finanzberater des Ölmagnaten Paul Getty gebracht hatte, eine Million Dollar für den eigenen Start. Aber daraus wurde nichts, weil Martha sich nun über Claus' häufige Abwesenheit beklagte. Also blieb er wieder zu Hause und legte sich statt dessen eine Freundin zu: die hübsche Alexandra, geschiedene Isles, geborene Gräfin Moltke, Gelegenheitsschauspielerin und wie Claus aus Dänemark stammend.

Weihnachten '79 verfiel Martha von Bülow in Clarendon Court, ihrer Prachtvilla am Atlantik, wo der Welthit „High Society" mit Grace Kelly, Bing Crosby und Louis Armstrong gedreht wurde, in tiefe Bewußtlosigkeit, von der sie sich aber noch einmal erholte. Die Ursache der Bewußtlosigkeit blieb im dunkeln. Das gleiche geschah genau ein Jahr später, nur daß Martha seitdem nicht mehr zu sich gekommen ist und in tiefem Koma in einem New Yorker Krankenhaus liegt.

Auf Claus fiel zunächst kein Verdacht. Seine Stiefkinder Annie-Laurie und Alexander aus Marthas erster Ehe mit dem österreichischen Prinzen Auersperg bestanden aber auf einer Untersuchung, die mit der Anklage wegen versuchten Mordes in zwei Fällen endete. Die Haushälterin sagte aus, sie habe in einem Schrank eine schwarze Tasche mit einer Injektionsspritze und einem Fläschchen mit der Aufschrift „Insulin" gefunden. Und Alexandra Isles erklärte als Zeugin der Anklage, sie habe Bülow gedroht, ihn zu verlassen, wenn er seiner Ehe mit Martha nicht ein Ende mache.

Bülow wurde im März '82 in Newport für schuldig befunden und zu 30 Jahren Haft verurteilt; aber seine Anwälte entdeckten Verfahrensfehler und setzten einen neuen Prozeß durch, der jetzt mit dem sensationellen Freispruch des Angeklagten endete, wie die WELT gestern berichtete.

Freispruch, obwohl die Zeugen der Anklage bei ihren Aussagen geblieben waren, ja Alexandra Isles noch zusätzlich Unerfreuliches hinzuzufügen hatte: Claus habe ihr gebeichtet, daß er stundenlang tatenlos am Bett seiner Frau gesessen habe, als sie Weihnachten '80 morgens bewußtlos aufgefunden wurde. Erst nachmittags habe er einen Arzt gerufen.

Daß Bülow diesmal – und nun endgültig – freigesprochen wurde, hat er den medizinischen Sachverständigen zu verdanken. Sie erklärten, die Symptome Martha von Bülows seien mit Insulininjektionen nicht zu vereinbaren, und bezeichneten die Tests, durch die die Anklage Insulinspuren an der Injektionsnadel nachweisen wollte, für unsachgemäß. Gleichwohl blieben viele Fragen offen . . .

Und Bülow selber? Seine Pläne? „Das Rauchen abgewöhnen." Sagt's und lacht. (SAD)



Seit ihrer Aussage von der Bildfläche verschwunden: Alexandra Isles. Zwei, die nicht von der Unschuld ihres Stiefvaters überzeugt sind: Annie-Laurie Kneissl und Alexander von Auersperg

Rockkonzert für Afrika mit einer Milliarde Fans

AFP, London

Viele bekannte amerikanische und britische Rockstars werden am 13. Juli in zwei Rockkonzerten in Philadelphia (US-Bundesstaat Pennsylvania) und London vor bis zu einer Milliarde Fernsehzuschauern in aller Welt ihre Kampagne gegen die Hungersnot in Afrika fortsetzen. Die Veranstalter hoffen, die beiden „Live-Aid"-Supershows über sieben Satelliten in 160 Länder einschließlich der Sowjetunion sowie der Volksrepublik China auszustrahlen und 12,5 Millionen Dollar für die afrikanischen Dürreopfer zusammenzubringen. Für das Konzert in dem bereits voll ausverkauften Londoner Wembley-Stadion (72 000 Plätze) wurden Stars wie David Bowie, Phil Collins, Elvis Costello, Elton John, The Pretenders, Sade, The Who und Paul McCartney angekündigt. In Philadelphia werden gleichzeitig neben anderen Mick Jagger, Eric Clapton, Paul Simon und Stevie Wonder auftreten.

Zug raste in Schulbus

AP, Tel Aviv

Beim Zusammenstoß eines Zuges mit einem Omnibus sind einer Meldung des staatlichen israelischen Rundfunks zufolge gestern vormittag in der Nähe der Hafenstadt Haifa 22 Menschen ums Leben gekommen, die meisten davon Schulkinder. Weitere 17 Personen wurden verletzt. Die Kollision ereignete sich an einem unbeschrankten Bahnübergang auf einem zum Mittelmeerstrand führenden Feldweg.

Schweizer beleidigt

dpa, Basel

Mitglieder eines freiberuflichen Fernsehteams aus der Bundesrepublik Deutschland sind in Basel wegen Beschimpfung zu je einer Woche Gefängnis und Geldstrafen von je 100 Schweizer Franken verurteilt worden. Die Deutschen hatten Zeitungsberichten zufolge im Bahnhof von Basel unter anderem gerufen: „Hitler hätte die Schweiz einnehmen sollen und alle vergasen sollen."

Scherben auf der Autobahn

dpa, Bad Oeynhausen

Ein Scherbenhaufen aus zerbrochenen Keramik-Fliesen blockierte in der Nacht zum Dienstag den Verkehr auf der Autobahn Oberhausen-Hannover. Nach Angaben der Polizei war ein mit Fliesen beladener Lastwagen zwischen Exter und Bad Oeynhausen auf den Mittelstreifen geraten. Dabei war die Ladung auf beide Richtungsfahrbahnen gestürzt.

Transsibirische Eisenbahn

dpa, München

Die Transsibirische Eisenbahn, die sonst nur von Moskau aus startet, fuhr jetzt erstmals von München ab. 146 Fahrgäste traten gestern die 19tägige Reise in das 12 000 Kilometer entfernte Chabarowsk an.

LEUTE HEUTE

Skandalblätter

Die griechische Millionärin **Christina Onassis** will sich nicht scheiden lassen. Ihr vierter Ehemann, der französische Pharma-Erbe **Thierry Roussel**, *dementierte in Genf alle Gerüchte* und kündigte gerichtliche Schritte gegen „Skandalblätter" an.

Wilde Bestie?

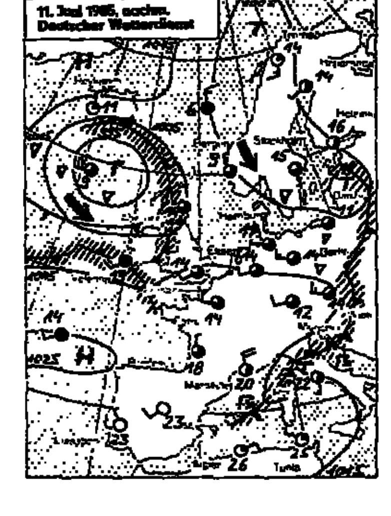
Er ist drei Jahre alt, nicht vorbestraft und landete dennoch im Gefängnis: Taxi, der helle Labrador von **Jane Fonda** und ihrem Mann, dem kalifornischen Abgeordneten **Tom Hayden**. Als der Hund jetzt das Anwesen der Haydens unter dem Zaun verließ, fiel er Straßenräubern in die Hände, die nicht nur ihn, sondern auch mit ihm kassierten, indem sie ihn ängstlichen Passanten als „wilde Bestie" präsentierten. Das ging gut, bis eines der Opfer die Polizei informierte. Seither sitzen alle: Die Bande hinter Gittern, Taxi wieder zu Hause.

Pillenknick

Der „Pillenknick" wirkt sich inzwischen auch auf die Ehrenpflichten des Bundespräsidenten aus. **Richard von Weizsäcker**, der jetzt 48 der in seiner Obhut stehenden „Patenkinder" in Essen besuchte, hat 1984 nur noch bei 240 Familien die Mitverantwortung für das siebte Kind übernehmen müssen – der Tiefststand seit Gründung dieser Aktion 1949.

WETTER: Kühl und regnerisch

Wetterlage: *Ausläufer* eines über die Nordsee ostwärts ziehenden Tiefs beeinflussen heute und morgen das Wetter in Deutschland.



Vorhersage für Mittwoch:
Von Auflockerungen in Norddeutschland abgesehen meist stark bewölkt bis bedeckt mit Schauern im Norden und länger anhaltenden Regenfällen im Süden. Tageshöchsttemperaturen um 13 Grad, Tiefstwerte in der Nacht zum Donnerstag bei 7 bis 10 Grad, mäßiger, zeitweise böig auffrischender Wind aus westlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:
Zunächst noch unbeständig mit Schauern und kühl, erst zum Wochenende etwas freundlicher.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	14°	Kairo	32°
Bonn	13°	Kopenh.	13°
Dresden	9°	Las Palmas	24°
Essen	14°	London	14°
Frankfurt	14°	Madrid	23°
Hamburg	11°	Mailand	22°
List/Sylt	12°	Mallorca	25°
München	12°	Moskau	10°
Stuttgart	13°	Nizza	20°
Algier	26°	Oslo	14°
Amsterdam	14°	Paris	14°
Athen	28°	Prag	11°
Barcelona	22°	Rom	22°
Brüssel	13°	Stockholm	15°
Budapest	15°	Tel Aviv	30°
Bukarest	25°	Tunis	25°
Helsinki	16°	Wien	14°
Istanbul	24°	Zürich	14°

Sonnenaufgang* **am Donnerstag:** 5.05 Uhr, Untergang: 21.39 Uhr; **Mondaufgang:** 2.49 Uhr, Untergang: 16.28 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Über Tod und Leben entscheidet der Mensch am Steuer

P. HANNEMANN, Heidelberg

Für eine „hervorragende und verantwortungsbewußte Berichterstattung und Kommentierung zur Hebung der Verkehrssicherheit und Unfallverhütung" wurde der WELT-Redakteur Heinz Horrmann, verantwortlich für Auto- und Reise-WELT, gestern im Königssaal des Heidelberger Schlosses mit dem Christophorus-Preis ausgezeichnet. „Sein Ziel sei es gewesen", so die Begründung der Jury, „der Vernachlässigung des Problemkreises Verkehrssicherheit entgegenzusteuern und deren fortwährende Aktualität bewußt zu machen".

Mit diesem Autoren-Preis ehrt die Christophorus-Stiftung des Versicherungs-Verbandes HUK seit 1959 jährlich publizistische Leistungen, die dazu beitragen, die Verkehrssicherheit in der Bundesrepublik Deutschland zu verbessern. Dafür sei Horrmanns Reportage über Selbstversuche mit dem Gurtschlitten im Forschungszentrum Ismaning, ein überzeugendes Beispiel. Die Wirkung der Sicherheitsgurte wurden hierbei nachdrücklich herausgestellt und gute Argumente für das Anschnallen veröffentlicht.

Die zwölfköpfige Jury aus Verkehrsexperten, darunter die Präsidenten des Verkehrssicherheitsrates und der Verkehrswacht, Unfallforscher und Publizisten, vergab außerdem die Ehrenteller als sogenannte Objektpreise. Für die Verdienste um die Verkehrssicherheit im vergangenen Jahr wurden der Saarländische Rundfunk, die „Süddeutsche Zeitung", die „Heilbronner Stimme", die „Neue Presse Coburg", so wie die Zeitschrift für Fahranfänger „Steig ein" ausgezeichnet. Goldmedaillen für langjährigen Einsatz erhielten die Publizisten Eberhard Seifert und Götz Weihmann.

Der Präsident des HUK-Verbandes, Heinz Sievers, stellte in einer Verkehrsanalyse fest, daß sich seit 1970 die Zahl der Unfalltoten von 20 000 auf jetzt gut 10 000 im Jahr 1984 halbiert habe. Mit Sorge beobachtet der Präsident, daß erst jeder fünfte Rücksitzpassagier der Angurtpflicht auf den Rücksitzen genügt, während sich auf den Vordersitzen indes 90 Prozent der Insassen, wenngleich unter dem Druck des Bußgeldes, anschnallen.



Zwei Fans sicherer Autos: Heinz Horrmann und Heinz Sievers
FOTO: BERND KOLLMANN

Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Autobahnen sind nach Ansicht des HUK-Verbandes aus unfalltechnischen Überlegungen heraus kein Thema. Der Autobahnanteil am Straßennetz beträgt nur zwei Prozent, er bewältigt aber 25 Prozent des Gesamt-Verkehrs. Gleichwohl ereignen sich dort nur 4,35 Prozent der Unfälle mit Personenschäden. Vom Schadensaufwand her sind dies vergleichsweise bescheidene 900 Millionen Mark zu elf Milliarden Mark für die übrigen 75 Prozent.

„Aktive Fahrhilfen und passive Sicherheitselemente sind Angebote der Industrie. Wie es aber zukünftig auf unseren Straßen zugeht, ob die Unfallkurve weiter fällt, entscheidet allein der Mensch am Steuer". Diese Zeilen des WELT-Redakteurs Heinz Horrmann hob Sievers als zutreffend hervor und ergänzte: „Mehr Sicherheit in den Fahrzeugen, bessere Straßen, ein gutes Rettungswesen und die Fortschritte in der Unfallmedizin haben ebenfalls zu mehr Unfallsicherheit beigetragen".

Der ARD-Korrespondent Wolf Littmann merkte in seiner Festrede allerdings auch Kritisches an. Er verlangte einen verstärkten Einsatz und eine bessere Koordination der Automobilclubs und der Verbände, damit sie in Zukunft auf diesem Gebiet effektiver arbeiteten.

ZU GUTER LETZT

„Die Stadtjäger unserer Hansestadt . . . leisten enorme Arbeit. Es sind zuverlässige Jäger mit hohem Verantwortungsbewußtsein, die im Stillen wirken. Sie kommen den Wünschen großer Bevölkerungskreise, besonders denen der Vogelschützer nach und halten dort die Elstern kurz, wo sie überhandnehmen." Es stand im HAMBURGER JÄGER.

